C 21734 D



Erfolge der MPLA und neue Gefahren S. 5

Arbeiterkampf

Jg.6 Nr.73 2.Feb.76

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

§ 218

DER KAMPF GEHT WEITER!

Nach längerem Schweigen wird die Indikationsregelung, die nach dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil vor einem Jahr von der Koalitionsregierung entworfen worden war, jetzt dem Bundestag am 12. Februar zur zweiten Lesung vorgelegt.

Die dritte Lesung könnte bereits am gleichen Tag stattfinden.

Die strittigen Punkte der Indikationsregelung, nämlich die Zuständigkeit der Gutachter, sind von der SPD/FDP nicht mehr geändert worden. Die CDU/CSU wollte ein staatliches Monopol über die Ärzte, die Gutachten schreiben und damit Abtreibungen befürworten dürfen, während im Koalitionsentwurf jeder „Arzt des Vertrauens" das Gutachten verfassen kann. Laut „FAZ" vom 24.1.76 wird die CDU den Entwurf im Plenum ablehnen. Allerdings rechnet man nicht damit, daß die CDU/CSU erneut das Bundesverfassungsgericht anrufen wird.

Das ist aber auch gar nicht nötig, denn jeder Richter, der das neue Recht anzuwenden hat, könnte es zur Prüfung nach Karlsruhe schicken. Und reaktionäre Richter sind ja nicht gerade dünn gesät.

Die Verabschiedung des §218 bedeutet eine weitere Verschlechterung der bisherigen Praxis, denn bereits jetzt wird angekündigt, daß jedem Verdacht auf ungerechtfertigte Gutachten streng nachgegangen werden soll.

Für die Bewegung gegen den §218 kann die Verabschiedung dieses Gesetzes nicht Resignation bedeuten, sondern muß ein Ansporn sein, den Kampf gegen diesen Unterdrückungsparagraphen mit aller Kraft weiter zu führen.

Zur Lesung am 12.2. muß noch einmal der Protest gegen die Beibehaltung des § 218 und die Forderung nach vollständiger Freigabe der Abtreibung, ohne Bevormundung durch Staat und Ärzte, auf die Straße getragen werden. Gemeinsam mit allen, die zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Mordparagraphen, der jährlich bis zu 500 Frauen das Leben kostet, bereit sind, werden wir versuchen, Demonstrationen, Veranstaltungen und andere Aktionsformen bundesweit zu organisieren.

Nach dem 12.2. wird der Kampf nicht zuende sein. Der 25. Februar – Jahrestag des BVG-Urteils gegen die Fristenregelung –, der 8. März – internationaler Frauentag – und der 1. Mai werden die nächsten Stationen unseres Kampfes sein. Jetzt gilt es vor allem, der Front gegen den § 218 Dauerhaftigkeit und Organisiertheit zu verleihen.

Wir wollen dazu beitragen, durch die Rechnung der Herrschenden einen Strich zu machen: Nicht resignieren werden wir, sondern neue Energien entwickeln, um den Kampf gegen den §218 weiterzuführen und eine kämpferische Frauenbewegung aufzubauen!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



West-Sahara
Seite 34

Spanische Arbeiterklasse bricht Lohnstop

Eine der größten Streikbewegungen nach dem Bürgerkrieg (insgesamt dürften sich an den Streiks etwa 500.000 Menschen beteiligt haben) gegen Lohnstop, aber auch für politische Freiheiten und Amnestie der politischen Gefangenen hat das Kabinett Fraga/Areilza in Bedrängnis gebracht. Damit die Streikbewegung sich nicht weiter ausdehnen würde und um eine weitere Politisierung der Streiks zu vermeiden, sind großenteils die Lohnforderungen der Arbeiter erfüllt worden. Damit hat die Regierung bereits faktisch den von ihr verhängten Lohnstop aufheben müssen. Innenminister Fraga deutete weitere Zugeständnisse an die Massenbewegung an und erklärte es für dringend notwendig, die gesetzlichen Voraussetzungen für „*berechtigte und vernünftige*" Demonstration zu schaffen, einschließlich des Versammlungsrechts und des Rechts zu politischen Zusammenschlüssen, allerdings müsse „*das Gesetz im Interesse aller gegen jeden verteidigt werden*", der die öffentliche Ordnung bedroht („Süddeutsche Zeitung", 16.1.1976).

Die Taktik der staatlichen Repressionskräfte war ein wenig flexibler als sonst. Sie gingen nicht gegen j e d e Betriebsbesetzung, nicht gegen j e d e Kirchenbesetzung vor. In der Regel schlugen sie jedoch alle Demonstrationen nach kurzer Zeit auseinander, setzten Tränengas auch gegen eine Frauendemonstration ein, verhafteten, was sie greifen konnten. Alle Streikenden im Öffentlichen Dienst wurden militärisch dienstverpflichtet, was die härteste aller Maßnahmen gegen die Arbeiter ist, da sie – falls sie weiterstreiken – von einem Militärgericht zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden können.

Während die Streiks, die in den ersten Januartagen mit dem Streik der Madrider U-Bahn-Angestellten begannen, zunächst vorwiegend auf Madrid (Metall-, Elektro- und Bauindustrie) und auch Barçelona begrenzt waren, griffen sie seit dem Generalstreik in Madrid (am 12.1.) immer mehr auf andere Teile Spaniens über.

Forts. Seite 3

Brutale Polizeiüberfälle auf Bremer Frauengruppen

In den letzten beiden Wochen hat die Bremer Polizei zwei Überfälle auf die fortschrittliche Frauenbewegung der Hansestadt verübt. Die Willkür und Brutalität, mit der die Bullen dabei vorgingen, zeigen an, womit die Gegner des reaktionären Abtreibungsverbots und die fortschrittliche Frauenbewegung insgesamt in Zukunft zu rechnen haben.

23.1.76: Frauenzentrum

Am Freitag, 23.1.76, wurde in Bremen eine große Polizeirazzia gegen mehrere Wohngemeinschaften und das Frauenzentrum durchgeführt.

Angeblich wurden zwei „Anarchisten" gesucht – in Zusammenhang mit einer Großfahndung im gesamten Bundesgebiet auf Anweisung der Generalbundesanwaltschaft. Dabei wurden mehrere Personen festgenommen; in einer Wohngemeinschaft allein 10! Außerdem beschlagnahmte die Polizei in der Wohnung über dem Frauenzentrum ohne Quittung (!) 1570 DM.

Nach Zeugenaussagen umstellten gegen 17.30 Uhr mehrere Uniformierte mit Maschinenpistolen bewaffnet und drei Zivilbullen des MEK das Haus, drangen ohne Durchsuchungsbefehl ein und durchkämmten das ganze Haus. Unter dem Vorwand,zwei Männer in der Wohngemeinschaft im 1. Stock zu suchen, stellten sie die Personalien der zwei im Frauenzentrum anwesenden Frauen des Informationsdienstes fest, durchwühlten ihre Handtaschen (darin sollten sich wohl die Männer befinden?) und durchschnüffelten das ganze Frauenzentrum. Die ganze Aktion dauerte rund zwei Stunden. Während der Zeit wurden etwa 30 Frauen der Frauengruppe und sympathisierenden Männer, die innerhalb kürzerster Zeit benachrichtigt worden waren und sich mit den Betroffenen solidarisiert hatten, am Betreten des Zentrums gehindert.

Die Rechtsanwälte der Betroffenen wurden massiv bedroht, als sie den Hausdurchsuchungsbefehl sehen wollten: „Wenn sie die Arbeit weiter behindern, werden sie mitgenommen!". Ein Betrunkener, der vorbeikam und schimpfte: „Scheißbullen!" wurde von ihnen 20 m weiter zu einem Parkplatz geschleppt, dort verprügelt und in ein Auto gezerrt.

Entgegen den Behauptungen von Polizei und Presse, daß sich der Einsatz nicht gegen das Frauenzentrum gerichtet habe, ist ein Zweck des Überfalls eindeutig eine öffentliche Kriminalisierung wie auch eine polizeiliche „Ausforschung" des Frauenzentrums.

Forts. Seite 2



Iran: Todesurteile durch Folter vollstreckt
Verhaftung von CISNU-Genossen in Frankreich und BRD

Am 22. Januar hat ein sogenanntes militärisches Berufungsgericht die Todesurteile gegen neun iranische Genossen bestätigt und den zehnten zu 15 Jahren Gefängnis „begnadigt". Entgegen vorherigen Verlautbarungen wurden auch zu der Verhandlung dieses „Gerichts" wieder keine ausländischen Pressevertreter oder eine andere Öffentlichkeit zugelassen. Die Angeklagten ebenso wie das Gericht wären wohl auch kaum zum Vorzeigen gewesen. Inzwischen wurde gemeldet, das Urteil sei durch Erschießen vollstreckt worden. Die CISNU erklärte jedoch, daß zum Tode verurteilte Genossen in Iran nicht erschossen, sondern zu Tode gefoltert werden, meist schon vor der „Gerichtsverhandlung".

In Paris, Bonn und anderen europäischen Hauptstädten hat die CISNU gegen die Vollstreckung der Todesurteile Protestdemonstrationen abgehalten. In Paris wurde eine große Anzahl persischer Genossen verhaftet und ist von Ausweisung bedroht.

Auch in der BRD wurden fünf CISNU-Genossen ohne jede Angabe Auch in der BRD wurden fünf CISNU-Genossen ohne jede Angabe Naen Gründen verhaftet, davon zwei in Frankfurt und einer in Aachen. Diese Verhaftungen deuten erneut auf ein enges Zusammengehen der BRD-Behörden mit dem faschistischen Geheimdienst des Irans, SAVAK, hin. Den Verhafteten droht Ausweisung und damit Kerker, Folter und womöglich Tod im Iran.

Auf einer politischen Veranstaltung in Köln (gegen den § 88a) protestierten anwesende CISNU-Genossen gegen die Verhaftungen in der BRD. Sie brachten dazu folgende Resolution ein:

„Gleichzeitig mit der Verurteilung von zehn iranischen Oppositionellen durch Militärgerichte im Iran, versucht das faschistische Schah-Regime auch im Ausland, antifaschistische Iraner unter Druck zu setzen. So laufen seit letzter Woche in der BRD Verhaftungen, Verfolgungen und Verhöre von iranischen Oppositionellen und von CISNU-Mitgliedern durch die BRD-Behörden. Diese Aktivitäten der westdeutschen Behörden bedeuten Hilfestellung für die SAVAK, den iranischen Geheimdienst.

1. *Wir verurteilen schärfstens die Verhaftungen und Verfolgungen der iranischen Oppositionellen durch die BRD-Polizei.*
2. *Wir protestieren gegen die zur Zeit laufenden Repressalien, mit denen versucht wird, die CISNU zu kriminalisieren und deren Mitglieder zu diskriminieren.*
3. *Wir fordern die sofortige Freilassung der iranischen Oppositionellen und Antifaschisten, die zur Zeit in Haft sind."*

Mit dieser Protestresolution solidarisieren wir uns vollständig! – Die CISNU-Genossen in Köln schlugen vor, Protest-Telegramme mit diesem Wortlaut an folgende Adressen zu schicken:

1. Bundesstaatsanwaltschaft
   75 Karlsruhe
   Herrenstraße
   75 Karlsruhe
   Herrenstraße
   z. Hd. v. Herrn Lampe
2. Kopie an Bundesgerichtshof
   75 Karlsruhe
   z. Hd. v. Herrn Kühn

Gegen die Ermordung und Verhaftung iranischer Oppositioneller hat es in der BRD verschiedene Protestaktionen gegeben. In Bonn haben Demonstranten im Gebäude der iranischen Botschaft antifaschistische Parolen angebracht und nützliche Dinge mitgenommen: Akten, Paßformulare und fertige Pässe.

Am 26.1. meldete die „Frankfurter Rundschau", daß die iranische Armee in Nordpersien in Feuergefechte mit Guerilla-Gruppen verwikkelt wurde, wobei es mehrere Tote gab. ●

Nach Berichten von Kölner Sympathisanten und Nahost-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Ein kapitaler Bock

Der Freiburger „Ring christlich-demokratischer Studenten" führte eine Veranstaltungsreihe durch, in deren Rahmen CDU-Kohl sprechen sollte. Ihm wurde, wie seinen Vorrednern von Hassel und von Amerongen, von fortschrittlichen Studenten der gebührende Empfang bereitet. „Die Welt" war dabei: *„Die Linksradikalen trugen ... lange Stöcke mit Haken bei sich, mit denen sie versuchten, Absperrungen einzureißen und Polizisten die Beine wegzureißen"* (21.1.76). Und dann kam es schließlich, wie es kommen mußte, wenn man den „Terror" in unserem Land gewähren läßt: **„Kohls Leibwächter wurde durch zwei Messerstiche (!!!) verletzt"**, meldete die „Welt" als Titelseitenaufmacher und fuhr fort: *„Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Attentat Helmuth Kohl galt".* Eine wunderschöne Geschichte, die die „Welt" servieren konnte, und ein erfahrener Springer-Leser wird das auch richtig einzuordnen verstehen: durchgeführt natürlich von „Carlos" im Auftrag der Sowjetbotschaft.

Doch der „Weltbürgerkrieg" ist komplizierter, als mancher denkt, und so konnte man am folgenden Tag eine andere Version – das Untersuchungsergebnis des Freiburger Polizeipräsidenten – lesen: *„Der Leibwächter sei von einem 61 Jahre alten Mann verletzt worden ... (dieser) – ein Mitglied der CDU – war in der Menge der Demonstranten eingekeilt. Er verschaffte seinem Ärger über die Störungen dadurch Luft, daß er mit der Spitze eines Rehbockgeweihs, das er bei sich (?) trug, einem vermutlichen Randalierer (!) in den Rücken stieß. Er traf den Bewacher des CDU-Kanzlerkandidaten"* („Welt", 22.1.76).

Aber – wer weiß – vielleicht wird dadurch der Vorfall verharmlost. Wer läuft denn heute noch mit Hörnern umher? Wo doch die internationale Terroristenszene mit dem Teufel im Bunde ist ... ●

Ein Studentengenosse



DDR: 15 Jahre für „Fluchthelfer"

Im Januar wurde in der DDR der „Fluchthelfer" Rainer Schubert zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die bürgerliche Presse, Parteien etc. stimmten ein Wutgeheul an, beschworen die „Menschlichkeit" und den „Geist von Helsinki" usw.

Im Auftrag der Züricher „Fluchthilfe"-Bande „Aramco" brachte Schubert von 1972 an 130 DDR-Bürger in die BRD und nach Westberlin. Jedesmal kassierte er zwischen 10.000 und 28.000 Mark. Spezialisiert hatte sich Schubert besonders auf Ärzte aus der DDR.

S. verwahrte sich im Prozeß von Anfang an dagegen, seine kriminellen Aktivitäten auf materielle Gründe zurückzuführen, er selbst sehe sich als „politischer Überzeugungstäter". Alles aus Schuberts Vorgeschichte paßt in dieses Bild eines militanten Faschisten:

Mitte der 60er Jahre war S. bei einer paramilitärischen Organisation tätig, die in Westberlin Einrichtungen der US-Armee und des CIA überwachte.

Er entwarf Pläne wie z.B. einen großen Sprengstoff-Anschlag gegen die „Mauer", die Entführung eines DDR-Grenzwachbootes usw. Seine „Fluchthelfer"-Truppe, insgesamt 13 Mann, war voll bewaffnet. S. selbst besaß laut „ND" vom 22.1. fünf Karabiner und Gewehre und drei Pistolen bzw. Revolver.

Unterstützt wurde die Bande durch den westdeutschen Staat und die Westberliner Behörden:

- Der BND erhielt von S. regelmäßig das bei der Ausspähung von „Flucht"wegen angefallene Material zugesteckt.
  Als Gegenleistung erhielt S. vom BND-Agenten in Zürich, Hans Sehrt (offiziell Konsulatsbeamter) Passösen und Fahndungsblätter mit den Nummern abhanden gekommener Pässe, die dann bei Fälschungen neu verwendet worden sind.
- Der VS unterstützte S. u.a. dadurch, daß das Westberliner Landesamt „Sicherheitsüberprüfungen" vornahm, um „unsichere" Bandenmitglieder abzuchecken.
- Die Politische Polizei in Frankfurt, vertreten durch Bätz, Leiter des 18. Kommissariats, *„der mit Hinweisen diente, wo man in der Frankfurter Unterwelt Pässe erhalten könne"* („SZ", 22.1.76).
- Der „Deutsche Entwicklungsdienst (DED)", der eine Abwerbung eines Arztes aus der DDR mitfinanzierte („Tsp", 22.1.).

Wie man sieht, hat dieser Verbrecher vom Staat jede nur denkbare Hilfe erhalten, und die reaktionäre Presse hat allen Grund, die eindeutige Aburteilung von S. zu beklagen. Schließlich war er einer ihrer Leute ... ●

Türkei: Demirels „Heils"-Faschismus marschiert ..

Mit äußerster Brutalität geht die Regierung Demirel gegen die Bevölkerung, Arbeiter, Bauern und Studenten vor.

Kombinierte Manöver gegen Antifaschisten – Bilanz des Todes

- Am 26.1. wurden drei Studenten bei einer großangelegten Personenkontrolle, an der das Heer und die Polizei, die sogar Hubschrauber einsetzte, beteiligt waren, in der Nähe von Beylerderesie getötet. Sie waren Mitglieder der „Revolutionären Volksbefreiungsarmee der Türkei" („Le Monde", 28.1.).
- Am 28.1.76 haben die Sicherheitsorgane in der Provinz Malatya drei Lehrer und vier Studenten verhaftet. Sie sollen zu einer „subversiven Organisation" gehören („Le Monde", 30.1.).
- Ebenfalls am 28.1. wurden fünf „Personen" von den Sicherheitskräften nahe bei Idil, in der Provinz Mardin, an der syrischen Grenze, erschossen! (Radio Türkei, „LM", s.o.). Es handelte sich um eine bewaffnete „Gruppe". 13 Miglieder dieser „Gruppe" wurden „lebend" (in der Tat etwas außergewöhnliches) verhaftet.
- An den Hochschulen wurden in weniger als einem Monat (!) – 27 Menschen – meist Genossen – von den Sicherheitskräften bei den Auseinandersetzungen getötet.

Dickens, Dostojewski, Camus – „zerstören die etablierte Ordnung" . . .

Der Erziehungsminister M. Ali Naili Erdem – Mitglied der „Gerechtigkeitspartei" hat die Autoren

- Dickens („Oliver Twist"), Camus, Dostojewski, Gogol („Tarass Boulba"), Jean Paul Sartre („Le Mur") an den Schulen verboten. Vor einigen Jahren war schon Malrauxs „Die Hoffnung" auf Anordnung aus den Buchläden verschwunden! ! !
- auch türkische Volksdichter fielen dem Verbot zum Opfer: „Arhan Kemal („Fruchtbare Erde"), Kemal Tahir, Mahout Makal („Eine Stadt in Anatolien") Yasar Keaml („Mehmed der Witzbold") – Aziz Nesin („Lohn der Ehrlichkeit") – alles vielgelesene Volksliteratur!! Ähnliche Verbote treffen jetzt auch das Fernsehen und Theater.

Der Minister Erdem ließ diese Bücher verbieten, weil sie *„die etablierte Ordnung zerstören wollten"* (!) und alles Werke seien, deren Autoren als *„intellektuell Orientierte"* bekannt seien.

Die türkische „Nationale Schriftstellergewerkschaft" (TYS), die den Erziehungsminister und die gesamte Regierung Demirel als *„Feinde der Kultur"* bezeichnete, deren *„Literaturfeindlichkeit an die Periode nach dem 2. Weltkrieg erinnere"* haben diese faschistischen Machenschaften eindeutig zurückgewiesen: *„Wir sind nicht die Schriftsteller der Regierung, sondern des Volkes!"*

Schulen von Antifaschisten säubern . . .

Der Meinungs- und Gesinnungsterror richtet sich auch gegen antifaschistische und fortschrittliche Studenten, Referendare und Lehrer. So hat der Erziehungsminister etwa 6.000 Lehrer seit Regierungsantritt gefeuert und etwa 5.000 Volksschüler von ihren Lehrern, die „linker Ideen" verdächtigt werden, getrennt (Zitate nach Le Monde, 30.1.). ●

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Brutale Polizeiüberfälle auf Bremer Frauengruppen Forts. von S. 1

31.1.76: Kundgebung

An diesem Tag (31.1.) hatte das Bremer „Komitee gegen den §218" (KBW nahestehend) zu einer Protestkundgebung aufgerufen, weil die Bremer Oberstaatsanwaltschaft am 26. Januar in der Schulfunkredaktion von Radio Bremen eine Broschüre über den Abtreibungsparagraphen beschlagnahmen lassen hatte. Grund für diese Aktion der Staatschützer war eine in der Broschüre abgebildete Karikatur, auf der treffend die Bundesverfassungsrichter gezeigt werden, die sich mit Eifer und sichtlicher Freude über einen nackten Frauenkörper hermachen (siehe nebenstehendes Faksimile).

Für die Staatsanwaltschaft war das ein Verstoß gegen §185 des Strafgesetzbuches (Beleidigung) und „verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen."

Das Bremer „Kommitee gegen den §218" hatte in seinem Aufrufflugblatt zu der Protestkundgebung am 31. Januar nicht nur das Vorgehen der „Verfassungsschützer" enthüllt, sondern auch ein Faksimile der beanstandeten Karikatur gebracht. Mit diesem Flugblatt war bereits mehrere Tage in Bremen mobilisiert worden! Die Bremer Polizeiführung nahm dies dennoch zum Vorwand, mehr als 100 Bullen auf die Kundgebungsteilnehmer (ca.200) zu hetzen.

„Um das Flugblatt zu beschlagnahmen" – wie es von Seiten der Polizei hieß – mischten sich uniformierte und zivile Bullen in kleinen Gruppen unter die Kundgebungsteilnehmer – und schlugen auf ein Zeichen hin wahllos auf die Menschen ein.

Flüchtende Demonstranten setzten die Bullen bis in die umliegenden Kaufhäuser nach – ein gehbehinderter Genosse wurde, bereits zu Boden geschlagen, brutal mißhandelt . . .

Das Bundesverfassungsgericht beruft sich bei der Ablehnung der Fristenlösung auf den Artikel 1, Abs. 1 des Grundgesetzes:
Die Würde des Menschen ist
unantastbar



Corpus delicti – das von der Staatsanwaltschaft für „verfassungswidrig" gehaltene Plakat aus der Bremer Schulfunkbroschüre

Widerstand organisieren!

Die brutalen Bullenüberfälle und das Vorgehen der Staatsschutzbehörden in Bremen sind ebenso wie die Razzien gegen das Frankfurter Frauenzentrum im letzten Jahr Beispiele für die sich mehrenden Angriffe gegen Frauengruppen. Gegen diese Angriffe gilt es den Widerstand zu organisieren.

Die Bremer Frauengruppen haben z.B. nach dem Überfall auf ihr Zentrum mit Wandzeitungen und einem Flugblatt (das auch von der Frauengruppe des KB/Gruppe Bremen mitgetragen wird) die Öffentlichkeit informiert. Vollversammlungen des 1. und 5. Semesters der Hochschule für Sozialpädagogik verabschiedeten e i n s t i m m i g Protestresolutionen gegen den Polizeiüberfall auf das Frauenzentrum. ●



Arbeitsgruppe Frauen des KB Gruppe Bremen

Spanische Arbeiterklasse bricht Lohnstop

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Im folgenden ein kurzer Überblick über die Streiks seit dem 12. Januar:

15. Januar:

– In den wichtigsten Madrider Metallbetrieben dauern die Auseinandersetzungen an. Obwohl die 15.000 Standard/ITT-Arbeiter seit einem Monat streiken, ist die Geschäftsführung nicht bereit, die 20 als Streikführer entlassenen Kollegen wieder einzustellen, noch Tarifverhandlungen aufzunehmen.

– Die 55.000 Beschäftigten der spanischen Telefongesellschaft drohen mit Streik. Es werden sofort Tarifverhandlungen aufgenommen.

– Die 4.000 Postarbeiter laufen seit dem 14.1. mit einem großen „M" (militarizado) auf dem Jackenaufschlag und tragen so die „Liberalisierung" der spanischen Regierung von Haus zu Haus.

– In der Nacht zum 16.1. werden 120 Arbeiter verhaftet, offenbar die Streikkoordination von Madrid. Ihnen wird Vorbereitung eines politischen Generalstreiks vorgeworfen. 27 der am Wochenende (10./11.) verhafteten etwa 50 Arbeiter werden freigelassen.

16. Januar:

– Im Bausektor von Madrid kommt es zu einem Lohnabschluß, der die Forderungen der Arbeiter fast vollständig erfüllt. Sie bekommen ca. 40 % Lohnerhöhung (statt 12.500 Ptas. jetzt 17.500 Ptas – etwa 800 Mark) und 30 Tage Urlaub statt bisher 21. Der Abschluß kommt außerhalb des Syndikats direkt mit den Arbeitern zustande.

– Die Angestellten der staatlichen Telefongesellschaft streiken, ebenso die Bankangestellten.

– Etwa 2.000 Frauen demonstrieren zum Regierungsgebäude und fordern gleiche Rechte bei Lohn und Gehalt wie die Männer, Ende des Lohnstops, Amnestie und politische Freiheiten. Die Polizei geht gegen die Frauen mit Tränengasgranaten vor und löst die Demonstration brutal auf!

– Bei der spanischen Staatsbahn (Renfe) kommt es zu ersten Arbeitsniederlegungen bei ca. 6.000 Arbeitern der Ausbesserungswerke (von insgesamt 200.000).

– Bei den Madrider Banken geht der Streik von 8.000 Kollegen weiter.

– Die Streiks in den staatlichen Minen Hunosa setzen sich fort. 1.700 Bergleute werden bis zum 1. Februar ausgesperrt.

17. Januar:

– Die Polizei jagt eine etwa 700-köpfige Versammlung in der Madrider Banco de Santander auseinander. In zwölf anderen großen Städ-

köpfige Versammlung in der Madrider Banco de Santander auseinander. In zwölf anderen großen Städ-

ten finden Bankenstreiks statt.

– In Barcelona werden bei einer Demonstration von etwa 10.000 Menschen neunzehn Verhaftungen vorgenommen.

– Mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten verhaften in der Nacht zum 17.1. etwa 50 Personen, darunter bekannte Rechtsanwälte bei einer Geburtstagsfeier.

– Die Streikenden bei der Renfe müssen schon die „M"-Kennkarten tragen! Die Militarisierung der 200.000 Eisenbahner wird dann am 18. beschlossen!

– Der Hafen von Barçelona ist wieder in Betrieb, nachdem die Schauerleute ihren Streik beendet haben.

– „Demokratische Junta" und „Konvergenz" rufen zu einer „friedlichen Demonstration" durch die Madrider Innenstadt für den 20. Januar auf.

18. Januar:

– Aufgrund der Militarisierung der Eisenbahn nimmt die Streikbewegung wieder zu. Die Metroarbeiter von Madrid, die für den 19. wieder mit Streik gedroht hatten, falls die Tarifverhandlungen scheitern, erhalten schon Karten mit dem bekannten „M", falls sie streiken.

In den privatwirtschaftlichen Bereichen der Eisenbahn wie Schlaf- und Speisewagen werden die Arbeiter nicht militarisiert. Der Streik dort ist total. Die Arbeiter fordern 5.000 Peseten Lohnerhöhung (ca. 200 Mark). Im Industriegürtel von Madrid haben vier große Betriebe (für 17.000 Arbeiter) ihre Tore wieder geöffnet. In drei von ihnen wurde angeblich wieder „normal" gearbeitet. Bei Chrysler mußten die wenigen Arbeitswilligen nach Auseinandersetzungen mit den Streikposten wieder abziehen. Die Kollegen wollten nicht eher arbeiten bis die Firma die Aussperrungs- und Streiktage bezahlt!

– In Telegrammen an Ministerpräsident Arias protestierte der Internationale Bund der Postarbeitergewerkschaften im Namen seiner 3,3 Millionen Mitglieder gegen die Militarisierung des Postbetriebes.

– Von den 120 am 15.1. verhafteten Arbeitern werden 80 wieder freigelassen.

– Über Rundfunk und Fernsehen werden ständig Aufrufe der Polizei verbreitet, der Demonstration am nächsten Tag, die ein *„subversives Manöver des totalitären Kommunismus"* sei, fernzubleiben.

– Die Madrider U-Bahn-Arbeiter beschlossen, nicht zu streiken, um nicht auch militarisiert zu werden.

20. Januar:

– Im Madrider Metallsektor ist die Bewegung nach wie vor umfangreich. Etwa 20 Fabriken im Industriegürtel haben die Arbeiter ausgesperrt. Die Standard-Arbeiter appellieren an die Bevölkerung Madrids, westeuropäische Gewerkschaften und spanische Emigranten und ersuchen um materielle Hilfe. Im faschistischen Spanien gibt es selbstverständlich keine Streikunterstützung seitens der Syndikate.

– In Asturien sind 15.000 bis 20.000 Minenarbeiter in den Streik getreten.

– In Valençia sind 30.000 Bauarbeiter im Streik, in Barçelona etwa 18.000. Sie protestieren gegen den Tod eines von ihnen gewählten Arbeitervertreters und Syndikatsmitglieds (von Lafosa), der von einem Polizeijeep überfahren wurde.

– Die von „Junta" und „Konvergenz" angesagte Demonstration wird von einem großen Polizeiaufgebot (6.000 - 8.000 Beamte) mit Tränengas und Gummiknüppeln am Versammlungsort und zum Teil schon auf den Zugangsstraßen auseinandergeknüppelt. 50 Menschen werden verhaftet. Auch der „FAZ"-Sonderkorrespondent Eckhart Kauntz wird von den spanischen Bullen verprügelt, als er sich interessiert ihre zusammenziehbaren Gummiknüppel ansieht. Er schreibt daraufhin einen recht bewegten Artikel in der „FAZ", wo ihm sogar ein alter Arbeiter auffällt, der sagt: *„Die Hundesöhne haben mich zum Weglaufen aufgefordert. In meinem Alter laufe ich nicht. Also haben sie mich geschlagen. Das ist die Freiheit in Spanien"* („FAZ", 22.1.1976).

Obwohl die Demonstration sich gar nicht erst sammeln konnte, spricht „Le Monde" von ca. 30.000, die auf den Beinen waren. „Junta" und „Konvergenz" beurteilten die Sache als Erfolg und kündigten wei-

die auf den Beinen waren. „Junta" und „Konvergenz" beurteilten die Sache als Erfolg und kündigten wei-

tere ähnliche Aktionen an.

22. Januar:

– Der Streik, der seit einigen Wochen im Madrider Industrievorort Getafe geführt wird, hat sich auf weitere Orte ausgedehnt. Die Arbeiter von Bally Ibérica S.A. streiken gegen die Entlassung von acht Kollegen und haben den Betrieb besetzt. Eine Stunde später wurden sie von der Polizei vertrieben. Sie fordern 4.000 Peseten mehr.

– Auch bei IBE-MEI, bei Odel-Lux, Intelsa und anderen Betrieben wurden die Arbeiter ausgesperrt.

– Bei Standard gibt es Bummelstreiks und Streiks von mehreren Stunden.

– Die private Madrider U-Bahn-Gesellschaft muß nach der Auflage der staatlichen Arbeitsbehörde von Madrid den U-Bahn-Arbeitern noch einmal (wie schon Anfang Januar) eine einmalige Sonderzahlung von etwa 300 Mark zahlen.

– In 46 Sparkassen werden Streiks zur Unterstützung der Lohnforderungen durchgeführt.

– Die private Schlaf- und Speisewagengesellschaft akzeptiert vier von fünf Forderungen der Arbeiter: Keine Repressalien gegen die Streikenden, weniger Arbeitsstunden, Aufstellung von Betten am Ende der Eisenbahnlinien und Wiedereinstellung der Entlassenen. Die Lohnforderungen will die Gesellschaft jedoch nicht erfüllen.

– In Barçelona streiken die Arbeiter der Industrieorte fast total.

– In Valençia streiken 70.000 Bauarbeiter.

– In Bilbao sind 2.000 Bankangestellte im Streik. Auch in Pamplona und Vitoria finden Streiks statt.

– In Asturien machen die Minenarbeiter einen Generalstreik! ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Streikversammlung der U-Bahn-Arbeiter



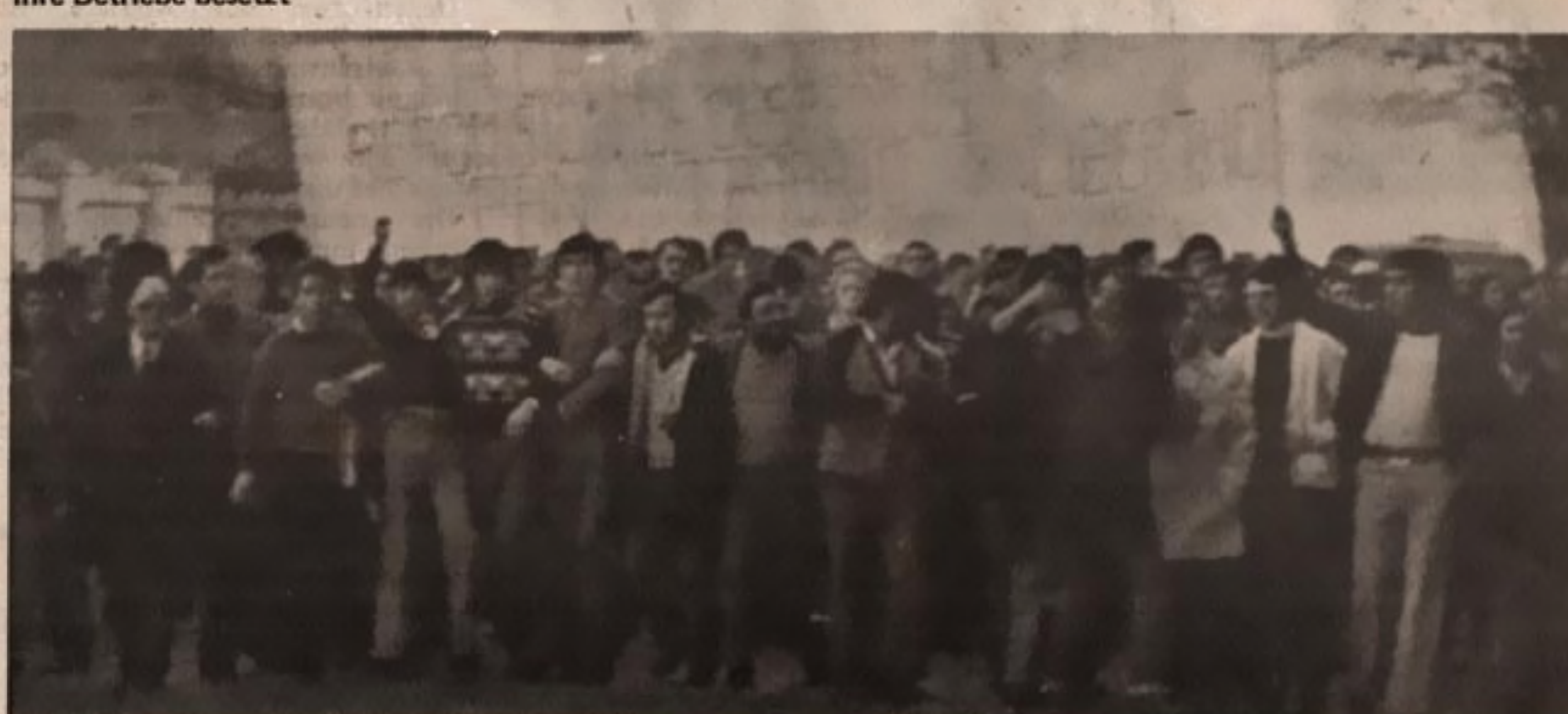
20.000 Arbeiter in Getafe (Vorort von Madrid) halten ihre Betriebe besetzt



Streikversammlung bei den Bankangestellten.

20.000 Arbeiter in Getafe (Vorort von Madrid) halten ihre Betriebe besetzt

Streikversammlung bei den Bankangestellten.



Arbeiterdemonstration in Madrid: „Nein zum Lohnstopp – Wiedereinstellung der Entlassenen – Brot, Arbeit und Freiheit"



Madrid: Demonstranten flüchten vor den Tränengas-Granaten der Polizei

Neuer Stützpunktvertrag USA – Spanien

USA und Spanien haben ein neues Stützpunkt-Abkommen abgeschlossen. Danach werden die USA weitere fünf Jahre ihre Luftbasen Torrejón bei Madrid, Zaragoza, Morón bei Sevilla und ihren nuklearen Marinestützpunkt Rota für militärische Zwecke nutzen können sowie ihre 28.000 („Frankfurter Allgemeine Zeitung") in Spanien stationierten US-Soldaten behalten.

Die USA haben sich angesichts der gestiegenen strategischen Bedeutung Spaniens im Mittelmeerraum zu höheren „Gegenleistungen" verpflichtet, als sie dies vor 14 Monaten, als die Verhandlungen begannen, zu tun bereit waren.

Die USA werden im Vertragszeitraum 1,22 Mrd. Dollar dem spanischen Staat zur Verfügung stellen. Davon sind allein 735 Mio. Dollar für militärische Ausrüstungen vorgesehen. 485 Mio. Dollar zahlt die amerikanische Export-Import-Bank für wirtschaftliche Investitionen, vor allem auf dem Sektor der Energiegewinnung. Spanien wird außerdem von den USA 72 leichte Jagdflugzeuge vom Typ F-16 erhalten sowie eine bessere Ausrüstung der Kriegsmarine mit Amphibienfahrzeugen und U-Boot-Zerstörern, *„um den Handelsverkehr Europas zu sichern"* (!) („Le Monde", 26.1.76). Zur Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie wird ein spanisch-amerikanischer Verteidigungsrat geschaffen, der zweimal jährlich in Madrid tagen soll.

Weiterhin haben sich die USA verpflichtet, bis 1979 ihre atomar ausgerüsteten Polaris-Unterseeboote aus Rota zurückzuziehen. Sie sollen schon jetzt von neun auf vier reduziert worden sein. Allerdings nur, weil – laut Kissinger – *„die moderne Technik* (sprich die neuen Rüstungssysteme) *die strategische Bedeutung solcher Basen vermindert"* hat. Außerdem sollen die Zisternenflugzeuge (können andere Flugzeuge in der Luft auftanken) von 35 auf vier verringert werden.

Solche Auftankmöglichkeit ist für US-Flugzeuge im Hinblick auf zukünftige kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten besonders interessant.

US-Außenminister Kissinger antwortete auf die Frage, ob im neuen Vertrag die Nutzung der US-Basen in Spanien in diesem Sinne vorgesehen sei, es gebe „keine Einschränkung" bei der Nutzung der Stützpunkte („FAZ", 26.1.76). Der spanische Außenminister Areilza betonte jedoch, daß die US-Basen nicht als Zwischenlandeorte bei Kriegseinsätzen in Drittländern benutzt werden sollen.

Tatsache ist, daß die USA 1958 bei ihrer Intervention im Libanon die spanischen Stützpunkte noch voll nutzen konnten. Im israelisch-arabischen Krieg von 1967 untersagte Madrid die Benutzung der Basen und im Oktoberkrieg 1973 war den amerikanischen Flugzeugen nicht einmal mehr das Auftanken durch die „fliegenden Tanker" über spanischem Territorium gestattet worden. Als Ersatz nutzten die USA damals ihren Stützpunkt Lajes auf den Azoren, der ihnen nach der politischen Rechtswendung in Portugal sicher auch künftig voll zur Verfügung steht.

Stützpunktabkommen mit den USA hat Spanien seit 1953, aber bisher immer in der Form von Verwaltungsverträgen, also Verträgen, die nicht den Charakter von offiziellen Staatsverträgen haben. In diesem neuen Vertrag wird ausdrücklich die Souveränität und Gleichberechtigung beider Seiten herausgestellt und die spanische „Verteidigungsleistung im Nordatlantik und Mittelmeer" ausdrücklich erwähnt. Der Vertrag bedarf der Zustimmung des amerikanischen Senats und der spanischen Cortes, was von der spanischen Regierung als großer Prestigegewinn gefeiert wird.

Zweifellos bedeutet dieser Vertrag für Spanien einen Schritt weiter in die NATO hinein. Das faschistische Spanien war schon immer – ähnlich wie das Rassisten-Regime in Südafrika – ein wichtiger Eckfeiler des „freien Westens". Seine nunmehr auch höchst offizielle Einbindung in diesen Verein ist nur noch eine Frage von kurzer Zeitdauer.

Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Bei der militärischen Ausrüstung Spaniens hat auch Frankreich seine Finger dick im Geschäft drin. So lieferte Frankreich in letzter Zeit mehrere Unterseeboote, Hubschrauber, gab Lizenzen für den Nachbau des mittleren Kampfpanzers AMX 30. Frankreich lieferte bereits 30 Mirage III-Flugzeuge und 15 Mirage F-1 Aufklärungsflugzeuge. Die geplante Lieferung von weiteren sechs Mirage III und 21 Mirage F-1 könnte von den soeben zwischen Spanien und den USA vereinbarten Waffenlieferungen allerdings durchkreuzt werden (nach „Le Monde". 26.1.76).

Freiheit für die demokratischen Offiziere in Spanien

Freiheit für die demokratischen Offiziere in Spanien



In diesen Tagen findet der Prozeß gegen die neun – Ende Juni letzten Jahres – verhafteten spanischen Offiziere statt. Ihnen wird *„Anstiftung zu einer militärischen Rebellion"* vorgeworfen. Die Offiziere, unter ihnen der Major Otero, sollen zur „Demokratischen Militärunion" gehören,

In diesen Tagen findet der Prozeß gegen die neun – Ende Juni letzten Jahres – verhafteten spanischen Offiziere statt. Ihnen wird *„Anstiftung zu einer militärischen Rebellion"* vorgeworfen. Die Offiziere, unter ihnen der Major Otero, sollen zur „Demokratischen Militärunion" gehören,

der 500 Militärs und ein großer Kreis von Sympathisanten (etwa 2000) angehört. Die „Union Militar Democratica" tritt für eine Generalamnestie aller politischen (militärischen und zivilen) Gefangenen ein, für politische Freiheiten und auf militärischer Ebene für die Absetzung rechtsradikaler Kommandeure (wie Banuls, Camapano, Paix Planas, Merry Gordon ...), für die Auflösung der Militärgerichtsbarkeit (für zivile „Vergehen"), für die Abschaffung des militärischen Geheimdienstes u.ä.

Gegen zwei der Offiziere, die jetzt ihren Prozeß haben, werden von der Staatsanwaltschaft zwölf Jahre Gefängnis beantragt, gegen drei weitere acht Jahre, für zwei Offiziere sechs Jahre und die anderen beiden jeweils vier und drei Jahre!

Die neun Angeklagten sind während ihrer Haft verschiedenen Schikanen, wie zeitweiliger Einzelhaft, willkürlicher Verlegung usw. ausgesetzt gewesen. Sie durften sich keine Wahlverteidiger nehmen (sie hatten sich Ruiz-Gimenez, Gil Robles, Tierno Galvan, Jaime Miralles u.a. bekannte oppositionelle Zivilverteidiger ausgesucht). Die Pflichverteidiger lehnten sie ab. •

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zu den Gemeinde„wahlen" in Madrid

Die derzeit in fast allen spanischen Gemeinden und Provinzen stattfindenden Bürgermeister- und Vorsitzenden„wahlen" zu „Abgeordnetenversammlungen" wurden vom spanischen Außenminister Areilza als der „Auftakt der Demokratisierung" in Spanien ans europäische Ausland verkauft und hier – vor allem von der westdeutschen Presse und der CDU – dankbar angenommen und weiterverbreitet. Wir berichteten bereits im letzten AK über die vom Kabinett erlassenen Bedingungen und Einschränkungen für diese Wahlen, die u.a. das passive Wahlrecht faktisch auf altgediente Faschisten eingeschränkt. Nun können wir aus einem Artikel der spanischen (als absolut staatstreu geltenden Tageszeitung „YA" entnehmen, daß diese Wahlen auch in der Praxis nichts weiter als eine Verhöhnung jeder „Demokratisierung" sind.

In der Provinz Madrid stehen 89 Bürgermeisterposten zur Wahl. Es haben sich insgesamt bloß 136 Kandidaten darum beworben.

„In 59 der 89 Gemeinden steht nur ein Kandidat zur Wahl. Chinchon hebt sich mit fünf Kandidaten hervor". Vier weitere Gemeinden präsentieren vier Kandidaten. In sieben Gemeinden gibt es drei Kandidaten zur Wahl, in 20 weiteren Gemeinden stehen zwei Kandidaten zur Wahl („YA", 23.1.76).

„Von den 136 Kandidaten waren 68 bis zu ihrer Kandidatur selbst Bürgermeister dieser Gemeinden." In 20 Gemeinden stellen sich auch andere als die bisherigen Bürgermeister zur Wahl.

In 19 Gemeinden stellen sich die bisherigen Bürgermeister überhaupt nicht mehr zur Wahl. „YA" schreibt: *„Im Rahmen der diesen ersten Wahlen gegenüber allgemein gezeigten Apathie muß ein gewisser Wettbewerb in Chinchon hervorgehoben werden, weil es dort die meisten Kandidaten gibt."* Und dann, als wenn diese Zeitung sich selbst verscheißern wollte, schreibt sie: „ ... *Alle fünf sind lokale Räte des ‚Movimiento'* (faschistische Staatspartei, Anm. AK) *und einer bereits Stadtverordneter"* („YA", 23.1.76). Also selbst in der Gemeinde mit der meisten „Demokratie", also mit den meisten Kandidaten, haben sich nur Vertreter der alten faschistischen Ordnung, des ‚Movimiento', zur Wahl stellen können. Es lebe die „Demokratie"! •

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Trügerischer Waffenstillstand im Libanon

Faschistisches Blutbad im Armenviertel Qarantina

Die Belagerung der Flüchtlingslager Tall-as-Saatar (10 000 Menschen) und Dchisr-al-Bascha, die Eroberung des Lagers Dbaya (3 000) und das Massaker, das „christliche" Faschisten der Falange im Armenviertel Qarantina (15 000) in Beirut anrichteten, ließ schließlich selbst PLO-Führer Arafat zu starken Drohungen greifen. Die PLO hatte in der Vergangenheit gerne die Rolle des Vermittlers zwischen Faschisten und fortschrittlichen libanesischen Kräften gespielt. Nun erklärte Arafat am 19. Januar, er könne seine Leute nicht mehr zurückhalten und werde den Krieg an allen Fronten eskalieren bis zum Nachgeben der Faschisten.

Mit wochenlangen Verhandlungen hinter den Kulissen und mit dem Einmarsch palästinensischer Truppen aus Syrien hatten zu dieser Zeit bereits unter Beteiligung der PLO-Führung die Vorbereitungen für eine neue Atempause im Bürgerkrieg begonnen.

In den letzten Kämpfen vor dem Waffenstillstand erreichte der Krieg allerdings noch einen neuen Höhepunkt an Schärfe und Grausamkeit mit einer offiziellen Gesamtzahl von 10 000 Toten und 27 000 Verwundeten. Libanon hat nur 3,2 Millionen Einwohner.

Der größte Teil dieser Toten und Verwundeten sind Moslems, denn die Faschisten haben vor allem ein Ziel: Terror. Während Plündern, Vergewaltigung und Mord bei den fortschrittlichen libanesischen Truppen und den Palästinensern mit standrechtlicher Erschießung bestraft wird, gehört das bei den „Christen" zum Geschäft.

Die Elendsviertel Qarantina und Maslach, auf die sich die Faschisten

den Palästinensern mit standrechtlicher Erschießung bestraft wird, gehört das bei den „Christen" zum Geschäft.

Die Elendsviertel Qarantina und Maslach, auf die sich die Faschisten



kurz vor dem Waffenstillstand stürzten, liegen in der Nähe des Beiruter Hafens und sind deshalb von großer strategischer Bedeutung. Sie bildeten außerdem für die Faschisten ein leichtes Angriffsziel, da sie von christlichen Stadtteilen umgeben sind. Hier lebten in Hütten aus Blech und Holz 37 000 Menschen, davon etwa ein Drittel Kurden, Syrer und Palästinenser, in deren Ausweisen „Nationalität wird geprüft" eingestempelt war, obwohl sie sich teilweise schon Jahrzehnte in Libanon aufhielten. Sie fristeten ihr Leben durch Gelegenheitsarbeit im Hafen. Die libanesische Regierung hatte sich tatsächlich darauf beschränkt, eine hohe Mauer um das Gebiet zu errichten.

Man kann sich vorstellen, was es bedeutet, wenn die Falangisten hier nach eigenen Worten „mit den Fremden abgerechnet" haben. Mit Bulldozern wurden dann die Reste einschließlich der Leichen niedergewalzt. „Stern"-Reporter berichten von „einigen hundert" überlebenden Witwen, Kindern und alten Männern aus Maslach und Qarantina, die sie unter dem Schutz der PLO angetroffen haben: *„Die einzigen Zeugen. Viele scheinen wahnsinnig geworden zu sein."*

Vor diesem Hintergrund läuft nun in Beirut wieder das Theater der Politiker, von „links" bis zu den Faschisten einig in der Angst vor dem „Chaos", vor der Rache, die die libanesischen Volksmassen eines Tages nehmen werden.

Der Waffenstillstand wurde in Damaskus ausgehandelt. Der Faschistenführer Dschamayel, der „linke" Führer der „Nationalen Kampffront", Dschumblatt und der Führer der „Kommunisten" Schauwi gaben sich hier die Klinke in die Hand. Dann verkündete die Vordergrundfigur Ministerpräsident Karami seinen Rücktritt und palästinensische Truppen der baathistischen „Saika"-Organisation und der sogenannten „Palästina-Befreiungsarmee" (PLA) rückten an.

Die Tatsache, daß dagegen nicht einmal Israel protestierte, zeigt, daß alles fein abgesprochen war. Das Ziel des syrischen Eingreifens ist es nicht, die Faschisten, sondern die wirklichen Linken aufzuhalten. Die Grundlage dafür kann nur die Tatsache sein, daß die faschistische militärische Offensive trotz der rein defensiven Haltung der PLO und einiger anderer Gruppen steckengeblieben war! Nebenbei wird durch sein Eingreifen Syrien aus seiner peinlichen Untätigkeit entlassen.

Die Waffenstillstandsregelungen sind bemerkenswert. Als ob in der Zwischenzeit nichts geschehen wäre, sollen sich alle Seiten auf ihre Ausgangsstellungen zurückziehen. Weiter werden Reformen bei der Verteilung der Staatsmacht versprochen: die Position des (moslemischen) Ministerpräsidenten (trotz „Rücktritt" immer noch Karami) soll gestärkt werden, die Parlamentssitze gleichmäßig auf die Religionen aufgeteilt werden.

Eine wirkliche Reform der Verhältnisse in Libanon würde allerdings eine Veränderung der Verteilung des Reichtums voraussetzen. Deshalb

die Parlamentssitze gleichmäßig auf die Religionen aufgeteilt werden.

Eine wirkliche Reform der Verhältnisse in Libanon würde allerdings eine Veränderung der Verteilung des Reichtums voraussetzen. Deshalb

wird dieser Waffenstillstand nur eine kurze Atempause bilden. Die armen Massen Libanons – wie des ganzen Nahen Ostens – sind nicht durch stinkende Reformen zufriedenzustellen oder mit Feuer und Bulldozern niederzuwalzen.

Die Interarmco, größter Waffenhändler der Welt (dahinter steckt der CIA), hat ein Geschäft abgeschlossen über Waffen im Wert von mehreren Millionen Dollar für die libanesischen Faschisten. Sie werden einen neuen Angriff beginnen.

Der Waffenstillstand gibt auch den libanesischen Genossen Zeit, sich zu sammeln und neu zu formieren. Sie werden die ausgehungerten Menschen in den Lagern Tall-as-Saatar und Dschisr-al-Bascha versorgen und überblicken, was geschehen ist: die palästinensischen Kämpfer haben sich zum dritten Mal, die libanesischen Linken zum ersten Mal mit der Waffe in der Hand erfolgreich gegen die Faschisten verteidigt. Sie haben gesehen, wie die Armen ermordet wurden, während die Reichen in Sicherheit waren.

Wer will versuchen, ihnen die Waffen wegzunehmen? •

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Artikel zu Nahost S. 38

Angola
Erfolge der MPLA und neue Gefahren

Der Vormarsch der MPLA gegen die ausländische Aggression Zaires und der „Republik Südafrika" (RSA) und die imperialistischen Tarnorganisationen FNLA/UNITA geht unvermindert weiter. Zwischenzeitlich ist fast der ganze Norden nach der Befreiung San Salvadors („Welt", 26.1.) in Hand der Befreiungsstreitkräfte. An allen Frontabschnitten des Südens konnten teilweise erhebliche Erfolge erzielt werden; die zentralangolanischen Städte Cela und San Salvador sowie die Hafenstadt Novo Redondo sind befreit; die FNLA/UNITA-„Gegenregierung" hat sich aus Huambo (ehemals Novo Lisboa und nach Luanda die zweitgrößte Stadt Angolas) angesichts sich nähender der Befreiungstruppen („SZ", 28.1. spricht von 70 km Entfernung) davongeschlichen, sind aber im zwischenzeitlich ebenfalls bedrohten Silva Porto auch nicht mehr sicher.

Allgemein wird von einem baldigen Zusammenbruch der Pro-Imperialisten ausgegangen.

Trotz dieser äußerst günstigen Lage häufen sich die Anzeichen, daß das angolanische Volk demnächst mit einer Aggression konfrontiert sein wird, die alle bisherigen Verbrechen des Imperialismus in Afrika weit in den Schatten stellt: dem direkten, unverhüllten Angriff der RSA oder Zaire oder sogar von diesen beiden Hauptstützpunkten des US-Imperialismus im südlichen Afrika.

Sowohl Zaire als auch die RSA kämpfen seit Monaten in Angola mit tausenden von Soldaten, regulären Armeeeinheiten etc. und diese Aggression hat bereits über 100.000 angolanischen Patrioten das Leben gekostet! Allerdings läuft dieses massive Engagement immer noch weitgehend getarnt, entweder als FNLA-Truppen (so Zaire) bzw. als Unterstützung der UNITA und „Schutz der Grenze" (so Südafrika). Diese Konstellation setzt dem Umfang der militärischen Intervention gewisse Grenzen, die natürlich unterhalb einer „regulären" Kriegsführung liegen.

Heute ist sichtbar, daß entweder diese „Grenzen" gesprengt werden müssen, oder Angola für den Imperialismus verloren ist!

Zaire

In Zaire läuft die Kriegspropaganda gegen die MPLA auf Hochtouren. Eine offensichtlich erfundene Story von „bombardierten Grenzdörfern", sowie einigen gesprengten Brücken in der Grenzstadt Dilolo (wo MPLA als „Täter" „vermutet" wird) wird als Vorwand genommen, der MPLA offiziell mit einer Kriegserklärung für den „Wiederholungsfall" zu drohen („Le Monde", 17.1. und „NZZ" 16.1.).

Der Faschist Mobuto eilte nicht nur an die gesprengte Brücke, sondern „analysierte" noch an Ort und Stelle, daß es „Kubaner" gewesen sein müßten.

Zwei Tage später wurde – ebenfalls im Rahmen ideologischer Kriegsstimmungsmache – der UNO-Sicherheitsrat (!) wegen der gesprengten Brücken (die jetzt als „bombardierte Stadt" (!) deklariert wurden) angerufen.

Für einen Kriegseintritt seiner Armee stellt Mobuto nach international die Weichen. Nach einem Treffen in Kampala sagten die bekannten Reaktionäre Amin (Uganda), Tolbert (Liberia) und Bokassa (Zentralafrikanische Republik) ihre Unterstützung „gegen die Aggressionsakte der MPLA" zu („SZ" vom 30.1.).

Eine reale militärische Bedrohung gegen Zaire geht von der VR Angola natürlich nicht aus, vielmehr ist es das Vorbild einer antiimperialistischen Volksmacht, die Mobutu als Gefahr für seine Kompradoren-Herrschaft empfindet. In diesem Sinn schätzt auch UNITA-Chef Savimbi ein: *„Eine Niederlage von Roberto (FNLA) wird Präsident Mobutu nicht zulassen...*"(„SZ", 20.1.).



Republik Südafrika

Obwohl in der westdeutschen Presse ständig Gerüchte vom angeblichen Truppenrückzug der RSA lanciert werden, sind die Anzeichen einer direkten, offenen Kriegserklärung gegen die VR-Angola noch offensichtlicher als bei Zaire und insgesamt auch wesentlich gefährlicher, weil einerseits das militärische Potential der RSA ungleich höher ist, und andererseits die innenpolitische Situation dort derzeit noch gefestigter ist als in Zaire. Auf militärischem Gebiet findet nach der im November beschlossenen Verdoppelung des Militäretats gegenwärtig *„die größte Teilmobilmachung der südafrikanischen Streitkräfte seit dem zweiten Weltkrieg"* statt (Welt, 28. 1.). Wöchentlich werden mehrere Reserveeinheiten mobilisiert.

An der angolanischen Grenze werden die logistischen Voraussetzungen für einen Angriffskrieg gegen Angola geschaffen; bereits seit Ende 1975 sind hier hunderte von Frauen, Männern und Kinder ermordet worden, um eine menschenleere „Sicherheitszone" mit Heeres- und Armeestützpunkten zu schaffen (nach einer Erklärung des SWAPO-Sprechers Garoeb vor der UNO – siehe „SZ" vom 28.1.). Zum möglichen Ausmaß der südafrikanischen Agression sagt Verteidigungsminister Botha:*„Bisher haben wir mit kleinen Kräften (!) zurückgeschlagen (?!), wenn nötig, werden wir aber noch heftiger Vergeltung (?) üben"* („FR" 27.1.).

Dementsprechend läuft eine volle Kriegspropaganda in Südafrika. Alle möglichen Vereine, Zeitungen etc. führen Geldsammlungen *„für die Soldaten an der Grenze"* durch. Jüdische und indische Minderheiten, die sich sonst „oppositionell" gebende „Sunday Times", die schwarzen Kollaborateure, alle stimmen ein in die Kriegshetze gegen die *„schwarz-rote Gefahr"!* (siehe hierzu das sehr aufschlußreiche „Stimmungsbild" in der „Welt" vom 26. 1.).

Offen propagieren führende Militärs: *„Wir machen denselben Fehler wie die Amerikaner in Vietnam – wir greifen nur mit Viertelkraft ein"* (ebenda).

Selbst auf „gesetzlicher" Ebene laufen die Kriegsvorbereitungen: Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem es heißt, *„die Verteidigung des Landes schließt auch die Vorbeugung (!) gegen oder die Unterdrückung eines bewaffneten Konflikts außerhalb (!) der Republik ein, der nach Ansicht des Staatspräsidenten (!!) eine Bedrohung der Sicherheit der Republik ist oder sein könnte (!!)"*. Dieses Gesetz, wenn auch aktuell für Angola geschaffen, soll sich auf das gesamte Afrika *„südlich des Äquators"* beziehen („SZ" 29. u. 30. 1.) !

Wenn man sieht, daß neben dieser „regulären" Bedrohung gerade wieder 1500 Söldner aus den USA, Australien und Westeuropa (auch BRD !) nach Angola geflogen wurden (Tagesschau, 30. 1.), wird die ganze Bedrohung des angolanischen Freiheitskampfes deutlich. Die Position der „Neutralität" wird immer verbrecherischer – die entschiedene Solidarität immer notwendiger. ●

Afrika–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Söldnerwerbung in der BRD

Söldnerwerbung in der BRD

noch gefestigter ist als in Zaire. Auf militärischem Gebiet findet nach der im November beschlossenen Verdoppelung des Militäretats gegenwärtig „die größte Teilmobilmachung der südafrikanischen Streitkräfte seit dem zweiten Weltkrieg" statt (Welt, 28. 1.). Wöchentlich werden mehrere Reserveeinheiten mobilisiert.
An der angolanischen Grenze werden die logistischen Voraus-
Soldaten an der Grenze" durch. Jüdische und indische Minderheiten, die sich sonst „oppositionell" gebende „Sunday Times", die schwarzen Kollaborateure, alle stimmen ein in die Kriegshetze gegen die „schwarz-rote Gefahr"! (siehe hierzu das sehr aufschlußreiche „Stimmungsbild" in der „Welt" vom 26. 1.).
Offen propagieren führende Militärs: „Wir machen denselben Feh-
1500 Söldner aus den USA, Australien und Westeuropa (auch BRD !) nach Angola geflogen wurden (Tagesschau, 30. 1.), wird die ganze Bedrohung des angolanischen Freiheitskampfes deutlich. Die Position der „Neutralität" wird immer verbrecherischer – die entschiedene Solidarität immer notwendiger. ●
Afrika–Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Auch in England selbst werden fleißig Söldner für die faschistischen Banden der FNLA/UNITA geworben.
Hier laufen einige dieser gekauften Gesellen zu einem Flugzeug, das von London aus nach Afrika starten wird.
Die Springersche „Bild am Sonntag" vom 1. Februar betreibt ganz offen und in großer Aufmachung Söldnerwerbung für die faschistische Intervention in Angola.

Edgar A.D.Thelen, 41 Jahre, Berufskiller (Söldner).

Sein Lebenslauf: 12 Jahre Bundeswehr, der Rekrutenmißhandlung für schuldig befunden. Mitglied der französischen Fremdenlegion, anschließend ging er zu den „Green Berets", einer amerikanischen Elitetruppe. Seine Morde verübte er in Vietnam und mehreren Ländern Afrikas.

1975 warb er in der BRD in drei Tageszeitungen Söldner für das Rassistenregime von Zimbabwe an.

3.000,- DM „Strafe" mußte er dafür „zahlen", anschließend ging er mit 60 von 1.367 Bewerbern nach Zimbabwe. Sein neuestes Aufgabengebiet: die Ermordung von MPLA-Genossen. Andere Killer hat er schon dorthin vermittelt. Springers „Welt" (24.1.) glorifiziert dieses Schwein folgendermaßen:

„ *. . . deutscher Glücksritter, der die Kriege anderer Leute führt, für Geld und aus Liebe zum Kampf.*" Es ist die „ *. . . Sehnsucht nach Abenteuern, die es in Europas friedlichen Gefilden nicht mehr gibt. Diese Männer hier sind Außenseiter. Der breitschultrige Riese Thelen . . .*" usw. usf. Thelen selbst:*„In der Legion gab es Kameradschaft . . . gemeinsame Erfahrungen des Kampfes . . . Es war eine Ehre . . .*"

Der „Welt"-Artikel zie lt eindeutig darauf ab, verkrachten und skrupellosen Existenzen in der BRD den Söldnerdienst schmackhaft zu machen. Politisch weniger offensichtlich, dafür aber umso handfester sorgt die sozialdemokratische „Hamburger Morgenpost" (30.1.) für Söldnernachschub für FNLA/UNITA: Sie gibt die Telefonnummer eines britischen Vermittlungsbüros bekannt!



1. Februar 1976 · 1,20 DM

Bild am Sonntag

DFB-Pokal: 2:0 gegen Bayern Hof!

HSV-Sieg - da flogen Flaschen!

Olympia: Unsere Rodler auf Rekordjagd in Innsbruck. Skandal um die Olympia-Abfahrt

Mit Sonderflugzeugen an die Front

Deutsche kämpfen in Angola!

Afrikaner werben Ex-Bundeswehrsoldaten und Afrika-Kämpfer an

Titel der „Bild am Sonntag" (vom 1. Februar '76): Offen werden über die Springersche Massenpresse „ehemalige Bundeswehrsoldaten und afrika-erfahrene Ex-Legionäre" zum Einsatz in Angola auf Seiten der Konterrevolution animiert.
Springer behält natürlich nicht für sich, worum's geht: „Die erdrückende Übermacht" der Kommunisten gelte es zu brechen; dafür gibt es (laut „BamS") 3.500 bis 7.000 DM monatlich.
Die „BamS" produziert Phatasiezahlen und Lügen am laufenden Meter: 16.000 Kubaner (!), 1.200 Sowjets (!!) und gar 400 „Militärexperten" aus der DDR (!!!) kämpfen in Angola auf Seiten der MPLA. Quelle für diese phantastischen Behauptungen ist Samuel Abrigade, „Minister" der FNLA/UNITA-„Regierung", der sich zur Zeit in der BRD aufhalten soll!

Herzliche Gespräche ZANU-KB

Am 31.1. und 1.2. hatte die Afrika-Kommission des KOMMUNISTISCHEN BUNDES Gelegenheit, mit dem Genossen Mutumbuka, Vertreter der revolutionären Befreiungsbewegung Zimbabwes (Rhodesien) ZANU ein sehr ausführliches Gespräch zu führen.

Sowohl bezüglich der Situation in Zimbabwe, als auch im südlichen Afrika (Mozambique, Angola, Sambia, Zaire etc.) konnten wir weitgehende Übereinstimmung der Standpunkte bei gleichzeitem Hinzulernen vieler neuer Faktoren feststellen! Es ist beschlossen, von den geführten Diskussionen eine Broschüre zu erstellen.

Der Genosse Mutumbuka charakterisiert die Gespräche folgendermaßen:*„Both sides have gained a lot of knowledge and insight into the struggle of southern Africa from these comradely and frank discussions, which is not always available from public meetings or the scanty bits of information that filters through from the imperialist and bourgeois press an mass media."*

(„Beide Seiten haben während dieser kameradschaftlichen und offenen Diskussionen viel Wissen und Einsicht über den Kampf im südlichen Afrika hinzugewonnen, was nicht immer möglich ist auf öffentlichen Treffen oder durch die winzigen Brocken von Informationen, die durch die imperialistische und bürgerliche Presse und ihre Massenmedien dringen." ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Reaktion bereitet neue Angriffe vor

Am 20. Januar hat eine von den rechten Militärs beauftragte Kommission den ersten Teil eines „Untersuchungsberichts" über den 25. November vorgelegt.

In diesem Bericht werden sämtliche Arbeiterorganisationen – PCP, Gewerkschaften, FUR und UDP – einer „Verschwörung" beschuldigt. Massendemonstrationen, Streiks usw. usf. sollen Teil dieser monströsen „Verschwörung" gewesen sein.

Ein erstes Ergebnis des Berichts war die Verhaftung des früheren COPCON-Kommandanten Carvalho, eine der zentralen Persönlichkeiten beim Sturz des Faschismus am 25. April.

Weit schwerwiegender noch ist die Tatsache, daß der „Untersuchungsbericht" einen Freibrief für umfassende Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die gesamte Arbeiterbewegung darstellt und daß Kampfformen wie Streiks etc. direkt kriminalisiert werden.

Das reaktionäre Regime, das mehr als 150 fortschrittliche Offiziere seit dem 25. November gefangen hält, und das offensichtlich noch weit umfangreichere Schläge gegen die Arbeiterbewegung selbst vorbereitet, ergänzt dieses Vorgehen durch die Freilassung inhaftierter Faschisten.

Inzwischen wurden weitere bekannte Personen, die in Zusammenhang mit den faschistischen Putschversuchen vom 28. September 1974 und 11. März 1975 in Haft waren, entlassen. Darunter sind:

- Moreira Batista, Innenminister unter dem faschistischen Caetano-Regime.
- Alfredo Santos, Innenminister unter dem faschistischen Salazar-Regime.
- General Kaulza d'Arriaga, der seit dem 28. September in Haft war. Er war unter dem Faschismus Stabschef der Luftwaffe und Gouverneur von Mosambik. Er leitete einen Putschversuch der extremen Rechten gegen Caetano! In reaktionären Militärkreisen wird sein Name jetzt gar als möglicher Kandidat für den Präsidenten-Posten genannt.
- Hauptmann Soares Maltes, ehemaliger Kommandant der faschistischen „Policia de choque", wegen ihrer brutalen Einsätze gegen Arbeiter und Studenten berüchtigt.
- Prof. Silva Cunha, Kriegs- und Kolonialminister unter Caetano. Er hat die Erlaubnis erhalten, nach Brasilien auszuwandern.

Ferner wurden rund 300 Angehörige der früheren faschistischen Geheimpolizei PIDE aus der Haft entlassen. Die reaktionäre Armeeführung berät außerdem, wie die nach dem 28. September und 11. März entfernten faschistischen Militärs wieder „integriert" werden können.

Als zynischer Gipfel wurde Mitte Januar eine „Untersuchungskommission" gebildet, die sich mit Vorwürfen der Faschisten befassen soll, sie seien während ihrer Haft „mißhandelt" worden („A Capital", 15.1.). Inzwischen hat diese Kommission bereits erklärt, an den Faschisten und Folterknechten seien während ihrer Gefangenschaft „schwere Verbrechen" begangen worden. „Die dafür direkt oder indirekt Verantwortlichen" würden „gerecht bestraft" werden („A Capital", 26.1.).

Der „Untersuchungsbericht" über den 25. November hebt in diesem Zusammenhang besonders die „direkte oder indirekte Verantwortung" vieler der gefangenen fortschrittlichen Militärs für angebliche „Grausamkeiten und Folterungen" an Faschisten hervor („A Capital", 20.1.).

Es ist also deutlich, von wo der Wind weht. Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken, daß in Griechenland, das eine erklärt reaktionäre Regierung hat, Dutzende von faschistischen Militärs und Folterknechten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, während in Portugal im Verlauf von anderthalb Jahren des revolutionär-demokratischen Prozesses solche Maßnahmen nicht ergriffen wurden . . .

In dem Klima der offenen Begünstigung der faschistischen Verbrecher hat natürlich auch der Bombenterror einen neuen Aufschwung genommen. In den letzten vier Wochen gab es in Portugal mehr als 100 faschistische Bombenanschläge – gegen Büros linker Organisationen, Wohnungen, Privatautos etc.

Offensichtlich handelt es sich meistens um das Werk gutausgebildeter Profis, die jeweils in einer Nacht in einem Ort mehrere Anschläge verüben und dann weiterreisen, um sich einen anderen Ort vorzunehmen. Die Polizei und die Behörden erklären sich generell für unfähig, den Terroristen auf die Spur zu kommen . . .

Seit dem 25. November treibt die portugiesische Reaktion, im Bündnis mit US- und EG-Imperialisten, zügig die Faschisierung von Staat und Gesellschaft voran. Die „Generalabrechnung" mit der gesamten Arbeiterbewegung wird lediglich aus taktischen Gründen noch hinausgeschoben. Vorerst hält es die Bourgeoisie für günstiger, **mit** den Revisionisten in der Regierung ihren Angriff auf die Lebenslage und die erkämpften politischen Rechte der Werktätigen fortzusetzen. Eine antikommunistische Hetzkampagne, die die Gewerkschaften, die PCP und die revolutionäre Linke als „Verschwörer" des 25. November verleumdet, soll allmählich ein günstigeres Klima für weitere Schläge schaffen.

Die PCP geht auf diese Taktik ein, indem sie alle Anstrengungen unternimmt, um die Arbeiterkämpfe auf **wirtschaftliche** Forderungen einzuengen und insbesondere den politischen Kampf gegen die VI. Regierung abzuwürgen. ●

Kampf gegen Teuerung und Repression

Nach der Niederlage des 25. November und mehreren Wochen fast völligen Stillstands sind im Januar die Arbeiterkämpfe wieder in Gang gekommen.

- Am 16. Januar streikten die Bauarbeiter zwei Stunden lang. Sie wenden sich gegen den Angriff von Regierung und Bourgeoisie auf den Tarifvertrag, den sie sich vor dem 25. November erkämpft hatten. Die Streikbeteiligung war nahezu total.
- Am 21. Januar fand in Lissabon eine Demonstration vor dem Arbeitsministerium statt. Aufgerufen hatten 12 Arbeiter- und 9 Bewohnerkommissionen sowie sechs Gewerkschaften. Es ging um die Forderung nach 40-Stunden-Woche, gegen die Teuerung und für „Arbeiterkontrolle".
- Am 22. Januar streikten zwei Stunden lang in Lissabon die Beschäftigten des Handels, aus Protest gegen die Aufhebung des Tarifvertrags. Die Streikbeteiligung war durchschnittlich 85 %. Es gab einen Toten, als die Polizei auf Streikende schoß.
- In Porto beschlossen 29 Gewerkschaften, zwischen 24. und 31. Januar eine Kundgebung durchzuführen, die vor allem den wirtschaftlichen Forderungen der Werktätigen und dem Protest gegen den faschistischen Bombenterror Ausdruck geben sollte.
- In Braga, Hochburg der Reaktion in Nordportugal, demonstrierten am 24.1. mehrere Tausend Menschen auf Aufruf der Gewerkschaften gegen Teuerung, Arbeitslosigkeit und Lohnstop,.

Schwerpunkt der Massenkämpfe im Januar waren die Demonstrationen und Kundgebungen am 16. und 17. Januar in Lissabon – die größten Aktionen seit dem 25. November.

Am 16. Januar hatten einige Bewohner- und Arbeiterkommissionen sowie kleinere Gewerkschaften zu einer Demonstration aufgerufen. Hinter dem Aufruf stand vor allem die PCP (R)/UDP. Der MES unterstützte die Demonstration.

Hauptparolen waren „Gegen die Teuerung, gegen die Repression – Volkseinheit", „Sofortige Freilassung der gefangenen Revolutionäre", „Das Volk will keine Söldner in den Kasernen", „Gegen die Freilassung der Faschisten".

An der Demonstration beteiligten sich etwa 10.000 Menschen.

Am 17. Januar hatten 47 Gewerkschaften, 48 Arbeiterkommissionen, 44 Bewohnerkommissionen und rund 50 Organisationen (wie Kooperativen etc.) zu einer Großkundgebung aufgerufen. Diese Kundgebung ging in erster Linie von der PCP und der ihr nahestehenden MDP/CDE aus. Die drei Organisationen der FUR – MES, PRP und FSP – sowie die trotzkistische LCI unterstützten diese Kundgebung, die fast ausschließlich unter wirtschaftlichen Parolen stand. So reagierte die Menge beispielsweise bei der Nennung des Namens von Regierungschef Azevedo mit Sprechchören „Faschist, Faschist", worauf der Gewerkschaftsredner aufforderte, sich an die festgelegten Parolen zu halten. („A Capital", 19.1.)

50.000 bis 60.000 Menschen nahmen an dieser Kundgebung teil.

Der MES bedauerte in einer Erklärung, die in den beiden Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck kommende Spaltung der Arbeiterklasse. Im gegenwärtigen Moment sei die Einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten wichtiger denn je. („Poder Popular", 13.1.) *„Wem nützt die Spaltung der Volksbewegung? – Nur das Sektierertum und die Parteiinteressen der Kräfte wie die PCP, die sich mit Hilfe der Gewerkschaftsführungen, die sie kontrolliert, als Repräsentant der Gewerkschaftsbewegung aufspielt, und die UDP, die sich mit Hilfe der von ihr manipulierten Einwohnerkommissionen als Vertreterin der Volksbewegung aufspielt, können diese Spaltung erklären. Welche echten Bemühungen haben die Mitglieder dieser beiden Parteien unternommen, um einen einheitlichen Kampftag zu erreichen?"* („Poder Popular", 20.1.)

Die PCP (R) hebt in ihrer Einschätzung hervor, daß die Demonstration vom 16.1. zwar *„die Kampfkraft der Avantgarde bewiesen"* habe, vermerkt jedoch gleichzeitig mehrere „negative Aspekte": Die organisierte Beteiligung der Fabriken sei gering gewesen, die Gewerkschaften seien nicht vertreten gewesen und die Mobilisierungsfähigkeit der Einwohnerkommissionen unter den werktätigen Massen sei gering. Man habe die Rolle der Gewerkschaften unterschätzt und die der Basisorgane überschätzt. *„Es handelt sich um eine gefährliche Unterschätzung der Arbeit innerhalb der Gewerkschaften."* Es habe einen Mangel an Organisiertheit und eine Unterschätzung der Aufgaben der Organisierung gegeben. („Bandeira Vermelha", Zentralorgan der PCP (R), 22.1.)

In Zusammenhang mit der Demonstration vom 16.1. fand am Sonntag, 18.1., eine Aktion in Lissabon statt, bei der Mitglieder landwirtschaftlicher Kooperativen Lebensmittel zu billigen Preisen an die Bevölkerung verkauften. Auch diese Aktion scheint in erster Linie von der PCP (R)/UDP beeinflußt worden zu sein. ●

„Untersuchung" über den 25. November

Carvalho verhaftet

Am 20. Januar veröffentlichte eine von der Reaktion eingesetzte „Untersuchungskommission" über den 25. November den ersten Teil ihres „Berichts".

Darin werden in völliger Abwesenheit von Beweisen quer Beet die PCP, die FUR, die UDP und das COPCON beschuldigt, am 25. November einen Putsch versucht zu haben. Seit der Konstruktion der Nazis zum „Reichstagsbrand" dürfte dies das verlogenste Machwerk zur Diskriminierung und Kriminalisierung politischer Gegner sein.

Erstes Opfer des „Berichts" wurde jetzt der ehemalige COPCON-Chef, Otelo Saraiva de Carvalho, der verhaftet wurde. Carvalho wird im wesentlichen vorgeworfen, er habe zu einem Zeitpunkt, als sich die Fallschirmjäger von Tancos bereits in der Revolte befunden hätten, an diese noch Waffen und Munition verteilen lassen. Er wird ferner dafür verantwortlich gemacht, revolutionären Organisationen Waffen ausgehändigt zu haben und „Disziplinlosigkeit" (womit wohl demokratische Ansätze in der Armee gemeint sind) in der Armee zugelassen zu haben.

Carvalho erntet heute die bitteren Früchte seiner eigenen Taktik: Er selbst hatte vor einigen Monaten dafür gesorgt, daß der von seinen Soldaten bereits abgesetzte Faschist Jaime Neves, Chef der ‚comandos' von Amadora, seinen Posten zurückbekam. Am 25. November waren Neves und seine ‚comandos' die Speerspitze des Rechtsputsches. Carvalho spielte gleichfalls eine wesentliche Rolle, als es darum ging, die relativ fortschrittliche V. Regierung Goncalves zu stürzen und den Weg für die Reaktion damit freizumachen.

Tatsächlich zeigt Carvalhos Verhaftung, daß die Rechte innerhalb des Militärs inzwischen völlig konsolidiert ist und die fortschrittlichen Kräfte aus der Armee hinausgesäubert sind.

Daß Carvalho zwei Monate nach dem Rechtsputsch vom 25. November verhaftet wurde, macht außerdem deutlich, daß die der PS nahestehende „Gruppe der Neun" um den gegenwärtigen Außenminister Melo Antunes weitgehend isoliert ist. Bei der gegenwärtigen Rechtsentwicklung innerhalb der portugiesischen Armee ist diese Gruppe inzwischen bereits an den „linken Rand" des politischen Spektrums gerutscht.

Nunmehr sind die meisten Offiziere, die am 25. April beteiligt waren, verhaftet oder aus der Armee entlassen. Die Auflösung ganzer Militäreinheiten hat außerdem zum Ergebnis, daß der größte Teil der Soldaten, die am 25. April beteiligt waren, inzwischen aus der Armee entlassen ist.

Mit der Verhaftung Carvalhos hat die militärische Rechte deutlich gemacht, daß sie die gefangenen fortschrittlichen Offiziere keineswegs nach einiger Zeit wieder laufen lassen will, sondern daß mit ihrer Verurteilung der gesamten fortschrittlichen Bewegung im Militär der Prozeß gemacht werden soll.

Die Bedeutung des „Untersuchungsberichts" geht jedoch weit darüber hinaus, indem sie einen uneingeschränkten Freibrief für eine Verhaftungswelle und andere Unterdrückungsmaßnahmen gegen alle Arbeiterorganisationen – einschließlich PCP und Gewerkschaften – darstellt.

In typisch faschistischer Manier geht der „Untersuchungsbericht" von einer gigantischen „Verschwörung" aus, in die PCP, Gewerkschaften, FUR und UDP verwickelt gewesen seien. Die „Beweise" für das Vorhandensein einer derartigen Verschwörung machen deutlich, daß der gesamten Arbeiterbewegung der Prozeß gemacht werden soll: So wird z.B. die gesamte Kampagne gegen die VI. Regierung erwähnt, der zweistündige Streik am 24. November in Lissabon und Umgebung, *„die Welle von Disziplinlosigkeit in vielen militärischen Einheiten"*, die Beteiligung von Soldaten an einer Demonstration gegen die VI. Regierung am 16. November, der Streik der Bauarbeiter, die Massendemonstration der Metaller usw. usf. Mit anderen Worten: Der gesamte Kampf der Werktätigen und fortschrittlichen Soldaten vor dem 25. November wird als Bestandteil einer putschistischen Verschwörung diffamiert. Jeder Protest gegen die VI. Regierung wird als „Auflehnung" kriminalisiert.

Der „Untersuchtungsbericht" gibt abschließend einige anzuwendende Gesetze an: Bewaffneter Aufruhr, Anschlag auf die Verfassung, Aufruf zum Bürgerkrieg, Auflehnung gegen den Präsidenten der Republik und seine Regierung. Es wird aber auch darauf hingewiesen, daß es für die meisten der angeführten „Verbrechen" (Streiks, Demonstrationen etc.) noch keine Gesetze gibt, die eine Verfolgung gestatten würden.

Am Schluß beschwert sich die „Untersuchungskommission", sie werde in der Öffentlichkeit *„systematisch angeklagt, die Gesetze aus der ‚Zeit des Faschismus' anzuwenden"*. Die Kommission fordert eine massive Kampagne in Presse, Rundfunk und „vor allem" im Fernsehen, um dieser vollauf berechtigten Anklage entgegenzutreten und um gegen die verhafteten Militärs und die Arbeiterorganisationen zu hetzen.

Zu dem regierungsoffiziellen „Untersuchungsbericht" haben der MES und die UDP in ihren Zeitungen „Poder Popular" bzw. „Voz do Povo" (Volksstimme) jeweils umfangreiche Gegen-Untersuchungen veröffentlicht, die ausführlich nachweisen, daß es am 25. November keinen Linksputsch, sondern nur einen Rechtsputsch gab.

Ganz anders reagierte die revisionistische PCP, die keineswegs den „Untersuchungsbericht" **insgesamt** als unverschämte Provokation und Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung zurückwies, sondern der es nur darum zu tun war, sich von den anderen „Angeklagten" – der FUR, der UDP und den fortschrittlichen Mili-



Portugal-Meldungen:

Genosse der PRP (BR) verunglückt

Am 17. Januar verunglückte Genosse Vitor Manuel Dias Ramos tödlich bei einem Verkehrsunfall. Der Genosse war einer der Führer und Mitbegründer der Revolutionären Brigaden (BR) und der PRP.

Er war 27 Jahre alt, Arbeiter. 1971 desertierte er aus der Kolonialarmee und kämpfte bis zum 25. April 1974 „im Untergrund". Er nahm an der Planung und Durchführung zahlreicher Aktionen der BR teil. ●

tärs – zu distanzieren und selbst den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. In einer Erklärung der Politischen Kommission des ZK der PCP heißt es dazu u.a. (nach „A Capital", 21.1.):

„Die PCP weist darauf hin, daß sie schon zu Zeiten der 5. Provisorischen Regierung und auch, als sich bereits die Ereignisse des November entwikkelten, ständig eine politische Lösung der Krise auf dem Verhandlungswege suchte . . ."

Zum Thema des „Untersuchungsberichts" beschränkt sich die PCP darauf, zu erklären, daß

„a) es keinerlei Kontakt zwischen PCP und FUR, noch zwischen PCP, FUR und UDP, noch zwischen PCP, FUR und COPCON gibt. Die Anwesenheit eines PCP-Vertreters in einem Provisorischen Sekretariat, das der Gründung der FUR vorausging, dauerte aufgrund der bestehenden politischen Widersprüche nur wenige Tage. Bekanntlich vollzog sich der Bruch gerade, weil die PCP mit konkreten und öffentlichen Vorschlägen für eine Verhandlungslösung der Krise eintrat. Ebenfalls öffentlich und dokumentiert sind die Differenzen der zentralen Leitung der PCP zur sogenannten Linie der COPCON-Offiziere.

Mit der zutiefst antikommunistischen UDP unterhält die PCP überhaupt keine Kontakte.

b) Wie schon seitens der Leitung der PCP erklärt wurde, gibt es Mitglieder der PCP, die Kontakte zu aufständischen Einheiten und Militärs unterhielten und zeigten, daß sie mit ihnen sympathisierten. Aber diese Kontakte bestanden immer, sie waren bekannt, gewohnt und normal, eben Kontakte zu den bestehenden militärischen Autoritäten." ●

CLARP gegründet

Am 10. Januar veröffentlichte das CLARP – Komitee für die Befreiung der gefangenen Antifaschisten und Revolutionäre – sein Manifest.

Das Komitee hat sich die Aufgabe gestellt, über die Situation der politischen Gefangenen umfassend zu informieren und eine Propaganda über die Hintergründe der Ereignisse vom 25. November zu entfalten. Es will dafür sorgen, daß die gefangenen Genossen eine p o l i t i s c h e und offensive Verteidigung für die von der Reaktion geplanten Prozesse erhalten.

Das Komitee kämpft für die Bildung von Kampfkomitees an den Arbeitsplätzen und in den Wohngegenden, damit auch „an der Basis" Kampfformen wie Diskussionen, Aufklärungskampagnen, Herausgabe kleiner Bulletins und Zeitschriften und andere Massenaktionen entwikkelt werden können.

Das Komitee geht davon aus, daß heute der Kampf gegen die Repression *„die Hauptfront des antifaschistischen Kampfes, des Kampfes für Demokratie, gegen Ausbeutung und Imperialismus"* ist, und daß die aktuelle Front dieses Kampfes vor allem die Befreiung der seit dem 25. November gefangenen Genossen ist. („Manifest" der CLARP in „Poder Popular" vom 13.1.).

Verschiedene Organisationen der revolutionären Linken, u.a. der MES und die UDP/PCP(R), unterstützen die Aktivitäten der CLARP. ●





Theatergruppe von SOAGANTAL



KAMPF DEM FASCHISMUS

Neue Welle faschistischen Terrors

Das Klima seit dem 25. November begünstigt einen Aufschwung des faschistischen Terrorismus.

- Am 14.1. verwüstete eine schwere Explosion das Gebäude der SAAL-Norte in Porto. Die SAAL-Norte ist eine soziale Einrichtung, die die Bevölkerung bei der Anlage von Kinderspielplätzen u.ä. berät.
- Am 16.1. wurde in Reguengos de Monsaraz ein Großbauer beim Bombenbasteln zerfetzt, ein Kumpan schwer verletzt.

Kurz darauf explodierte in Odemira eine Plastikbombe in der Casa do Povo (Volkshaus) und richtete schwere Schäden an.

- Am 18.1. wurde das PCP-Büro in Viana do Castelo durch eine Bombe zerstört.

Am selben Tag explodierten vier Bomben in Viseu – je zwei an Autos und an Wohnungen von Gewerkschaftern o.ä.

In Braganca explodierte eine Bombe in der Wohnung eines Mitglieds der Kriegsversehrten-Organisation ADFA, der angeblich Sympathisant der PCP ist.

- Am 20.1. wurde das MES-Büro in Faro (Algarve/Südportugal) durch eine Bombe zerstört. Das war der erste faschistische Anschlag in der Algarve.
- Am 23.1. explodierte eine Bombe in dem Gebäude, in dem sich die Lissaboner Büros der Jugendorganisationen von LUAR und LCI befinden.
- Am 24.1. explodierten Bomben unter den Autos zweier PCP-Mitglieder in Chaves und Campolide.

(Liste unvollständig, nach „A Capital") ●

Polizei schießt wieder: Ein Toter!

Nachdem am 1. Januar Angehörige der Bürgerkriegspolizei (GNR) vor dem Militärgefängnis in Custoias (Porto) in die Menge geschossen und vier Menschen getötet hatten (AK 72), gab es in Lissabon einen weiteren Toten.

Während eines Streiks der Beschäftigten des Handels am 22. Januar schoß die Polizei (PSP) – es gab einen Toten und mehrere Verletzte. Nach den vorliegenden Berichten schoß die Polizei, als einige Menschen einem als „Rädelsführer" festgenommenen Streikenden (nach einigen Berichten eine schwangere Frau) zur Hilfe kommen wollten. Wie schon nach dem Blutbad von Custoias behauptet die Polizei auch diesmal wieder, die ersten Schüsse seien von Demonstranten abgegeben worden. ●

Weitere Artikel zu Portugal S. 30



OCMLP setzt Führung ab

Im Januar fand die 2. Nationale Konferenz der OCMLP (FEC/ml) statt. Spektakulärstes Ergebnis war die Entscheidung, die gesamte Führung abzulösen.

Dieser Vorgang ist offenbar Ausdruck einer tiefen Krise, in der sich die OCMLP befindet. Im vergangenen Jahr hatte die OCMLP zunächst mit zwei anderen „ML"-Organisationen – der ORPC/ML (UDP) und der CMLP – den Zusammenschluß zu einer einheitlichen Partei angestrebt. Es hatte sich jedoch bald gezeigt, daß die Differenzen zwischen ORPC/ML und CMLP einerseits, OCMLP andererseits, nicht zu lösen waren. Dabei ging es vor allem um den G r a d, in dem die Thesen der chinesischen Außenpolitik auf Portugal Anwendung finden sollten. Während OCMLP beispielsweise den „Sozialimperialismus" für den Hauptfeind des portugiesischen Volkes hält, ist dies für die ORPC/ML der US-Imperialismus gewesen. Dementsprechend zeigte die OCMLP auch Neigung zu „Kompromißangeboten" an die „demokratische und patriotische Bourgeoisie", was die ORPC/ML ablehnte.

Nach dem Rechtsputsch vom 25. November erklärten ORPC/ML und CMLP gemeinsam, nun sei es ganz dringend, schnell – innerhalb von zwei Wochen – „die Partei" zu gründen. OCMLP zog nicht mit, die neue Partei, PCP (R) – Wiederaufgebaute KP Portugals – wurde ohne sie gegründet. Jedoch nahmen offensichtlich bereits eine Reihe ehemaliger OCMLP-Gruppen an der Gründung der PCP (R) teil.

Auf die bisherige Politik der OCMLP wirft folgende Episode wohl das deutlichste Licht, die wir der „Tribuna do Congresso" (von ORPC/ML, CMLP und früher auch OCMLP herausgegebene Zeitschrift zur „Parteigründung") vom 9.1.76 entnehmen: *„Das ZK der OCMLP schreit aus vollem Hals, daß der 25. November der ‚Beweis' für die Richtigkeit ihrer Politik gewesen sei; das sei ein sozialfaschistischer Putsch gewesen, das zeige, daß der Hauptfeind die beiden Supermächte seien und daß es von diesen der Sozialimperialismus sei, der heute in Portugal die Initiative hat. Als Folge dieser Haltung erlebten wir die völlige Desorientierung der Genossen der OCMLP. Sie liefen zum Büro, wollten politische Anweisungen und bekamen die Antwort, daß es sich um einen ‚sozialfaschistischen Putsch' handle, daß es ‚ein Kampf zwischen zwei Fraktionen der Bourgeoisie (Faschismus und Sozialfaschismus) ist, mit dem das Volk nichts zu tun hat' usw. usf. Und auf die Frage ‚Was tun?' antwortete einer vom ZK: ‚Hör Radio, bleib informiert' ".*

Nach den bisher vorliegenden spärlichen Informationen sieht es so aus, daß der OCMLP-Kongreß im Januar sowohl die alte Führung wie auch die PCP (R) des Opportunismus und der Verantwortung für die Spaltung (Nichtzustandekommen der Vereinigung mit den beiden anderen Organisationen) beschuldigt hat. Welche p o l i t i s c h e n I n h a l t e dahinter stehen, vor allem hinsichtlich der Differenzen über den „Hauptfeind", Bündnis mit der Bourgeoisie usw., wurde bisher nicht deutlich gemacht. Alle Anzeichen sprechen indessen dafür, daß die Tage der OCMLP gezählt sind und daß die meisten der Mitglieder zur PCP (R) gehen werden. ●

SALT II-Verhandlungen:

Neue Stufe des Wettrüstens steht jetzt bevor!

Am 30.1. nahmen die Delegationen der USA und UdSSR nach einer mehrwöchigen Pause erstmals wieder Verhandlungen *„unter strikter Geheimhaltung"* über eine *„Begrenzung der strategischen Waffen"* (SALT) auf („FAZ", 31.1.76).

Den neuerlichen Gesprächen war ein Besuch des US-Außenministers Kissinger in Moskau (19. - 23.1.) vorausgegangen, um die seit 14 Monaten festgefahrenen Verhandlungen wieder auf Schwung zu bringen. Von amerikanischer Seite wurde der Besuch Kissingers genutzt, um die Sowjetunion einseitig für das Stocken der Verhandlungen verantwortlich zu machen: u.a. wurde ihr Verletzung des bestehenden SALT I-Abkommens vorgeworfen und behauptet, die *„sowjetische Intervention in Angola"* gefährde insgesamt die Abrüstungsgespräche („FR", 22.1.76).

Das waren allerdings nur Randerscheinungen von Verhandlungen, die insgesamt zu scheitern drohten, auch wenn sich Kissinger nach seinem Moskau-Trip als „zufrieden" äußerte und von „guten Fortschritten" sprach.

Tatsache dürfte vielmehr sein, *„daß auch bei einem günstigen Ausgang nicht mehr als eine Rahmenvereinbarung zu erwarten ist"*, wie aus Kreisen der US-Delegation in Moskau zu hören war („SZ", 23.1.76).

Das aber bedeutet, daß mehr noch als nach dem SALT I-Abkommen das atomare und konventionelle Wettrüsten der beiden Mächte unter dem Deckmantel der „Begrenzung und Abrüstung" erheblich beschleunigt wird!

Tatsächlich droht jetzt auch durch neue Waffenentwicklungen der US-Imperialisten das gesamte „strategische Gleichgewicht" zwischen den USA und der UdSSR aus den Fugen zu geraten.

Gemäß der vor allem vom ehemaligen US-Kriegsminister Schlesinger formulierten aggressiven Militär-Doktrin des „Erstschlages" (d.h. militärische Vernichtung des Gegners, ohne daß dieser die Möglichkeit zu einem vernichtenden „Zweitschlag" hat), wurde von der US-Marine die sogenannte „cruise missile" („Kreuzer-Rakete") entwickelt.

Diese neue Waffe, die in etwa drei Jahren den US-Imperialisten ausgereift zu freien Verfügung stehen wird, stellt in ihrer strategischen Bedeutung sowohl die vorhandenen strategischen Waffen wie auch die Neuentwicklung des Mittelstreckenbombers Tu-26 (Nato-Code: „Backfire") der Sowjetunion weit in den Schatten.

Zunächst weigerten sich die US-Imperialisten sogar, ihre „cruise missile" in die SALT-Verhandlungen einzubeziehen und verlangten ihrerseits, daß der Tu-26-Bomber der UdSSR als „strategische Waffe" bei den Verhandlungen gebucht wird. Tatsächlich hat dieses Flugzeug mit seiner Reichweite von 5.350 km („SZ", 26.1.76) und weiteren 4.000 km nach einem Auftankmanöver in der Luft einen weitaus geringeren Aktionsradius als der strategische US-Bomber B-1, der gleichzeitig noch eine größere „Nutzlast" transportieren kann.

Zudem wird die Sowjetunion von diesem Bomber, der in einer Stückzahl von nur zwei Maschinen monatlich produziert wird, erst in zehn Jahren (!) die genehmigten 240 Stück zur Verfügung haben („FAZ", 31.1.). Zu diesem Zeitpunkt wird der Bomber in seinem technischen Niveau bestenfalls noch Schrott wert sein!

Die „cruise missile" der USA

Inzwischen sind durch die bürgerliche Presse einige Einzelheiten über diese neue Waffe der US-Imperialisten bekannt geworden, die deutlich machen, wie sehr sie alle anderen bisherigen Waffen in ihren Wirkungen übertrifft.

Bei der „cruise missile" handelt es sich um eine fliegende Bombe, die wie ein Flugzeug mit Tragflächen und einem ständigen Vortrieb in der Luft manövriert werden kann. Im Gegensatz zu Raketen, wird sie nicht mit einer hohen, aber nur kurze Zeit wirkenden Energie in eine Geschoßbahn gebracht, sondern hat mittels eines kleinen Düsenantriebs einen ständigen Antrieb.

Die Reichweite beträgt mindestens (!) 2.000 Seemeilen (über 3.200 km). Die Zielgenauigkeit der „cruise missile" übertrifft die aller bisherigen Waffen: Unabhängig von der Entfernung des Zielortes hat sie keine größere „Streuung" als 30 m, wahrscheinlich sogar nur 10 m.

Diese hohe Treffsicherheit wird mit Hilfe eines Miniatur-Computers erreicht, dem das Bodenprofil des Flugweges einprogrammiert wird. Optisch-elektronische Sensoren vergleichen während des Fluges das tatsächliche Bodenprofil mit dem eingegebenen Daten-Bild. Während des Fluges zum Ziel kann die „cruise missile" aufgrund dieser Informationen ständig die Flugbahn korrigieren. Mit einem ausgedehnten Satelliten-Netz im Weltraum besitzen die US-Imperialisten die Voraussetzungen, um derartige „Bilder" der Erdoberfläche zur Orientierung der „cruise missile" zu gewinnen.

Das allerdings wirft auch ein Schlaglicht auf die angeblich „friedliche Nutzung" der Raumfahrt für „wissenschaftliche Untersuchungen". Die sog. „geologischen Untersuchungen der Erdoberfläche" erscheinen so in einem ganz anderen Bild!

Ein weiterer Vorteil der neuen Waffe besteht darin, daß ihre Flughöhe nicht höher als hundert Meter über dem Erdboden liegt und sie damit jede gegnerische Radarabwehr unterlaufen kann.

Eine von der US-Marine entwickelte Version dieser Waffe ist so klein, daß sie aus gewöhnlichen Torpedorohren von Kriegsschiffen abgeschossen werden kann und erst dann Tragflächen und Leitwerk entfaltet und das Triebwerk zündet.

Aufgrund der „Anspruchlosigkeit" der „cruise missile" gegenüber ihrer Abschußplattform kann damit jedes Schiff, jedes größere Transportflugzeug, jeder Frachtkahn, Eisenbahnwagen oder Lastwagen bestückt werden.

Ein weiterer Vorteil der neuen Waffe liegt in ihren relativ geringen Kosten: Sie betragen weniger als eine Million Dollar und belaufen sich damit auf einen Bruchteil der Kosten eines normalen Jagdbombers.

Die „cruise missile" kann sowohl mit atomaren wie auch mit konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet werden.

Diese Tatsache in Verbindung mit ihrer großen Reichweite und einer hohen, niemals zuvor erreichten Treffsicherheit, macht diese Waffe sowohl bei atomarer als auch konventioneller Bewaffnung zu einer strategischen Waffe des US-Imperialismus.

Sie erfüllt *„auch mit konventionellem Sprengstoff strategische Aufgaben, zum Beispiel die Zerstörung feindlicher Raketensilos ... Es würde*



Gromyko paß auf! Lenin schreibt mit! (Gesprächspartner Kissinger)

Forts. Seite 9

Schon wieder Sturmfluten an der Unterelbe

Sind die Behörden jetzt „wasserbewußt" geworden?

In der Nacht zum 21. Januar 1976 erlebte das Unterelbegebiet eine erneute Sturmflut, deren Höhe knapp einen Meter unter der vom 3. 1. dieses Jahres lag, aber mit 5.58 Meter über „Normal Null" lediglich 12 cm unter der Sturmfluthöhe von 1962 blieb. Am folgenden Tag erreichte die Flut nochmals 4,80 m – der Hafen stand wiederum unter Wasser. Damit hat Hamburg innerhalb von vier Wochen nicht weniger als ein Dutzend Sturmfluten – darunter sechs schwere – erlebt! („Frankfurter Allgemeine", 21. und 23.1.76).

Man sollte eigentlich meinen, daß nun auch der Hamburger Senat einsehen würde, daß, wie wir im letzten ARBEITERKAMPF darlegten, durch die neuen Eindeichungen an der Unterelbe Hamburg durch mehr und höhere Sturmfluten heimgesucht wird (siehe dazu ARBEITERKAMPF Nr. 72) und somit mehr zur Verhütung künftiger Katastrophen getan werden muß. Rein oberflächlich erweckten die Behörden diesmal in der Tat den Eindruck, als solle es nun anders werden.

Diesmal frühere Vorwarnungen

Diesmal handelten die Behörden nach dem Vorsatz „lieber eine Warnung zuviel als eine zuwenig" – im Gegensatz zu der weitaus höheren Sturmflut am 3. Januar wurde der Katastrophenalarm ausgelöst, Rundfunk und Fernsehen hatten deutliche Warnungen gegeben (nach „Bild", vom 21. 1. 76). Das machte noch einmal die Heuchelei nach der letzten Flut deutlich, daß ja angeblich alles getan worden sei und nur „die Bevölkerung" nicht genug „Wasserbewußtsein" bewiesen hatte.

Beim Hamburger Zentralen Katastrophendienst (ZKD) waren eben noch *„die Erfahrungen jener Sturmflut ... frisch, auch die Kritik danach klang noch in den Ohren"* (laut „Hamburger Abendblatt", 21.1.76). Man wollte vermeiden, daß die von der letzten Flut Betroffenen nochmals unvorgewarnt unter Wasser ständen. Über 30.000 Menschen wurden vorsorglich evakuiert und das Vieh abtransportiert. So wurden diesmal „nur" einige Gebiete bei dem Deichbruch bei Drochtersen erneut überflutet und in Drage bei Hamburg-Harburg standen nach einem Deichbruch 15 Häuser unter Wasser („Frankfurter Rundschau", 21.1.76). So stellten dann die Hamburger Senatoren Kern und Bialas *„keine nennenswerten Schäden"* fest, *„weil überall rechtzeitig gewarnt wurde"* („HA", 21. und 22.1.76).

Das wurde dann gleich zum großen Rundschlag ausgenutzt, um zu beweisen, daß neue Schutzbauten völlig überflüssig seien, die Senatoren tönten weiterhin, daß die *„nach der Flut von 1962 entwickelte Flutkonzeption zur Erneuerung der Hochwasserschutzanlagen sich bewährt"* habe. Auch jetzt werden nur die neuen Deichlücken geschlossen werden. Bialas wehrte sich erneut gegen das Gutachten, das zeigt, daß die zwischen Hamburg und Cuxhaven verengten Deichlinien und die Vertiefung der Elbfahrrinne verantwortlich für die extrem hohen Wasserstände sind („HA",22. 1. 76).

Dazu hieß es im „Hamburger Abendblatt": *„Genaugenommen ist der Expertenstreit müßig. Denn niemand (?) kritisiert heute Hamburgs Deichschutzmaßnahmen, weit wichtiger ist, daß man aus den jüngsten Sturmfluten möglichst bald handfeste Konsequenzen zum Schutze des Hafens zieht"* („HA", 22.1.76).

Genau dahin läuft der Hase: Schutz für die Betriebe der Kapitalisten ist wichtig, Katastrophen für die Bevölkerung sind angeblich nicht vermeidbar, denn *„einen absoluten Schutz hinter Mauern und Deichen"* so Bausenator Bialas („HA",22. 1.) *„gibt es nicht."*

Von „absolutem Schutz" hat unseres Wissens auch bisher niemand gesprochen. Der Senator benutzt diese demagogische Verdrehung lediglich dazu, berechtigte Kritik an dem völlig unzureichenden Schutz der Bevölkerung hinter den Deichen vom Tisch zu wischen.





Flutgeschädigte Mieter wehren sich

In Hamburg-Wilhelmsburg hatte sich nach der Sturmflut eine Initiative eines Wohnblocks vor dem Ernst-August-Deich gebildet, die 10.000 DM Entschädigung vom Senat gefordert und dazu Klose höchstpersönlich aufgesucht hatte. Als Erfolg bekamen sie neue Wohnungen zugewiesen, nachdem sie vorübergehend in Hotels auf Senatskosten untergebracht worden waren. Inzwischen wurden auch die „Entschädigungssätze" von 2.700 DM für einen Haushalt mit einer Einzelperson und 1.200 DM für jede weitere Person (Kinder 900 DM) ausgezahlt. In die Initiative waren auch türkische und portugiesische Kollegen einbezogen, die am Rand des Wohnblocks in einer Baracke in 3- bis 4-Mann-Zimmern für 85 DM im Monat „leben" müssen. Ihre „Wohnungen" standen bei der Flut am 3.1. 1,20 m unter (mit Chemikalien verseuchtem) Wasser.

Immerhin konnte die Initiative erreichen, daß auch diesen Kollegen „Entschädigungen" gezahlt wurden; allerdings wurden sie mit kümmerlichen 1.200 DM abgespeist – einen „Haushalt" können sie in der Baracke ja nicht führen.

Nach einem Bericht von Wilhelmsburger Genossen

damit eine konventionelle strategische Waffe."

Sie *„vermag auch"* wie der Militärexperte der „FAZ", A. Weinstein, voller Begeisterung schreibt – *„mit konventioneller Munition fürchterliche Zerstörungen von strategischem Ausmaß anzurichten. Die ‚Atomschwelle' wird ohne Atom gesenkt. Das ist eine Revolution"* („FAZ", 26.1.76).

Zusätzlich können die US-Imperialisten durch die „cruise missile" ohne allzu großen Aufwand den Umfang und die Schlagkraft ihrer strategischen Waffen um ein vielfaches erhöhen: *„Die Flotte der sogenannten strategischen Nuklear-U-Boote der Amerikaner, zu der bisher nur die Polaris- und Poseidon-U-Boote gezählt wurden, könnte über Nacht (!) um die gesamte Flotte konventioneller Torpedo-U-Boote oder der nuklear angetriebenen Jagd-U-Boote vermehrt werden"* (ebenda).

UdSSR gibt nach

Bei den gegenwärtigen SALT-Verhandlungen hat die UdSSR den „cruise missile" keine auch nur annähernd gleichwertigen Waffen entgegenzusetzen, sondern dürfte im Gegenteil auf diesem Gebiet des Wettrüstens den USA noch um einige Jahre unterlegen sein.

Die starke Position der USA auf diesem Sektor wird allein daran deutlich, daß diese Waffe bereits jetzt „eine strategische Rolle (spielt), noch bevor sie (für die US-Imperialisten – d.Red.) einsatzbereit ist" („FAZ", 26.1.76).

Bei den anstehenden SALT-Verhandlungen *„hebt die ‚cruise missile'* – wie die „FAZ" schreibt – *„grundlegende Übereinkünfte der beiden Großmächte über Begriff und Zählweise ‚strategischer Offensivwaffen' aus den Angeln"* (ebenda).

Da die UdSSSR nichts gleichwertiges in den Verhandlungen über SALT II anzubieten hatte, sah sie sich offensichtlich veranlaßt, den USA entscheidende Zugeständnisse zu machen, die *„vorübergehend die Amerikaner begünstigen"* („FAZ", 29.1.76).

So erklärte sich die Sowjetunion offensichtlich damit einverstanden, 29.1.76).

So erklärte sich die Sowjetunion offensichtlich damit einverstanden, daß

– ihr „Backfire"-Bomber nur *„tief im russischen Raum (stationiert wird), ... so daß der Bomber zwar Land- und Seeoperationen am Rande (!) Europas oder Asiens unterstützen, nicht jedoch das Gebiet der USA erreichen kann."* Ebenso sollen keine Luftauftankvorrichtungen, über die heute jeder US-Mittel- oder Langstreckenbomber verfügt, eingebaut werden („SZ", 26.1.76).

Gleichzeitig hat sie sich selbst eine begrenzte Stückzahl von 240 Stück des neuen Bombers freiwillig auferlegt. Das ist als ein klarer Erfolg der US-Imperialisten zu werten!

– Gleichzeitig gingen die Sowjetrevisionisten darauf ein, nicht die einzelne „cruise missile" als strategische Waffe zu werten, sondern ihren Träger. Das bedeutet de facto, daß die Sowjetunion zugestimmt hat, einen B-52 Bomber, der 15 bis 20 dieser Waffen mit sich tragen kann (!), wie e i n e Interkontinentalrakete zu buchen. Auch in der Reichweite dieser Waffen haben die Revisionisten eindeutig Zugeständnisse gemacht: Während sie noch anfangs eine auf 600 km begrenzte Reichweite forderten (oberhalb dieser Grenze würde sie als „strategische Waffe" gerechnet), haben sie sich nunmehr mit einer Reichweite von (sage und schreibe !) 2.250 km (!!) einverstanden erklärt („SZ" und „FAZ", 29.1.76). Lediglich bei der Bestückung von Seeschiffen mit „cruise missile" fordert die UdSSR weiterhin, daß jede Rakete mit einer größeren Reichweite als 660 km als „strategische Waffe" bei den SALT-Verhandlungen gewertet wird. Den Hintergrund für diese Forderung bildet die Tatsache, daß bewegliche Seeschiffe (insbesondere U-Boote) sehr schwer von der gegnerischen Abwehr zu orten sind und Lenkwaffen mit großer Reichweite wie die „cruise missile" sehr leicht die vor allem im Inneren der Sowjetunion liegenden militärischen und wirtschaftlichen Ziele vernichten könnten.

Neues Wettrüsten bahnt sich an

Ungeachtet der konkreten Vereinbarungen bei den laufenden SALT-Verhandlungen zeichnet sich schon heute ab, daß das Wettrüsten der beiden Mächte in Zukunft weiter verstärkt wird.

Die US-Imperialisten haben inzwischen zu verstehen gegeben, daß sie unabhängig vom Ausgang der SALT-Gespräche ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der atomaren Rüstung weiter erhöhen werden. US-Kriegsminister Rumsfeld *„hat erheblich höhere Ausgaben für neue strategische Waffen gefordert"* („FAZ", 31.1.76). U.a. sind die USA gegenwärtig dabei, ihre Interkontinentalraketen auf einen neuen Typ („MX") umzurüsten: Kostenpunkt: ca. 30 Mrd. Dollar.

Zugleich werden von den US-Imperialisten die Anstrengungen auf dem konventionellem Sektor (diesjähriger Kriegshaushalt erstmals über 100 Mrd. Dollar!!) vermehrt.

Bei den „cruise missile" besteht die *„Schwierigkeit erster Ordnung, beiden Seiten hinreichende Sicherheit über die Einhaltung* (eines noch die *„Schwierigkeit erster Ordnung, beiden Seiten hinreichende Sicherheit über die Einhaltung* (eines noch abzuschließenden – d. Red.) *Abkommens zu geben."*

Denn *„weder die tatsächliche Reichweite (ließe) sich am äußeren Bild der Waffe erkennen, noch überhaupt die Gesamtstückzahl feststellen. Denn ‚cruise missile' sind hochmobil und lassen sich leicht v e r s t e c k e n"* („FAZ", 29.1.76).

Klar, daß die US-Imperialisten unter derartigen Voraussetzungen auch nicht einen Augenblick daran denken werden, die Bestimmungen eines etwaigen Abkommens einzuhalten.

Die Sowjetrevisionisten werden ihrerseits mit aller Kraft darum bemüht sein, den Rüstungsvorsprung der US-Imperialisten auf diesem Gebiet wieder aufzuholen.

Dem wahnwitzigen Wettrüsten der beiden Mächte sind damit keinerlei Grenzen gesetzt! ●

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg und AK-Red.

Niedersachsen:

Aktionstag gegen „Sparpolitik" an den Schulen



„Ob Albrecht oder Kasimier – kleine Klassen wollen wir!" 2.000 demonstrierten am 28.1. in Hannover gegen die „Sparpolitik" an den Schulen.

Gegen die Schulmisere in Niedersachsen fand am 28.1. ein Aktionstag mit zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen statt. Der Protest richtet sich hauptsächlich gegen den krassen Unterrichtsausfall (20 % und mehr) bei gleichzeitiger Lehrerarbeitslosigkeit (2.300 Hochschulabsolventen werden nicht in den Schuldienst übernommen !). Die Beteiligung an den Aktionen blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück. Der Grund dafür liegt darin, daß die CDU-beherrschten Elterngremien nach der Wahl eines Ministerpräsidenten ihrer Partei keinerlei Interesse an einer breiten Mobilisierung hatten, sondern nach der Parole: „Gebt Albrecht erst einmal eine Chance" abwiegelten. Gegen die Linken, die den Protest „jetzt erst recht" propagierten und zum Widerstand gegen eine CDU-Regierung aufriefen, wurde in der bürgerlichen Presse eine intensive antikommunistische Hetze entfaltet. Jusos und GEW verhielten sich überwiegend passiv, grenzen sich aber inzwischen stärker von reaktionären Parolen der CDU-Elternvertreter ab.

CDU: „Reformstopp!"

Elternsprecher der CDU versuchten, je nach Stimmung unter den Eltern mehr oder weniger offen, eine reaktionäre Stoßrichtung in der Bewegung zu verankern.

Als „Alternative" boten sie die CDU-„Sparpolitik" an: „Behebung" (?) des Unterrichtsaufalls auf Kosten der „teuren Reformen", durch Streichung von Schulneubauten, Mehrbelastung der Lehrer usw. Ausdrücklich grenzten sie sich von einer Einstellung a l l e r Lehrer ab und forderten stattdessen eine Einstellung aller „verfügbaren" oder sogar nur aller „notwendigen" Kräfte. Gemeint ist damit die Befürwortung der Berufsverbote, die teilweise auch offen ausgesprochen wurde. Der ebenfalls CDU-orientierte Philologenverband (ständische Lehrerorganisation) sprach sich für eine gleichmäßige Verteilung der Fehlzeiten über das ganze Land aus („mehr Chancengleichheit"!). Teilweise wurde auch in nationalistischer Manier davor „gewarnt", daß „wir Deutschen" aufgrund eines Bildungsdefizits im Konkurrenzkampf mit anderen EG-Ländern den kürzeren ziehen könnten.

Resolutionen mit solchen und ähnlichen Inhalten wurden mit Tricks „durchgebracht" (teils wurde gar nicht abgestimmt, teils war nicht einmal der Inhalt der Resolutionen bekannt). In Abgrenzung zu *„lautstarken Parolen und klassenkämpferischem Geschrei"* (Stadtelternrat Oldenburg in „NWZ", 26.1.) wurde auf Demonstrationen zugunsten von Kundgebungen, Saalveranstaltungen und „Schweigemärschen" verzichtet (möglichst ohne Transparente . . .).

Alles das beweist noch einmal, daß es der CDU in keinster Weise um Verbesserungen an den Schulen ging, sondern ausschließlich um eine werbewirksame Rechtfertigung ihres zwielichtigen Handstreichs im Landesparlament. Sobald ihr Kandidat Albrecht erst einmal gewählt war, ließ der Landeselternrat prompt das auf Landesebene gebildete Bündnis (siehe AK 72 und REBELL 12) gegen die Schulmisere platzen, indem er für die GEW unannehmbare, provokatorische Bedingungen stellte. Aus dem großspurig angekündigten „Marsch der hunderttausend" wurde in Hannover etwa ein Häuflein von 500 Teilnehmern, die der Stadtelternrat mobilisierte.

Selbständige Aktionen von Schülern

An einer Reihe von Orten gelang es den Linken, hauptsächlich unter den Schülern den Protest auch gegen die CDU-„Sparpolitik" zu verankern sowie gegen die Berufsverbote, gegen Jugendarbeitslosigkeit usw. In Hannover hatte sich frühzeitig eine Schülerinitiative gebildet, an der zeitweise bis zu 40 Schulen vertreten waren. Ein angestrebter Streik konnte jedoch nur an einer Schule beschlossen, wegen starker Repressionen der Schulleitung aber nicht durchgeführt werden. Immerhin erreichte es die Initiative,daß sich der Stadtschülerrat (Jusos und Revisionisten) und später auch die GEW ihrem Aufruf zu einer Demonstration am 28.1. anschlossen, wenn sie auch kaum etwas für die Mobilisierung taten. So gesehen ist die Teilnehme von 2.000 Schülern und auch einigen Eltern sowie der kämpferische Charakter der Demonstration durchaus als Erfolg zu bewerten, wenn es auch im letzten Jahr erheblich größere Demonstrationen in Hannover gegeben hatte (von der GEW und den Reformisten initiiert).

Insgesamt haben am 28.1.76 – nach den uns vorliegenden Berichten – 12 bis 15.000 Menschen an den Aktionen in Niedersachsen teilgenommen.

Am radikalsten wurden die Auseinandersetzungen in Lüneburg geführt. Hier beschloß der Stadtschülerrat auf Initiative des „Rädelsführer" (fortschrittliche Schülerzeitung) eine Demonstration, die am 28.1. mit 300 Schülern stattfand unter Parolen wie:

„SPD verspricht, CDU belügt – wir sind der Meinung – das genügt!

Haut den Ministern auf die Pfoten – weg mit den Berufsverboten!

Schülerunion, Junge Union – betreiben das Spiel der Reaktion!

Für das Recht auf Schulstreik!"

Auf der anschließenden Kundgebung des Stadtelternrats (800 Teilnehmer) wurde ein CDU-Sprecher minutenlang ausgebuht.

Streikbeschlüsse an zwei Schulen wurden mit unglaublichen Repressionen beantwortet. Die rund 500 Schüler des Johanneums, die schließlich am 29.1. den Streik durchführten, bekamen einen Vermerk ins Zeugnis: *„Verwarnung wegen Teilnahme an illegalem Schulboykott!"* Am nächsten Tag konnte durch die starke Mobilisierung das Verbot einer Faschistenveranstaltung erreicht werden (siehe Artikel in diesem AK). Die Jungdemokraten verteidigten erfreulicherweise den Streik und solidarisierten sich gegen die Disziplinierungen.

Solche selbständigen Aktionen gab es vor allem von Schülerseite auch in weiteren Städten. Ebenso muß festgestellt werden, daß es auch in der Elternschaft keineswegs einhellige Unterstützung der CDU-Elternräte gibt.

So wurde etwa in Bremervörde ein CDU-Abgeordneter, der für seine Partei warb, von den aufgebrachten Eltern mit Buh-Rufen bedacht.

Festzustellen ist, daß die spontane Bewegung zwar nachgelassen hat, andererseits aber auch eine verstärkte Polarisierung und Politisierung eingetreten ist, die einen Ansatz für die Weiterführung des Kampfes darstellt. ●

Sechs Jusos wegen antifaschistischer Aktion ausgeschlossen

Die Bundesschiedskommission der SPD hat jetzt sechs Mitglieder des Jusobezirksvorstandes Nordniedersachsen wegen „Zusammenarbeit mit Kommunisten" ausgeschlossen. Fünf von ihnen hatten im Mai 1975 aus Anlaß des 30. Jahrestages der Niederwerfung des Nazi-Regimes zu einer Kundgebung in Stade mit anschließender Totenehrung auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sandbostel aufgerufen. Zu den Initiatoren der Kundgebung hatten auch Vertreter anderer politischer und kirchlicher Organisationen gehört, darunter Mitglieder der DKP.

Während die Bezirksschiedskommission der SPD lediglich drei Ausschlüsse aussprach und in den anderen Fällen eine Rüge erteilte, hat die Bundesschiedskommission die Ausschlußaktion noch erweitert! In ihrer Stellungnahme betonen die Betroffenen, nicht die Unterzeichnung des Aufrufs gemeinsam mit Liberalen, Kommunisten und engagierten Christen habe der Partei Schaden zugefügt, sondern die Einleitung des Verfahrens selbst!

„Wir sind fest der Ansicht, daß die gegen uns getroffenen Maßnahmen nichts mit dem Stader Vorgang zu tun haben, sondern daß durch den gezielten Ausschluß einiger führender Jungsozialisten – es haben insgesamt ca.. 130 Jungsozialisten und SPD-Mitglieder unterzeichnet – die ganze Juso-Bezirksorganisation diszipliniert und auf den rechten und ‚richtigen' Parteikurs gebracht werden soll." (zitiert nach „Berliner Extra-Dienst", 20.1.76).

Dies bestätigt nach ihrer Ansicht auch die Tatsache, daß einer der inzwischen ausgeschlossenen Jusos nicht einmal den Aufruf unterzeichnete, sondern sich nur in einer parteiinternen Stellungnahme gegen ein Parteiordnungsverfahren wandte. ●

SPD-Kommission KB/Gruppe Hamburg

CDU: Viel Spaß mit NPD-Thadden

Ihren großen Sieg, den Sturz der SPD/FDP-Landesregierung, feierte die niedersächsische CDU-Fraktion auf angemessene Weise – zusammen mit dem langjährigen NPD-Vorsitzenden Thadden. Auf Anfrage der „Frankfurter Rundschau" erklärte Bruno Brandes, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender und fröhlicher Mitfeierer, *„man habe viele Späße miteinander gemacht und für die jüngeren Abgeordneten sei es interessant gewesen, was Thadden aus Zeiten früherer Parlamentstätigkeit erzählt habe"* („FR", 17.1.). ●

BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch Kapitalexport (1. Teil)

Bei einem Rückgang der realen Industrieinvestitionen um rund 6 % und ansteigender Arbeitslosigkeit in der BRD, haben die westdeutschen Imperialisten gleichzeitig 1975 ihre Expansion nach außen durch Kapitalexport weiter aufrechterhalten. Nach einer Steigerung von über 3 Mrd. DM 1975 stiegen die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland auf mehr als 40 Mrd. DM („Handelsblatt" (HB), 25.11.75). Das ist im bisher schwersten Krisenjahr der BRD! – eine der höchsten Steigerungsraten des Kapitalexports seit 1952. In der Politik der imperialistischen Mächte spielt der Kapitalexport eine zentrale Rolle. Er ist zu einem der wichtigsten Mittel bei der Austragung des imperialistischen Konkurrenzkampfes um Märkte und Einflußsphären in der Welt geworden. Zugleich ist er ein Instrument der Imperialisten zur wirtschaftlichen und politischen Durchdringung anderer, insbesondere hochentwickelter und auch unterentwickelt gehaltener Länder in der „3.Welt". Die Höhe des Kapitalexports eines imperialistischen Landes ist ein Maßstab für seine Stellung im internationalen Konkurrenzkampf. Im folgenden soll der Stand des westdeutschen Kapitalexports genauer untersucht werden.

Vom Nichts auf den dritten Platz

Nach seiner Niederlage im 2. Weltkrieg verlor der deutsche Imperialismus alle seine Auslandsbesitzungen. Bis 1952 waren Auslandsinvestitionen Deutscher grundsätzlich verboten, wurden aber noch im selben Jahr in beschränktem Maße durch einen „Runderlaß Außenwirtschaft" erlaubt, sofern sie sich *„alsbald und nachhaltig devisenbringend oder devisensparend auswirken"* (Holthus u.a., Die deutschen multinationalen Unternehmen, S. 8).

Bis 1958 wurden dann schrittweise alle Beschränkungen abgebaut, so daß ab 1959 die Bedingungen für Auslandsinvestitionen den Bedingungen für Inlandsinvestitionen weitgehend angeglichen waren. *„Ab 1959 wurde in Deutschland* (BRD – d. Red.) *darüber hinaus ein vielfältiges System zur Förderung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, in den USA . . . und zur Verbesserung der Rohstoffversorgung entwikkelt"* (Ebenda, S. 10).

Dennoch waren die Steigerungsraten besonders in den ersten Nachkriegsjahren (siehe Tabelle 1) gering. Die westdeutschen Kapitalisten

System zur Förderung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, in den USA . . . und zur Verbesserung der Rohstoffversorgung entwikkelt" (Ebenda, S. 10).
Dennoch waren die Steigerungsraten besonders in den ersten Nachkriegsjahren (siehe Tabelle 1) gering. Die westdeutschen Kapitalisten

Jahr	Jährlicher Zugang	Gesamtwert ab 1952
1952 - 1959	2 422.2	6 882.1
1960	739.6	3 161.8
1961	947.7	4 109.5
1962	846.2	4 955.7
1963	1 115.1	6 070.8
1964	1 134.3	7 205.1
1965	1·112.0	8 317.1
1966	1 678.2	9 995.3
1967	2 061.5	12 056.8
1968	2 292.2	14 349.0
1969	3 269.3	17 618.3
1970	3 494.9	21 113.2
1971	2 667.5	23 780.7
1972	2 816.2	26 596.9
1973	5 638.1	32 235.0
1974	4 529.9	36 764.9
	36 764.9	

Westdeutscher Kapitalexport 1952 bis 1974, Quelle: BMWI 1974

konzentrierten sich bei ihren Investitionen vorwiegend auf den Wiederaufbau zerstörter Industrieanlagen, auf Erweiterungsinvestitionen und auf einen stetig wachsenden inneren Markt. Das wird vor allem an dem starken Anstieg der Industrieproduktion im Inneren von 477% im Zeitraum 1950 bis 1973 deutlich. Diese Wachstunsrate wurde nur noch von Japan und Italien übertroffen. Wichtigstes Mittel der Außenexpansion des BRD-Imperialismus zur Erschließung neuer Absatzmärkte war in diesen Jahren eindeutig der Warenexport mit durchschnittlichen Jahreswachstumsraten von 1950 bis 1970 von über 12%. Die starke Exportorientierung der westdeutschen Industrie führte dazu, daß sich der Anteil der Exporte an der Gesamtproduktion – die Exportquote – bis 1972 auf 20% erhöhte und die BRD bereits zwei Jahre zuvor zum größten exportierenden Staat der Welt – noch vor den USA und Japan – werden ließ. Der Anteil der BRD am Export aller (kapitalistischen) OECD-Staaten erhöhte sich von 5,9% (1950) auf 16,1% im Jahre 1972 (Zahlen nach Holthus und IPW-Forschungshefte, 4/74).

Demgegenüber trat der westdeutsche Kapitalexport in den Nachkriegsjahren relativ zurück. Die Zeit 1952 bis 1961 war eine Periode langsam steigender Kapitalabflüsse mit jährlichen Durchschnittswerten ab 1956 von 570 Mio. DM. In den folgenden Jahren bis 1965 gab es ungefähr gleichbleibende Kapitalexporte in etwa der doppelten Höhe. Ab 1966 setzte dann eine Phase rasch steigender Direktinvestitionen mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme um 3.160 Mio. DM ein. Allein in den beiden Jahren 1973 und '74 investierten die BRD-Imperialisten mehr als 10 Mrd. DM im Ausland, das ist mehr als in den 14 Jahren von 1952 bis 1966 zusammengenommen.

Heute liegt der Wert westdeutscher Direktinvestitionen bereits über 40 Mrd. DM, von denen allein die Hälfte in den letzten 6 Jahren (!) investiert wurden. Aber selbst diese Werte müssen noch weiter nach oben aufgerundet werden, denn in diesen Zahlen sind nur die aus der BRD ausgeführten Kapitalien aufgeführt, nicht aber reinvestierte Gewinne, die in den

Wo deutsche Fabriken stehen
Deutsche Direktinvestitionen im Ausland · In Milliarden DM
So wuchsen die Auslands-Investitionen:
Diese Branchen investierten im Ausland:
36,77 0,31 Landwirtschaft
32,24 Industrie
7,18 - darunter Chemie

Wo deutsche Fabriken stehen
Deutsche Direktinvestitionen im Ausland · In Milliarden DM

So wuchsen die Auslands-Investitionen:
3,84 – 10,00 – 23,78 – 26,60 – 32,24 – 36,77
1961 1966 1971 1972 1973 1974

Diese Branchen investierten im Ausland:
0,31 Landwirtschaft
28,06 Industrie
7,18 - darunter Chemie
3,88 - Elektrotechnik
2,91 - Eisen und Stahl
2,68 - Maschinenbau
2,65 - Automobilindustrie
1,48 - Mineralölindustrie
7,80 Dienstleistungen darunter
3,41 - Banken und Versicherungen
0,65 - Verkehrsunternehmen
0,61 - Handel
0,60 Übrige

In diesen Regionen wurde investiert:
36,77
Amerika 10,86, davon USA 3,48, Kanada 2,64, Brasilien 3,42
Australien und Ozeanien 0,29
Asien 1,40
Afrika
Europa 21,97, davon EFTA-Länder 5,91, EG-Länder 12,96
Quelle: BMWI
dv

errichteten Auslandsbetrieben erzielt wurden. Holthus gibt in seinem oben genannten Buch an, daß auf diese Werte mindestens 30% aufgeschlagen werden müssen, um den tatsächlichen Wert westdeutscher Kapitalanlagen im Ausland angeben zu können. Das würde einem Wert von gegenwärtig rund 52 Mrd. DM entsprechen.

Trotz dieser relativ hohen Kapitalanlagen der BRD im Ausland, liegen die westdeutschen Direktinvestitionen (am Umfang gemessen) erst auf dem dritten Platz hinter den USA und Großbritannien (s. Tab. 2). Auch in den letzten Jahren haben diese beiden Staaten ihren Vorsprung vor dem BRD-Imperialismus weiter ausgebaut. Die Kapitalanlagen Frankreichs sind – nach Schätzungen – denen der BRD etwa gleichwertig, der japanische Imperialismus weist um etwa die Hälfte geringere Kapitalanlagen auf.

Gegenüber den USA und England hat das BRD-Kapital also noch einen erheblichen Nachholbedarf.

Bemerkenswert ist allerdings, daß die westdeutschen Monopole im jährlichen Kapitalexport eine vielfach höherliegende Zuwachsrate (+ 730%) als diese beiden Staaten zu verzeichnen haben. Übertroffen wird sie nur noch vom Wachstum der japanischen Exporte (in 10 Jahren + 826 %).

Aufbruch zu neuen Ufern

Der Umfang der Direktinvestitionen eines Staates im Ausland bestimmt heute in entscheidender Weise seine Stellung in der imperialistischen Weltwirtschaft. Nicht mehr der Export der nationalen Monopole für den Weltmarkt, sondern die Produktionsanlagen dieser Monopole in anderen Ländern, die Auslandsfilialen der Banken und Versicherungen bestimmen längst die Stärke einer imperialistischen Macht im internationalen Konkurrenzkampf.

Besonders in Zeiten zunehmender Krisenhaftigkeit der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft, in denen die Märkte nicht mehr das ungebrochene Wachstum der Nachkriegsjahre aufzuweisen haben, kann eine einmal errungene Stellung im internationalen Konkurrenzkampf nur durch den d i r e k t e n Zugang zu den Rohstoffquellen und Märkten gesichert und weiter ausgebaut werden.

Der BRD-Imperialismus mit seiner starken Exportabhängigkeit hat diese Erfahrung machen müssen. Die Rezession 1966/67 konnte damals noch relativ leicht durch einen verstärkten Warenexport überwunden werden, da die meisten kapitalistischen Länder auch von dieser Krise nicht betroffen waren. In der gegenwärtigen Krise, die ausnahmslos alle kapitalistischen Staaten erfaßt hat, mußte das westdeutsche Kapital einen Rückgang seines Warenexports um 4% (1975) hinnehmen. Der Exportüberschuß verringerte sich 1975 von 50,8 Mrd. DM (1974) auf 37 Mrd. („Süddeutsche Zeitung, 27.1.76). Bereits 1971 schrieb das „Handelsblatt" von einer wachsenden Erkenntnis *„bei der exportorientierten Industrie . . ., daß sich überseeische Märkte nur halten lassen, wenn dort auch produziert wird"* (7.6.).

In einer Analyse des „Deutschen Industrie- und Handelstages" (DIHT) wird der Schluß gezogen, *„daß für zahlreiche Produktionen die Behauptung von Marktanteilen im Inland und Ausland künftig entscheidend vom Grad der ,Internationalisierung'* (der westdeutschen Betriebe – d. Red.) *abhängig sein dürfte. . . So kann man zur Zeit geradezu einen Wettlauf auf die günstigsten Standorte in jenen Ländern feststellen, die bis heute noch von den Industrieländern per Export bedient wurden"* („SZ", 6.6.73).

In einem von der BRD-Gruppe der „Internationalen Handelskammer" herausgegebenen „Thesenpapier" über *„Notwendigkeit und Nutzen von Auslandsinvestitionen"* wird massiv verlangt, daß jetzt im *„Interesse einer Sicherung des Zugangs zu den Weltmärkten . . . eine stärkere Gewichtsverlagerung zu den Auslandsaktivitäten angestrebt und den veränderten ökonomischen Kräfteverhältnissen in der Welt Rechnung getragen werden sollte"* (zitiert nach „IPW-Berichte", 10/75, S. 31).

Für die Imperialisten hat der Kapitalexport viele verschiedene wirtschaftliche u n d politische Aufgaben zu erfüllen.

Neben dem gesamten Aspekt der Marktsicherung bzw. – erweiterung und einer langfristig gesicherten Rohstoffzufuhr tritt die Absicht, bestehende Importbarrieren einzelner Staaten für bestimmte Exportprodukte zu umgehen. Speziell bei Staaten der „3. Welt" umgeht man bei Kapitalanlagen in diesen Ländern den meist vorhandenen Devisenmangel für den Ankauf der teuren Exportprodukte der entwickelten kapitalistischen Staaten.

Eine Form des Kapitalexports – der Aufkauf bzw. die Beteiligung an ausländischen Industrien – verschafft die Möglichkeit, auf die Geschäftspolitik dieser Konzerne Einfluß zu gewinnen und so potientielle oder tatsächliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten. Diese Politik des Firmenaufkaufs bzw. der Beteiligung wird besonders von den großen westdeutschen Monopolen der Chemie- und Elektroindustrie verfolgt.

Die Auslands„basen" der großen Monopole produzieren häufig nicht mehr nur für den inneren Markt des jeweiligen Landes, dienen als Stützpunkte zur Eroberung weiterer Märkte. So beliefert beispielsweise das brasilianische VW-Werk (VW do Brasil) den gesamten lateinamerikanischen Markt.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Kapitalexports ist es, faktische oder potentielle Verbündete wirtschaftlich und politisch zu stärken.

Besonders deutlich wird dies an der Unterstützung der faschistischen Militärjunta in Chile durch das BRD-Kapital. Deutlich wird dies auch an einer Reise des Staatsministers im Auswärtigen Amt der BRD, Moersch, nach Südostasien. Moersch forderte nach dieser Reise eine verstärkte „Kooperation", um nach der Niederlage der US-Imperialisten in Indochina *„aktiv zur Stabilität der Region beizutragen und damit Gleichgewichtsverschiebungen* (in den übrigen Ländern SO-Asiens – d. Red.), *die möglicherweise weltweite Auswirkungen haben könnten, entgegenzuwirken."*

Das diese Absichten der BRD auch gegen den Einfluß des US-Imperialismus und die befreiten Staaten Indochinas gerichtet sind, zeigt sich in einer weiteren Begründung: Die „Kooperation" mit diesen Staaten sei wünschenswert *„nicht zuletzt deshalb, um ihre dominierende Abhängigkeit von den Großmächten abbauen zu können."*

Besonders interessiert zeigte sich Moersch auch an der wirtschaftlichen und politischen Zukunft der „Vereinigung der südostasiatischen Nationen" (ASEAN; dazu gehören Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand und die Philippinen), um über diesen Zusammenschluß neue Märkte erschließen zu können und eine langfristige gesicherte Rohstoffzufuhr für den BRD-Imperialismus zu erreichen (nach „FAZ", 24.11.75).

Ein nicht unerhebliches Motiv der Imperialisten für den Kapitalexport sind di: extrem niedrigen Löhne und sonstigen Sozialabgaben für die Arbeiter in den Staaten der „3. Welt" (siehe Kasten).

Weitere Vorteile der Kapitalisten bei Auslandsanlagen liegen in geringeren Transportkosten, der Möglichkeit, eine weltweite konzerninterne Arbeitsteilung zu errichten und ähnlichen anderen Faktoren.

Unterstützung durch den BRD-Staat

Der Staat unterstützt den steigenden Kapitalexport durch mannigfaltige Mittel und Methoden. So werden im Rahmen der Rohstoffpolitik an Bergbauunternehmen, die im Ausland nach Rohstoffvorkommen suchen, Subventionen gezahlt, bei Fündigkeit beteiligt er sich am Erwerb der Konzessionen für den Abbau, bei ergebnisloser Suche trägt er die Verluste für die Konzerne. Auch der Kapitalexport der verarbeitenden Industrie wird durch Investitionsbeihilfen, Steuernachlaß u. ä. unterstützt.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die allein in Bundesbesitz befindliche „Deutsche Entwicklungs-Gesellschaft" (DEG), deren Kapital 1975 vom Bund auf 420 Mio. DM erhöht wurde und in diesem Jahr abermals auf 500 Mio. DM erhöht werden soll. Die DEG fördert den Kapitalexport der BRD-Imperialisten durch Finanzierungsbeihilfen, Kredite oder direkte Beteiligungen in „Entwicklungsländern". Bis Ende 1974 ist die DEG mit rund 237 Mio. DM an der Finanzierung von 120 Unternehmen in 45 Staaten der „3. Welt" beteiligt gewesen.

Wem diese staatliche „Entwicklungs-Gesellschaft" von Nutzen ist, wird anschaulich durch die Personalunion ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Ulrich mit einer der zentralen Schaltstellen des westdeutschen Imperialismus dokumentiert: Ulrich ist zugleich Vorstandssprecher der Deutschen Bank.

In ihrem letzten Geschäftsbericht fordert die DEG folgerichtig, Investitionen im Ausland als Mittel der *„modernen Marktstrategie"* einzusetzen. In Zukunft – so Ulrich – *„solle das Auland mehr als bisher als Produktionsstandort und weniger als Exportmarkt betrachtet werden."* Im Geschäftsbericht heißt es weiter: *„Die Bundesrepublik wird einen wachsenden Anteil ihres Wohlstandes in Unternehmen außerhalb ihrer Grenzen erwirtschaften müssen."*

Wen wundert's da noch, daß auch die Forderung nach weiteren Finanzierungshilfen für kapitalexportierende Konzerne aus den Steuern der Werktätigen nicht vergessen wurde (nach „Handelsblatt" und „Welt" vom 31.7.75).

Der BRD-Imperialismus hat zwar im Vergleich zu den USA und England im Kapitalexport noch einen erheblichen Nachholbedarf; gerade die seit Ende der sechziger Jahre gemachten Fortschritte machen aber deutlich, daß er auf diesem Gebiet energische Anstrengungen unternimmt, um seine internationale Stellung auszubauen. Diese Politik wird sich in Zukunft noch verstärken.

Wirtschaftskomm. KB / Gruppe Hamburg

Direktinvestitionen ausgewählter imperialistischer Länder

	1960	1970	1970:1960
	Mio USA-Dollar, zu lfd. Preisen		v. H.
USA	31 865	78 090	+145
Großbritannien	8 263	14 700	+ 78
BRD	697	5 765	+730
Japan	290	2 685	+826

Quellen: Survey of Current Business (Hrsg. U.S. Department of Commerce), Washington, 10/1970, 10/1971, 1/1972; Bundesanzeiger, Köln, Runderlaß Außenwirtschaft, 16/1970, 38/1970; Die westlichen Geld- und Kapitalmärkte und ihre Zukunft, Zürich – St. Gallen 1971, S. 120 f.; Board of Trade Journal, London 3812/1970, 3836/1970; Trade and Industrie, London, 12/1972

„iwd", 17.7.75

Direktinvestitionen der BRD
regionale Aufgliederung

	1960 Mio DM	v. H.	1970 Mio DM	v. H.	1972 Mio DM	v. H.
Insgesamt	2 928	100,0	21 113	100,0	26 597	100,0
davon:						
Westeuropa	1 032	35,2	12 015	56,9	15 572	58,5
USA	282	9,6	1 796	8,5	2 243	8,5
Kanada	432	14,7	1 677	8,0	2 132	8,0
Lateinamerika	853	29,2	3 665	17,4	3 714	14,0
Afrika	180	6,2	1 191	5,6	1 768	6,6
Asien	105	3,6	561	2,7	910	3,4
Australien Ozeanien	44	1,5	209	0,9	159	1,0

Quellen: Bundesanzeiger, Köln, 19. 4. 1968; 22. 4. 1969; 10. 4. 1973

Westeuropa 1032 35,2 12015 56,9 15572 58,5
USA 282 9,6 1796 8,5 2243 8,5
Kanada 432 14,7 1677 8,0 2132 8,0
Lateinamerika 853 29,2 3665 17,4 3714 14,0
Afrika 180 6,2 1191 5,6 1768 6,6
Asien 105 3,6 561 2,7 910 3,4
Australien Ozeanien 44 1,5 209 0,9 159 1,0
Quellen: Bundesanzeiger, Köln, 19. 4. 1968; 22. 4. 1969; 10. 4. 1973

BRD-Imperialismus:
„Strukturwandel" – mit weitreichenden Folgen!

Innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie werden längst notwendige Konsequenzen aus der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und dem sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampf für die zukünftige Strategie des BRD-Imperialismus diskutiert. „Langfristige Strukturverbesserung notwendig" – „den Strukturwandel bewältigen" – „Technologische Flucht nach vorn" sind Schlagworte der bürgerlichen Presse in diesem Zusammenhang.

„Nur mit einer vorausschauenden Strukturpolitik kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit in einem Industrieland erhalten werden, das in so hohem Maße in die internationale Arbeitsteilung einbezogen ist wie die Bundesrepublik" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.8.75). *„Die neuen Aufgaben, vor denen die deutsche Wirtschaft und die Unternehmer stehen"* („FAZ", 26.4.75) sollen vor allem durch drei einzuschlagende Wege bewältigt werden:

Durch die *„Einführung arbeitssparender Produktionsmethoden"*. Dies bedeutet für die Arbeiterklasse weitere Rationalisierung und Automatisierung in der Produktion. Schon heute sind rund 50 % aller in der Industrie getätigten Investitionen reine Rationalisierungsinvestitionen.

Dort, wo die Produktion weiterhin nur eine geringe Automatisierung zuläßt, soll sie in die sogenannten „Niedriglohnländer" ausgelagert werden. So forderte denn auch die „Welt", daß sich die Bundesregierung *„mit gezielten Hilfen für notleidende Branchen sehr zurückhalten* (soll), *um diese Veränderungen* (Auslagerungen ins Ausland – d.Red.) *nicht aufzuhalten"* (8.8.74).

Die in der BRD verbleibende Industrie sollte sich bei ihren *„heimischen Aktivitäten auf Forschung, Entwicklung, Endkontrolle, Absatz und Kundendienst"* konzentrieren („FAZ", 26.4.75).

Die BRD soll also ein Standort allein einer technisch hochentwickelten Industrie werden, während alle sogenannten arbeitsintensiven Bereiche der Wirtschaft in die Billiglohnländer verlagert werden.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Otto Wolf von Amerongen, Präsident des „Deutschen Industrie und Handelstages" (DIHT) kritisiert, daß der Anteil des verarbeitenden Gewerbes der Industrie am gesamten Bruttoinlandsprodukt (Summe aller wirtschaftlichen Leistungen in einem Land) in der BRD mit mehr als 40 % zu hoch sei. Es wäre Aufgabe der westdeutschen Kapitalisten, durch Auslagerungen von Industrien einen Anteil wie Frankreich (35,4 %) oder Großbritannien (27,8 %) zu erzielen.

Was hier gefordert wird, ist in der Tat eine „Umstrukturierung" der g e s a m t e n westdeutschen Industrie – mit bisher kaum absehbaren Folgen für die werktätige Bevölkerung



„Schweißer sind Sie? Da hätten wir was in Brasilien für Sie".

in der BRD. So kommt auch Professor Giersch, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft (Kiel), zu dem Schluß, daß *„wir (?) wegen des Strukturwandels künftig überhaupt mit einer etwas (?) größeren Arbeitslosigkeit rechnen müssen"* („FAZ", 26.4.75).

In einem Interview mit Bundeskanzler Schmidt das zukünftige Bild der westdeutschen Wirtschaft: *„Am Horizont des Jahres 2000 sieht man ein Zeitalter heraufziehen, in dem Volkswirtschaften wie die deutsche im wesentlichen Patente, Verfahrenstechniken und Blaupausen exportieren"* („SZ", 24.6.75). Tatsächlich ist dieses „Zeitalter" bereits angebrochen.

Schon fast makaber anmutend hat die „Welt" die Folgen dieser Entwicklung an einer arbeitsintensiven Branche der Industrie dargestellt: *„So wird – um das Beispiel Textil und Bekleidung herauszugreifen – die Mode (!!) auch weiterhin von Europa aus bestimmt. Die Massenware kommt jedoch aus den fortgeschrittenen Entwicklungsländern"* (1.8.75) – für die arbeitslosen Textilarbeiterinnen und -arbeiter wahrlich ein schwacher Trost.

Tatkräftige Unterstützung bei der Umstrukturierung der westdeutschen Wirtschaft in diesem Sinne erhalten die Kapitalisten dabei vom Staat. Am 29.11.75 erläuterte Bundeswissenschaftsminister Matthöfer einer Delegation des BDI, welche Forschungsgebiete in Zukunft mit Vorrang gefördert werden sollten:

„Hierzu gehören vor allem Energieforschung und -technik, Datenverarbeitung, Information und Dokumentation, Luft- und Raumfahrt, elektronische Bauelemente, Rohstofftechnologien und Meerestechnik. Matthöfer sieht die Forschungs- und Technologiepolitik vor dem Hintergrund der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Veränderungen als Kern einer zukunftsweisenden Strukturpolitik" („FAZ", 30.11.75).

Mit diesen Vorhaben konzentriert sich der BRD-Imperialismus genau auf die Gebiete (Schlüssel- oder Wachstumsindustrien), die schon heute und noch viel stärker in Zukunft das Feld des internationalen Konkurrenzkampfes der imperialistischen Mächte und Monopole sein werden. ●

Wirtschaftskommission KB/Gruppe Hamburg

Imperialistische Blutsauger in der „Dritten Welt"

Rund 30 % der westdeutschen Direktinvestitionen gehen in die Staaten der „3. Welt". Für die Imperialisten stellen diese Investitionen im Gegensatz zu Anlagen in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten, die heute die Masse des Kapitalexports aufnehmen, immer ein gewisses Risiko dar. Als Kriterien für Investitionen in diesen Ländern werden u.a. folgende Faktoren genannt: *„Die politische Stabilität, die Nationalisierungs- und Streikgefahren, die Möglichkeiten zum Gewinntransfer* (d.h. Abzug der Gewinne in die „Mutter"-länder der Konzerne – d.Red.), *die generelle Einstellung gegenüber den industriellen Investitionen ausländischer Unternehmer."* Besonders in diesen Staaten müsse sich das investierte Geld schnell in Profit verwandeln: *„In fünf Jahren sollte das im Ausland* (gemeint „3. Welt" – d.Red) *investierte Geld wieder zurückgeflossen sein"* („Handelsblatt", 27.8.75).

Neben dem Aspekt der Rohstoffsicherung durch Direktinvestitionen in diesen Staaten spielt für Anlagen vor allem das niedrige Lohnniveau der Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle.

Dazu nur zwei Beispiele:

Im Oktober 1975 empfahl die „Deutsche Entwicklungs Gesellschaft" (DEG) den westdeutschen Kapitalisten wärmstens Investitionen in Tunesien: Die durchschnittlichen Löhne liegen hier pro Stunde bei 0,90 DM, für einen qualifizierten Facharbeiter bei 1,20 bis 1,50 DM. Die tunesischen Arbeiter gelten für die Imperialisten *„als arbeitswillig und leicht anzulernen."* Darüberhinaus brauche der Gewinn für 10 Jahre nicht versteuert zu werden („Süddeutsche Zeitung", 30.10.75).

Ein anderes Investitionsparadies für Kapitalisten ist der *„Musterknabe in Fernost: Singapur"*. Die Löhne der Angelernten (meist Frauen) liegen bei 250 bis 300 Singapore-Dollar (1 Dollar = 1,10 DM) im Monat. Doch das ist längst nicht alles: Die Arbeitszeit beträgt mindestens 44 Wochenstunden, der Jahresurlaub ganze sieben Tage. Eine Fluktuation der Kollegenschaft gibt es fast überhaupt nicht, der Krankenstand ist gleich Null.

Die Höhe des ausländischen Kapitalanteils an Firmen in Singapur ist in keiner Weise beschränkt, Betriebe mit mehr als 50 % inländischen Kapitalanteils kommen allerdings in den Genuß zusätzlicher staatlicher Zuschüsse. Umsatzsteuern gibt es auch für ausländische Konzerne nicht, ebenso keine Steuererhebungen auf Dividendenzahlungen (nach „Süddeutsche Zeitung", 20.11.76).

Angesichts dieser Zustände – wie sie ähnlich in vielen anderen Ländern der „3. Welt" – für die imperialistischen Blutsauger herrschen, ist das unbeschreibliche Elend der Volksmassen „verständlich".

Die Vereinten Nationen (UN) veröffentlichten 1973 eine Statistik, in der die Direktinvestitionen imperialistischer Konzerne mit den daraus gewonnenen Profiten, nach Erdteilen unterteilt, gegenübergestellt wurden.

Danach wurden 1970 270,7 Mio. Dollar auf dem gesamten afrikanischen Kontinent investiert. Der Kapitalabfluß belief sich im selben Jahr auf 996,2 Mio. Dollar; es bleibt die riesige Summe von 725,5 Mio. Dollar, die allein in einem Jahr den afrikanischen Völkern als Profit der imperialistischen Konzerne abgepreßt wurde.

Ebenfalls 1970 standen den Investitionen von 200,1 Mio. Dollar in Asien und Westasien Abflüsse in Höhe von 2.401,9 Mio. gegenüber, der Profit betrug also 2.201,8 Mio. Dollar (nach „Die Armut des Volkes", Auszüge aus Dokumenten der UN, rororo, S. 160). ●

Wirtschaftskommission, KB/Gruppe Hamburg

Wo die BRD-Imperialisten investieren

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der regionale Schwerpunkt der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland verlagert. Während noch 1961 fast 61% aller Kapitalanlagen in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten investiert wurden und fast 40% in den Staaten der „3.Welt", waren es 1972 über 70% in den „Industriestaaten" und nur noch rd. 30% in den „Entwicklungsländern". Diese starken Richtungsverschiebungen im westdeutschen Kapitalexport erklären sich vor allem durch eine starke Konzentration auf den westeuropäischen Raum: Während sich der prozentuale Anteil der außerhalb der EG befindlichen westeuropäischen Staaten mit rund 20% konstant hielt, stieg der Anteil der Kapitalanlagen in den EG-Ländern von 14% (1961) auf über 30% (1972). Bis 1975 hatte sich der Anteil der EG-Direktinvestitionen weiter auf 35% erhöht.

Auf dem amerikanischen Doppelkontinent sind die USA, Kanada und Brasilien eindeutig Schwerpunkt der BRD-Anlagen: Auf diese drei Länder konzentrieren sich rund 79% aller Amerika-Investitionen.

Von den 4,53 Mrd. DM, die 1974 im Ausland investiert wurden (Zahlen für 1975 liegen noch nicht vor), entfielen
- 874 Mio. DM auf die USA
- 668,7 Mio. DM auf Frankreich
- 427,8 Mio. DM auf Brasilien
- 389,8 Mio. DM auf die Schweiz
- 322,0 Mio. DM auf Belgien/Luxemburg
- 229,9 Mio. DM auf Spanien
- 231,4 Mio. DM auf England
- 179,9 Mio. DM auf Italien
- 112,6 Mio. DM auf die Niederlande

Berechnet nach dem Gesamtbestand der westdeutschen Investitionen, hält Frankreich mit insgesamt 3,88 Mrd. DM vor der Schweiz mit 3,85 Mrd. DM die Spitze. Es folgen:
- Belgien/Luxemburg mit 3,65 Mrd. DM
- USA mit 3,48 Mrd. DM
- Kanada und Spanien mit je 2,64 Mrd. DM
- Niederlande mit 2,62 Mrd. DM.

Die heute sehr starke Konzentration der BRD-Kapitalanlagen auf die entwickelten kapitalistischen Staaten (über 70%) zeigt, daß es gänzlich falsch wäre zu glauben, der Kapitalexport würde sich hauptsächlich in die unterentwickelt gehaltenen Staaten der „3.Welt" ergießen. *„Man führt unter dem Imperialismus Kapital auch in die alten Länder aus, und nicht nur der E x t r a profite wegen"* (Lenin, Bd. 26, S.152). Entscheidende Motive hierfür sind vor allem die größere Aufnahmefähigkeit dieser Märkte gegenüber den „Entwicklungsländern", sowie das Bestreben, die Wirtschaft des imperialistischen Konkurrenten zu durchdringen, zu schwächen, zu beherrschen, in den Genuß seiner technischen Kenntnisse zu kommen usw. usf.

Die Anlagen der BRD in der EG (35%) sind eine Folge der verstärkten westeuropäischen Integration und Verflechtung in diesem imperialistischen Block. Gerade auch auf dem Feld der gegenseitigen Durchdringung und Verflechtung mittels Kapitalexport entscheidet sich der Kampf um die Vorherrschaft innerhalb der EG.

(Zahlen aus mehreren Zeitungen zusammengestellt) ●

Wirtschaftskommission KB / Gruppe Hamburg

Wirtschaftsnachrichten – BRD – Januar

Flicks Steuertricks

„Nach einem ausgeklügelten Plan legt der Düsseldorfer Milliardär seinen zehnstelligen (!) Gewinn aus dem Verkauf seines Daimler-Pakets (2 Mrd. DM) in wohldosierten Raten wieder an – am Finanzamt vorbei." Die kapitalistenfreundliche Steuergesetzgebung ermöglicht es Flick, annähernd eine Milliarde DM an Steuerausgaben einzusparen!

Aber das ist erst der Anfang vom Lied: Einen Teil dieser ergaunerten Milliarden legt er wieder nach § 6b, der für „inländische Förderobjekte" gilt, an – wie z.B. im Falle seines Sprengstoffwerkes Liebenau.

Dieses Werk, das zum Flick-Konzern Dynamit-Nobel gehört, soll durch Neuinvestitionen um die 200 Mio. DM eine Rohfaserproduktion bekommen. Hierfür wird Flick noch eine ansehnliche staatliche „Anerkennungsprämie" aus Steuergeldern abkassieren. Denn Liebenau liegt in einem der „strukturschwachen Gebiete", in dem Investoren bis zu 15 % ihres Anlagebetrages als staatliche Subvention einstecken können.

Kommentar von Klaus Noe, im Bundeswirtschaftsministerium für Regional-(besser: Kapitalisten-)förderung zuständig: *„So schön ist es manchmal (?), in Deutschland Unternehmer zu sein."*

Es wäre an der Zeit, diesen Herren ihre Dolce-vita zu versauern! (nach „Spiegel", 4/76)

Zwei Milliarden DM Erlös aus dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien (wir berichteten wiederholt hiervon im AK) hat Flick unter Dach und Fach ohne einen Pfennig Steuern hierfür zu bezahlen.

Nach dem § 6 b des Einkommensteuergesetzes sind Gewinne aus dem Verkauf von Aktienanteilen dann besonders „förderungswürdig", wenn sie „volkswirtschaftlich sinnvoll" angelegt werden. Und so handelte Flick: 200 Millionen DM wurden abgezweigt, um im Sprengstoffwerk Liebenau Flick's eine Rohfaserproduktion anzugliedern. Nebeneffekt: da dieses Werk in einem strukturschwachen Gebiet liegt, werden bis zu 15 % des Betrags aus Steuergeldern als Subvention vom Staat gezahlt!!

Nach dem § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes sind Gewinne dann steuerfrei, wenn sie für Auslandsinvestitionen verwendet werden, die der „Förderung der internationalen Arbeitsteilung oder der weltwirtschaftlichen Verflechtung (= der imperialistischen Expansion) dienen". Auch danach handelte Flick: 250 Millionen DM wurden für den Erwerb von ca. 10 % am amerikanischen Chemie-Konzern Grace aufgewendet. Die dort produzierten chemischen Rohstoffe kämen laut Flick „auch der deutschen Wirtschaft zugute".

Bis 1978 muß der Rest des Riesengewinns in ähnlichem Sinne verwendet werden, wenn er nicht besteuert werden soll. Bis dahin kann Flick weiterhin zusätzliche Zinsgewinne einstreichen!

Dieser ganze Vorgang, bei dem Flick legal über eine Milliarde Steuern nicht bezahlt, findet unter dem Schutz kapitalistienhöriger Gesetzgebung und ausdrücklicher Billigung der Bundesregierung statt – in einer Zeit der schweren Krise, deren Auswirkungen allein die werktätige Bevölkerung zu spüren bekommt. (Angaben nach „Handelsblatt" 19. und 23. 1., „Spiegel" 19.1. und „Weser-Kurier" 31.12.).

Teurer blauer Dunst

Ab 1977 werden auch Zigarren und Rauchtabak (Feinschnitt und Pfeifentabak) mit in die 18 % Tabaksteuererhöhung einbezogen! Laut Bundesregierung wäre ohne diese Maßnahme, „die Tabaksteuererhöhung nicht ausgewogen." Die Steuermehreinnahmen durch die höhere Tabaksteuer schätzt Bonn

1977 auf 1 Mrd. DM
1978 auf 1,1 Mrd. DM
1979 auf 1,2 Mrd. DM

Die Mehreinnahmen durch die auch ab 1977 in Kraft tretende 20 %-Erhöhung der Branntweinsteuer werden

1977 auf 300 Mill. DM
1978 auf 410 Mill. DM
1979 auf 420 Mill. DM

geschätzt.

Das ist die massenfeindliche Politik der Bonner Regierung: Während auf der einen Seite Steuern erhöht werden, die hauptsächlich die Arbeiterklasse treffen, werden Kapitalisten wie z.B. Flick die Milliarden (aus Steuergeldern!) nur so in den Hintern geblasen! (Angaben nach „HB", 14.1.76).

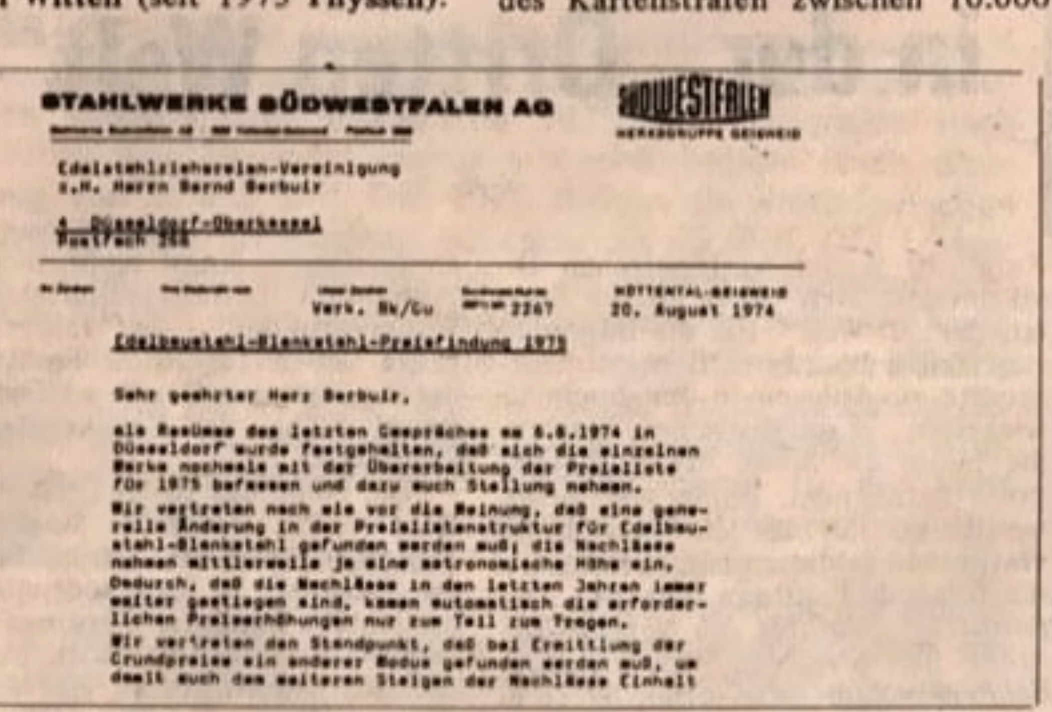
Weitere Wirtschaftsnachrichten auf der folgenden Seite

Mit Erbsen auf Elefanten geschossen – Bußgelder gegen Edelstahl-Monopole

Mit insgesamt 2,32 Millionen DM Bußgeldern belegte das Bundeskartellamt die sieben größten Edelstahlhersteller der Bundesrepublik. Entsprechend der Größe der Unternehmen müssen zahlen:

- **Thyssen**: 425.000 DM
- **Stahlwerke Südwestfalen** (seit 1975 **Krupp**): 425.000 DM
- **Edel Witten** (seit 1975 **Thyssen**): 300.000 DM
- **Krupp-Edelstahl**- 225.000 DM
- **Buderus (Flick)**: 225.000 DM
- **Röchling-Burbach**: 225.000 DM
- **Klöckner**: 125.000 DM

Darüberhinaus müssen 13 Vorstandsmitglieder und Direktoren sowie zwei Geschäftsführer des Edelstahlverbandes Kartellstrafen zwischen 10.000 und 40.000 DM zahlen (die übrigens aus den Firmenkassen beglichen werden).



STAHLWERKE SÜDWESTFALEN AG

SÜDWESTFALEN

Edelstahlziehereien-Vereinigung
z.H. Herrn Bernd Berbuir

4 Düsseldorf-Oberkassel
Postfach 268

Verk. Bk/Gu 2267 HÜTTENTAL-GEISWEID 20. August 1974

Edelbaustahl-Blankstahl-Preisfindung 1975

Sehr geehrter Herr Berbuir,

als Resümee des letzten Gespräches am 6.8.1974 in Düsseldorf wurde festgehalten, daß sich die einzelnen Werke nochmals mit der Überarbeitung der Preisliste für 1975 befassen und dazu auch Stellung nehmen.

Wir vertreten nach wie vor die Meinung, daß eine generelle Änderung in der Preislistenstruktur für Edelbaustahl-Blankstahl gefunden werden muß; die Nachlässe nehmen mittlerweile je eine astronomische Höhe ein. Dadurch, daß die Nachlässe in den letzten Jahren immer weiter gestiegen sind, kamen automatisch die erforderlichen Preiserhöhungen nur zum Teil zum Tragen.

Wir vertreten den Standpunkt, daß bei Ermittlung der Grundpreise ein anderer Modus gefunden werden muß, um damit auch dem weiteren Steigen der Nachlässe Einhalt

Dieser Brief der Stahlwerke Südwestfalen an den Kapitalistenverband entlarvt die Kartellabsprachen

Hintergrund des Kartelverfahrens ist ein zu offensichtlich gewordenes Edelstahlkartell mit Preis-, Liefer- und Rabattabsprachen, durch daß sich die größten Hersteller seit mindestens vier Jahren den Markt sicherten und aufteilten. Diese Absprachen wurden sogar mit den größten industriellen Abnehmern der Konzerne getroffen! Der Verband der Edelstahlhersteller übernahm es, die unterschiedlichen Interessen der Konzerne zu steuern und auszugleichen. Ein weiterer eindeutiger Beweis für das, was unter „freiem Wettbewerb" und „freier Marktwirtschaft" zu verstehen ist: den Monopolen steht die Freiheit zu, jederman mit seinen Machtmitteln auszustechen.

Daran ändert auch das angeblich so „hohe Bußgeld" (so meldete es die bürgerliche Presse) nichts – was sind einige hunderttausend Mark im Vergleich zu Millionengewinnen und gesicherten Marktanteilen für die Konzerne!

So erhob denn auch keine der betroffenen Firmen oder Personen Einspruch gegen die Bußgelder. (nach „Handelsblatt" und „Spiegel" vom 19.1.).

Senkung des Arbeitslosengeldes durch neue Rechtsverordnung

Teile der Ende 1975 verabschiedeten Strukturgesetze für den Bundeshaushalt brachten den Arbeitslosen Überraschungen besonderer Art.

Im Jahre 1975 wurden die Leistungssätze der Arbeitslosenversicherung in „verheiratete" und „nichtverheiratete" aufgespalten. Wobei insbesondere die unverheirateten Frauen mit mindestens einem Kind den „verheirateten" Arbeitslosen gleichgestellt wurden.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die 1976 arbeitslos wurden, wird es diese Regelung nicht mehr geben. So erließ das Bundesarbeitsministerium eine neue Rechtsverordnung mit verminderten Leistungssätzen für das Arbeitslosengeld (Alg.) und die Arbeitslosenhilfe (Alhi.). Zusätzlich wurden die Arbeitslosen anstelle der bisherigen Aufteilung (Splitting) in „ver- bzw. nichtverheiratete" in fünf verschiedene Leistungsgruppen eingeteilt. Im wesentlichen bestimmt die Steuerklasse die Zuordnung in die einzelnen Leistungsgruppen:

Für die Zuordnung zu den Leistungsgruppen gilt folgendes:

Leistungsgruppe:	Personenkreis:
A	Nichtverheiratete Arbeitnehmer ohne Kinder und verheiratete Arbeitnehmer mit St. Kl. IV
B	Nichtverheiratete Arbeitnehmer mit mindestens einem Kind und verheiratete Arbeitnehmer mit St. Kl. I oder II
C	Verheiratete Arbeitnehmer mit St. Kl. III
D	Verheiratete Arbeitnehmer mit St. Kl. V
E	Arbeitnehmer mit St. Kl. VI

Die Einordnung nach der jeweiligen Steuerklasse bedeutet somit für jeden arbeitslosen Kollegen eine Schlechterstellung seines Lebensstandards gegenüber der Vorjahresregelung.

Laut AK Nr. 71 vermerkte die „FAZ" dazu folgendes: *„Da die mit der Steuerreform 1975 eingeführten neuen Steuerklassen durchweg höhere monatliche Steuerabzüge vorsehen, ... wird künftig bei Berechnung des Alg. ein niedrigeres Nettoeinkommen zugrundegelegt."* (Anmerkung: die Höhe des Alg. beträgt 68 % des früheren Nettoentgelts.)

Betrug bei einem Bruttogehalt von 1500.- DM das Gefälle beim „Splitting" rund 6 %, so ist die Differenz zwischen der Leistungsgruppe „C" und „E" etwa 30 %. Desweiteren wurden die 76'er gegenüber den 75'er -Sätzen effektiv gesenkt.

Tabelle Alg/Alhi Januar 75

Arbeitsentgelt		Arbeitsentgelt gerund.	Alg-Wochensätze		Alhi-Wochensätze	
Woche bis DM	Monat bis DM	DM	Nichtverheirateter DM	Verheirateter DM	Nichtverheirateter DM	Verheirateter DM
1	2	3	4	5	6	7
337,49	1462,49	335	162,—	172,20	138,60	147,—
342,49	1484,16	340	164,40	174,60	139,80	148,80
347,49	1505,82	345	166,20	177,—	142,20	151,20
352,49	1527,49	350	168,60	179,40	143,40	153,—
357,49	1549,16	355	170,40	181,20	145,20	154,80

Januar 1976

Arbeitsentgelt		Arbeitsentgelt gerund.	Wochensätze der Leistungsgruppe				
Woche bis DM	Monat bis DM	DM	A DM	B DM	C DM	D DM	E DM
1	2	3	4	5	6	7	8
337,49	1462,49	335	158,40	169,20	169,80	132,60	120,—
342,49	1484,16	340	160,20	171,60	172,20	133,20	120,60
347,49	1505,82	345	162,60	173,40	174,60	134,40	121,80
352,49	1527,49	350	164,40	175,80	176,40	135,—	122,40

DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8
337,49	1462,49	335	158,40	169,20	169,80	132,60	120,—
342,49	1484,16	340	160,20	171,60	172,20	133,20	120,60
347,49	1505,82	345	162,60	173,40	174,60	134,40	121,80
352,49	1527,49	350	164,40	175,80	176,40	135,—	122,40

„Die Frauen trifft's noch härter"

Der besondere Hammer kommt jedoch vollends bei den verheirateten Ehefrauen zum Tragen. Da meistens der Ehemann besser entlohnt wird als die „mitverdienende" Frau (durch Leichtlohngruppen, ungelernte Tätigkeiten u.a.) ergibt sich zumeist die Kombination Steuerklasse III für den Mann und Steuerklasse V für die Frau. Erhielt die Frau 1975 bei einem monatlichen Bruttoverdienst von 1.440,- DM ein wöchentliches Alg. von 170,40 DM, so bekommt sie nach der neuen Regelung lediglich 132,- DM wöchentliches Alg. **Dies bedeutet eine 26%ige Verminderung des Alg. für die verheiratete Frau.**

Tabelle Alg/Alhi Januar 75

Arbeitsentgelt		Arbeitsentgelt gerund.	Alg-Wochensätze		Alhi-Wochensätze	
Woche bis DM	Monat bis DM	DM	Nichtverheirateter DM	Verheirateter DM	Nichtverheirateter DM	Verheirateter DM
1	2	3	4	5	6	7
322,49	1397,49	320	155,40	165,60	132,60	141,60
327,49	1419,16	325	157,80	168,—	134,40	143,40
332,49	1440,82	330	160,20	170,40	136,80	145,20

Januar 1976

Arbeitsentgelt		Arbeitsentgelt gerund.	Wochensätze der Leistungsgruppe				
Woche bis DM	Monat bis DM	DM	A DM	B DM	C DM	D DM	E DM
1	2	3	4	5	6	7	8
322,49	1397,49	320	151,80	163,20	163,20	129,60	117,60
327,49	1419,16	325	154,20	165,—	165,60	130,80	118,20
332,49	1440,82	330	156,—	167,40	168,—	132,—	119,40

Auch die unverheiratete Frau wird nicht mehr den verheirateten gleichgestellt. Augenfällig ist hier zwar nicht der unterschiedliche Leistungssatz, sondern daß vielmehr die bisher erreichte Gleichstellung rückgängig gemacht wird.

Die faktische Verminderung der Leistungssätze gegenüber 1975, die Spaltung der Arbeitslosen in fünf verschiedene „Personenkreise" sowie die Spaltung der männlichen und weiblichen arbeitslosen Kollegen durch die besonders auffällige Benachteiligung der Frau, zeigen wohin es geht. Diese Verordnung ist im Rahmen der Haushaltsstrukturgesetze ein weiterer Beleg dafür, daß die „Sparschweinereien" ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden sollen. Zusätzlich stellt diese Maßnahme einen besonderen Hieb gegenüber den bisher von der „Krise" am härtesten betroffenen, den Arbeitslosen,dar. ●

IKAH - Arbeitsgruppe „Arbeitslosen-Info"

EG schließt Freihandelsabkommen mit Mittelmeerländern ab

Durch den Abschluss von Verhandlungen mit den sog. „Maghreb-Länder" (Algerien, Tunesien, Marokko) über Freihandelsabkommen mit der EG, ist *„die EG-Politik für den Mittelmeerraum zum Durchbruch"* gekommen. Die EG-Imperialisten betrachten die Anrainer-Staaten des Mittelmeeres als ihr „natürliches Einflußgebiet" und sind seit langem bemüht, auf diese Staaten ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß auszudehnen. In diesem Sinne schlug der EG-Ministerrat Anfang 1973 allen Mittelmeerländern Freihandelsabkommen vor, um *„den Einfluß der erweiterten EG im Mittelmeerraum als Beitrag zur Befriedigung der dortigen Krise entsprechend geltend zu machen."*

Das Abkommen mit den drei Staaten sieht u.a. im Handelsbereich eine *„praktisch totale"* Zollfreiheit für die Einfuhr von Industrieprodukten aus den Maghreb-Ländern in den EG-Raum vor, wobei allerdings für Mineralölerzeugnisse Zollfrei-Kontingente (d.h. nur bestimmte Mengen sind zollfrei) festgelegt sind. Der Aussenzoll der EG für Zitrus- und andere Früchte wird um 80 % gesenkt.

Den EG-Staaten wird zwar keine Zollfreiheit zugebilligt (darüber soll ab 1978 verhandelt werden), es wird ihnen aber zugesichert, nicht schlechter als dritte Staaten behandelt zu werden.

Darüber hinaus konnten die EG-Imperialisten durchsetzen, daß mit Israel handeltreibende EG-Firmen von den Maghreb-Staaten nicht boykottiert werden. Damit dürften endgültig die Bemühungen einiger arabischer Staaten, diese Firmen durch Boykott unter Druck zu setzen, gescheitert sein. Ein klarer Erfolg für die EG-Imperialisten!

Weiterhin sieht das Abkommen Finanzhilfen der EG zwischen 95 Mio bis 130 Mio Rechnungseinheiten (1 RE sind DM 3,04) vor, die zu einem geringen Teil aus Schenkungen, zum großen Teil aus Krediten bestehen (u.a. sollen mit ihnen „Dreieckskooperationen" zwischen Maghreb-, Erdöl- und EG-Staaten finanziert werden). Tatsächlich handelt es sich hier um „ungleiche Verträge": Denn die Zugeständnisse, die die EG-Imperialisten den Maghreb-Ländern gemacht haben (Zollfreiheit bzw. -abbau) können diese Staaten aufgrund ihrer industriell unterentwickelten Struktur kaum ausschöpfen. Dagegen haben es die EG-Imperialisten erreicht, daß diese Länder stärker ihre Märkte der EG öffnen und (über die Finanz„hilfen") stärkere wirtschaftliche Verflechtungen eingehen, die bei der vorherrschenden Position der EG nur in einer größeren Abhängigkeit von der EG enden kann.

Nach dem Abschluß dieser Abkommen will die EG ähnliche Verhandlungen mit den Mashrek-Ländern (Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien) aufnehmen (nach „FR", 12.1.76 und „SZ", 20.1.76).

Minister Bahr in Indien

Am 20.1.76 reiste der „Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit", Egon Bahr, als Vertreter des

,bösen Leute' gebe..." – So einfach ist das!

Gleichzeitig machte sich Bahr

dien zugleich eine weitere halbe Milliarde DM zur Steigerung der Weizenproduktion in Aussicht

Minister Bahr in Indien

Am 20.1.76 reiste der „Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit", Egon Bahr, als Vertreter des BRD-Imperialismus zu einem sechstägigen Besuch nach Indien, um dort über die Fragen einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" und konkreten „Hilfe"leistungen der BRD für Indien zu verhandeln.

Indien ist seit Jahrzehnten der Hauptempfänger westdeutscher „Entwicklungshilfe". Allein 1975 erhielt es von der BRD über 600 Mio DM für verschiedene Projekte, Kredite, Schuldenstundungen usw. („FAZ", 28.4.1975).

Schwerpunkt der Reise Bahrs in diesem Jahr war allerdings das Bestreben, die indische Regierung auf die Position der Imperialisten zur Frage einer von den Staaten der „3. Welt" geforderten „Neuen Weltwirtschaftsordnung" einzuschwören.

In einer Rede vor der „Deutsch-indischen Handelskammer" in Bombay verwies Bahr *„Meinungen, der Norden* (d.h. die Imperialisten – die Redaktion) *beute den Süden* (die „3. Welt" – d. Red.) *aus, in den Bereich der ,Ideologie', weil es keine ,bösen Leute' gebe..."* – So einfach ist das!

Gleichzeitig machte sich Bahr *„zum Anwalt einer freien Wettbewerbswirtschaft"* und erteilte allen angeblichen Versuchen, *„eine monströse Bürokratie, internationalen Dirigismus, Verschwendung von Ressourcen und einem weltweiten Immobilismus"* schaffen zu wollen, eine Absage. Gemeint sind damit die gerechten Forderungen der „Entwicklungsländer" nach einem höheren Anteil am Welteinkommen (sie vereinigen gegenwärtig ganze 7 % auf sich!) durch eine Bindung ihrer Rohstoffpreise an die Preissteigerungen der Industrieerzeugnisse der imperialistischen Staaten.

Bahr dazu: *„Unter keinen Umständen wird die Bundesrepublik erprobte* (?!) *Marktmechanismen internationalen Abkommen opfern."* Das heißt nichts anderes, als daß die BRD-Imperialisten weiterhin ungeniert an der Ausbeutung der Staaten der „3. Welt" festhalten wollen! Um die indische Regierung von seinem Standpunkt zu „überzeugen", stellte der sozialdemokratische Minister Indien zugleich eine weitere halbe Milliarde DM zur Steigerung der Weizenproduktion in Aussicht („Welt", 28.1.1976).

Ein kleines „parlamentarisches Nachspiel" hatte die Reise Bahrs nach Indien in Bonn. Der „entwicklungspolitische Sprecher" der CDU, Todenhöfer, nutzte die Chance, um seine Forderung nach verstärkter Unterstützung faschistischer Regimes durch die Bundesrepublik abermals vorzubringen: Er forderte, die Bundesregierung solle ihr ohnehin nicht eingehaltenes „Prinzip" („keine Hilfe an Staaten, in denen Menschenrechte unterdrückt werden"; in Indien sind sie weitgehend außer Kraft gesetzt) über Bord werfen und künftig auch Chile wieder offen zu unterstützen („Welt", 26.1.76).

Todenhöfer ist natürlich bestens über die herzlichen Beziehungen der „sozialliberalen" Regierung zu den chilenischen Faschisten informiert; ihm geht es vor allem um eine offen reaktionäre Ausrichtung der westdeutschen „Entwicklungshilfe" (nicht gekennzeichnete Zitate aus „FAZ", 24.1.1976).

Neuer Kredit an Agypten

Die Bundesregierung hat Ägypten im Januar einen neuen 120 Mio. DM hohen Kapitalhilfekredit bewilligt, der *„nicht nur strengster Geheimhaltung unterliegt, sondern auch hinsichtlich der Kreditkonditionen* (Zinsen, Laufzeit usw. – d. Red.) *völlig aus dem Rahmen fällt."*

Die Laufzeit ist zunächst auf fünf Jahre festgelegt (wird aber wahrscheinlich verlängert werden), die Zinsen liegen unterhalb des ab 1.1.76 gültigen Satzes von 4,5 % für *„fortgeschrittene Entwicklungsländer"*.

Mit diesem Kredit ist Ägypten gleich hinter Indien der größte Empfänger westdeutscher öffentlicher Kapitalhilfe. Insgesamt erhielt Ägypten bisher Zusagen über Hilfen im Wert von 700 Mio. DM (seit 1972!), von denen bis heute 610 Mio DM ausgezahlt wurden.

Die neuerliche Hilfe soll die akute Devisen-Not Ägypten's lindern helfen.

Hintergrund dieser umfangreichen Hilfen sind allerdings die Bestrebungen der Imperialisten, *„die Ablösung der Wirtschaftlichen Verflechtung, die bis jetzt de facto zwischen Ägypten und der Sowjetunion bestand, durch eine Verflechtung mit der westlichen Welt"* zu erreichen („Welt", 24.4.74). In diesem Sinne hatte auch US-Präsident Ford auf der NATO-Tagung im Mai vergangenen Jahres zu stärkeren Hilfeleistungen für Ägypten aufgerufen.

Zugleich verbergen sich hinter diesem neuen Kredit die ureigensten Interessen des BRD-Imperialismus in diesem Raum, die sich besonders auf Ägypten und Saudi-Arabien konzentrieren: *„Für die BRD führt der sicherste Weg zu den reichen arabischen Ölfeldern am Persischen Golf über Kairo...."* („FAZ", 19.4.74; alle anderen Angaben aus „FAZ" vom 16.1.76).

„Aufschwung" nach der Krise

Die Werktätigen sollen die Zeche bezahlen

**1974/75 waren die bisher schwersten Krisenjahre in der Nachkriegsentwicklung des imperialistsichen Wirtschaftssystems.
Aufgrund der starken internationalen Verflechtung der kapitalistischen Staaten untereinander, gab es kein Land des kapitalistischen Teils der Welt, das nicht in den Sog der Krise gezogen wurde. Die werktätige Bevölkerung und hier ganz besonders die Arbeiterklasse hatte in allen Fällen in zweierlei Hinsicht die Hauptlasten der Krise zu tragen: Einerseits wurden immer größere Schichten der Arbeiterklasse von der ansteigenden Arbeitslosigkeit getroffen und wurde die Lage der gesamten werktätigen Bevölkerung durch Lohnabbau, Streichung sozialer Leistungen, Rationalisierungen weiter verschlechtert. Andererseits haben die Werktätigen noch durch die sogenannten „konjunkturankurbelnden Maßnahmen" den Wiederaufschwung der kapitalistischen Wirtschaft zu bezahlen. Es zeigt sich jedoch, daß der jetzt sehr langsam einsetzende Wirtschaftsaufschwung ausschließlich den Kapitalisten zugute kommt: Die Lage der werktätigen Bevölkerung wird sich weiter verschlechtern.
Wir wollen im folgenden – soweit uns dies möglich war – einen Überblick über die wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Arbeiterklasse in den wichtigsten kapitalistischen Staaten geben.**

USA

Die USA wurden 1974/75 von der bisher schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg erfaßt. Seit dem Sommer '75 ist jedoch eine leichte Aufwärtsentwicklung mit einem schwachen Anstieg der Industrieproduktion zu verzeichnen. Die bürgerlichen Ökonomen sind sich jedoch untereinander selbst nicht einig, ob dieser Aufschwung von größerer Dauer sein wird oder bereits in absehbarer Zeit erneut zum Erliegen kommt.

Die Industrieproduktion der USA lag im April 1975 um 14% unter dem Niveau vom November 1973. Für die ersten neun Monate 1975 ergab sich insgesamt ein Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahr von rund elf Prozent. Mitte des vergangenen Jahres erreichte die Kapazitätsauslastung der Industrie ihren niedrigsten Stand: 66,5%. Im dritten Quartal stieg sie dann wieder auf 70%.

Die Preissteigerungsrate sank von ca. elf Prozent zu Anfang dieses Jahres auf rund 8,6% im dritten Quartal.

Die Arbeitslosenrate hat sich unter dem Eindruck der langsam steigenden Produktion kaum verändert: Im Oktober 1975 lag sie bei 8,6%, was einer (offiziellen) Arbeitslosenzahl von rund acht Millionen entspricht.

Die tiefe Krise hat auch in den USA den Verelendungsprozeß wei-



Die Gewinner ...

ter verstärkt und weitere Schichten der amerikanischen Bevölkerung in Armut und Elend geworfen. Bereits 1974 lebten – nach offiziellen Angaben der US-Regierung – 37 Mio. US-Bürger unterhalb des Existenzminimums; andere Quellen geben sogar 40 Mio. an.

Zu diesem Elend gehört auch die katastrophale Wohnungssituation: 6,9 Mio. Familien müssen in Häusern ohne angemessene Sanitär- und Heizungseinrichtungen leben, und 13,1 Mio. Familien sind überhaupt wohnungslos.

Es gehört zu den zwangsläufigen Folgen der kapitalistischen Krise, diesen verelendeten Schichten der Bevölkerung immer wieder neue Teile der Arbeiterklasse zuzuführen. (Zahlen nach „IPW-Berichte" 10/75 und 1/76).

Japan

Wie in den USA hat auch in Japan Mitte 1975 ein leichter Aufschwung der Produktion eingesetzt. Die Industrieproduktion lag noch im Juli/August des Jahres um 10,4% unter der des Vorjahres („IPW" 1/76).

Für 1976 wird mit einem Wirtschaftsaufschwung von fünf bis 6,5% gerechnet („Süddeutsche Zeitung", 17.1.76).

Ein noch tieferer Konjunktureinbruch konnte 1975 durch Ausweitung der Exporte verhindert werden. Zwar gingen die Ausfuhren nach den USA und Westeuropa zurück, konnten aber durch Ausweitung der

Das letzte Jahr brachte der englischen Arbeiterklasse Preissteigerungen in Höhe von 25,4% (!). Selbst nach Aussagen bürgerlicher Wirtschaftsexperten bewirkte dies eine Lohnsenkung um drei Prozent („HB", 19.1.76). Tatsächlich dürfte diese Zahl weitaus zu niedrig angesetzt sein.

Entscheidenden Anteil an diesen Lohnsenkungen hat die sozialdemokratische Wilson-Regierung: Unter dem Motto „Wir wollen die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch retten und die Arbeitsplätze sichern" versprach sie, die Arbeitslosenzahl von 900.000 auf 600.000 zu senken und die Inflation „unter Kontrolle zu bekommen".

Tatsächlich erhöhte sich die Inflationsrate (+ 25,4%) bei einer gleichzeitig drastischen Senkung der gezahlten Lohnsumme für die Arbeiterklasse; die Arbeitslosenzahl erhöhte sich auf 1,43 Mio. (6,1%) und es wird bis zum Herbst mit einer Steigerung auf 1,8 Mio. gerechnet („HB", 22.1.76).

Frankreich

Die Weltwirtschaftskrise hat auch Frankreich nicht verschont. Im



... und die Verlierer der kapitalistischen Krise! (New Yorker Armenasyl)

Jahresdurchschnitt verringerte sich das Bruttosozialprodukt 1975 um fünf Prozent. Allerdings zeigte sich in den Monaten Oktober/November eine leichte Wende: Die Industrie konnte ein Umsatzplus von einem Prozent verzeichnen, nachdem sie in den Monaten Juli/August einen Umsatzrückgang von 15% im Vergleich

lassungen und Kurzarbeit sind unvermeidlich. Die französische Industrie ist dem drohenden Zusammenstoß mit der immer schärferen ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen". („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.1.76).

Und so ist die Perspektive für 1976, wenn es nach dem Willen der französischen Kapitalisten geht: Die Arbeitslosenzahl steigt um mehr als die Hälfte auf 1,5 Mio. (!), die Preise steigen weiter um zehn Prozent!!

Italien

Die Industrieproduktion Italiens sank 1975 um zwölf Prozent, das Handelsdefizit erhöhte sich auf 3,2 Mrd. DM. Mit einer Inflationsrate von rund zwölf Prozent und einer Arbeitslosenquote von sechs Prozent rangiert Italien weit vor der BRD („Welt", 20.1.76).

Die Wirtschaftskrise wurde in Italien durch eine teilweise stark überalterte Struktur der Industrie verstärkt.

Besonders deutlich wird die Schwäche des italienischen Kapitalismus auch an der neuerlichen Krise der Lira. Am 21.1.76 mußten alle Devisenbörsen schließen, nachdem innerhalb der letzten 20 Tage 528 Mio. Dollar aus den knappen Devisenreserven ausgegeben werden mußten, um durch Stützungskäufe die italienische Währung vor einem weiteren Kursverfall zu bewahren.

Arbeiterkampf Nr. 73/Februar 76 BRD-Imperialismus Seite 13

„Aufschwung" nach der Krise

Die Werktätigen sollen die Zeche bezahlen

1974/75 waren die bisher schwersten Krisenjahre in der Nachkriegsentwicklung des imperialistsichen Wirtschaftssystems.
Aufgrund der starken internationalen Verflechtung der kapitalistischen Staaten untereinander, gab es kein Land des kapitalistischen Teils der Welt, das nicht in den Sog der Krise gezogen wurde. Die werktätige Bevölkerung und hier ganz besonders die Arbeiterklasse hatte in allen Fällen in zweierlei Hinsicht die Hauptlasten der Krise zu tragen: Einerseits wurden immer größere Schichten der Arbeiterklasse von der ansteigenden Arbeitslosigkeit getroffen und wurde die Lage der gesamten werktätigen Bevölkerung durch Lohnabbau, Streichung sozialer Leistungen, Rationalisierungen weiter verschlechtert. Andererseits haben die Werktätigen noch durch die sogenannten „konjunkturankurbelnden Maßnahmen" den Wiederaufschwung der kapitalistischen Wirtschaft zu bezahlen. Es zeigt sich jedoch, daß der jetzt sehr langsam einsetzende Wirtschaftsaufschwung ausschließlich den Kapitalisten zugute kommt: Die Lage der werktätigen Bevölkerung wird sich weiter verschlechtern.
Wir wollen im folgenden – soweit uns dies möglich war – einen Überblick über die wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Arbeiterklasse in den wichtigsten kapitalistischen Staaten geben.

USA

Die USA wurden 1974/75 von der bisher schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg erfaßt. Seit dem Sommer '75 ist jedoch eine leichte Aufwärtsentwicklung mit einem schwachen Anstieg der Industrieproduktion zu verzeichnen. Die bürgerlichen Ökonomen sind sich jedoch untereinander selbst nicht einig, ob dieser Aufschwung von größerer Dauer sein wird oder bereits in absehbarer Zeit erneut zum Erliegen kommt.

Die Industrieproduktion der USA lag im April 1975 um 14% unter dem Niveau vom November 1973. Für die ersten neun Monate 1975 ergab sich insgesamt ein Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahr von rund elf Prozent. Mitte des vergangenen Jahres erreichte die Kapazitätsauslastung der Industrie ihren niedrigsten Stand: 66,5%. Im dritten Quartal stieg sie dann wieder auf 70%.

Die Preissteigerungsrate sank von ca. elf Prozent zu Anfang dieses Jahres auf rund 8,6% im dritten Quartal.

Die Arbeitslosenrate hat sich unter dem Eindruck der langsam steigenden Produktion kaum verändert: Im Oktober 1975 lag sie bei 8,6%, was einer (offiziellen) Arbeitslosenzahl von rund acht Millionen entspricht.

Die tiefe Krise hat auch in den USA den Verelendungsprozeß wei-



Die Gewinner ...

ter verstärkt und weitere Schichten der amerikanischen Bevölkerung in Armut und Elend geworfen. Bereits 1974 lebten – nach offiziellen Angaben der US-Regierung – 37 Mio. US-Bürger unterhalb des Existenzminimums; andere Quellen geben sogar 40 Mio. an.

Zu diesem Elend gehört auch die katastrophale Wohnungssituation: 6,9 Mio. Familien müssen in Häusern ohne angemessene Sanitär- und Heizungseinrichtungen leben, und 13,1 Mio. Familien sind überhaupt wohnungslos.

Es gehört zu den zwangsläufigen Folgen der kapitalistischen Krise, diesen verelendeten Schichten der Bevölkerung immer wieder neue Teile der Arbeiterklasse zuzuführen. (Zahlen nach „IPW-Berichte" 10/75 und 1/76).

Japan

Wie in den USA hat auch in Japan Mitte 1975 ein leichter Aufschwung der Produktion eingesetzt. Die Industrieproduktion lag noch im Juli/August des Jahres um 10,4% unter der des Vorjahres („IPW" 1/76).

Für 1976 wird mit einem Wirtschaftsaufschwung von fünf bis 6,5% gerechnet („Süddeutsche Zeitung", 17.1.76).

Ein noch tieferer Konjunktureinbruch konnte 1975 durch Ausweitung der Exporte verhindert werden. Zwar gingen die Ausfuhren nach den USA und Westeuropa zurück, konnten aber durch Ausweitung der

Das letzte Jahr brachte der englischen Arbeiterklasse Preissteigerungen in Höhe von 25,4% (!). Selbst nach Aussagen bürgerlicher Wirtschaftsexperten bewirkte dies eine Lohnsenkung um drei Prozent („HB", 19.1.76). Tatsächlich dürfte diese Zahl weitaus zu niedrig angesetzt sein.

Entscheidenden Anteil an diesen Lohnsenkungen hat die sozialdemokratische Wilson-Regierung: Unter dem Motto „Wir wollen die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch retten und die Arbeitsplätze sichern" versprach sie, die Arbeitslosenzahl von 900.000 auf 600.000 zu senken und die Inflation „unter Kontrolle zu bekommen".

Tatsächlich erhöhte sich die Inflationsrate (+ 25,4%) bei einer gleichzeitig drastischen Senkung der gezahlten Lohnsumme für die Arbeiterklasse; die Arbeitslosenzahl erhöhte sich auf 1,43 Mio. (6,1%) und es wird bis zum Herbst mit einer Steigerung auf 1,8 Mio. gerechnet („HB", 22.1.76).

Frankreich

Die Weltwirtschaftskrise hat auch Frankreich nicht verschont. Im



... und die Verlierer der kapitalistischen Krise! (New Yorker Armenasyl)

Jahresdurchschnitt verringerte sich das Bruttosozialprodukt 1975 um fünf Prozent. Allerdings zeigte sich in den Monaten Oktober/November eine leichte Wende: Die Industrie konnte ein Umsatzplus von einem Prozent verzeichnen, nachdem sie in den Monaten Juli/August einen Umsatzrückgang von 15% im Vergleich

lassungen und Kurzarbeit sind unvermeidlich. Die französische Industrie ist dem drohenden Zusammenstoß mit der immer schärferen ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen". („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.1.76).

Und so ist die Perspektive für 1976, wenn es nach dem Willen der französischen Kapitalisten geht: Die Arbeitslosenzahl steigt um mehr als die Hälfte auf 1,5 Mio. (!), die Preise steigen weiter um zehn Prozent!!

Italien

Die Industrieproduktion Italiens sank 1975 um zwölf Prozent, das Handelsdefizit erhöhte sich auf 3,2 Mrd. DM. Mit einer Inflationsrate von rund zwölf Prozent und einer Arbeitslosenquote von sechs Prozent rangiert Italien weit vor der BRD („Welt", 20.1.76).

Die Wirtschaftskrise wurde in Italien durch eine teilweise stark überalterte Struktur der Industrie verstärkt.

Besonders deutlich wird die Schwäche des italienischen Kapitalismus auch an der neuerlichen Krise der Lira. Am 21.1.76 mußten alle Devisenbörsen schließen, nachdem innerhalb der letzten 20 Tage 528 Mio. Dollar aus den knappen Devisenreserven ausgegeben werden mußten, um durch Stützungskäufe die italienische Währung vor einem weiteren Kursverfall zu bewahren.

Die freiwillige Polizeireserve – Bürgerkriegstruppe des Westberliner Senats!

Zur ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahre 1961 steht die *„Freiwillige Polizeireserve"* (FPR) im Einsatz. Seit dem 23.9.75 *„leisteten bisher rund 1000 Reservisten 25.000 Einsatzstunden."* („Tagesspiegel (Tsp), 23.11.75).

„Jeweils 110 Männer werden pro Woche zum sog. Objektschutz an den drei Polizeiunterkünften in Schulzendorf, Moabit und Lichterfelde eingesetzt." („Tsp", 2.10;75). Die FPR ist eine 4000 Mann starke Truppe (im Jahre 66 bestand sie sogar aus 5000 „Freiwilligen"), deren Mitglieder zu zwei Drittel im öffentlichen Dienst und der Rest bei Privatkapitalisten beschäftigt sind.

ANTIKOMMUNISTISCHE AUSRICHTUNG

Am 27. 9. 61 wurden die ersten Mitglieder vom damaligen Innensenator Lipschitz (SPD) vereidigt. Ganz im Geist des übelsten Antikommunismus meinte Lipschitz, die Aufgabe der FPR bestünde darin„„Störungsversuchen" aus dem „Osten" „geschult" entgegenzutreten. („Tsp", 21. 9. 61).

Auf die „Freiwilligkeit" der FPR eingehend, gab Lipschitz zu, *„daß zu Beginn der Aktion in einzelnen Behörden Ungeschicklichkeiten (?) vorgekommen sind, die den Eindruck eines gewissen Zwanges erwecken konnten (!)"* (ebenda). Hier ist wohl jeder Kommentar überflüssig!

Lipschitz Nachfolger Albertz schätzte die Stoßrichtung der FPR folgendermaßen ein: Es gäbe für Westberliner zwei Wege, ihre Gegnerschaft zum „Ulbricht-Regime" zu zeigen, und zwar den passiven Widerstand in Form von S-Bahn-Boykott und zweitens die militante Abwehr *„östlicher Subversion"* durch Beteiligung an der FPR („Tsp", 13.11.62).

Die Gründung der FPR in Westberlin stieß in der BRD auf offene Ohren. Es wurde erwogen, eine allgemeine Polizeidienstpflicht einzuführen, da man von der Bevölkerung die Bereitschaft fordern könne, *„ihre demokratische Staatsform notfalls mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Das gelte nicht im Hinblick auf die äußeren, sondern auch die inneren Feinde der Demokratie." (Hamburgs damaliger Innensenator Helmut Schmidt (!) am 13.6.63 in Westberlin).*

Am Charakter der Freiwilligen Polizeireserve hat sich nichts geändert

Die Mitglieder der FPR werden nach einem zweiwöchigen Grundlehrgang, zwei einwöchigen Lehrgängen in den auf den Grundlehrgang folgenden 18 - 24 Monaten auf den Einsatz vorbereitet. Danach findet zweimal pro Jahr ein Auffrischungslehrgang statt, der neben Ausbidung im Verwaltungs- und Strafrecht auch die Ausbildung an der Waffe beinhaltet, um dem „Freiwilligen" zu ermöglichen, *„mit der sicheren Beherrschung der Waffe zugleich eine Vorstellung über deren Wirkung zu gewinnen, die ihn zur Sorgfalt (?) bei einer möglichen Anwendung erziehen soll."* („Tsp". 9.6. 66).

Wenn man sich vor Augen führt, mit welcher ‚Sorgfalt' die beamteten Bullen mit Waffen umgehen, kann man nur ahnen, wie es aussieht, wenn einer der „Freiwilligen" in eine vermeintliche Notwehr gerät.!

„Höhepunkt" des Jahres ist für die Mitglieder der FPR die praktische Übung und die sieht lt. „Tagesspiegel" vom 4.6.66 so aus: *„Starke Kräfte ziviler Störer (!) sind nach Westberlin eingedrungen, um stadtweite Demonstrationen auszulösen und sich in den Besitz lebenswichtiger Anlagen zu versetzen."* Es kommt zum Einsatz der FPR, um von ihr zu schützende, wichtige Objekte zu besetzen (!) und zu sichern. Die „Störer" waren unter absingen der 'Internationale' (!) und Mitführen entsprechender Plakate aufmarschiert. Die drei-Phasen-Übung endete mit *„Abdrängen der Demonstranten"*, *„Festnahme (!) von Rädelsführern"* und *„Einsatz eines Wasserwerfers"*! Die Übungen der FPR sind ganz offensichtlich nur auf den von Schmidt zitierten „inneren Feind" (s.o.) ausgerichtet und dienen nur verbal angeblicher „Subversion aus dem Osten"!

Seit November 1971 hat die FPR auch das Recht, *„während der Nachtzeit in Wohnungen entgegen dem Willen ihrer Inhaber einzudringen."* („Mahnruf", 11-71)

Im Dezember letzten Jahres wurde vom Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf beraten, der vorsieht, die Aufgaben der FPR auf Streifendienst, Überwachung des Verkehrs und Meldedienst (zur besseren Koordinierung von Bullen-Großeinsätzen) auszudehnen.

Mit anderen Worten geht es darum, den Einsatz der FPR zum Dauerzustand werden zu lassen, um die „normalen" Bullen für ihre eigentliche Aufgabe, den Terror gegen die Bevölkerung frei zu machen.

Westberlin stellt damit in der Verpflichtung militanter „Demokraten" für die Verteidigung des BRD-Imperialismus einen Vorreiter dar. In der BRD ist es demgegenüber bisher „nur" zur Aufstellung der sogenannten Bürgerwehren gekommen.

„Angehörige der FPR haben über den Objektschutz hinaus unter anderem auch das Recht, während ihres Einsatzes Straftäter (?) bis zum Eintreffen der Schutz- oder Kriminalpolizei festzuhalten." („Tsp", 11.2. 72).

Antifakommission
KB/Gruppe Westberlin

Osthandel weiter gestiegen!

Das Volumen des Handels zwischen kapitalistischen und RGW-Ländern hat sich auch im letzten Jahr vergrössert. Auffällig ist dabei, daß die Veränderungen innerhalb des RGW stark schwanken. So betrug z. B. der Zuwachs der EG-Importe für Bulgarien 70 %, für die UdSSR 65 % und für Rumänien 25 %. Alle anderen RGW-Länder lagen z. T. erheblich unter 10 %.

Die Exporte des RGW in die EG waren von Land zu Land unterschiedlich. Während nur Rumänien seine Ausfuhren um 10 % steigern konnte, gingen die der UdSSR, Ungarns und Bulgariens zurück. Der Handelsbilanzüberschuß der EG-Staaten gegenüber dem RGW erhöhte sich damit im ersten Halbjahr '75 auf auf rund 6 Mrd. Mark!

Selbst die Sowjetunion, die 1974 als einziges RGW-Land noch einen Überschuß von 0,46 Mrd. Mark verzeichnen konnte, schloß das 'Jahr '75 mit einem Defizit von 12,65 Mrd. Mark ab. (alle Angaben nach „Handelsblatt" vom 16. und 20.1.76)

Jugoslawien: Arbeitslosigkeit und Inflation . . .

goslawien waren im Spätherbst 5 von insgesamt 4,7 Mio. Beschäftigten 552.000 arbeitslos, was einer Quote von 8,6 % entspricht. Ganz wie in den kapitalistischen Ländern waren auch im „sozialistischen" Jugoslawien gut ein Drittel davon Jugendliche.

Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen dürfte weitaus höher sein, da in Jugoslawien Arbeitslosenunterstützung lediglich nach dem Prinzip der Bedürftigkeit zugeteilt wird und zunächst einmal alle Familienmitglieder für einen Arbeitslosen mit ihren Einkünften einstehen müssen. Zu den gänzlich Arbeitslosen kommen noch ca. 1 Mio. „Unterbeschäftigte" (d. h. nur zeitweilig Arbeitende) hinzu. Weiterhin verschärfend auf diese Entwicklung wirkt der nicht abreißende Strom der zurückkehrenden „Gastarbeiter" – allein 1975 etwa 50.000 („Süddeutsche Zeitung", 3./4.1.76). Diese Situation wird flankiert von der höchsten Inflationsrate Europas (20 – 30 %). Der Preisanstieg der Einzelhandelspreise betrug 1975 17,5 % (BFA/NFA; 14.1.76).

Weist das Vorhandensein einer inflationären Entwicklung auf die kapitalistische Struktur des jugoslawischen Wirtschaftssystems hin, so zeigt der Preisanstieg und die hohe Arbeitslosigkeit, daß dementsprechend die Folgen dieser Entwicklung auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden !

Jugoslawien – wachsende Trunksucht . . .

Die zunehmende Ausweglosigkeit „labiler" Teile der jugoslawischen Bevölkerung aus der immer drückender werdenden allgemeinen Lebenssituation führte in den letzten zehn Jahren zu einem „schwindelerregenden" Anstieg des Konsums von Alkohol: Die Steigerung beträgt rund 70 % (!).

Das Belgrader Wochenmagazin „Nin" stellte weiter fest, daß gegenwärtig 3 % der Bevölkerung als „Alkoholiker" gelten. Der Anteil von Frauen und Jugendlichen an den 700.000 Alkoholikern nimmt ständig zu.

UdSSR: kleinere Brötchen backen . .

Laut „Komsomolskaja Prawda" vom 15.1. sind die Bäcker der UdSSR angewiesen worden, während des nächsten 5-Jahresplans kleinere Brötchen zu backen. Der stellvertretende Ernährungsminister Plojakow will damit der „Verschwendung von Brot" Einhalt gebieten, zumal die kleineren Brötchen sowieso in die als besonders „abfallträchtig" geltenden Fabrik- und Schulkantinen geliefert werden (!).

Während also den Werktätigen die Lasten der jüngsten Mißernte aufgebürdet werden, frißt die „neue Bourgeoisie" offenbar weiterhin die dicksten Brocken !

Polen: Kooperation mit BRD wächst und gedeiht . . .

Die polnische Führung steigt in weitere industrielle Großprojekte ein.

Für das erste 300 Mio. Großprojekt, eine Kohlevergasungsanlage in der Nähe von Lublin, fanden am 15.1.76 abschließende Verhandlungen mit den Krupp-Kapitalisten statt. Allerdings bietet dieses Projekt für die Krupp-Kapitalisten nur den Einstieg ins Geschäft: Gekoppelt an das Krupp-Koppers-Verfahren zur Kohlegasgewinnung muß die chemische Weiterverarbeitung, z. B. zur Methanol-Gewinnung, aus technologischen Gründen ebenfalls durch Krupp erfolgen. Somit erhöht sich das Gesamtvolumen dieses Auftrages später auf 1 Mrd. DM ! Außerdem bestellten die polnischen staatlichen Handelsgesellschaften in der BRD weitere Güter im Werte von 445 Mio. DM, davon 300 Mio. für Walzwerkserzeugnisse und 145 Mio. für Krupp-Schaufelradbagger zur Braunkohleförderung. Ein weiterer Millionen-Auftrag zur Steigerung der polnischen Kupfererzförderung mit der „Frankfurter Metallgesellschaft" soll folgen (alle Angaben nach „HB" vom 16.1.76).

Die westdeutschen Kapitalisten können weiterhin erwartungsvoll in die Zukunft des polnischen Osthandelsgeschäftes blicken. Die im Polen-Vertrag aus Steuermitteln der westdeutschen Werktätigen zugesagten Kredite und Gelder, kehren, da sie „de facto liefergebunden" sind, profitbringend an das westdeutsche Kapital zurück (s. AK 68). Das Kapitalistensprachrohr „Handelsblatt" vom 16.1.76 freut sich, daß nach Frankreich, Italien, Großbritannien und den USA nun endlich die westdeutschen Kapitalisten (noch stärker als bisher) an der Reihe seien, die „ganz großen Geschäfte" zu machen.

Polen: Zurück zum Privathandel!

In Polen soll, nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 16.1.76, die private Brot- und Fleischherstellung wieder angeregt werden. So werden zunächst im Warschauer Raum die seit 1964 geschlossenen privaten Bäckereien und Metzgereien wieder eröffnet.

Angesichts der auch in Polen auftretenden Versorgungsschwierigkeiten und dem starken Preisanstieg von Lebensmitteln fällt der polnischen Regierung zur Lösung dieser Probleme offensichtlich nichts anderes ein, als zu „altbewährten" kapitalistischen Handelsmethoden zurückzukehren !!!

DDR: Zurück zum . . .

Auch in der DDR werden *„über die Hälfte aller Brote, Brötchen und Konditoreiwaren" in „Backöfen des privaten Bäckereihandwerks"* hergestellt. Hierbei wird von der SED nicht etwa verstärkt der Abbau bzw. die Kollektivierung des Kleinhandels betrieben, sondern die *„hohe Leistungsbereitschaft dieser Berufsgruppe durch staatliche Förderungsmaßnahmen gewürdigt"*, z. B. werden zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt, um moderne Elektrobacköfen anzuschaffen, *„durch die bei leichteren Arbeitsbedingungen und in kürzerer Zeit die Backleistungen um 50 % gesteigert werden konnten."*

Damit *„erhöhe sich auch die Anziehungskraft der Betriebe für künftigen Nachwuchs"*.
(Alle Angaben aus „FAZ" v. 19.1.76)

DDR: immer höher verschuldet!

Obwohl die DDR im letzten Quartal 1975 ihre Bezüge aus der Bundesrepublik im Vergleich zu den ersten neun Monaten beträchtlich gebremst hat, reichte der „innerdeutsche Handel" 1975 mit 7,3 Mrd. Verrechnungseinheiten (eine Verrechnungseinheit gleich einer DM) seinen bisherigen Höhepunkt. Die DDR ist z. Zt. mit 2,3 Mrd. VE gegenüber der BRD verschuldet. Das sind 500 Mio. mehr als 1974.

Die BRD hat sich kürzlich bereit erklärt, den Verrechnungskredit, sogenannter „Swing", für 1976 auf 850 Mio. VE zu erhöhen. Damit ist die „oberste Grenze des zinslosen Kredits erreicht".

Die Kapitalisten hoffen trotz alledem auch weiterhin auf eine Ausweitung des Handels, da nach ihrer Einschätzung *„eine Verwirklichung des Fünf-Jahres-Planes in der DDR ohne Lieferungen aus westlichen Industriestaaten einschließlich der Kredite unmöglich ist"*.
(Angaben aus „SZ", 16.1.76 und „FAZ", 17.1.76)

RGW-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

13 Banken in einem halben Jahr geschlossen

Die Schliessung der Pfalz-Kredit-Bank im Januar dieses Jahres ist Teil des Konkurrenzkampfes auch auf dem Banksektor.

So sind allein im 2. Halbjahr 1975 13 Banken geschlossen worden. 6 Banken wurden von anderen übernommen, 7 machten völlig dicht.

Magnus & Co., Hamburg
Bankhaus Otto Wiekhorst, Hamburg
Rheinische Bank AG, Düsseldorf (alle drei übernommen von der Bank Frankfurt/Berlin)
Bankhaus Gerhaher, Straubing
Bankhaus Schwind, Forchheim (beide übernommen von der Dresdner Bank)
Finanzierungsgenossenschaft für den Radio- und Fotohandel, Stuttgart (übernommen von der Teilzahlungsbank Baden-Württemberg)

Dicht gemacht wurden:
Handelsfinanzbank, München
Ottersbach & Schupp, Köln
Selmi-Bank, Frankfurt
Rheinische Kreditbank, Köln
Rätia-Kundenkredit, Regensburg
Adolf Böhm, München
Rheinische Kreditbank, Köln
Rätia-Kundenkredit, Regensburg
Adolf Böhm, München
Carl Chr. Gossenberg & Co., Essen
(nach „Handelsblatt", 20.1.76).

Pfalz-Kredit-Bank geschlossen

Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ließ Mitte Januar die Pfalz-Kredit-Bank Kaiserslautern mit Zweigstellen in Düsseldorf, Köln, München und Stuttgart schließen. Pfalz-Kredit, eine der größten Privatbanken der BRD, soll überschuldet sein.

Die Bank soll bei der Überprüfung ein nicht gedecktes Loch von 17,6 Millionen DM gehabt haben, eine Summe, die noch nicht unbedingt Grund zur Beunruhigung in Bankenkreisen ist, wie das DGB-Organ „Welt der Arbeit" (23.1.) feststellt. Hintergrund der Schließung ist denn auch nicht so sehr die bevorstehende Pleite, sondern ganz offensichtlich eine weitere Methode, mit der die Bank-Monopole Konkurrenten ausschalten. Verantwortlich für die Überprüfung bei Pfalz-Kredit ist nämlich der Bundesverband der Banken, die Dachorganisation der Bank-Kapitalisten, die von den Monopolbanken beherrscht wird. Sie hatte recherchiert und ihre Untersuchungsergebnisse dem Bundesaufsichtsamt mitgeteilt (nach „Wirtschaftswoche", 16.1.).

Grund für dieses Vorgehen sind die listigen Methoden, mit denen die Pfalz Kredit-Bank innerhalb von drei Jahren die Einlagen von Kunden von 32 Mio. DM auf 220 Mio DM steigerte und Kredite von 96 Mio. DM auf kanpp 200 Mio. DM anstiegen (Bilanzsumme Ende 1973: 118 Mio. DM; Ende 1975: 275 Mio. DM). Die Bank ging dabei ganz simpel vor: sie bot ihren Kunden jeweils 2 - 3 % % höhere Zinsen als die Konkurrenten und glich dies bei starker Kredit-Nachfrage durch höhere Kreditzinsen aus. Auf diese Weise floß ziemlich schnell viel Geld in die Bank, zum Ärger der Konkurrenten natürlich. Die Sache hatte bloß einen Haken: als die Nachfrage nach Krediten 1975 sank, das Geldangebot stieg, war mit erhöhten Kredit-Zinsen nichts mehr zu gewinnen. Daher das Minus im letzten Jahr. Für den Bankenverband, der in seinen Mitteln wahrhaftig nicht zimperlich ist (vergleiche beispielsweise die Vorfälle bei der Schließung der Herstatt-Bank), willkommener Anlaß, um einen Konkurrenten ganz „legal" auszuschalten. Bereits in der Vergangenheit hatte es wiederholt zwischen dem Verband und dem Pfalz-Boß Haase Streitereien gegeben. Der Verband warf Haase *„aggressive Werbemethoden"* vor.

Haase selber hat inzwischen vor dem mächtigen Verband kapituliert und setzt sich gegen die Schließung nicht zur Wehr. Sonderlich geschmerzt haben dürfte ihn das auch kaum: neben der Bank besitzt er nämlich noch eine Reihe von Beteiligungen, kleine Unternehmen und Grundstücke.



METALL

Zu den Vertrauensleutewahlen in der IG Metall

Die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge brauchen starke Vertrauenskörper!

In den Monaten Januar bis April 1976 werden in den Betrieben der westdeutschen Metallindustrie und des Metallhandwerks die gewerkschaftlichen Vertrauensleute neu gewählt werden.

Diese Wahlen fallen in eine Zeit, die gekennzeichnet ist durch

- ▶ hohe Arbeitslosigkeit (derzeit 1,25 Millionen),
- ▶ Kurzarbeit (derzeit 0,75 Millionen),
- ▶ Preissteigerungen (Apothekerpreise vor allem für Waren des täglichen Bedarfs, z.B. Kartoffeln)
- ▶ Lohnraub (durch Abbau übertariflicher Lohnteile und unzureichende Tarifabschlüsse)
- ▶ verschärfte Arbeitshetze (durch Rationalisierungen, neue Bewertungssysteme...) usw. usf.

Die wirtschaftliche Krise, deren Folgen das Leben aller Werktätigen mehr oder weniger stark beeinträchtigen, wurde von den Herrschenden auch dazu genutzt, ein Klima der Einschüchterung zu verbreiten, Reformversprechen zurückzunehmen (Berufsbildungsreform, Mitbestimmung, § 218 ... etc) und in wichtigen Bereichen demokratische Rechte auszuhöhlen beziehungsweise abzubauen (der sogen. „Radikalenerlaß" im Öffentlichen Dienst z.B., dem bereits SPD-Mitglieder zum Opfer gefallen sind).

Daß die Kapitalistenklasse und ihr Staat die Lasten der Krise bisher relativ leicht (d.h. ohne auf größeren Widerstand zu stoßen) auf die werktätige Bevölkerung abladen konnten, hat eine wesentliche Ursache darin, daß die Führungen der Gewerkschaften die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge nicht oder nur unzureichend zur Verteidigung ihrer Interessen mobilisiert und stattdessen einen Kurs der Anpassung gesteuert haben.

Die Aufgabe, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen in den Händen der Arbeiterklasse zu machen, stellt sich darum heute mit besonderer Dringlichkeit.

Die jetzt anstehenden Vertrauensleutewahlen in der IG Metall müssen dazu genutzt werden, diesem Ziel näherzukommen.

Die Vorbereitungen der VL-Wahlen durch den Vorstand der IG Metall

Bereits in dem im letzten Jahr herausgekommenen Zehnpunkte-Arbeitsprogramm der IGM wurde als Richtlinie ausgegeben:

„9. Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durch eine wirksame Vertrauensleutearbeit

Auf die Vorbereitung und Durchführung der Vertrauensleutewahlen 1976 müssen die Anstrengungen der Gesamtorganisation ausgerichtet werden (!). Ihr Ziel ist die Wahl eines gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers für jeden Betrieb der Metallwirtschaft."

Tatsächlich findet gegenwärtig in der IGM eine intensive Ausrichtung der hauptamtlichen Funktionäre im „Apparat" und der Vertrauenskörperleiter in den Betrieben statt, während die „Gesamtorganisation" – also die M i t g l i e d e r und ‚einfachen' Funktionäre – noch weitgehend außen vor ist.

Von der zuständigen Abteilung beim IGM-Vorstand wurde eine sogenannte „Wahlmappe" für die VK-Leitungen herausgegeben, die neben einem **„Leitfaden zur einheitlichen Durchführung der Vertrauenskörper-Wahlen"**, Vordrucken für Stimmzettel auch bereits formalisierte Berichtsbögen für die Auswertung der Vertrauensleutewahlen durch die Ortsverwaltung enthält. Um die loyal zur Politik der IGM-Führung stehenden Funktionäre „auf Linie" zu bringen werden örtlich bzw. regional die VK-Leiter und IGM-Betriebsräte zu sogen. „Kleinen Funktionärskonferenzen" zusammengeholt und bezeichnenderweise schreibt der **„Leitfaden"** für das Vorgehen im Betrieb als e r s t e n Punkt zwingend vor:

„Gemeinsame Sitzung der Vertrauenskörperleitung mit den IG Metall–Betriebsräten."

Von der Notwendigkeit einer Gewerkschafts m i t g l i e d e r versammlung in den Betrieben v o r den Wahlen steht in dem „Leitfaden" nichts!

Eine Information der Mitglieder soll erst dann stattfinden, wenn die eigentlichen Vorbereitungen zu den Wahlen abgeschlossen sind (erst in Punkt sieben des **„Leitfaden"** heißt es:*„Verteilen des Werbematerials"*).

Offenbar sind die IGM-Führer peinlich darauf bedacht, jedes „Risiko" zu vermeiden ...

In gewissem Widerspruch zu der bisher zitierten i n t e r n e n Ausrichtung der Funktionäre in leitenden Positionen steht das, was die IGM-Führung als „Werbematerial" für die Mitglieder ausgearbeitet hat (wir beziehen uns hier hauptsächlich auf die **„Hinweise zur Wahl der Vertrauensleute 1976"**, Herausgeber: IG Metall, Vorstand, Oktober 1975).

Darin heißt es z.B.:*„In Betrieben, in denen die Vertrauensleute bisher berufen wurden, müssen alle Möglichkeiten für eine reguläre Wahl ausgeschöpft werden (!)."*

Das war nicht immer selbstverständlich, wie man meinen sollte. Häufig genug sind in der Vergangenheit fortschrittliche, klassenbewußte Gewerkschafter gegen die übliche Praxis angegangen, Vertrauensleute einfach zu „bestätigen" (so galt derjenige als „gewählt", gegen dessen „Bestätigung" nicht ausdrücklich Widerspruch angemeldet wurde!

Wenngleich die **„Hinweise"** einräumen, daß *„die Verhältnisse in den Betrieben sehr unterschiedlich sind"* und daß deshalb *„in jedem Einzelfall entschieden werden* (muß), *welches Wahlverfahren anzuwenden ist"*, so wird doch für die Durchführung einer g e h e i m e n Wahl plädiert, da sie *„die Situation im Wirkungsbereich am besten wider*(spiegelt)".

Es sollte auch die Aussage des IGM-Vorstands wörtlich genommen werden, daß *„die Vertrauensleutewahl ... gegebener Anlaß* (ist), *in allen Betrieben eine gewerkschaftliche Bestandsaufnahme durchzuführen."*

Daran müssen vor allem die Gewerkschaftsmitglieder interessiert sein. Denn haben die Gewerkschaftsmitglieder erst einmal aus i h r e r Sicht Bilanz gezogen, so wird es für sie leichter sein, i h r e Interessen und Forderungen zu formulieren und diejenigen Funktionäre aus dem VK abzulösen, die sich als Versager erwiesen haben.

Der IGM-Vorstand will, daß *„kritische Punkte im Betrieb ... mit der Ortsverwaltung besprochen werden"*. Wir sind der Meinung daß es wichtiger ist, „kritische Punkte im Betrieb" dort erst einmal selbst zu diskutieren. Die bisherigen Erfahrungen zeigen freilich, daß das Recht, Kritik zu üben, in den meisten Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien erst erkämpft werden muß. Kritik an der gewerkschaftlichen Politik und den innerorganisatorischen Zuständen in der IGM wird in der Regel als „Gewerkschaftsfeindlichkeit" denunziert und ist bereits in zahlreichen Fällen mit Ausschlüssen bestraft worden.

Auch in einem weiteren, wichtigen Punkt sollten wir die Gewerkschaftsführer beim Wort nehmen: so werden in **„Hinweise zur Wahl der Vertrauensleute 1976"** als Kriterien für Kanditaten zur Vertrauensleutewahl nicht nur die einjährige Mitgliedschaft und die satzungsgemäße Beitragszahlung genannt, sondern es wird gefordert, daß *„n u r die Kandidaten* (gewählt werden sollten), *die sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einsetzen und gewerkschaftspolitisch aufgeschlossen sind."*

Würde dieser Appell tatsächlich befolgt (und wir werden dafür eintreten, daß das geschieht!), so hieße das, daß ein großer Teil, namentlich der leitenden Vertrauensleute bei den kommenden Wahlen von ihren Funktionen abgelöst würden!

Machen wir die Gewerkschaften wieder zur Kampforganisation der Arbeiterklasse !

Der Vorstand der IG Metall hat die diesjährigen Vertrauensleutewahlen unter das Motto gestellt:*„Wir – die Träger gewerkschaftlicher Kraft"*.

Tatsächlich aber wird es noch langer und harter Auseinandersetzungen bedürfen, bis die Vertrauensleute in ihrer Gewerkschaft wirklich ein e n t s c h e i d e n d e s Wort mitzureden haben. **Heute sind zwar den Vertrauensleuten viele A u f g a b e n gestellt, aber satzungsmäßig verbriefte R e c h t e gibt es für „die Träger gewerkschaftlicher Kraft" nicht!**

Das wird auch nach den jetzt anstehenden Wahlen nicht anders sein.

Andererseits ist klar, daß die notwendige Veränderung unserer Gewerkschaft nur von „unten" her ausgehen kann – d.h. von den Mitgliedern und Vertrauensleuten.

Gelingt es, diesmal mehr fortschrittliche, klassenbewußte Kolleginnen und Kollegen in die Vertrauenskörper zu wählen und passive oder verräterische Funktionäre abzulösen, so wären damit günstigere Voraussetzungen für den weiteren Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie und eine Politik im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge geschaffen.

Was jetzt zu tun ist

Was jetzt zu tun ist

Wir haben gezeigt, daß die Führer der IG Metall fleißig dabei sind, die Reihen der Leute i h r e s Vertrauens auszurichten und mit organisatorischen Maßnahmen versuchen, i h r e n Einfluß in und i h r e Verbindungen zu den Betrieben zu verstärken.

Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern brauchen die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge Vertrauenskörper, die ihre **Stärke** und **Kraft** aus einer bewußten und solidarisch handelnden Arbeiterschaft beziehen und nicht vom „Vertrauen" der Gewerkschaftsführer leben. Die Arbeiter brauchen Kollegen i h r e s Vertrauens, die nicht nur in Worten vor der Wahl, sondern auch in Taten nach der Wahl fest und unbeirrbar auf Seiten ihrer Kollegen stehen und deren Interessen gegen die Kapitalisten vertreten.

Um solche Vertrauensleute bei den jetzt anstehenden Wahlen zu nominieren und schließlich auch durchzubringen, müssen sich diejenigen Kräfte in den Betrieben, die die Wahl als Auftrag und Verpflichtung ihrer Kollegen ernstnehmen und sich in ihrem Handeln den Interessen und Bedürfnissen ihrer Kollegen unterordnen wollen, zusammenschließen;

- ▶ eine „gewerkschaftliche Bestandsaufnahme" (also eine kritische Bilanz über die Arbeit der IGM im Betrieb und über die Politik der Gewerkschaft insgesamt) anfertigen;
- ▶ Vorschläge zur Stärkung der „Basis"-Demokratie (Mitgliederversammlungen etc.) ausarbeiten, um zu einer lebendigen gewerkschaftlichen Organisation zu kommen und dem Willen der Mitglieder in der Organisation größeres Gewicht zu verschaffen;
- ▶ die dringendsten Forderungen der Kollegenschaft zusammenfassen und für die Arbeit des neuzubildenden Vertrauenskörpers als Arbeitsgrundlage vorschlagen; und
- ▶ eine konkrete und sachliche Kritik an den Vertrauensleuten der Ortsverwaltung leisten sowie die Wahl der kämpferischen Kandidaten in deren Wirkungsbereichen zu propagieren.

Besonderes Gewicht muß unseres Erachtens darauf gelegt werden, daß möglichst viele unserer ausländischen Kollegen, möglichst viele Frauen und möglichst viele Jugendliche für die Vertrauensleutewahlen nominiert und auch gewählt werden. Alle drei Gruppen gehören zu den am meisten ausgebeuteten und diskriminierten Teilen der arbeitenden Bevölkerung. Eine an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse orientierte Gewerkschaft muß gerade deren Belange in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellen – und sie muß zugleich dafür sorgen, daß diese Teile der Kollegenschaft in den Vertretungsorganen (wie den Vertrauenskörpern) **mindestens** entsprechend ihrem Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern repräsentiert sind.

Denn wer anders als diese Kolleginnen und Kollegen selbst, sollte deren besonderen Belange bestmöglich wahrnehmen können?

Heute ist die Situation jedoch noch so, daß Ausländer, Frauen und Jugendliche in der IGM (und auch in den anderen Gewerkschaften) in den Vertrauenskörpern unterrepräsentiert sind, was seinen Grund in nationaler Überheblichkeit, der noch immer weit verbreiteten Frauenfeindlichkeit und der lange Zeit vorherrschenden Mißachtung der Probleme der Jugendlichen hat.

Wir werden uns der Probleme von ausländischen Kollegen, Frauen und Jugendlichen auch bei den jetzt anstehenden Vertrauensleutewahlen annehmen, sie ermuntern, Kandidaten aus ihren Reihen aufzustellen und diese unterstützen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Demag-Conz: Linker Vertrauensmann soll ausgeschlossen werden!

Weil er im Herbst letzten Jahres (!) beim Verkauf der kommunistischen Jugendzeitung REBELL gesehen wurde, soll der aktive, linke Vertrauensmann K. bei Conz aus der IGM ausgeschlossen werden.

Die Tatsache als solche – wegen Verkaufs einer kommunistischen Zeitung aus der IGM ausgeschlossen zu werden – ist schon ein Hammer.

Aktuell findet das Ganze aber insbesondere unter dem Licht der VK-Wahlen statt. Gegen den Vertrauensmann hatte die VK-Leitung vergeblich versucht, einen Gegenkandidaten zur Wahl aufzustellen. Dies mißlang ihnen völlig und K. wird mit Sicherheit von seinen Kollegen gewählt! Hier wird offensichtlich über den Einsatz des berüchtigten Extremistenbeschlusses versucht, den Kollegen trotzdem kaltzustellen.

Hanomag-Henschel: erneute Bauchlandung!

Zum zweiten Mal versuchte die Geschäftsleitung und die Betriebsratsmehrheit den Presseverantwortlichen der „Alternative" zu feuern. Wegen angeblicher „Unwahrheiten" in der letzten Nummer dieser von fortschrittlichen Betriebsräten und Kollegen herausgebrachten Zeitung (...in der nachweislich kein Wort falsch ist) stellte der Betriebsrat (!!!) einen Antrag nach § 104 des Betr.V.G. bei der Geschäftsleitung (§ 104: **„Entfernung betriebsstörender Arbeitnehmer"**), forderte faktisch also die Entlassung des Kollegen.

Diese mochte sich so schnell nicht entscheiden, prüfte die „Beweise" usw. usf. Gleichzeitig versuchte sie, die Kollegen der Stanzerei gezielt gegen die „Alternative" und den Presseverantwortlichen aufzuhetzen. Den Einrichtern wurde einzureden versucht, sie wären von der „Alternative" angegriffen worden (...was ebenfalls nicht stimmt) und sollten sich beschweren! Der Meister meinte sogar, es könnte ja auch sein, daß man ihn (den Presseverantwortlichen) rausstreikt ... (wahrscheinlich dachte er an einen Streik der Meister und Vorarbeiter?). Insgesamt jedoch schlug auch der Versuch, die Kollegen auszuspielen fehl.

Sang- und klanglos war dann überhaupt keine Rede mehr von Kündigung, sondern der Presseverantwortliche erhielt „nur" eine Verwarnung. ●

Massenentlassungen bei der Hapag-Lloyd-Werft, Bremerhaven

Die Hapag-Lloyd-Werft hat zum 1.1.76 49 Kollegen entlassen. Weitere Kündigungen zum 1.2. sind bereits ausgesprochen (wahrscheinlich werden auch diesmal wieder 49 Kollegen auf die Staße gesetzt) – hartnäckigen Gerüchten zufolge soll die Belegschaftsstärke von 1728 (im Dez. '75) um 300 bis 500 Kollegen verringert werden!

Noch auf einer Betriebsversammlung im Dezember '75 tat die Lloyd-Geschäftsleitung Gerüchte über Entlassungen als „Panikmache" ab, dabei wurden die Kollegen schon seit längerem auf „einschneidende Maßnahmen" vorbereitet. Seit Anfang '75 wurden kaum noch Überstunden gemacht. In diesem Zusammenhang wurde auch gleich die Leistung der Betriebskrankenkasse gekürzt: Der Stundensatz für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle wurde von 52 Wochenstunden auf 42 gesenkt!

Für 1976 jammerte die Geschäftsleitung bereits im voraus über die „schlechte Auftragslage" (es seien „keine neuen Aufträge zu erwarten") – bezeichnenderweise „dürfen" seit Januar aber wieder Kollegen etlicher Gewerke mit Überstunden ranklotzen.

Massive Einschüchterungs- und Disziplinierungsversuche begleiten die Verschärfung der Arbeitshetze.

Parallel zu den Massenentlassungen laufen z. Zt. große Investitionen (neue Kaie, neue Schiffbauhalle), für die auch noch die staatlichen Investitionsprämien kassiert werden.

Man sieht, die Hapag-Lloyd-Kapitalisten haben „Großes" vor – auf den Knochen der Kollegen! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Bremerhaven

METALL

Maschinenfabrik Fette, Geesthacht:

Mihm-Agent enttarnt

In der Präzisionswerkzeug- und Maschinenfabrik Fette (Schwarzenbek, 1.450 Beschäftigte), war es den Bossen gar nicht recht, daß bei den letzten BR-Wahlen die alte BR-Clique weitgehend durch aktivere IGM-Mitglieder abgelöst wurde. Sie setzten sich mit der Kasseler Firma „G.&F. Mihm OHG." in Verbindung. Diese „Firma " ist auf „Abwehr" und „Industrieschutz" spezialisiert. Genauer gesagt, ist es ihre Aufgabe, den subversiven, illegalen, z.T. offen kriminellen Teil von Aufgaben der Kapitalisten im Kampf gegen klassenbewußte und unliebsame Arbeiter zu übernehmen: Eine „moderne" Mafia, die sich jeder Kapitalist mieten kann.

Chef ist der Faschist Gerhard Mihm, früher bei der amerikanischen Spionageabwehr CID beschäftigt. 1969 ließ er sich zur Bewachung des NPD-Parteitages anheuern. So arbeiteten schon 1973 40 „Spezialagenten" seiner „Firma" unerkannt in mehreren Betrieben. Sie sind an Waffen und Karate ausgebildet. Mihm bevorzugt bei der Einstellung ehemalige Offiziere der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes. Hinzu kommen rund 5.000 Zeitagenten, laut Mihm *„zuverlässige und angesehene Bürger"*. Die Mihm-Truppe soll bei Streiks *„zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Ordnung"* eingesetzt werden. (Vgl. hierzu: AK 69, AK 29).

Die Fette-Geschäftsleitung gab die Personalakte eines engagierten BR-Mitgliedes in die Hände dieser Schnüffler. Kurze Zeit später wurde ein Hilfsschlosser eingestellt. Er heißt Manfred Voigt und ist „Privatdetektiv" bei G.&F.Mihm. Gezielt schlich sich der Spitzel in das Vertrauen einiger BR-Mitglieder ein und versuchte sie später zur Werksspionage zu verleiten. Voigt bot 10.000 DM für das grundsätzliche Einverständnis, Zeichnungen aus dem Werk zu schaffen.

Dabei ging Voigt (zum Glück) selten bescheuert vor: 1. Zeichnungen sind bei Fette kein Geheimnis, 2. Voigt nannte ausgerechnet die Namen dreier weiterer BR-Mitglieder aus der 15köpfigen Arbeitervertretung, die im Betrieb als unbequem für den Kapitalisten gelten. Einer davon war der Kollege H. Der Spitzel aus Kassel wollte H. das schmutzige Geschäft mit dem Hinweis schmackhaft machen, daß er (H.) doch Geld für seinen Hausumbau benötige. Kollege H.: „Ich habe fürchterlich gelacht, denn daß ich umbaue, das wußte nur die Geschäftsleitung."

Die Sache war also klar. Mehrere „unbequeme" BR-Kollegen sollten auf Initiative der Geschäftsleitung durch den Spitzel zur Werksspionage verleitet werden. Wenn die Kollegen darauf eingegangen wären, hätte die Geschäftsleitung die heißersehnte Begründung für die Kündigung dieser Kollegen gehabt. - Doch es kam alles ganz anders. BR-Kollege Br. wußte, woher der Wind wehte und informierte den Gesamtbetriebsrat von dieser Gaunerei, gleichzeitig leitete er einen Gerichtsprozeß gegen die Fette-Kapitalisten ein. Die Fette-Bosse bekamen gehöriges Muffensausen und boten Br. 20.000 DM, falls er die Anzeige fallen ließe. Doch der Kollege ließ sich nicht erpressen und ging vor Gericht. Die Sache war zu offensichtlich, daher gewann er den Prozeß. Die Pointe : Die Fette-Kapitalisten müssen jetzt sogar 30.000 DM blechen.

Nun gut, das hat geklappt - aber die meisten derartigen Versuche der Kapitalisten, sich „unbequemer" Kollegen zu entledigen, werden wohl nicht so schnell ans Tageslicht kommen, da anzunehmen ist, daß Berufsschnüffler in der Regel nicht so bescheuert vorgehen wie dieser Manfred Voigt.

Eine ausgemachte Sauerei ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß den Kollegen bei Fette sämtliche übertariflichen Zuschüsse gestrichen wurden. Für die Kollegen dürfte die Frage interessant sein, was die Fette-Kapitalisten wohl für den Spitzel ausgespuckt haben.

Auf jeden Fall wird klar, daß sich auch „soziale Musterbetriebe" mafiaähnlicher Methoden bedienen, wenn es um die Sicherung ihrer steigenden Profite geht. Hierbei werden sie ganz klar durch „unseren" Staat begünstigt, der kriminelle Spitzelvereinigungen wie „G.&F.Mihm OHG" unbehelligt walten und schalten läßt. ●

KB-Gruppe Geeesthacht

Heidenreich + Harbeck:

Massenentlassungen und Kurzarbeit

Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 6.1.76 wurde der Belegschaft bekanntgegeben, daß 250 Kollegen in den nächsten 18 Monaten entlassen werden sollen. Ausserdem sollen 80 bis 100 Kollegen aus dem mechanischen Bereich in den nächsten drei Monaten kurzarbeiten.

Die Hamburger Presse begann sofort Leidenstränen darüber zu vergießen, daß *„Massenentlassungen bei einer alten, angesehenen Hamburger Firma"* durchgeführt werden sollen.

Wirtschaftssenator Kern ließ verlauten: *„Soweit Hamburg helfen kann, sind wir bereit"* (Zitate aus „Hamburger Morgenpost", 7.1.76).

Seit Jahren planmäßig gegen die Kollegenschaft

Seitdem Heidenreich & Harbeck 1970 vom Gildemeister-Konzern übernommen wurde, haben die Kapitalisten das Werk planmäßig in den Konzern „eingefügt".

- Die Sozialleistungen bei Heidenreich & Harbeck, die im Vergleich zum Konzern relativ hoch waren, wurden auf das Konzernniveau zurückgestuft.
- Da ein Großteil der Verwaltungsarbeiten zentral nach Bielefeld verlegt wurde, wurden in Hamburg 1974 111 Angestellte entlassen.
- Ende 1975 wurde das gesamte Reinigungspersonal entlassen, da diese Arbeit nun von einer „Leihfirma" durchgeführt wird.

Aggressive Konzernpolitik

Dies alles waren Folgen der aggressiven Politik des Gildemeister-Konzerns, der sich in den letzten Jahren zum größten Werkzeugmaschinen-Hersteller Europas gemausert hat. Mit Unterstützung der westdeutschen Landesbank kaufte Gildemeister ab 1970 in kurzen Abständen:

- Heidenreich & Harbeck in Hamburg und Mölln;
- Max-Müller-Brinker Maschinenfabrik, Hannover;

außerdem hält der Konzern Mehrheitsbeteiligungen bei:

- der Gildemeister-Knoll GmbH,
- einer italienischen Maschinenfabrik in Bergamo.

1974 gründete der Konzern in Brasilien eine weitere Werkzeugmaschinenfabrik. Von dort soll ein Teil des Exportgeschäftes gedeckt werden.

Um die einzelnen Werke schärfer durchzurationalisieren, holte der Konzern den berühmt-berüchtigten Manager Barthelmeh – einer der Hauptverantwortlichen der Rationalisierungs- und Entlassungswellen bei Ford – in den Vorstand. Zusätzlich wurde in Hamburg ein neuer Werksleiter, Pawellek, eingesetzt, der vorher bei ITT seine einschlägigen Erfahrungen gemacht hatte. Die „neuen Besen" bekamen die Kollegen auch sogleich zu spüren.

So sollte z.B. die Arbeitsordnung geändert werden, neue Zeitaufnahmen wurden durchgeführt u.a.m.

Die ehemals eigenständige Fabrik „H & H" hat für den Gildemeister-Konzern nur noch die Funktion eines Zuliefererbetriebes. Alles was „übersteht", wird abgehängt. Es kann als sicher gelten, daß es bei den jetzt anstehenden 250 Entlassungen nicht bleiben wird!

Das Doppelspiel der IGM-Führung

Wie schon so oft, bewies die IGM-Führung auch bei Heidenreich &Harbeck ihre (Doppel-) Rolle als „Einpeitscher" und Bremser. Die durchgeführten Maßnahmen führte sie auf *„die verfehlte Unternehmenspolitik"* zurück, aufgrund derer die Kapitalisten nun *„panikartig auf Gegenkurs"* steuern würden (zitiert aus IGM-Flugblatt, 8.1.76), frei nach dem Motto „Mit Mitbestimmung wär das nicht passiert".

Immerhin wollte die IGM-Führung *„in Hamburg an die Solidarität aller Kollegen appellieren und gemeinsame Aktionen vorschlagen"* (ebenda). **Eine Demonstration gegen Rationalisierungen und Entlassungen wurde propagiert!**

Diesen großsprecherischen Worten folgten jedoch keine Taten – bis heute. Im Gegenteil wurde z.B. auf einer Vertrauensleute-Sitzung vom zuständigen Gewerkschaftsführer rumgepöbelt, als er auf die Aktivitäten der IGM von einem Kollegen angesprochen wurde: Die Kollegen seien ja gar nicht dazu bereit, die von der IGM vorgeschlagenen Aktionen zu unterstützen ... etc.pp.

Der mehrheitlich aus rechten Sozialdemokraten zusammengesetzte Betriebsrat hat schon bei früheren Anlässen bewiesen, daß er allzu gern bereit ist, Entlassungen zuzustimmen.

Den Versuch mehrerer linker und fortschrittlicher Kollegen, über ein von ihnen erstelltes Flugblatt die Kollegenschaft zum gemeinsamen Handeln aufzufordern (u.a. wurde darin eine IGM-Mitgliederversammlung und die auch von der IGM propagierte Demonstration gefordert) beantworteten die Kapitalisten mit wilder Hetze und Repression gegen die Verfasser.

Der Kampf, bei dem keine Momentserfolge möglich sind, geht weiter! ●

Betriebszelle Heidenreich&Harbeck
KB/Gruppe Hamburg

Klöckner-Hütte Bremen:

5. Kurzarbeitsperiode angekündigt

Auf der Klöckner-Hütte in Bremen ist wieder einmal Kurzarbeit angemeldet worden: im Februar und März soll im Bereich des LD-Stahlwerks und dem Warmwalzwerk „für die Tarifangestellten und die nicht an die Produktion gebundenen Lohnempfänger" die 32-Stunden-Woche weitergeführt werden. Für die Zeit vom 25. Februar bis zum 5. März ist dann ein weiterer Blockstillstand (also eine vorübergehende Produktionsstillegung) geplant, die aber in einzelnen Bereichen des Werkes unterschiedlich gehandhabt werden soll. Bei dieser Kurzarbeitsperiode handelt es sich bereits um die fünfte innerhalb der letzten zwölf Monate. Dreimal wurde die Produktion in Form von Blockstillständen eingestellt, das vierte Mal steht bevor.

Der Betriebsrat hat diesmal der Kurzarbeit zugestimmt. Als Begründung hierfür wird die Verringerung der Kurzarbeit in einigen anderen Bereichen genannt.

Die Klöckner-Kollegen – die ohnehin durch die lange Kurzarbeit und den Lohnraubabschluß in der Stahlindustrie vom Ende letzten Jahres schwere Einbußen hinnehmen mußten – werden durch diese erneute Kurzarbeitsperiode doppelt beschissen.

Seit dem 1. Januar ist eine neue Kurzarbeitergeld-Regelung der Bundesanstalt für Arbeit in Kraft getreten. Ein neues Tabellensystem bringt Lohneinbußen von 11 bis 32 Pfennig pro Ausfallstunde! ●

KB/Gruppe Bremen

CHEMIE

Betriebe

Im Hamburger Werk der ***Hoechst AG*** hat es gegen die für 1976 geplanten Entlassungen (siehe AK 72) erste Aktivitäten der Kollegen gegeben. In einer Unterschriftensammlung fordern über 120 Kollegen(ca.20% der Belegschaft) die IG-Chemie auf, *„sich entschieden für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze einzusetzen"*. Weiterhin wird eine Versammlung, an der alle Kollegen teilnehmen können, gefordert, wo das *„Ziel unserer gemeinsamen Überlegungen sein sollte: Was kann getan werden, um Entlassungen zu verhindern"*. Die Orientierung auf die Verhinderung von Entlassungen ist deshalb besonders wichtig, da die IG-Chemie-Häuptlinge auf der letzten Betriebsversammlung nach anfänglich markigen Sprüchen beim „Ringen" um einen „guten" Sozialplan prompt stecken blieben.

Die Unterschriftensammlung kann als erster, positiver Schritt gegen weitere Rationalisierungen, bzw. Entlassungen angesehen werden.

***

Auch 1976 wird es bei der ***Kali und Salz AG*** Kurzarbeit geben. Bereits 1975 mußten die Kollegen dort zweimal kurzarbeiten: Einmal im Sommer waren 5.500 Beschäftigte drei Wochen lang betroffen und im Herbst nochmals 8.000 Kollegen für drei Wochen. Für dieses Jahr sind zunächst drei Monate Kurzarbeit angesetzt und zwar im Januar für 500 Kollegen, im Februar für 1.500 und im März für 1.000 Kollegen.

***

Nachdem es die ***Colgate***-Kapitalisten geschafft haben, die Betriebsrätin und Listenführerin der „Liste Frauen" Anna W. auch für die nächste Zeit aus dem Betrieb rauszuhalten, greifen sie jetzt ihr nächstes Opfer. Die Betriebsrätin Karin M., ebenfalls von der linken „Liste Frauen", soll als nächste ihres Amtes enthoben werden. Einen entsprechenden Beschluß faßte die rechte Betriebsrats-Mehrheit letzte Woche. Angeblich hatte die Betriebsrätin Kollegen gegenüber „vertrauliche Einzelheiten" ausgeplaudert – ein Vorwurf, der rechtlich völlig haltlos ist, der aber zeigt, mit welcher Entschlossenheit Kapitalisten und ihre Helfershelfer im Betriebsrat an die Zerschlagung der fortschrittlichen Betriebsratsarbeit bei Colgate gehen.

***

Die ***Feldmühle AG*** plant die Stillegung einer Papiermaschine im Werk Hillegossen bei Bielefeld. Von dieser Stillegung sind über 200 Kollegen betroffen, da die Belegschaft von fast 700 auf 475 Arbeiter reduziert werden soll.

***

Auf der ersten Vertrauensleutesitzung bei ***Beiersdorf*** nach den Neuwahlen, am 19.1.76, äußerte sich der zuständige IG-Chemie-Sekretär, W. Holst, auch zur Beitrags-Erhöhungs-Kampagne.

Die bei Beiersdorf gelaufene Aktion zur Beitragserhöhung (wir berichteten in AK 68 darüber) sei *„positiv gelaufen" : „Wir werden am Ende wohl ca. 150 Mitglieder weniger haben"* (!). Das sind rund 10 % aller gewerkschaftlich organisierten Kollegen bei Beiersdorf, die ihre Gewerkschaftsbücher aus Protest abgaben, weil sie die Erpressungspolitik nicht mitmachen wollten! Den Gewerkschaftsfürsten scheinen die nun erreichten 11,55 DM Beitragsdurchschnitt mit Recht für die Finanzierung des bürokratischen Wasserkopfes des DGB geeigneter, als 150 Kollegen, die zudem nicht alles schlucken.

***

Der „Spiegel" enthüllte in seiner Ausgabe vom 19.1.76 das für die kapitalistischen Unternehmen einträgliche Geschäft des Devisenschmuggels – eine unter kapitalistischen Firmen durchaus übliche Methode. Bekannt wurde, daß allein die Firma ***Beiersdorf*** in den letzten 2 Jahren rund 450 Mio. Pesetas (ca. 20 Mio. DM) aus Spanien über Schweizer Konten herausgeschmuggelt hat!

Der Geschäftsführer der Beiersdorf AG in Spanien (die Kapitalisten haben dort 2 Werke) wurde an der spanischen Grenze verhaftet, kam aber für eine Kaution von 20 Mio. Pesetas (rund 3 Mio. DM) wieder auf freien Fuß. Diese Sache wird Ende Januar vor einem spanischen Gericht verhandelt – natürlich als eine Art „Kavaliersdelikt".

Während die Kapitalisten das Devisengeschäft als einträgliches Nebengeschäft betreiben können, heißt es in der Beiersdorf-Arbeitsordnung, daß ein Kollege, der eine kleine Dose Nivea „schmuggelt", fristlos entlassen wird. Das ist die Logik im Kapitalismus.

***

Wie bereits in AK 72 gemeldet, soll der Chemikonzern ***Bayer*** laut Beschluß des Bundeskartellamtes die gerade einverleibte ***Metzeler Schaum GmbH*** wegen „Monopolisierungsgefahr" wieder abgeben.

Bayer und das Kartellamt einigten sich jetzt darauf, daß die Metzeler Schaum GmbH Anfang 1980 (!) aus dem Bayer-Imperium gelöst wird. Bis dahin ist genügend Zeit für die Bayer-Geier, alles Lukrative aus der „Schaum GmbH" herauszuholen und 1980 mit Sicherheit eine schäbige, in die „roten Zahlen" gewirtschaftete Bruchbude „abzugeben".

***

Mitte Januar wurde den „jugendlichen Mitarbeitern" der ***Phoenix-Gummiwerke*** (Hamburg-Harburg) von der Geschäftsleitung (GL) empfohlen, sich einem von Studenten initiierten „Psycho-Test" zu unterziehen. Dieser Test sollte dazu dienen, *„in Zukunft besser auf die Probleme der jugendlichen Arbeitnehmer eingehen zu können"* (Brief der GL). Wozu die Kapitalisten solch ein Interesse an dieser Testaktion hatten, machten die Fragen deutlich:

„1. Nehmen wir an, Sie erfahren, daß aus Ihrem Lehrjahr von drei Lehrlingen jeweils nur einer übernommen würde, was würden Sie tun ?" und dann zum Ankreuzen: *„Mit der Geschäftsleitung verhandeln?, sich an den BR wenden?, die Gewerkschaft informieren? oder in den Streik treten?*

2. Wären Sie bereit, zugunsten der Arbeitsplatzsicherung auf höhere Lohnforderungen zu verzichten?

3. Nehmen wir an, die Gewerkschaft ruft zu Aktionen auf, bei welchen Anlässen würden Sie sich beteiligen (auch unter Verlust Ihres Arbeitsplatzes (!) ? - Gegen Massenarbeitslosigkeit? - Für Kürzung des Rüstungshaushalts ? - Für Mitbestimmung ? - Für bessere Berufsbildung?"

oder als letztes Beispiel:

„4. Über die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen verschiedene Meinungen. Wohin tendieren Sie ? – Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben keine gegensätzlichen Interessen ? – Haben zwar gegensätzliche Interessen, aber die gemeinsamen Interessen überwiegen ? – Sie haben direkt entgegengesetzte Interessen ?" ....

Interessant nur noch, wer alles die Befragung unterstützt hat: Außer der Geschäftsleitung (die übrigens auch durch Telefonanrufe richtiggehend mobilisiert hat) –

- die IG-Chemie, Verwaltungsstelle Harburg,
- der Betriebsrat,
- der Vertrauensleutekörper
- und die Jugendvertretung !!!

***

Nach den Vertrauensleute-Wahlen auf der ***Norddeutschen Affinerie*** (Hamburger Kupferhütte) mußten etliche neugewählte Vertrauensleute feststellen, daß die Hamburger Verwaltungsstelle der IG-Chemie sehr viel von Erpressung, wenig dagegen von Demokratie versteht. So wurden alle gewählten Vertrauensleute, die unter 15 DM Mitgliedsbeitrag zahlen, nicht bestätigt, was praktisch einem Funktionsverbot gleichkommt. Stattdessen erhielten sie zuerst einen Brief vom frischgebackenen neuen VK-Vorsitzenden, mit der Aufforderung, ihren Beitrag auf mindestens 15 DM zu erhöhen. Als das jedoch nur vereinzelt Erfolg hatte, folgte die Mitteilung der Hamburger Gewerkschaftsführung: *„Wir bitten Dich, lieber Kollege, Deinen Beitrag zu überprüfen und zu erhöhen. Danach wirst Du Deinen Vertrauens-*

Forts. Seite 15

Forts. von S. 16

leuteausweis erhalten und im VK stimmberechtigt vertreten sein."

Die Empörung über dieses Vorgehen war natürlich groß, und die Linken begannen eine Unterschriftensammlung mit den Forderungen nach sofortiger Bestätigung aller gewählten Vertrauensleute sowie Einberufung einer Mitgliederversammlung. Da anzunehmen ist (und wie die Erfahrungen bei Erhöhungskampagnen der IG-Chemie in Hamburg zeigen – siehe auch Beiersdorf-Artikel), daß die Gewerkschaftsführung „hart" bleiben wird, werden die betroffenen Kollegen um den Preis der weiteren VK-Arbeit, wohl oder übel, gezwungen sein, unter deutlichem Protest ihre Beiträge zu erhöhen.

***

Der Kündigungsschutzprozeß des Magazinfahrers N. gegen die *Norddeutsche Affinerie* ist jetzt in letzter Instanz von dem Bundesarbeitsgericht durch einen juristischen Trick endgültig abgeschmettert worden. N. war am 14. 8. 74 (!) fristlos gekündigt worden, weil er es „wagte", eine ihm zustehende Gewerkschaftszeitung aus einem Paket zu nehmen. N. ist Vertrauensmann der IG-Chemie, BR-Ersatzmitglied und – was offenbar das entscheidende für die Kündigung war – bekannter Sprecher der oppositionellen Arbeitergruppe um die Zeitung „Argumente".

Die erste Instanz stellte fest, das die Kündigung in jedem Fall völlig unzulässig sei. Aber die Affi-Kapitalisten vertrauten auf die reaktionäre Richterschaft in den höheren Instanzen und „gewannen" in der 2. und nun auch in der 3. Instanz.

Die hauptsächliche Begründung des Bundesarbeitsgerichts zieht sich an dem willkürlich festgesetzten Streitwert hoch. Er ist damals auf 4.200 DM vom Gericht festgesetzt worden. Inzwischen war N. aber fast anderthalb Jahre arbeitslos. Die Herren der 3. Instanz lehnten die Revision des Verfahrens ab, da die Grenze für die Wiederaufnahme des Verfahrens bei 6.000 DM liegt.

Wenn also die Staatsbürokratie eine Verhandlung vor dem Bundesgericht verhindern will, braucht sie bloß den Streitwert unter 6.000 DM festzulegen. Über die Inhalte der Kündigung wird dann gar nicht mehr gesprochen. Offener geht's kaum noch.

• • •

Gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Veranstaltung *„Betriebsräte 'Sozialpartner' oder Vertreter der Arbeiter und Angestellten"*, die am 6. 12. 75 in Hamburg stattfand (Bericht dazu in AK 71 und 72) hat die Hamburger IG-Chemie Führung ein Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet. Damit findet die Hetzkampagne der Gewerkschaftsführung gegen dieses selbständig organisierte und überregionale Treffen linker und oppositioneller Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschafter ihren vorläufigen Abschluß.

Hinzu kommt, daß der betroffene Kollege, R. Horn, der erst jetzt wieder zum Vertrauensmann gewählt wurde, in dem Hamburger Großbetrieb *Norddeutsche Affinerie*, zu den profiliertesten Linken zählt und durch das Ausschlußverfahren isoliert werden soll. Erfahrungsgemäß läßt der Kapitalist bei solcher Gelegenheit nicht lange mit einer Kündigung auf sich warten.

Als Begründung für das Ausschlußverfahren wird neben der presserechtlichen Verantwortung für das Einladungsflugblatt für diese Veranstaltung, sowie für die Plakate, angegeben, daß *„unsere Ermittlungen ergeben haben, daß der Träger der Veranstaltung der KOMMUNISTISCHE BUND war. Wir sind in der Lage zu beweisen, daß der KB Vertragspartner gegenüber der Messehallen GMBH war. Sie haben damit für eine gegnerische Organisation gewirkt, und es muß angenommen werden, daß Sie dieser Organisation angehören."*

Das ist alles, was die Gewerkschaftsbürokratie als *„antigewerkschaftliches und antidemokratisches Verhalten"* des Kollegen anzuführen weiß.

Sollte dieses Ausschlußverfahren durchkommen, bedeutet es, daß jedes aktive Engagement für den Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiter und Angestellten mit Gewerkschaftsausschluß bestraft werden kann.

Zugleich ist das Vorgehen der Gewerkschaftsführung aber auch ein Zeichen für die Richtigkeit des von den oppositionellen Gewerkschaftern mit der Veranstaltung in Hamburg eingeschlagenen Weges.

Tarifpolitik

In Vorbereitung auf die nächste Sitzung der „Konzertierten Aktion" im Februar berieten die DGB-Gewerkschaftsführer ihr weiteres tarifpolitisches Konzept. IG-Chemie-Führer Hauenschild erläuterte gegenüber der bürgerlichen Presse seine Vorstellungen für die Chemietarifrunde im März/April. Danach gehe er von folgenden Bedingungen aus:

In der Höhe der Forderung seien Zugeständnisse (nach unten natürlich) möglich, wenn ein akzeptables Kapitalisten-Angebot für die Absicherung der Arbeit von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten vorgelegt wird.

Tarifpolitik unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen sei keine Möglichkeit für Vermögensumverteilung zugunsten der Werktätigen (Über die ständig laufend Vermögensumverteilung zugunsten der Kapitalisten spricht ohnehin kein DGB-Führer!).

Tarifpolitik könne behilflich sein, *„Strukturschwächen zu überwinden"*, da die *„Erträge"* (=Gewinne) *„von heute die Investitionen von morgen"* und die *„wiederum die Sicherheit der Arbeitsplätze von übermorgen"* seien (die übliche Kapitalisten-Litanei!).

Ein hoher „Sockel von Arbeitslosigkeit" sei „strukturbedingt" notwendig.

Alles in allem bedeutet dies, daß Hauenschild den totalen Verzicht und die völlige Unterordnung der Interessen der Chemiearbeiter unter die Ausbeutungsziele der Kapitalisten für die kommende Tarifrunde vorbereitet. Darauf müssen die Chemiearbeiter in den kommenden Auseinandersetzungen vorbereitet sein.

Umweltverschmutzung

Im Raum *Duisburg, Oberhausen, Mühlheim* stellten staatliche „Umweltschützer" fest, daß Kohlenmonoxyd, Schwefeloxyd, Stickoxyd, organische Gase und Dämpfe die Hauptschadstoffe in der Luft sind und nachweislich Hauptproduzent die konzentrierte Industrie in diesem Gebiet ist.

In fast allen Fällen werden die amtlich festgesetzten Höchstwerte bei weitem überschritten („Frankfurter Rundschau", 12.1.76). Im Gebiet *Aachen* ist eine um 100 % über dem zulässigen Grenzwert liegende Bleikonzentration festgestellt worden. Kinder und Tiere sind bereits in der Vergangenheit häufiger erkrankt. Nach einem „Reform"-Produkt der SPD von 1974, dem sogenannten Immissionsschutz-Gesetz, sollen alle Fälle von Luftverunreinigung katastermäßig erfaßt werden. So gingen in Nordrhein-Westfalen nun „Umweltschützer" daran, obiges festzustellen und katastermäßig abzuheften. Denn an Möglichkeiten des Eingreifens und Veränderns haben die tollen „Reformer" nicht gedacht.

Der Rhein – eine stinkende Kloake

Eine Gruppe von Sachverständigen für Umweltfragen hat in einem sogenannten „Rhein-Gutachten" festgestellt, daß entgegen aller bisherigen Behauptungen die Verschmutzung des Rheins keineswegs zurückgegangen ist.

„Trotz aller Anstrengungen im Klärwerksbau" („SZ", 10.1.76) kommen die zwölf Gutachter, die als unabhängiges wissenschaftliches Gremium von der Bundesregierung berufen worden sind, zu keinem anderen Ergebnis, als daß der Rhein nach wie vor eine stinkende Kloake ist. Was wiederum beweist, daß die kapitalistischen Industrie- und Giftmüllmengen mitnichten den Weg über ordentliche Kläranlagen gehen.

Lebensmittelfarbstoff krebserregend!

Amerikanische Wissenschaftler haben bei Versuchen mit Ratten festgestellt, daß der am häufigsten benutzte künstliche Farbstoff in den USA eine „erhebliche Zunahme" bösartiger Tumore zur Folge habe („Süddeutsche Zeitung", 21.1.76).

Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Untersuchung müssen schon ganz erschreckend sein, hat doch die amerikanische Nahrungs- und Arzneimittelbehörde FDA der gesamten Industrie die weitere Verwendung des Farbstoffes verboten. Das Farbmittel „red dye no. 2" (roter Farbstoff Nr. 2) wird in den USA jährlich in Lebensmitteln, Arzneien und kosmetischen Produkten im Wert von mehr als 10 Milliarden Dollar benutzt. Mit ihm werden Limonaden ebenso gefärbt wie Erdbeereiscreme und Lippenstifte. Was von bürgerlichen Ideologen gern als „wohltuende Vorsorge" des kapitalistischen Staates für den Menschen verkauft wird, ist in Wirklichkeit immer der letzte, von den Kapitalisten mit Bedauern vollzogene Schritt, nunmehr auf eine liebgewonnene Einnahmequelle zu verzichten. Erst, wenn durch nichts mehr geleugnet werden kann, daß bestimmte Produkte für den Menschen schädlich, gesundheitsgefährdend, ja tödlich sind, schreitet der kapitalistische Staat mit einem Verbot ein.

Pharmaindustrie

Angeblich sollen dieses Jahr die Pharmapreise in der BRD nicht steigen. So lassen jedenfalls die Pharmaindustrie und das Bundeswirtschaftsministerium verlauten. Der Grund dafür soll die *„Selbstbeschränkung der Pharmaindustrie bei Vergabe von Ärztemustern"* sein. Diese Ärztemuster wurden bisher den Ärzten kostenlos von den Vertrerern der Industrie zur Verfügung gestellt, um damit Werbung für diese Mittel zu betreiben. Angeblich haben diese Ärztemuster einen Umfang angenommen, der die Werbekosten der Firmen und damit die Preise in die Höhe trieb.

Wurden bisher relativ viele Ärztemuster von den Ärzten an ihre Patienten weitergegeben, die diese bzw. ihre Krankenkassen nicht zu bezahlen brauchten, wird es jetzt bei der allseits bekannten Verschreibungslust deutscher Ärzte zu einer neuen Kostenlawine für die Krankenkassen kommen. Daß die Pharmaindustrie unter diesen Bedingungen auf besondere Preiserhöhungen „verzichtet", ist verständlich. Selbst die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentiert den Fall so: *„Den Verzicht als große soziale Tat darzustellen, ist allenfalls eine mehr oder minder geschickte Werbeidee."* Dem ist nichts hinzuzufügen. ●

Chemie-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

HBV

Hamburg: Wohin soll das noch führen?

Als vorige Woche ein Kollege von der Iduna-Versicherung Hamburg beim zuständigen Gewerkschaftssekretär die Tagesordnung für die nächste Sitzung der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe (HBV) telefonisch durchgeben wollte, mußte er nach einem ersten Anlauf abbrechen: Der geschäftsführende Sekretär der Ortsverwaltung Hamburg, Arnold Krause, bekannt durch Zuhilfenahme von Polizeikräften bei innergewerkschaftlichen Versammlungen, geiferte sofort los: *„Wenn Ihr wieder die Tagesordnung ändert, wie das letzte Mal, dann schmeiße ich Euch alle aus dem Gewerkschaftshaus. Wir sind hier keine Spielwiese für Kommunisten, Ihr Suprakommunisten! Ihr Suprakommunisten haut doch ab."* Auf die höfliche Nachfrage, was denn „Suprakommunisten" seien, waren ihm die vulgärsten Ausdrücke nicht gut genug. *„Das sind solche Schweine wie Ihr. Du Schwein, Du!"*

Nur zu dumm, daß er so laut schrie, daß Kollegen diese Pöbelei Wort für Wort durch das Telefon mitbekamen. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Deutsche Grammophon Gesellschaft: Fortschrittlicher Betriebsrat zurückgetreten

Am 9.1.76 trat der aus sieben Kolleginnen und Kollegen bestehende Betriebsrat bei der Deutschen Grammophon zurück.
Grund: *„Die Fronten zwischen der Geschäftsleitung (GL) und dem Betriebsrat sind ... aussichtslos verhärtet ..., die GL ist nicht bereit, mit dem DG-BR über den Sozialplan im Rahmen der Lagerauflösung zu verhandeln ..."* etc. (aus der Erklärung des BR zum Rücktritt).
Damit hat (zumindest vorläufig) eine Ära fortschrittlicher Interessensvertretung ein Ende gefunden, die für einen Angestelltenbetrieb in der jetzigen Situation sicherlich nicht typisch ist.

Die Betriebsräte-Wahl 75 – eine Absage an die alten BR-Fürsten

Der alte Betriebsrat bei der Deutschen Grammophon Gesellschaft (DGG) richtete seine gesamte Arbeit an einer „partnerschaftlichen und vertrauensvollen" Zusammenarbeit mit der GL aus:

- ▶ Kündigungen wurden im Sinne der GL erledigt, wobei meistens der Vorsitzende allein entschied und die Betroffenen von ihrem „Glück" erst später erfuhren.
- ▶ Betriebsratssitzungen fanden nur unregelmäßig und höchst selten statt.
- ▶ Eine Berichterstattung aus der BR-Arbeit an die Kollegen gab es überhaupt nicht.
- ▶ Betriebsversammlungen fanden nur einmal (in Ausnahmefällen zweimal) im Jahr statt! etc.

Die Mehrheit im Betriebsrat wurde von der DAG gestellt.

Zu der BR-Wahl 75 fanden sich erstmals Kolleginnen und Kollegen bereit, gegen diese Praktiken des BR offen aufzutreten und selbst für den Betriebsrat zu kandidieren.

Sie setzten eine außerordentliche Betriebsversammlung vor der Wahl durch. Hier konnten die einzelnen Kandidaten (es fand eine Persönlichkeitswahl statt) ihre Vorstellungen von Betriebsrats-Arbeit zur Diskussion stellen.

Hierbei zeichneten sich die heutigen Betriebsräte allesamt durch ihr demokratisches Verständnis und ihre Bereitschaft für eine Offenlegung ihrer Arbeit vor den Kollegen aus.

Die alten BR-Mitglieder diskreditierten sich vollends mit Bemerkungen, wie „wenn man für drei Jahre gewählt ist, ist man nur noch seinem Gewissen verantwortlich und sonst niemandem". (!)

Das Ergebnis: Keiner der alten BR-Fürsten kam wieder in den BR. Von den derzeitigen BR-Mitgliedern erhielt keiner weniger als 30% der Stimmen.

(Ein Mitglied des alten BR wurde mit den meisten Stimmen wieder gewählt, weil er als einziger gegen den Kurs des alten BR war und bei den Kolleginnen und Kollegen als Interessensvertreter Vertrauen fand!)

Der neue Betriebsrat legte gleich in seiner ersten Veröffentlichung seine Vorstellungen dar:

- ▶ mehr Transparenz der BR-Arbeit (hierzu soll eine Betriebsrats-Zeitung erscheinen),
- ▶ mehr Demokratie bei den Entscheidungen (keine Einzelentscheidungen mehr im BR; gegenüber der Geschäftsleitung treten nur immer zwei BR-Mitglieder auf, sie vertreten nur die Beschlüsse des BR und können keine einsamen Entschlüsse fassen),
- ▶ größere Einbeziehung der Belegschaft (z.B. müssen Kündigungen und Versetzungen mit den Betroffenen vorher besprochen werden etc., Sprechstunden, Betriebsrundgänge).

Die formulierten Ziele des Betriebsrats:

- ▶ **gleicher Lohn für gleich Arbeit;**
- ▶ **Gleichstellung der wenigen Arbeiterinnen und Arbeiter mit den Angestellten,**
- ▶ **Gleichstellung von Mann und Frau im Betrieb.**

Der BR machte gleichzeitig unmißverständlich klar, daß er nur seinen Wählern verantwortlich sein wird.

Daß dieser Betriebsrat es ernst meinte mit seinen Aussagen, wurde daran deutlich, daß er z.B. bisher keiner Kündigung zustimmte, eine Betriebszeitung („Walze") herausbrachte und ausführlich über seine Arbeit informierte!!

Kapitalisten greifen den Betriebsrat an

Schon zwei Wochen nach der Wahl wurde gegen ein Betriebsrats-Mitglied eine erste fristlose Kündigung ausgesprochen. (Als Vorwand dienten angeblich „falsche Angaben" bei der Einstellung und der „Verstoß" gegen die Gleitzeitordnung der DGG).

Der Betriebsrat lehnte die Kündigung ab. Die Kapitalisten gingen vor das Arbeitsgericht, wo noch heute verhandelt wird.

Da der betroffene Kollege gleichzeitig zweiter Vorsitzender des Betriebsrats ist und zur Verhandlungsdelegation des BR mit der Geschäftsleitung gehörte, lehnte seit diesem Zeitpunkt die GL Verhandlungen mit dem BR frech ab! Der BR bestand jedoch auf seinem Recht, die Verhandlungsführer selbst zu bestimmen. Gespräche zwischen GL und BR fanden seitdem kaum statt. Es gab nur noch einen schriftlichen „Meinungsaustausch".

Die GL händigte dem BR niemals eine Personalplanung mit richtigen Zahlen aus.

Überstunden wurden und werden angeordnet, ohne daß der BR davon etwas erfährt. Einzelnen Betriebsrats-Mitgliedern wurde mehr oder weniger direkt angedeutet, daß ihre BR-Arbeit das weitere „Fortkommen im Hause" behindern würde.

Von den Abteilungsleitern und den DAGlern (!) wurde dieser Betriebsrat als linksradikal und kommunistisch angeprangert, der „alles auf einen Schlag will, ohne dabei auf die Sicherung der Arbeitsplätze Rücksicht zu nehmen".

Gegen den zweiten Vorsitzenden wurde Anfang Dezember eine zweite fristlose Kündigung ausgesprochen, da er in der „Walze" über Personalplanung und geplante Kündigungen 76 berichtet hatte. Das legte die Geschäftsleitung als „Verletzung der Geheimhaltungspflicht" aus! (Der Betriebsrat lehnte auch diese Kündigung ab.)

Bei der DGG sollen 1976 und 1977 Auslieferungsläger stillgelegt werden. Hierzu ist ein Sozialplan nach dem BVG zwingend vorgeschrieben. Die Geschäftsleitung weigerte sich aber bis heute, mit dem Betriebsrat hierüber zu verhandeln!

Diese Beispiele zeigen, daß die DGG-Geschäftsleitung konsequent daran ging, diesen Betriebsrat zu zerschlagen!

Bei der Mehrheit des BR führte diese Politik der GL nach acht Monaten Amtszeit zu einer derartigen Resignation, daß sie die einzige „Alternative" nur noch im Rücktritt sahen.

Die Mehrheit der Betriebsrats-Kollegen machte sich offensichtlich Illusionen über die Möglichkeiten als Betriebsrat a l l e i n gegen die nicht kompromißbereite Geschäftsleitung die „Kastanien aus dem Feuer zu holen". Dies gelang nicht – und konnte auch nicht gelingen. Nachträglich beurteilt, hätten die Betriebsräte noch stärker die Masse der Kollegen in die Auseinandersetzungen mit einbeziehen müssen.

Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung zum Rücktritt des Betriebsrats wurde trotzdem deutlich, daß die Kollegen in ihrer absoluten Mehrheit noch hinter diesem BR und seiner Politik stehen. Sie hatten aber von diesem BR mehr Standvermögen und Härte gegenüber der Geschäftsleitung erwartet, wie verschiedene Kommentare von Kollegen zeigten.

Neuwahlen – Für die Fortführung konsequenter Betriebsrats-Politik!

Der zweite Vorsitzende des Betriebsrats stellte in seiner Erklärung fest: Der Rücktritt *„öffnet nun wieder solchen ‚Interessensvertretern' die Tore, die eine ‚vertrauensvolle Zusammenarbeit' über die Interessen der Kolleginnen und Kollegen stellen!"*

Es wird daher bei der DGG darauf ankommen, daß alle die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen für den neuen Betriebsrat kandidieren, die bereit sind, die bisherige Arbeit konsequent fortzusetzen.

Fest steht, daß bisher vier Mitglieder des bisherigen BR wieder kandidieren werden. Es bestehen somit einige Aussichten, die bisherige BR-Arbeit fortzusetzen.

Andererseits wird auch die Geschäftsleitung nicht untätig sein. Gegen den zweiten Vorsitzenden des BR wurde inzwischen die dritte (!) fristlose Kündigung beantragt. (Wegen „Verleumdung" etc. in seiner Erklärung. Der BR lehnte auch diesmal die Zustimmung ab.)

Ebenso wird jetzt im gesamten Betrieb von den Abteilungsleitern eine Hetzkampagne gegen den derzeitigen BR und seine Politik entfacht. („Der BR wird von Kommunisten ferngesteuert" etc.)

Da bis zu den Neuwahlen noch acht bis zehn Wochen Zeit ins Land gehen, haben diese Herren natürlich noch reichlich Zeit, etliche Kolleginnen und Kollegen zu „überzeugen"!!

Auch die DAG-Crew wird natürlich nicht lange auf sich warten lassen. Mit „Argumenten", wie „da sieht man's ja, wo eine Politik des ‚alles oder nichts' hinführt" und „beim ersten kräftigen Windstoß werfen die Herren Demokraten das Handtuch", gehen schon jetzt einige DAGler auf Stimmenfang! ●

Chemie-Branchenzelle Süd
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

Konzentration und Rationalisierung in der Druckindustrie

Die Bestrebungen der westdeutschen Druckkapitalisten, aus ihrem bislang mittelständischen Industriebereich mit relativ hohem Lohnkostenanteil einen voll durchrationalisierten Monopolindustriebereich zu machen, hat allein von Juni '74 bis Juni '75 15.430 Kollegen, d.h. 7,6% der in der Druckindurtrie Beschäftigten, den Arbeitsplatz gekostet. Und diese Entwicklung geht mit Risenschritten weiter. Das Vorbild der Druckkapitalisten ist dabei das Druckzentrum des Madsack-Konzerns in Hannover-Kirchrode (s. AK69). Im Bau bzw. in der Planung sind derartige Druckzentren des „WAZ"-Konzerns (in Hagen-Bathey) und der „Stuttgarter Zeitung".

Springer immer vorneweg

Nachdem der Springer-Konzern 1964 500 Arbeitsplätze wegrationalisierte, wurde der Personalbestand 1975 durch Massenentlassungen bei Springer-Darmstadt (109 entlassene Kollegen), durch „natürliche Fluktuation" und den nunmehr dreijährigem Einstellungsstop *„verhältnismässig reibungslos binnen Jahresfrist um 1000 auf noch 11000 Beschäftigte verringert"* („Frankfurter Rundschau", 26.1.76).

Nunmehr wurde die Entlassung von zunächst 51 Kollegen der Betriebe Essen/Kettwig angekündigt.

Unter ihnen befinden sich auch Kollegen, die erst bei der Verlagerung der „Welt"-Produktion von Hamburg nach Essen ihren Wohnort wechseln mußten und denen jetzt zynischerweise die Rückverlegung nach Hamburg oder nach Westberlin angeboten wird. Offenbar wurde in diesen Städten in den letzten Jahren derart scharf rationalisiert, daß die anfallende Arbeit von den übriggebliebenen Kollegen auch in 12-Stunden-Schichten kaum zu schaffen ist. Im selben Rundbrief des Springer-Betriebsrates Essen/Kettwig, in dem die Entlassungen angekündigt werden (19.1.76), wird auch bekanntgegeben, daß ab Mitte Februar in Essen zusätzlich 130.000 Exemplare der „Bild"-Ausgabe Köln gedruckt werden sollen. Von zusätzlichen Arbeitsplätzen ist dabei natürlich nicht die Rede, dafür allerdings von Schichtplanänderungen.

Die Wegrationalisierung der 51 Arbeitsplätze ist allerdings erst der Anfang. Ende 1977 läuft der Druckauftrag der kürzlich mit der „WAZ" liierten „Neuen Rühr-/Neuen Rheinzeitung" („NRZ") aus (s. AK 69). Bei Nichtverlängerung, was wahrscheinlich ist, da der „WAZ"-Konzern ein riesiges Druckzentrum plant, ist nach Angaben der Springer-Geschäftsleitung das Essener Springer-Druckhaus Sachsenstraße nicht mehr tragbar, d.h. 1.000 Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Auf der letzten Betriebsversammlung von Springer-Hamburg wurde von der Geschäftsleitung, sich selber auf die Schulter klopfend, hervorgehoben, daß die Rationalisierungen, Entlassungen etc. keinesfalls Produkt der sonst so viel beschworenen Krise sind, sondern bereits zur Zeit der Hochkonjunktur geplant wurden! ●

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

nach Essen ihren Wohnort wechseln mußten und denen jetzt zynischerweise die Rückverlegung nach Hamburg oder nach Westberlin angeboten
Hochkonjunktur geplant wurden! ●
Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Offener Brief an den DruPa–Hauptvorstand

Am 1. September 1975 veröffentlichten elf Mitglieder der IG Druck und Papier und Betriebsräte der Druckhaus Tempelhof AG (655 Beschäftigte) einen Offenen Brief an den Hauptvorstand der IG Druck und Papier. Der Hauptvorstand lehnte es ab, sich mit einer „derartigen Polemik" auseinanderzusetzen, womit für ihn auch die Frage der Veröffentlichung erledigt sei. In dem Brief geht es im wesentlichen um die letztjährige Tarifrunde und den 6,4%-Abschluß, der von den Kapitalisten des Druckhauses Tempelhof zur Hälfte auf die übertariflichen Zahlungen angerechnet wurde.

Daraufhin gab es im Druckhaus sechs Wochen Konfrontation: Vor dem Beginn einer Sitzung von der Geschäftsleitung (GL) und Betriebsrat (BR) legten die Frühschicht-Kollegen 30 Minuten die Arbeit nieder; dies wurde von der GL als „wilder" Streik diffamiert.

Um zusätzliche Samstagsarbeit durchzusetzen, machte die GL von ihrem „Direktionsrecht" Gebrauch, d.h. Dienstverpflichtung. Trotzdem erschien kein Kollege, die angedrohten Konsequenzen blieben aus.

Von ihrer Organisation, der IG Druck und Papier, erhielten die Kollegen in ihrem Kampf keine Unterstützung. Unter der Zwischenüberschrift: *„Kampf der Anrechnung – gewerkschaftliche Aufgabe"* schreiben die elf Kollegen (auszugsweise): *„Nun, Freunde vom Hauptvorstand, der tariffreie Raum unterliegt nicht Eurer direkten Kompetenz. Wir Gewerkschaftsmitglieder haben ihn allerdings auch nicht erfunden, müssen uns aber in ihm aufhalten. Schutzlos, ohne Streikrecht, sind wir allen Maßnahmen der Unternehmer ausgesetzt. ... Wir sind nun aber auch bewußte Gewerkschafter und wissen, daß die eigentliche Kampfkraft der Gewerkschaften im Maß ihrer betrieblichen Verankerung liegt. Es genügt nicht, nur Mitglieder zu haben, die Organisation muß im Betrieb päsent sein; besonders aber dann, wenn Gefahr besteht, daß die Organisation und die von ihr vertretenen Mitglieder durch Maßnahmen der Arbeitgeber wesentlichen Schaden erleiden. Dazu gehören vorgesehene Betriebsschließungen, Massenentlassungen, und zweifelsohne auch Anrechnungen auf übertarifliche Zulagen.*

Wenn Betriebsräten durch Gesetz die Hände gebunden sind, auf Willkürmaßnahmen der Unternehmer adäquat zu reagieren, sollten die Verantwortlichen der Organisation es als selbstverständliche Pflicht empfinden, ein Höchstmaß von Eigeninitiative zu entwickeln. ...

Gewerkschaftliche Teilziele müssen an hautnahe und aktuelle Interessen ihrer Mitglieder anknüpfen. Es ist aktuelles Interesse, Tariferhöhungen im Geldbeutel und nicht auf dem Papier zu haben. Wir vermissen eine klare Aussage der Organisation zu dem Problem der Anrechnung. Wir vermissen Aktionen der Organisation gegen bereits vorgenommene Anrechnungen. Warum ist unser Zentralorgan in dieser Angelegenheit so publizitätsscheu?

Es wäre ein folgenschwerer Irrtum anzunehmen, daß sich das Problem der Anrechnungen allein löst, indem man es vor sich herschiebt. Die innerbetrieblichen Spannungen und Auseinandersetzungen wegen der Anrechnung werden nicht geringer, sondern größer werden. Sie erfolgreich für die Arbeitnehmerschaft und damit im Interesse der IG zu bestehen, erfordert eine aktive Industriegewerkschaft Druck und Papier. Zu ihrer Stärkung mögen hoffentlich auch unsere Anregungen etwas beitragen. Gegen eine ungekürzte Veröffentlichung dieses Briefes im Zentralorgan hätten wir nichts einzuwenden. Mit kollegialen Grüßen".

Elf Unterschriften.

Obwohl der Brief inhaltlich keineswegs voll unseren Positionen zu den Problemen entspricht, obwohl darin die Auffassung vertreten wird, daß bei einer nachweislichen Existenzbedrohung des Betriebes nicht nur 50%, sondern sogar 100% angerechnet werden sollten und obwohl dem Betrieb ein Darlehen bzw. eine vorläufige Anrechnung von 25% angeboten wurde und dergleichen mehr, meinen wir doch, daß hier der Betriebsrat die Kollegen in ihrem Kampf nach Möglichkeit unterstützt hat. Und darüber hinaus mit seinem Offenen Brief zur Belebung der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft beigetragen hat. Und nicht zuletzt die Reaktion des Hauptvorstandes macht deutlich, wie allergisch diese Herren gegen jegliche Ansätze einer konsequenten Interessenvertretung und deren Diskussion sind. ●

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Spiegel: Linker Betriebsrat ausgeschlossen

Spiegel: Linker Betriebsrat ausgeschlossen

Nachdem die „Spiegel"-Kapitalisten sich bisher vergeblich bemüht haben, den linken Redakteur und BR-Mitglied W. Borsbach vor die Tür zu setzen (siehe AK 67 u. 70), sind sie jetzt mit Hilfe der Betriebsratsmehrheit diesem Ziel einen Schritt näher gekommen:

Die BR-Mehrheit stellte beim Arbeitsgericht Antrag auf Amtsenthebung und Ausschluß aus dem Betriebsrat u.a. wegen „Zerrüttung des Vertrauensverhältnisses".

B. wurde vorgeworfen, er habe als BR Dinge veröffentlicht, die „ihrer Natur nach geheim zu halten sind", und durch diese Veröffentlichungen „die Funktionsfähigkeit des BR ernstlich gefährdet oder sogar lahmgelegt habe".

Dabei habe B. nicht nur gegen das BVG verstoßen, sondern auch gegen die Geschäftsordnung des Betriebsrates.

Tatsächlich hatte sich die BR-Mehrheit u.a. darüber aufgeregt, daß B. seinen Vorschlag einer Geschäftsordnung e r s t den Kollegen zugänglich gemacht hatte, bevor sie im Betriebsrat verabschiedet wurde.

Am 8. Januar fand die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht statt. Als „Arbeitnehmer"-Beisitzer fungierte ausgerechnet der sattsam bekannte Kommunistenjäger Graf von Kodolitsch, Chef der Hamburger IG Chemie.

B. machte deutlich, daß es hier darum gehe, den BR auf eine generelle Schweigepflicht festzulegen, die das Bundesarbeitsgericht jedoch verneine. Es solle den Betriebsratsmitgliedern die Möglichkeit genommen werden, die Kollegen zu informieren, ohne nicht vorher einer inneren Zensur des gesamten BR ausgesetzt zu sein.

Das Arbeitsgericht stimmte jedoch nach kurzer Beratung dem Ausschlußantrag zu.

Ganz egal, wie die noch nachzureichende Urteilsbegründung auch ausfallen wird:

Praktisch hat die Klassenjustiz der Forderung nach einem umfassenden Maulkorb für Betriebsräte zugestimmt, der alle fortschrittlichen Betriebsräte daran hindern soll, durch eine kontinuierliche Berichterstattung und Auseinandersetzung dazu beizutragen, die Arbeit des Betriebsrates für die Kollegen durchsichtig und kontrollierbar zu machen.

DIESE ENTSCHEIDUNG DARF NICHT HINGENOMMEN WERDEN! ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Frauenveranstaltung in der IG Druck-Papier Hamburg

Das „Jahr der Frau" war gerade ausgeläutet, da geschah Wundersames: Am 14. Januar fand im Hamburger Gewerkschaftshaus eine von Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Journalisten-Union (dju) initiierte und von der IG Druck und Papier „abgesegnete" Frauenveranstaltung statt, die diesen Namen verdiente. Im Gegensatz zu den vielen schönen Worten in gewerkschaftlichen „Feierstunden" war die Drupa-Versammlung ein bemerkenswerter Anfang, die Frauenfrage in der Gewerkschaft anzupacken.

Nach der Vorführung des Films „Das Salz der Erde" gab es eine bis Mitternacht währende, in ungewöhnlich entspannter, solidarischer Atmosphäre ablaufende Diskussion.

Daß an dieser Veranstaltung nur ca. 50 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen, kam nicht von ungefähr. Als der Antrag in einer dju-Mitgliederversammlung im Oktober vergangenen Jahres eingebracht wurde, gab es unter den Kollegen einhellige Zustimmung, vom Vorstandstisch aber Enthaltungen und abwieglerische Kommentare.

Dementsprechend sah auch die Mobilisierung aus. Die Einladungen an dju-Mitglieder gingen erst eine Woche vorher heraus. IG-Drupa-Mitglieder erfuhren nur durch einen winzigen Kasten im Mitteilungsblatt von der Veranstaltung.

Es muß freilich auch gesagt werden, daß diejenigen, die die Veranstaltung initiierten, sich nur auf die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung konzentrierten, ohne die Notwendigkeit im Blick zu haben, selbst ausreichend zu mobilisieren.

Umso notwendiger erscheint es, die in der Versammlung gefaßten Beschlüsse zu realisieren: **Durchführung einer Frauenversammlung, die sich mit den Forderungen der Frauen zur anstehenden Tarifrunde befaßt, Mobilisierung der Frauen zur geplanten Demonstration gegen die Rationalisierungen und Massenentlassungen, wozu die Einrichtung eines von männlichen Kollegen getragenen Kinderdienstes gehören soll, sowie die Beteiligung einer großen Zahl von Kolleginnen an der bestehenden, laut einem Bericht am Rande vegetierenden Frauengruppe der IG Druck und Papier.**

Die von den Vorständen offensichtlich als Ventil zum Dampfablassen zugestandene Veranstaltung muß ein Anfang dafür sein, konsequent Dampf zu machen! ●

Eine Genossin aus dem Druckbereich

Zur Drucktarifrunde '76: Kollegen aus hannoverschen Druckbetrieben fordern 200 DM für alle!

Am 31. Januar legten Kollegen einiger Druckbetriebe Hannovers (u.a. die der „HAZ") auf der Mitgliederversammlung der IG Druck&Papier einen gemeinsamen Antrag zur kommenden Tarifrunde vor. Sie fordern die Aufstellung eines Festbetrages von 200 DM für alle Tarifgruppen.

Die 200 DM entsprechen 12,77% auf den Facharbeiter-Ecklohn. Die Antragsteller machten deutlich, daß von dieser Forderung unter Abzug aller Steuern und einer Preissteigerung von ca. 5.5% am Ende eine reale Lohnsteigerung zwischen 49,00 DM und 25,98 DM übrig bleiben würde. Darum verstünden die Kollegen den 200 DM-Festbetrag auch als eine *„Mindestforderung, die bei voller Durchsetzung gerade unseren Reallohn erhalten würde."*

Desweiteren wollen die Kollegen aus Hannover mit der Aufstellung einer einheitlichen Festbetragforderung erreichen, daß *„die Spaltung der Kollegen untereinander nicht noch mehr* (verstärkt wird)".

Diesen Antrag wollen die Drucker als eine Initiave verstanden wissen, die Auseinandersetzungen um die gewerkschaftliche Tarifpolitik in Betrieb und Gewerkschaft auch außerhalb Hannover in Gang zu bringen. ●

Drucker-Gruppe
KB/ Gruppe Hannover

Demonstration in Westberlin und Hamburg beschlossen

Schon Ende November bzw. Anfang Dezember '75 beschloß sowohl die Delegiertenversammlung (DV)Hamburg der IG Druck und Papier als auch die Westberliner Mitgliederversammlung die Durchführung von Demonstrationen gegen Rationalisierung und Massenentlassungen in der Druckindustrie.

Bislang haben die Ortsvereinsvorstände diesen Willen der Mitglieder ignoriert und keinen Finger für die Organisierung der Demonstrationen krummgemacht. Im Gegenteil: In Hamburg hat seit dem Beschluß (24.11.75) keine der normalerweise im Abstand von vier bis sechs Wochen tagenden DV's stattgefunden.

In den letzten Tagen sickerte nunmehr durch, daß die nächste DV am 9.2.76 stattfinden soll und daß die Gewerkschaftsführer im Zusammenhang der beschlossenen Demonstration nur von einer Jugenddemonstration sprechen.

In Westberlin will der Drupa-Vorstand Stimmung machen mit der Behauptung, die Gewerkschaft laufe Gefahr, *„von einigen Gruppierungen politischer Sektierer in ein Fahrwasser gedrängt zu werden, in dem es nicht mehr möglich ist, eine echte demokratische Gewerkschaftsarbeit im Interesse und zum Wohle unserer Mitglieder zu leisten"*.

Der Demonstrationsbeschluß sei praktisch der „schweigenden Mehrheit" von einer „kleinen Gruppe" „aufgezwungen" worden.

In Hamburg wie in Westberlin werden die konsequenten Gewerkschafter die vollständige Verwirklichung der Demonstrationsbeschlüsse im Kampf gegen die Führung durchsetzen müssen. ●

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Spanischer Kollege gefeuert

Als das spanische Faschisten-Regime im November letzten Jahres fünf Antifaschisten ermorden ließ, setzte eine internationale Welle der Empörung ein. Die bürgerliche Presse heuchelte ebenfalls „Bestürzung". Als dann auch noch die CDU-eigene „Rheinische Post" den Erzreaktionär und Faschistenfreund Kardinal Döpfner zu Wort kommen ließ, der in widerwärtiger Heuchelei an Franco „appellierte", die ausgesprochenen Todesurteile „im Gnadenwege" zu erlassen, platze dem spanischen Setzer und gewerkschaftlichen Vertrauensmann D.L. der Kragen.

In das Geseibel Döpfners fügte er einen kurzen Kommentar ein, dessen Inhalt – abgesehen von einem offenbar aus dem Zusammenhang gerissenen und damit unverständlichen Satz – nichts bekannt wurde.

Noch bevor die Zeitung in Druck ging, wurde der Einschub bemerkt. Die CDU-Geschäftsleitung der „Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft" kündigte D.L. fristlos. Nach Auffassung der Kapitalisten bedeutete D.L.'s Handlung *„eine der schwersten Verletzungen der Grundsätze der Pressefreiheit schlechthin"*.

Der Betriebsrat und auch die DruPa lehnten die Kündigung ab. *„Von einer der ‚schwersten Verletzungen der Grundsätze der Pressefreiheit' in solchem Zusammenhang zu reden, wurde als absurd zurückgewiesen. Ob eine Zeile eigener Meinung in sechs Jahren Arbeit bei der „Rheinischen Post" Grund zur fristlosen Kündigung eines bewährten gewerkschaftlichen Vertrauensmannes sein kann, darüber wird nun das Arbeitsgericht zu entscheiden haben"* („Druck & Papier", 24/75).

Anscheinend hat sich die DruPa hier jedoch wieder mal weit „kämpferischer" hingestellt, als sie in Wahrheit ist. Jedenfalls erschien in der „Druck & Papier" Nr. 25/26 folgende Gegendarstellung der „Rheinischen Post"-Kapitalisten:

„Richtig ist: Die Vertreter der IG Druck und Papier haben eine Zurückweisung (der Kündigung) ‚als absurd' nicht vorgenommen; sie haben vielmehr erklärt, eine strenge Verwarnung des Maschinensetzers sei angemessen" . . . ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Hamburg

Schließung der Kindergärten an den Krankenhäusern geplant

Anfang Januar bekamen alle Kindergartenleiterinnen an den Hamburger Krankenhäusern ein Schreiben des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß diese Kindergärten auf ihre „Rentabilität" (!?) hin überprüft würden. Es würden dann wahrscheinlich Schließungen, mindestens aber radikale Verkleinerungen vorgenommen. Aus den Erfahrungen mit den „Sparmaßnahmen" kann man ziemlich sicher sein, daß dies auf die Schließung der Kindergärten hinausläuft.

Was wären die Konsequenzen einer solchen Maßnahme für die in Krankenhäusern überwiegend beschäftigten Frauen?

Es herrschen hier völlig unregelmäßige Dienstzeiten. Schichtdienst, Nachtwachen, im Zuge der Personalverknappung zu leistende Überstunden und praktisch in allen Wochentagen Dienst. Dazu kommt noch, daß der Beginn bzw. das Ende des Dienstes oftmals zu Zeiten ist, in denen städtische Kindergärten entweder noch nicht bzw. nicht mehr geöffnet haben. Von daher ist es vielen Frauen, insbesondere ledigen Müttern nur möglich, im Krankenhaus zu arbeiten, wenn sie ihr Kind in eben diese Betriebskindergärten geben können. Bei einer Schließung wären viele Frauen gezwungen, ihren erlernten Beruf als Krankenschwester aufzugeben.

Der Widerstand der Eltern organisiert sich

Schon jetzt gibt es viel zuwenig Plätze in diesen Betriebskindergärten, schon jetzt hören Krankenschwestern von ihrer Oberin: „Tja, wenn sie ihr Kind nicht unterbringen können, dann müssen sie entweder in den Dauernachtdienst gehen oder kündigen."

Dementsprechend groß war auch die Empörung der Eltern. So trafen sich z.B. im Universitäts Krankenhaus Eppendorf (UKE) 94 von 96 Eltern zu einer von der Kindergartenleiterin einberufenen Protestversammlung, auf der sie sich geschlossen gegen diese kinder- und frauenfeindliche Maßnahme aussprachen. Sie beschlossen, eine weitere Versammlung abzuhalten, auf der Krankenhausleitung und Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaft Rede und Antwort stehen sollen.

Weiter setzte sich ein Teil der Kindergartenleiterinnen der verschiedenen Krankenhäuser zusammen, um zu beraten, wie man die Schließung verhindern könne. Die Leiterinnen von zwei Krankenhäusern berichteten hier, daß sie von der Krankenhausleitung Sprechverbot erhalten hätten, und zu diesem Thema auch keine Elternabende mehr abhalten dürften, da sie die Eltern ja doch nur „aufwiegelten".

Daraufhin werden nun die Eltern diese Sache in die eigene Hand nehmen. Auch ohne den Segen der Krankenhausleitungen werden sie sich treffen, und zwar die Eltern aus allen Hamburger Krankenhäusern. Auf dieser Versammlung am 4.2.76 im Hamburg-Haus Eimsbüttel, wird es entscheidend darauf ankommen, daß die Eltern sich nicht durch Drohungen einschüchtern lassen und allen Abwieglern, die meinen, es sei ja alles nicht so schlimm (so der Personalrat am UKE) eine klare Absage erteilen, und konsequent für ihre berechtigten Interessen kämpfen! ●

Krankenhauszelle UKE
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Hamburg

Rechte Kandidaten für die Personalratswahlen abgesägt

Im Frühjahr dieses Jahres wählen die Lehrer an allen Hamburger Volks- und Realschulen den Personalrat, ein dem Betriebsrat entsprechendes Gremium.

Schon letztes Mal (1973) gab es keine Persönlichkeitswahl, sondern Listenwahl. Die Kollegen konnten zwischen den Kandidaten der GEW und des DL (Deutscher Lehrerverband – eine reaktionäre Standesorganisation) entscheiden.

Im Volks- und Realschulbereich erhielt damals die GEW-Liste eine überwältigende Mehrheit.

Am 29.1. sollte auf einer Fachgruppenversammlung aller in der GEW organisierten VR-Kollegen ein Vorschlag für die GEW-Liste festgelegt werden. Das letzte Wort hat dann der Landesvorstand, der endgültig über die Aufstellung der Listenplätze entscheidet.

Der Fachgruppenvorstand legte den Mitgliedern einen „ausgewogenen" Listenvorschlag vor, auf dem rechte und linke Sozialdemokraten in trauter Eintracht kandidierten. Obwohl sich die beiden Gruppen in der Vergangenheit „heftig" befehdet hatten, einigten sie sich auf ein Programm, das so allgemein wie verwaschen war.

Listenplatz eins sollte die bisherige Personalratsvorsitzende – Ursula Koppe – erhalten, die in der GEW
schen war.

ÖTV: Zweierlei Forderungen

Nürnberg: GEW-Lehrer protestierten

Listenplatz eins sollte die bisherige Personalratsvorsitzende – Ursula Koppe – erhalten, die in der GEW über eine ansehnliche rechte Hausmacht verfügt.

Vielen Kollegen, insbesondere den Referendaren und Junglehrern, paßt allerdings die Politik der rechten GEW-Clique, die die bisherigen Personalratsmitglieder stellt, immer weniger:

Frau Koppe war sogar soweit gegangen, die seit 1.8.75 bestehende Praxis der Behörde zu verteidigen, „versorgte" und schwangere Frauen nicht mehr einzustellen.

Auf die neulich bekanntgewordenen fünf Selbstmordfälle im Referendariat reagierte der Personalrat mit dem zynischen Angebot, die Referendare könnten bei ihm jederzeit „Rat" in persönlichen und privaten Angelegenheiten bekommen. Kein Wort von den skandalösen Zuständen und Disziplinierungen im Studienseminar, die für einen solchen Schritt oft das auslösende Moment sind.

Eine weitere Schweinerei leisteten sich die GEW-Fürsten im Personalrat, als sie letzten Herbst die Zustimmung für die Einstellung eines fortschrittlichen Kollegen, der der GEW -Linken zuzurechnen ist, verweigerten, obwohl die Behörde ihn genommen hätte!

Den demokratischen Kollegen war daher klar, daß der bisherige Personalrat alles andere als eine Interessenvertretung der Kollegen war. Das hieß:

Ursula Koppe weg von Listenplatz 1!

Mit überwältigender Mehrheit wurde sie abgesägt. Offen blieb ihr die Möglichkeit, für Platz 3 wieder zu kandidieren.

Doch die rechten Kandidaten gerieten nach dieser Abstimmung in dermaßen große Hektik, daß sie ihre Kandidaturen ganz zurückzogen. Dies wurde von der Versammlung mit tosendem Beifall aufgenommen.

Der „Skandal" war perfekt. Für alle Versammelten war klar, wer hier die Gewerkschaft spaltet: nicht die fortschrittlichen Kollegen, die immer als „Gewerkschaftsfeinde" verleumdet werden, sondern die Verfechter der reaktionären Politik der GEW-Führer.

Übrig blieb eine Liste von linken Sozialdemokraten und DKP-nahen Kollegen.

Der Fachgruppenvorstand geriet in solche Ratlosigkeit, daß er die Versammlung abbrach und die Kollegen nach Hause schickte.

Zu bemitleiden sind die Juso-nahen Kollegen, die keine Mühe scheuten, einen Kompromiß mit der rechten Clique zustande zu bringen, und kläglich scheiterten.

Ohne U. Koppe als Gallionsfigur auf der GEW-Liste würde ihrer Meinung nach der reaktionäre DL die Personalratswahlen gewinnen. Die demokratischen Kollegen fragen sich allerdings zu recht, worin sich die Politik des bisherigen Personalrats noch vom DL unterscheidet.

Nürnberg: GEW-Lehrer protestierten

Referent Lohrer vom Staatsinstitut für Schulpädagogik war extra aus München angereist, um Nürnbergs Pädagogen politische Aufklärung zu erteilen. Etwa 80 GEW-Kollegen waren jedoch anderer Meinung als Lohrer. Sie waren mit Plakaten gegen die „Erziehung zur permanenten Bespitzelung", die neue reaktionäre Schulordnung, Berufsverbote etc. erschienen, die Referent Lohrer sichtlich unbehaglich waren. Dabei versuchte er zunächst, sich als „Privatmann" und „engagierter Christ" herauszuputzen. Später kramte er noch einen Onkel hervor, der angeblich im Dritten Reich enthauptet wurde.

Die Kollegen wollten sich jedoch „von einem Onkel ohne Kopf" nicht unter Druck setzen lassen und gestalteten die Veranstaltung nach ihren Vorstellungen:

„Offenbar sollen nun der Praxis der Berufsverbote, den Entlassungen mit dem Scheinargument der Finanznot, der Einschüchterung durch Ost-Reise-Erlasse und dem Abbau der Mitwirkungsrechte des Lehrerkollegiums durch die ASCHO (neue reaktionäre Schulordnung – AK) Kriterien an die Seite gestellt werden, den „ultralinken" Lehrer am Arbeitsplatz zu brandmarken und damit alle kritischen und engagierten Kollegen einer ständigen Bespitzelung auszusetzen" (GEW-Mitteilungsblatt).

Die Kollegen hatten den Nagel auf den Kopf getroffen.

Unverrichteter Dinge mußte Lohrer wieder nach München reisen. ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK)

ÖTV: Zweierlei Forderungen für ein „Ziel"

135 DM als Forderung (!) im Öffentlichen Dienst sollen nach Angaben der Führung der Gewerkschaft ÖTV dazu dienen, einen „Ausgleich für die Teuerung" herzustellen. Klar ist, daß das Netto-Endergebnis nicht ausreichen wird, den Reallohn zu halten.

Mit welchem „Ernst" die ÖTV-Führer an das sowieso schon niedrige Ziel der „Reallohnsicherung" herangehen, zeigt ihre jüngste Forderung für den Bereich des privaten Transport- und Verkehrsgewerbes in Hessen: 120 DM linear. Begründung: *„Mehr als eine Absicherung des Realeinkommens sei gegenwärtig nicht durchsetzbar"* („FAZ", 24.1.).

Hier entlarvt sich die Demagogie der Gewerkschaftsführer: Wieso kann mit einer noch niedrigeren Forderung dasselbe Ziel erreicht werden?

Eine gepflegte Art zu morden

Ein Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß rund 1,2 Millionen Amerikaner jährlich unnötig operiert werden, weil die Chirurgen ihr Einkommen aufbessern wollen. Dabei kommen ungefähr 12.000 Patienten ums Leben.

Die häufigsten unnötigen Eingriffe sind Mandel-, Gebärmutter- und Blinddarmoperationen.

Ein Genosse aus dem AK Altona,
KB/Gruppe Hamburg

Die Patienten sollen auch 1976 noch mehr zahlen

Der Abbau der staatlichen Sozialleistungen soll auch in diesem Jahr, dem Jahr des Aufschwungs, munter voranschreiten. Bundessozialminister Arendt legte erst kürzlich einen Entwurf eines „Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetzes" vor. „Weiterentwickelt" wird danach nur der Anteil an Kosten, den die Bevölkerung tragen soll:

1. Beteiligung der Patienten an den Kosten kieferorthopädischer und psychotherapeutischer (!) Behandlung, und zwar in Höhe von 20 % des Rechnungsbetrages.
2. Frauen sollen kein Mutterschaftsgeld erhalten, wenn sie während der Schwangerschaft nicht mindestens dreimal bei einem Arzt zur Vorsorgeuntersuchung gewesen sind.
3. Die Rezeptgebühr, die 1969 auf höchstens 2,50 DM festgesetzt wurde, soll auf maximal 3,50 DM oder 4,00 DM angehoben werden.
4. Eine Haushaltshilfe, die von den Krankenkassen bezahlt wird (wenn man überhaupt eine bekommt – d. Red.), wenn die Mutter von Kindern unter acht Jahren im Krankenhaus liegt, soll nicht mehr beansprucht werden können, wenn eine Verwandte aushilft („Gesunde Medizin", 1/76). ●

Ein Genosse aus dem AK Altona,
KB/Gruppe Hamburg

Streikberichte– Streikberichte– Streikberichte– Streikberichte– Streikberichte– Streikberichte

Glögglers Raubzug: „800 Millionen ohne Revolver"

Am Samstag, den 24. Januar, demonstrierten in Füssen/Allgäu 2.500 Kollegen des Textil-Konzerns Glöggler (ca. 12.000 Beschäftigte) für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Sie waren z. T. mit Bussen aus den verschiedenen Glöggler-Betrieben in Bayern und Baden-Württemberg zusammengekommen.

Sie führten schwarze Fahnen und Transparente mit, wie z. B. „Wir wollen weiter weben und nicht als Arbeitslose leben", „Einer allein darf nicht entscheiden, ob 12.000 um ihren Arbeitsplatz bangen müssen". Kapitalist Glöggler wurde mit einem Bankräuber verglichen: „800 Millionen ohne Revolver". Außerdem wurde ein selbstgebastelter Galgen in der Demonstration getragen.

Hans Glöggler, einer der „erfolgreichsten Unternehmer des Jahres 1975", hatte in wenigen Jahren den größten Textilkonzern der BRD zusammengekauft, u. a. die „Augsburger Kammgarnspinnerei" (AKS), die „Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg" (SWA), die „Hanfwerke Füssen-Immenstadt" (HFI) und die „Valentin Mehler AG"/Fulda.

Seine Methode bestand darin, die Produktion zu rationalisieren (in anderthalb Jahren verloren 2.500 Kollegen ihre Arbeitsplätze), größtmögliche Gewinne aus den Unternehmen herauszuziehen und an der Börse zu spekulieren. Jetzt steht der Konzern mit mehreren hundert Millionen DM Bankschulden vor der Pleite. Die Landesregierungen Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens haben zusammen mit zahlreichen Banken ein Sanierungskonzept festgelegt, wodurch die Schulden praktisch vom Steuerzahler bezahlt und die profitablen Betriebe danach an verschiedene Banken verhökert werden.

Inzwischen ist ein Sanierungsabkommen unterzeichnet. Glöggler selbst ist weg vom Fenster, von den ca. 12.000 Arbeitsplätzen sind zumindest kurzfristig etwa 9.000 gesichert.

Die beiden Glöggler-Betriebe „Hanfwerke Füssen" und „Mech. Baumwollspinnerei Augsburg" hatten zuvor schon Vergleich angemeldet. Hier müssen jeweils ca. 1.000 Kollegen weiter um ihre Arbeitsplätze fürchten. ●

2.500 Kollegen der Glöggler-Werke demonstrierten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze

2.500 Kollegen der Glöggler-Werke demonstrierten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze

Streiks gegen Stillegungen und Rationalisierung

Syro-Hydraulik, Aachen: Neuer Streik gegen Stillegung

Wie bereits in ARBEITERKAMPF Nr. 71 berichtet, soll das Aachener Werk stillgelegt werden und die Produktion nach Neumünster verlagert werden, wogegen die Kollegen im Dezember bereits mit einem Warnstreik und einer Protestkundgebung protestiert hatten.

Am 26. Januar streikten die Kollegen wiederum: die Geschäftsleitung hatte gedroht, den Konkurs anzumelden, wenn die Kollegen weiterhin zu hohe Forderungen stellen würden. Außerdem würde der Sozialplan sehr niedrig ausfallen, wenn die Kollegen weitere Kampfschritte unternähmen. In dem Aufruf der Syro-Kollegen zur Betriebsversammlung heißt es: *„Wir brauchen unsere Arbeitsplätze. Darum kann unsere Forderung nur heißen: Kein Sozialplan, keine Stillegung!"*

Streik gegen Akkordänderung

Bei den Bielefelder Benteler-Werken streikten am 8.1. rund 120 Akkordarbeiter gegen die Nichtbezahlung der Ausfallzeiten.

Rohr-Fischer, Neu-Isenburg

In Neu-Isenburg streikten am 23.1.76 70 von 135 Kollegen der Firma Rohr-Fischer (Mannesmann-Konzern) während einer Besprechung zwischen Konzernleitung, Bürgermeister und Betriebsrat und zogen vors Rathaus, um gegen die geplante Schließung ihres Betriebes zu protestieren, unter der Parole: „*Wir wollen*

stieren, unter der Parole: „Wir wollen

keinen Sozialplan, wir wollen unsere Arbeitsplätze behalten"!

Vor sechs Jahren verkauften die Söhne des Firmengründers Rohr-Fischer den Betrieb an den Thyssen-Konzern; dieser stieß den Betrieb 1974 an die Mannesmann-Rohrbau AG ab. Die nun 1.300 Mann starke Belegschaft der vereinigten Betriebe schmolz in den nächsten Monaten auf 800 zusammen. So ist das mit der Monopolisierung!

Thyssen-Plastik, Bad Oeynhausen

Bei Thyssen-Plastik in Bad Oeynhausen stehen Rationalisierungen an. Die Abteilung Planung wird zum 30. September nach München umgelegt. Weiterhin ist zu befürchten, daß das Vertriebswesen ganz und gar eingestellt wird. Auf diese Pläne der Kapitalisten reagierten die Kollegen mit einem einstündigen Warnstreik, an dem sich ca. 200 Arbeiter und Angestellte beteiligten.

So wirds gemacht!

Neunzehn Bandarbeiter bei Daimler-Benz haben sich mit einer kurzentschlossenen Arbeitsniederlegung erfolgreich zur Wehr gesetzt, als die Geschäftsleitung noch mehr aus ihnen rauspressen wollte: bisher produzierten die Kollegen pro Tag 39 Motoren. Jetzt sollten sie mit 21 Mann 42 Motoren täglich herstellen! Die Antwort kam prompt, die Geschäftsleitung mußte die alten Bedingungen belassen.

Kurzarbeit bei den Werften:

Streik beim Bremer Vulkan

Für eine Stunde traten die Arbeiter der Bremer Vulkan-Werft am 27.1. in einen Warnstreik. Sie protestierten gegen die geplante Einführung von Kurzarbeit, während zur gleichen Zeit in vielen Abteilungen weiterhin Überstunden gemacht werden. Ebenfalls soll im Frühjahr auf der Krupp-Werft AG Weser, Bremen, in größerem Umfang kurzgearbeitet werden.

Warnstreik bei VFW-Fokker in Speyer

In einen mehrstündigen Warnstreik traten am Freitag, dem 23.1. rund 1.000 der ca. 1.350 Beschäftigten bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken Fokker in Syeyer. Sie protestierten damit gegen Pläne der Konzernleitung, Teile der Produktion nach Bremen zu verlagern. Von dieser Verlegung wären mindestens 200 Kollegen direkt betroffen. Der Betriebsrat erklärte, daß er in dieser Maßnahme einen ersten Schritt zur geplanten Reduzierung der Arbeitsplätze auf ca. 450 sehen würde. Gegen diese Pläne der Konzernleitung war es in der vergangenen Zeit mehrfach zu Kampfaktionen der VFW-Fokker-Belegschaft in Speyer gekommen.

Konkreter Anlaß des Proteststreiks: die Arbeiter hatten herausgefunden, daß vier „Planungsfachleute" des Bremer VFW-Werkes im Betrieb aufgetaucht waren. Diese waren damit beschäftigt, die Montage-Vorrichtungen für das MRCA-Kampfflugzeug für den Abtransport nach Bremen vorzubereiten. Die Geschäftsleitung berief eiligst für mittags eine Betriebsversammlung ein, in der sie den Streikenden mit fristloser Kündigung drohte. Nach der Versammlung demonstrierten die Kollegen jedoch weiter durch den ganzen Betrieb. Erst als der Betriebsrat bekannt gab, daß die vier Planer das Werk verlassen hätten, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf.

Es ist zu befürchten, daß der Betrieb in absehbarer Zeit ganz stillgelegt wird.

Felten & Guilleaume, Köln

Felten & Guilleaume, Köln

Die rund 450 Kollegen des Kabelwerkes Felten & Guilleaume in Köln-Nippes protestierten gegen die Schließung ihres Betriebes mit einem Warnstreik. Sie hißten eine schwarze Fahne über dem Betriebsgelände.

Streik gegen Abbau von Sozialleistungen

Der Vorstand der Continental AG in Hannover hatte angekündigt, die Pausenbezahlung und die Nachtschichtzulage zu kürzen, erkämpfte Sozialleistungen sollen in einem Fünfpunkteprogramm abgebaut werden. Daraufhin traten die Kollegen des größten Conti-Werks Hannover-Vahrenwald am 30. Januar in einen Warnstreik.

Bochumer Stahlwerke

Mit einem einstündigen Warnstreik wehrten sich am Donnerstag rund 100 Stahlwerker in Neviges/Bochum gegen ihre Entlassung. Die Betriebsleitung der zur August-Thyssen-Hütte gehörenden Bochumer Stahlwerke begründete die Kündigungen von fast einem Drittel der 335 Beschäftigten des Warmwalzwerkes in Neviges mit „schlechter Auftragslage".

Streiks jetzt auch in der Uniklinik Hannover

Auch an der Uniklinik in Hannover sind die Wachstudenten in den Streik getreten. Auf ihrer Versammlung beschlossen sie mit 81 Stimmen bei zwei Enthaltungen, ihre bisherige untertarifliche Bezahlung nicht länger hinzunehmen (Einbußen von 110 bis 120 DM monatlich bei acht Wachen im Monat!).

In einem Aufruf hat die Fachkonferenz Medizin im Verband deutscher Studentenschaften die westdeutschen Medizinstudenten zu einem Streik am 28./29. Januar aufgerufen. Zuvor hatten Urabstimmungen an den medizinischen Fachbereichen mehrerer Universitäten stattgefunden und jeweils große Mehrheiten für Kampfmaßnahmen erbracht. So stimmten an der Frankfurter Uni ca. 50 % der Mediziner ab, davon 95 % für den Streik.

Anlaß für diese Aktionen ist die Einführung des sog. „Praktischen Jahrs", das zukünftig die Medizinalassistenzzeit ersetzen soll. Damit kommen auf die angehenden Mediziner erhebliche Verschlechterungen zu:

- obwohl der Refendarszeit von Lehrern vergleichbar, haben die Mediziner nicht den Status von Auszubildenden, sondern gelten weiter als Studenten;
- das bedeutet: ein Jahr ohne Bezahlung (höchstens Bafög);
- keine Interessenvertretung am Krankenhaus;
- an den meisten Unis gibt es noch keinerlei Lehrpläne für das „Praktische Jahr".

Die Länderregierungen weigern sich, die Ausstattung der Kliniken als Lehrkrankenhäuser zu finanzieren.

Die Studenten fordern den Status von Auszubildenden und den Abschluß von Tarifverträgen zwischen der ÖTV und den Krankenhäusern, sowie Ausbildungsverträge. Als Existenzlohn verlangen sie 700 DM. Als Medizinalassistenten hatten sie 1.200 DM verdient.

Über die Streikbeteiligung lag bei Redaktionsschluß noch keine Meldung vor. ●

Göttingen: Streik der Sitzwachen hält an

Seit nunmehr sieben Wochen stehen die studentischen Sitzwachen der Uniklinik Göttingen im Streik (siehe AK 71). Die Landesregierung beabsichtigt, die Bezahlung der Wachstunden rapide zu senken. Inzwischen hat es neue Versuche gegeben, mit Streikbrechern die Studenten in die Knie zu zwingen: Aus Kassel wurden drei Chemie-Studenten angeworben. Die Schwestern und Ärzte der betroffenen Abteilungen weigerten sich jedoch, die Streikbrecher einzuweisen. Nach einer Diskussion mit dem Aktionsrat der Wachstudenten solidarisierten sich die Kasseler mit den Forderungen und Aktionen ihrer Kommilitonen. – Inzwischen hat die Verwaltung den Studenten schriftlich angedroht, sie nicht weiter zu beschäftigen, wenn sie nicht bereit sind, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten (16 DM pro Schicht weniger!). Die Göttinger ÖTV-Führung weigert sich bisher, die Studenten in irgendeiner Weise zu unterstützen. ●

Schweiz: Kampfaktionen gegen Betriebsschließungen

Um gegen die geplante Schließung der amerikanischen Uhrenfabrik Bulova in der Schweizer Stadt Neuchâtel zu protestieren, besetzten 189 Kollegen, zumeist Frauen, den Betrieb. Die Kollegen beschlagnahmten 200.000 Uhren und zwangen den Direktor des Schweizer Konzerns zum Verlassen des Werks.

Diese in der Schweiz seit langem einmalige Aktion muß in folgendem Zusammenhang gesehen werden: Das Werk Neuchâtel soll nach Biel und ins Ausland verlegt werden. Eine Garantie dafür gibt es nicht, da Bulova schon 1975 die Schweizer Gesamtbelegschaft von 1.300 auf 800 Kollegen abgebaut hat.

Insgesamt wird in der Schweizer Uhrenindustrie in der nächsten Zeit mit weiteren Massenentlassungen gerechnet, da sich die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten 18 Monaten um mehr als 15.000 (!) verringert hat. Die Bulova-Direktion hat gedroht, die gesamte Schweizer Niederlassung zu schließen, wenn die Besetzung nicht beendet wird. Angeboten hatte die Direktion lediglich Verhandlungen über bessere Schließungsbedingungen, über die zu reden sich die Kollegen weigerten.

Anfang letzter Woche beschlossen die Arbeiter mehrheitlich, die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Verlegung nach Biel um ein Jahr auf Mitte 1977 verschoben wird.

Ebenfalls mit der Besetzung ihres Betriebes zwangen die Drucker der Genfer (Schweiz) Druckerei „Le Courrier" Ende Januar die Geschäftsleitung, Maßnahmen zur Verhinderung der Schließung zuzusichern.

Dies ist bereits die siebte Betriebsbesetzung der letzten Zeit nach Bulova: besetzt waren ein Genfer Restaurations- und Garagenbetrieb, eine AEG-Filiale in Lausanne, eine Bally-Schuhfabrik in Wallis und ein kleiner Betrieb in Neuchâtel. Zur Demonstration in Neuchâtel siehe nebenstehendes Bild.

Ende Januar soll die Glashütte von Moutier geschlossen werden. Als diese Nachricht im Betrieb und am Ort bekannt wurden, demonstrierten am 16.1.76 über 1.000 Arbeiter und Angestellte gegen die Schließung. Ein Sprecher erklärte, daß *„Moutier nicht eines natürlichen Todes sterbe, sondern von den europäischen Glastrusts ermordet wird"*.

Abschließend erklärten die Demonstranten ihre Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter von Bulova Watch. (nach Meldungen der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 19. und 20.1.76). ●

Metaller-Genossen KB/Gruppe Hamburg

◀ Mit roten Fahnen und Transparenten (Bild: „Nein zur Schließung der Fabrik") demonstrierten etwa 4.000 Arbeiter in Neuchatel zur besetzten Fabrik Bulova, wo sie stürmisch begrüßt wurden.

„Kantine schließen? Nicht bei uns!"

Mit einem eineinhalbstündigen Sitzstreik protestierten die Arbeiter der Maschinenfabrik Mittelhäuser & Walter in Hamburg-Altona gegen die Absicht der Firmenleitung, die Werkskantine zu schließen. Dann lenkte die Firma ein: die Kantine bleibt auch weiterhin geöffnet! ●

Freiburg: Erste Demonstration zur Tarifrunde

Ca. 150 Metaller, vorwiegend Betriebsräte und Vertrauensleute, zogen mit Transparenten und Sprechchören zum Verhandlungsort, wo gerade über die neuen Tarife für die Metallindustrie gesprochen wurde.

Ihre Forderungen:

„Krise her, Krise hin, achteinhalb Prozent liegen drin!"

- „Gegen soziale Demontage"
- „Kein Sozialrabatt für Unternehmer" ●

Für die Legalisierung der Abtreibung !

In der Diskussion um die Forderung nach „Ersatzloser Streichung des § 218" kamen wir zu dem Ergebnis, daß diese Forderung in ihrer Konsequenz nicht richtig ist, denn ersatzlose Streichung würde bedeuten, daß ein völlig rechtloser Zustand für die Frauen geschaffen würde. Diese Forderung beachtet nicht, daß den werktätigen Frauen damit nur wenig geholfen würde, denn notwendige Bestimmungen wie

- Zahlung der Abtreibung durch die Krankenkassen;
- Entwicklung von unschädlichen Verhütungsmitteln und deren kostenlose Abgabe auf Krankenschein;
- fortschrittliche Sexualaufklärung

fielen damit unter den Tisch, sodaß z.B. Ärzte weiterhin zu Wucherpreisen Abtreibungen vornehmen können usw.

Sowohl die Forderung nach ersatzloser Streichung als auch die Forderung „Weg mit dem § 218" mißachtet außerdem die Einbettung des § 218 in die Mord- und Tötungsparagraphen. Denn bei einfacher Streichung des § 218 würde die ganze leidige Diskussion von vorn einsetzen: Wann beginnt das „werdende Leben", wobei nach bürgerlicher Auffassung der Fötus „Leben" ist, seine „Tötung" (Abtreibung) also auch ohne § 218 strafbar ist. Den Frauen wäre weiterhin nicht gesichert, Abtreibungen ohne Druck und Strafandrohungen vornehmen lassen zu können.

Aus diesen Überlegungen heraus halten wir die Forderung nach LEGALISIERUNG DER ABTREIBUNG mit folgenden Zusatzforderungen für richtiger und möchten dies zur Diskussion stellen:

- **FÜR DAS ALLEINBESTIMMUNGSRECHT DER FRAU**
- **ENTWICKLUNG VON SICHEREN UND UNSCHÄDLICHEN VERHÜTUNGSMITTELN UND DEREN KOSTENLOSE ABGABE**
- **VERPFLICHTUNG DER KRANKENHÄUSER ZUR DURCHFÜHRUNG UND DER KRANKENKASSEN ZUR ZAHLUNG DER ABTREIBUNG**
- **BEZAHLUNG DER FEHLZEIT AM ARBEITSPLATZ**
- **FÜR FORTSCHRITTLICHE SEXUALAUFKLÄRUNG**
- **LEGALISIERUNG DER ABTREIBUNG OHNE BEVORMUNDUNG DURCH STAAT UND ÄRZTE** ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Bei der „Engelmacherin"
Bericht einer Frau

Im Juni 1974 erfuhr ich, daß ich schwanger war. Mein Mann und ich überlegten lange, bevor bei uns der Entschluß feststand, daß wir das Kind nicht wollten. Aus mehreren Gründen:

1. weil wir beide ohnehin schon in einem Zimmer wohnten,
2. weil wir für dieses Zimmer schon 300 DM zahlten,
3. weil wir kein Geld hatten, um eine neue Wohnung plus Umzug bezahlen zu können,
4. arbeitete ich in einem Kinderheim, in dem die Kinder mich dringend nötig hatten,
5. wollte ich noch einmal die Schulbank drücken, um Erzieherin zu werden, denn als Kinderpflegerin darf man in der Regel keine Kindergruppen selbständig leiten,
6. fühlten wir uns beide nicht in der Lage, jetzt schon einem Kind erzieherische Fähigkeiten und ausreichende Liebe zu geben.

So gingen wir am nächsten Tag zu meinem Arzt, sagten ihm, daß wir das Kind nicht wollten und fragten ihn nach einer Adresse. Daraufhin sprach er mindestens eineinhalb Stunden auf uns ein, wir sollten es uns doch noch einmal überlegen. Als er merkte, daß wir nicht locker ließen, gab er uns einen Überweisungsschein für einen Frauenarzt (ohne Adresse) und sagte, mehr könne er nicht für uns tun. Wir kannten keinen Arzt, der eine Abtreibung machen würde und soviel wir auch rumhörten, wir bekamen keine Adresse. Als ich Anfang des dritten Monats war, bekamen wir von einer Bekannten, die sich auch umhörte, die Adresse einer Hebamme, zu der wir gehen sollten, um weitere Informationen zu erhalten. Als wir dort ankamen, wurden wir ins Wohnzimmer geführt, wo auf dem Tisch ein Kopfkissen und ein Laken lagen. Sie erklärte, ich solle mich man gleich ausziehen und nicht so scheu sein. Da ging es mir erst auf, daß sie die Abtreibung machen wollte. Ich bekam ganz schön Angst, und als sie kurz rausging, haben wir überlegt, ob wir wieder weggehen, denn wir wollten es beim Arzt machen lassen, der uns einigermaßen Gewähr geben könnte, daß durch die Abtreibung nichts zurückblieb und nichts kaputt gemacht wird. Wir wollten keine Kurpfuscherin.

Aber hier einen Arzt zu finden, war sehr schwierig, zumal ich nur noch knapp einen Monat Zeit hatte, denn vom dritten Monat an jemanden zu finden, war so gut wie aussichtslos. Also entschieden wir uns, dazubleiben. Als sie wieder hereinkam, sagte sie, ich solle man keine Angst haben und mich endlich ausziehen, außerdem würde es nicht lange dauern. Ich zog mich aus und mußte mich auf den Stubentisch legen. Als ich dort lag, fing ich an zu heulen. Mir war ganz schön mies zumute. Sie gab mir zwei Beruhigungstabletten und eine Spritze und sagte, gleich würde mir alles ein wenig gleichgültiger. Sie fragte, ob mein Mann dabei sein wollte, riet ihm aber gleich davon ab, denn sie hätte schon oft Männer gesehen, die beim Zuschauen umgekippt sind. Er blieb jedoch. Die Frau traf die letzten Vorbereitungen, holte ihr Werkzeug, das aus Tupfer, Nadeln und einer Zange bestand, band sich eine große Gummi-Schlachterschürze und eine Lampe um und holte eine Schüssel mit heißem Wasser. Sie setzte sich auf einen Stuhl vor mich hin und sagte, ich solle meine Beine anwinkeln und auseinandernehmen. Ich mußte andauernd heulen und wäre am liebsten weggelaufen. Ich merkte überhaupt noch nichts von der Wirkung der Spritze und von den Tabletten. Als die Hebamme anfing, eine Nadel ins heiße Wasser zu tauchen, wurde meinem Mann übel. Er fragte mich, ob ich es ohne ihn schaffen würde. Mir wäre es lieber gewesen, wenn er bei mir geblieben wäre, aber wenn er umgefallen wäre, wäre uns auch nicht geholfen gewesen. Er ging hinaus. Jetzt wurde mir vollends Angst.

Als die Hebamme die erste heiße Nadel in meine Scheide einführte, durchfuhr mich ein kleiner stechender Schmerz. Sie herrschte mich an, ich solle mich nicht so verkrampfen und meine Beine auseinander lassen. Erneut ging sie daran, die Nadeln heiß zu machen, um sie in die Scheide zu führen. Die Schmerzen wurden immer größer. Dann hielt sie mit einer Zange die Scheide auf und räumte mich aus. Als ich hoch kam, wurde mir derart schlecht, daß ich mich noch eine Weile hinlegen mußte und sie uns einen Kaffee kochte.

Zuhause lag ich dann noch zwei Tage. Am dritten Tag dachten wir, ich hätte alles gut überstanden. Doch mittags stellten sich derartige Krampfwehen ein, daß meine Bekannte meinen Arzt anrief, er möchte sofort kommen. Sie hatte ihm erzählt, was gewesen war. Da er nach eineinhalb Stunden immer noch nicht gekommen war und ich wegen der Schmerzen teilweise das Bewußtsein verlor, rief sie einen Krankenwagen herbei. In der Klinik kümmerte sich jedoch niemand um mich.

Eine dreiviertel Stunde „durfte" ich im Flur liegen, bevor ein Arzt kam. Er untersuchte mich erst lange, bevor ich endlich eine Spritze bekam. Vorher fragte er mich aus, wer es denn gemacht habe. Ich sagte ihm nichts. Ich wurde auf eine Station gebracht und man erklärte mir, ich müßte noch sechs Tage dableiben und noch einmal eine Ausschabung über mich ergehen lassen.

Und dann kam der dickste Hammer! Man legte mich zusammen mit einer jungen Frau, die Vierlinge bekommen sollte und ständig Bluttransfusionen bekam. Zu meinem physischen Unwohlsein versuchten sie mich also auch noch durch diese Dinge zu quälen. Man wollte mir offensichtlich mit allen Mitteln zeigen, welch schändliches „Verbrechen" ich mit der Abtreibung begangen hatte. Niemand fragte mich auch nur ein einziges Mal nach dem Grund meiner Abtreibung.

Heute bin ich froh, daß ich noch lebe, denn vor kurzem erfuhr ich, daß gerade bei dieser Methode der Abtreibung sehr schnell die Hauptschlagader beschädigt werden kann und man dann innerhalb kürzester Zeit verblutet. ●

Eine Genossin aus Kiel

Laken lagen. Sie erklärte, ich solle mich man gleich ausziehen und nicht so scheu sein. Da ging es mir erst auf, daß sie die Abtreibung machen wollte. Ich bekam ganz schön Angst, und als sie kurz rausging, haben wir überlegt, ob wir wieder weggehen, denn wir wollten es beim Arzt machen lassen, der uns
uns auch nicht geholfen gewesen. Er ging hinaus. Jetzt wurde mir vollends Angst.
Als die Hebamme die erste heiße Nadel in meine Scheide einführte, durchfuhr mich ein kleiner stechender Schmerz. Sie herrschte mich an, ich solle mich nicht so verkrampfen und meine Beine auseinander lassen.
Heute bin ich froh, daß ich noch lebe, denn vor kurzem erfuhr ich, daß gerade bei dieser Methode der Abtreibung sehr schnell die Hauptschlagader beschädigt werden kann und man dann innerhalb kürzester Zeit verblutet. ●
Eine Genossin aus Kiel

Früh- und Fehlgeburten — ein „persönliches Problem"?

Früh- und Fehlgeburten — ein „persönliches Problem"?

Ein Beispiel dafür, wie schwangere Frauen von den Kapitalisten behandelt werden, bietet der Flensburger Metallbetrieb Storno Electronic.

Immer wieder erleiden Kolleginnen Früh- oder Fehlgeburten. Allein im August/September bekamen zwei Kolleginnen Kinder im achten Monat. Wer die Arbeitsbedingungen der schwangeren Frauen bei Storno kennt, der weiß warum:

Vor kurzem wurde von einem Meister (ehemaliger BR-Vorsitzender) durch die Vorarbeiterinnen angeordnet, die schwangeren Frauen sollten sich nach den Pausen sofort wieder zu ihren Arbeitsplätzen begeben, nicht soviel miteinander reden und genauso arbeiten wie jede andere Kollegin auch. Dabei setzt sich die Storno-Geschäftsleitung ganz offen über § 2 Abs. 3 des Mutterschutzgesetzes hinweg, der besagt: „*Wer eine werdende oder stillende Mutter mit Arbeiten beschäftigt, bei denen sie ständig sitzen muß, hat ihr Gelegenheit zu kurzen Unterbrechungen ihrer Arbeit zu geben.*" Trotz Akkordverbot (laut Mutterschutzgesetz § 4 Abs. 3) müssen Schwangere bei Storno an ihren alten Akkordplätzen weiterarbeiten, wobei die Kapitalisten natürlich damit rechnen, daß die Kolleginnen im alten Trott weitermachen, obwohl sie auch bei geringerer Leistung den Akkorddurchschnitt der letzten drei Monate bezahlt bekommen. Da aber in Gruppen gearbeitet wird, wird praktisch die alte Stückzahl von der Kollegin verlangt. Schafft eine Schwangere das nicht, müssen die anderen ihre Arbeit mitmachen – und das zusätzlich zu ihrem eigenen Akkord.



Hinzu kommen die schlechte Luft und der Lärm in einigen Abteilungen. So werden von den Meistern monatlich ca. 1.000 Schmerztabletten an die ca. 370 Kolleginnen und Kollegen ausgegeben.

Lediglich vor einem Jahr erschien mal eine ältere Dame vom Gewerbeaufsichtsamt, um sich aus der Ferne die Arbeitsbedingungen der schwangeren Frauen anzusehen.

Geändert hat sich bis heute nichts. Die rechten Frauenfeinde in BR und Gewerkschaftsführung geben den Frauen selbst die Schuld.

Einige Frauen haben sich jetzt zur „IGM-Frauengruppe" zusammengetan, um den Frauen zu helfen und den Fettsäcken einzuheizen. ●

Danfoss-Storno-Zelle KB / Gruppe Flensburg

Unterdrückung wird vergoldet


Mode-Hit: Ring der O

Es gibt keine Schweinerei, die von den bürgerlichen Geschäftemachern nicht vermarktet würde.

Nachdem der sadistische Porno „Geschichte der O" als Edel-Produkt gesellschaftsfähig gemacht wurde, schlägt eine weitere Industrie Profit daraus, die Schmuckindustrie.

Ein Pariser „Künstler" schuf dieses „einzigartige Gebilde": Ein Silberband, an dem ein goldener Ring baumelt, als Symbol der Unterdrückung und Unterwerfung der Frau unter den Mann. Dieser Ring, hergestellt für den Film, wird für etwa DM 450.- (!) dem bourgeois-dekadenten Publikum angeboten und verkauft sich anscheinend gut. Mal sehen, was noch auf uns zukommt - demnächst aus der Textilbranche?

Rassistisches Eherecht in Israel

In Israel sind einige tausend Menschen in sogenannten „Schwarzen Listen" registriert, da für sie nach jüdischem Recht ein „Ehehindernis" besteht. In Israel, wo es keine Zivilehe gibt, sind die Rabbiner mit den Aufgaben eines Standesbeamten betraut. Sie sind ausschließlich an die seit vielen Jahrhunderten geltende Überlieferung gebunden, daß sich kein Jude mit einer Nicht-Jüdin verheiraten darf, d.h. „Mischehen" sind streng verboten. Gerade aber die Einwanderer aus den Ländern UdSSR oder auch den USA haben sich nicht an dieses Verbot gehalten, worauf sie in besagten Listen registriert wurden. Kinder aus solchen Ehen sind nur dann „ehefähig", wenn wenigstens die Mutter jüdischen Glaubens ist. Solch rassistisches Eherecht stellt auch ein Stück der zionistischen Ideologie dar, nach der sich das „Volk Gottes" vom Euphrat bis zum Nil „reinhalten" soll ...

Polizei gegen Frauen in Mailand

Mehr als 1.000 Frauen demonstrierten am 16.1. auf dem Mailänder Domplatz gegen das Abtreibungsverbot, für freie und kostenlose Abtreibung.

Einige Frauen betraten die Kirche, um auch dort, sozusagen „an der richtigen Adresse", ihre Forderungen zu bekräftigen, denn der Klerus setzt sich besonders frauen- und volksfeindlich für das Abtreibungsverbot ein.

Die Polizei nahm diesen Vorfall zum Anlaß, die Frauen auf dem Domplatz massiv mit Tränengas und Knüppel anzugreifen, während in der Kirche Bullen in Zivil Jagd auf die protestierenden Frauen machten.

Spanien: Tränengas gegen Frauen !

Im Rahmen der breiten Streikbewegung in Spanien für höhere Löhne fand am 16.1. in Madrid eine Demonstration von über 2.000 Frauen statt, die für die Freiheit der politischen Gefangenen in Spanien demonstrierten. Mit einem brutalen Tränengaseinsatz löste die Polizei die Demonstration auf. Viele Frauen wurden festgenommen. ●

Hamburg

Das Frauenheim Uferstraße wird vorerst nicht geschlossen

Ende Dezember '75 war bekannt geworden, daß der Hamburger Senat das Frauenaufnahmeheim in der Uferstraße schließen wollte. Das Heim mit ca. 50 Plätzen bietet für Frauen, die keine Wohnung haben, Alkoholikerinnen, Strafentlassene und auch Frauen, die vor ihrem prügelnden Ehemann entflohen sind, vorübergehend Unterkunft und Hilfe.

Die elf hauptamtlichen Mitarbeiter sollten am 22.1.76 neue Stellen antreten, die Frauen sollten am 31.1.76 das Haus endgültig verlassen. Durch die Schließung sollten jährlich 220.000 Mark „eingespart" werden („Hamburger Abendblatt", 8.1.76).

Zur Rechtfertigung behaupteten die Behörden, das Heim sei „unterbelegt", es habe zuletzt höchstens sechs Aufnahmen im Monat gegeben. Tatsache ist, daß zwischen dem 1.10. und 15.12.75 insgesamt 134 Einweisungen registriert wurden („HA", 16.1.76).

Die geplante Schließung des Heimes wurde von den Betroffenen nicht widerstandslos hingenommen. Die Leiterin des Heimes wandte sich an die Öffentlichkeit und gab ein Rundfunkinterview. Prompt wurde ihr eine fristlose Kündigung angedroht. Die Heimbewohnerinnen haben gemeinsam mit der Frauengruppe F.R.A.U. eine Versammlung im CVJM-Haus abgehalten; in der Innenstadt wurden von Frauen Unterschriften gesammelt. Vor dem Heim hat eine kleine Protestversammlung stattgefunden.

Nach allerlei Wirbel in der Presse hat sich der Senat entschlossen, diese Maßnahme vorerst zurückzuziehen: „*Nach zahlreichen Protesten hat Arbeits- und Sozialsenator Ernst Weiß seine Behörde beauftragt, andere Lösungsmöglichkeiten zu finden, die sicherstellen, daß das Heim auch mit einem verminderten Personalbestand weiterbestehen kann*" („HA", 22.1.76).

Jetzt muß darum gekämpft werden, daß hier nicht eine entscheidende Verschlechterung der Lage des Heims und letztlich doch dessen Schließung vorbereitet wird! ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Nur wenig Medizinerinnen zum „Bund" gegangen

Anfang des vergangenen Jahres rührte die Bundeswehr mit Sprüchen wie „Recht der Frau auf Chancengleichheit" und „Emanzipation der Frau" kräftig die Werbetrommel, um Ärztinnen anzulocken.

Die Hoffnung der Militaristen, den Sanitätsdienst der Bundeswehr durch den Einsatz von Frauen zu sanieren, hat sich jedoch bisher nicht erfüllt. Nur 117 Frauen haben sich bisher für die medizinische Offizierslaufbahn bereit gefunden. Es besteht weiterhin eine Lücke von 600 längerdienenden Ärzten bei der Bundeswehr („Hamburger Abendblatt", 10.9.75). ●

„Bis daß der Tod Euch scheidet ..."

„Reform" des Eherechts

Mitte Dezember hat der Bundestag mehrheitlich die „Reform" des Ehe- und Familienrechts verabschiedet. Obwohl die SPD/FDP-Koalition bereits mehrere Kompromisse zugunsten der Vorstellungen der CDU/CSU ausgehandelt hat, wird dieses „Reformwerk" kaum ohne weitere Veränderungen den Bundesrat passieren, in dem die CDU/CSU die Mehrheit hat. Somit ist erst 1977 mit einem Inkrafttreten dieser „Reform" zu rechnen, die bereits seit 1968 den Bundestag sowie verschiedene Untersuchungsausschüsse beschäftigt hat.

Doch die Streitfragen zwischen den bürgerlichen Parteien sind nicht von grundsätzlicher Art. Es geht nicht darum, *„eine Lösung zu finden, um die Not der in heillos zerrütteten Ehen lebenden Menschen zu beseitigen"* (Willy Brandt in seiner Regierungserklärung), sondern im Gegenteil darum, Scheidungen in Zukunft zu erschweren und verstärkt die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter zu propagieren, worüber sich alle Parteien einig sind.

Im ersten Teil dieses Artikels wollen wir auf das Zerrüttungsprinzip eingehen. Der zweite Teil dieses Artikels soll dann eine Einschätzung der sogenannten „Verfahrensregelungen" bringen, d.h. über den „Versorgungsausgleich", Unterhaltszahlungen nach der Scheidung, die Funktion des Familienrichters etc.

Vom Schuld- zum Zerrüttungsprinzip

Nach den Vorstellungen der SPD/FDP-Koalition soll in Zukunft für die Scheidungspraxis folgendes gelten:

– § 1567: *„Beantragen beide Ehegatten die Scheidung oder stimmt der Ehegatte, der die Scheidung nicht beantragt hat, der Scheidung zu, ist die Ehe stets als gescheitert anzusehen, wenn die Ehegatten seit einem Jahr getrennt leben."*

– § 1566: *„Die Ehe ist als gescheitert anzusehen, wenn die Ehegatten seit drei Jahren getrennt leben. Die Ehegatten leben getrennt, wenn keine häusliche Gemeinschaft der Ehegatten besteht und ein Ehegatte ihre Herstellung erkennbar ablehnt."*

Nach der frauenfeindlichen Regelung des § 218 ist dieser Gesetzesvorschlag ein weiterer Schlag, vor allem auch gegen die Frauen.

Denn wer sich danach scheiden lassen will, egal ob nach § 1566 oder § 1567, muß den Nachweis erbringen, mindestens ein bzw. drei Jahre a l l e i n gelebt zu haben, d.h. neue Wohnung, neue Anschaffungen, die Frage der Unterbringung der Kinder etc. Vor allem den Frauen, den unterbezahlten in der Fabrik wie auch den Hausfrauen, wird dies kaum möglich sein. Folge: Die Scheidungsraten sollen mit der Zeit enorm sinken, das „deutsche Volk" soll auf Familie machen. Daß die zudringlichen Fragen der Richter nach „Schuld" bzw. „Unschuld" der Ehepartner abgeschafft sind, ist eine Lächerlichkeit angesichts der neuen Vorschläge.

Die CDU/CSU hat jedoch selbst hieran noch Kritik, und mit ihr der Richterbund und die katholische Kirche. Es wird von ihnen vorgeschlagen, selbst nach einer Trennung von drei Jahren die Scheidung verweigern zu können, wenn der nicht scheidungswillige Partner „eheerhaltende Gründe" vorbringen kann. Damit ist die CDU/CSU zwar von ihrer Forderung nach einer fünfjährigen Trennungszeit abgerückt, will jetzt aber die Aussetzung der Scheidung um zweimal sechs Monate durchsetzen.

Kompromiß auch in dieser Frage von Seiten der SPD/FDP: Aussetzung der Scheidung um sechs Monate, *„wenn Aussicht auf Fortsetzung der Ehe besteht"*.

Bisher unklar ist noch, in welcher Form die sogenannte „Härteklausel" in das Gesetz Einklang finden soll. Sie besagt, daß vom Gericht die Scheidung v ö l l i g verweigert werden kann, wenn ein Ehepartner *„außergewöhnliche Umstände geltend macht, nach denen die Scheidung für ihn eine so schwere Härte darstellen würde, daß die Aufrechterhaltung der Ehe geboten erscheint ..."*. Alle anderen Regelungen werden von der CDU/CSU im Einklang mit der katholischen Kirche als „unsozial", „ungerecht" und gar als „frauenfeindlich" (!) abgelehnt.

Es ist reine Demagogie, vom „Zerrüttungsprinzip" als einer Reform zu sprechen! Um die Verhinderung von Scheidungen geht es in Wirklichkeit dabei! Kapitalisten und ähnliche Einkommensklassen natürlich ausgenommen, da sie jederzeit das notwendige Kleingeld für zwei, drei oder sonst wieviele Haushalte aufbringen können.

„Nur intakte und stabile Familien garantieren auf Dauer unsere demokratische Grundordnung", diesen Satz aus dem „Bayernkurier" vom 12.12.75 hat die SPD/FDP voll unterschrieben. Nach anfänglichem „Widerstand" gegen die von CDU/CSU und Kirche propagierte Formel der **„Ehe auf Lebenszeit"** hat sich Vogel im Bundestag hingestellt und ausdrücklich diese Festlegung im neuen Gesetz als „selbstverständlich" bezeichnet.

Die in der zweiten Folge zu behandelnden „Verfahrensregelungen" werden im weiteren beweisen, daß das „Leitbild von 1900" (Vogel, „Frankfurter Rundschau", 12.12.75) nicht etwa verschwinden, sondern neu aufgelegt werden soll. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauen helfen sich selbst

Frauenhäuser in London

„Nach der Scheidung Mord aus Eifersucht – Kranführer erdrosselte seine Frau, der achte Fall in gut einem Jahr" („Hamburger Abendblatt", 15.7.75).

Ähnliche Schlagzeilen finden wir fast täglich in der Presse. Die Brutalität auch in der Ehe nimmt zu, verursacht durch soziale Unsicherheit, erhöhten Druck am Arbeitsplatz und verschärft durch eine reaktionäre Ideologie, die die Frau zur Dienerin und zum Besitz des Mannes erklärt.

In Großbritannien entwickelt sich eine Front gegen die Brutalität in der Familie, der die bürgerlichen Parteien inzwischen Rechnung tragen.

So legte im September '75 ein eigens dafür eingesetzter Parlamentsausschuß dem Unterhaus ein Gesetz vor. Darin wird gefordert, Ehemänner sofort festzunehmen, falls es Anzeichen für einen körperlichen Angriff auf ihre Frau gebe.



Frauenzentrum in London: Letzte Rettung

Besonders Frauen, die von ihren Männern wirtschaftlich abhängig sind und die nicht das Geld haben, für sich und ihre Kinder, die sie meist mitnehmen wollen, eine eigene Wohnung zu mieten, können sich den Prügeln ihres Ehemannes nicht entziehen. Eine Frau, die vor der Scheidung steht, ist, wenn sie sie selbst eingereicht hat, oft besonderer Brutalität in der Familie ausgesetzt.

In England gibt es für einige der Betroffenen einen Ausweg. Seit mehreren Jahren existiert in dem Londoner Stadtteil Chiswick das „Chiswick Women's Aid Centre" (Frauenhilfe-Zentrum Chiswick). Es wurde auf private Initiative gegründet und wird vom Staat finanziell unterstützt. Hier wohnen Frauen, die die Prügeleien ihres Ehemannes nicht mehr ertragen wollten und vorübergehend eine Bleibe und moralische Unterstützung suchen. Es sind in erster Linie Arbeiterfrauen, die diese Einrichtung dringend brauchen.

Dieses Haus, mit einer Kapazität von 36 (!) Plätzen, war natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Immer mehr Frauen wollten aufgenommen werden und wurden aufgenommen, über 100 Frauen und Kinder wohnten zeitweilig im Zentrum.

Daraufhin drohte der Bezirksrat im Oktober '75, dem Heim die finanzielle Unterstützung zu entziehen, solange die Zahl der Bewohnerinnen nicht wieder auf 36 gesenkt würde. Als Antwort besetzten am 8. November 50 Frauen und Kinder ein leerstehendes Hotel im nahegelegenen Richmond, mit schönem Garten bis zum Themse-Ufer. Die Renovierungsfirma, die das Hotel übernommen hat, aber offensichtlich noch nicht weiß, wie es verwertet werden soll, hat den Frauen gestattet, vorläufig wohnen zu bleiben.

In mehreren Städten Englands gibt es gleichfalls Frauenhäuser.

Auch in Westberlin hat eine Frauengruppe die Forderung nach einem Frauenhaus an den Senat gerichtet – bisher vergeblich. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Schutz des ungeborenen Lebens"?

In England gibt es für einige der Betroffenen einen Ausweg. Seit mehreren Jahren existiert in dem Londoner Stadtteil Chiswick das „Chiswick Women's Aid Centre" (Frau-

Frauenhaus an den Senat gerichtet – bisher vergeblich. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Schutz des ungeborenen Lebens"?

Zur Lage der Kinder im Kapitalismus

Die Bourgeoisie führt zur Verteidigung des Abtreibungsverbots gern den „Schutz des ungeborenen Lebens" an.

Wie aber steht es mit der Lage der Kinder, wenn sie einmal geboren sind? Was wird getan für die, die unbedingt zur Welt komment sollen?

Es beginnt bei der katastrophalen ärztlichen Schwangerschaftsvorsorge, dem Streß und der Angst der werdenden Mütter um den Arbeitsplatz.

So liegt die Zahl der „Risikofälle" aufgrund von Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt in der BRD bei 20% (Gesellschaftl. Daten, 1973).

Die Zahl der Totgeburten bei unehelich geborenen Kindern liegt um 15% höher, als bei den ehelich geborenen – als Folge der besonderen Belastung und Diskriminierung alleinstehender Mütter (ebenda).

Der „Reichbund" spricht davon, daß jährlich 60. bis 80.000 behinderte Kinder geboren werden („RZ", 22.7.74).

Von den jährlich über 600.000 geborenen Kindern sterben 16.000 im ersten Lebensjahr, davon 40% in den ersten Stunden („RZ", 22.7.74).

Und es geht weiter so: Jährlich verunglücken mehr als 2.000 Kinder tödlich auf den Straßen, 30.000 werden schwer verletzt, die Zahl der jugendlichen Behinderten steigt steil (nach „TSp", 8.11.73). Das Wohlergehen dieser Kinder ist ein Lotteriespiel: „Ein Platz an der Sonne" ... oder auch nicht ...

Einige Zahlen noch, die für sich sprechen: 400.000 Kinder leben in Obdachlosenheimen,128.000 Kinder haben kein eigenes Bett, 120.000 Kinder fristen in Heimen ein elendes Dasein, 800.000 Kinder im Alter von einem bis drei Jahren sind sich täglich selbst überlassen (Frauenhandbuch, Lore Breuer, 1974).

1973 fehlten in der BRD nach dem „Goldenen Plan" von 1959, der die Bereitstellung von 1,5 qm Spielfläche pro Kind bis 1975 forderte, rund 100.000 Spielplätze (rororo, Gewalt gegen Kinder).

600 Kinder werden jährlich zu Tode geprügelt, 20. bis 30.000 Kinder krankenhausreif geschlagen; an diesen Kindern entlädt sich der immer stärker werdende, auf den Eltern lastende Druck: Beengte Wohnverhältnisse – 60% der drei-Kinder-Familien, zwei Drittel der vier-Kinder-Familien und mehr als 70% der Familien mit fünf Kindern sind wohnraummäßig unterversorgt (Frauenhandbuch, s.o.), – fehlende Kindergartenplätze, brutale Arbeitsbedingungen, Hetze, Akkordschinderei, Angst vor Arbeitsplatzverlust oder schon Arbeitslosigkeit, Diskriminierung durch Behörden, Vorgesetzte, Ärzte usw. ...

Kommt das Kind dann zur Schule, so erfährt es wieder die ungeheure „Fürsorge" des Staates: Lehrermangel und andere Sparmaßnahmen treffen besonders die Arbeiterkinder. Auch hier hat die BRD einen ihrer traurigen „Rekorde" zu verbuchen: Sie liegt am untersten Ende der Skala, was das Lehrer-Schüler-Verhältnis angeht; so lag es 1972/73 bis 36,5 : 1 („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 1.6.74). Elf Prozent der Hauptschüler verließen 1974 die Volksschule ohne Abschluß. 400.000 Schüler bleiben jedes Jahr „sitzen". – Das sind nur zwei der Folgeerscheinungen der „Fürsorge" des Staates für die Arbeiterkinder. Gleichzeitig werden die Kinder mit einem ungeheuren Leistungsdruck kaputtgemacht, beginnt die Konkurrenzschlacht in der Schule als Einübung fürs Leben; die „Versager" werden aussortiert.

Immer mehr Kinder gehen an diesen nicht zu bewältigenden Anforderungen zugrunde. Das Alter für Kinder-Selbstmorde sinkt auf sieben Jahre. 1970 waren es 66 Jungen und 21 Mädchen im Alter von sechs bis 15 Jahren, die Selbstmord begingen („RZ", 25.7.74). Viele Jugendliche (12,6% der 14-jährigen und Jüngeren) trinken regelmäßig Alkohol – ein Anhaltspunkt, wie groß und verbreitet die Not der Kinder ist.

Wie die Kapitalisten die beschissene Lage der Kinder ausnutzen, zeigen folgende Zahlen: 1972 wurden 1.502 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz (Verbot der Kinderarbeit) registriert. Diese Angabe beruht jedoch nur auf Ermittlungen von 2.000 Gewerbeaufsichtsbeamten, die nur 20% der Betriebe an einem einzigen Tag aufgesucht haben. Die „Dunkelziffer" läßt sich nur erahnen.

Ein weiterer Ausdruck für die Verelendung der Kinder ist die Kinderkriminalität. Nach Angaben der Hamburger Polizei befanden sich 1971 unter 563 „Rocker-Tätern" keine Kinder und nur 175 Jugendliche; zwei Jahre später waren es 34 Kinder und 751 Jugendliche!

Und der „Start ins Leben": Für viele der Start in die Arbeits- und Ausbildungslosigkeit, als billige Arbeitskräfte für die Industrie. Und dann geht's zur Bundeswehr, wo Drill und chauvinistische Hetze die männlichen Jugendlichen auf imperialistische Abenteuer vorbereiten sollen. Menschenleben zählen dabei bereits in „friedlichen" Zeiten nicht viel, wie die Manöver der letzten Zeit gezeigt haben, bei denen Soldaten und Unbeteiligte immer häufiger ihr Leben verlieren.

So sieht die Zukunft unserer Kinder in diesem kinder- und menschenfeindlichen System aus!

Und die Bourgeoisie, die für diese Lage verantwortlich ist, scheut sich nicht, den Frauen „Bequemlichkeit", „Wohlstandsdenken" usw. vorzuwerfen, wenn sie abtreiben lassen!

Zweifellos wird im Sozialismus, wo menschenwürdigere Bedingungen auch für das Aufwachsen der Kinder geschaffen werden, sich damit auch die Zahl der Abtreibungen verringern. Allerdings lehnen wir Theorien ab, die die Abtreibung n u r aus den Mißständen des Kapitalismus rechtfertigen und die Abtreibung daher im Sozialismus für „überflüssig" erklären. Auch und gerade im Sozialismus wird es Sache der Frauen und Familien selbst sein, ob und wann sie Kinder haben wollen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

DDR – „kinderfeindlich"?

Ende letzten Jahres überschlugen sich die bürgerlichen Massenmedien in ihren Kommentaren über die angebliche „Kinderfeindlichkeit" der DDR. Hierzu einige aufschlußreiche Zahlen:

Im Zeitraum 1971-75 wurden in der DDR von 100 Kindern der jeweiligen Altersgruppen 45 in Kinderkrippen, 82 in Kindergärten und 70 in Schulhorten betreut und erzogen („Neues Deutschland", 15.1.76). 1974 waren 658.427 Kinder in Kindergärten untergebracht. Die Zahl der Kindergartenplätze hat sich innerhalb der letzten 15 Jahre somit nahezu verdoppelt („Süddeutsche Zeitung", 6. 12. 75).

„Als Anschauungsobjekt dient die 'Kinderkombination IV' im Neubaugebiet Nord der Stadt Brandenburg, wo gegenwärtig 80 Krippenkinder im Alter von vier Monaten bis drei Jahren sowie 180 drei- bis sechsjährige Jungen und Mädchen betreut und erzogen werden. Diese Ausbildungsstätte, an der außer zwölf Kindergärtnerinnen und zehn pädagogischen Hilfskräften auch acht technische Kräfte sowie eine Wirtschaftsleiterin tätig sind, ist keineswegs eine Modelleinrichtung. In Aussehen, Ausstattung und Gliederung entspricht das 1972 fertiggestellte Gebäude jenem genormten Typ von Kindereinrichtungen, wie man ihn überall in den Neubauvierteln zwischen Rostock und Plauen findet." („SZ", 6. 12. 75).

Die Kosten werden fast gänzlich aus den „gesellschaftlichen Fonds" gedeckt, die z. B. 1976 mehr als 40 Milliarden Mark betragen sollen („ND", 6./7. 12.75). Die Eltern haben nur einen täglichen Essenszuschuß von 35 Pfennigen zu zahlen („SZ", 6. 12. 75).

„Allerdings" – schränkt die „Süddeutsche Zeitung" ein – *„entspricht der Ausbau eines dichten Netzes von Krippen und Kindergärten nicht nur sozialer Fürsorge, sondern auch volkswirtschaftlicher Notwendigkeit. Die gewünschte Eingliederung möglichst aller Frauen in den Produktionsprozeß – gegenwärtig sind über 80 % der Frauen im arbeitsfähigen Alter berufstätig – setzt voraus, daß der Staat ihnen zeitweilig die Sorge um die Kinder abnimmt."* (6. 12. 75). In der Tat, die Kinderkrippen und -gärten sollen es den Frauen ermöglichen, gleichberechtigt mit den Männern an der gesellschaftlichen Produktion teilzunehmen. Diese Errungenschaften einer ursprünglich sozialistischen Entwicklung der DDR sind somit auch ein Beitrag zur Emanzipation der Frau.

Neben der Einrichtung von Kinderkrippen und -gärten gibt es noch weitere materielle Unterstützungen für die Kindererziehung. Die 182.000 kinderreichen Familien der DDR (Familien mit vier und mehr Kindern) wurden 1974 mit 80 Millionen Mark aus dem zentralen Staatshaushalt unterstützt. *„Jede achte Neubauwohnung in der DDR wurde im vergangenen Jahr an eine kinderreiche Familie vergeben. Die Miete dafür beträgt nicht mehr als drei (!) Prozent ihres Bruttoeinkommens."* („Die Wahrheit", 6. 11. 75).

Lt. „Volkswirtschaftsplan 1976" sollen in diesem Jahr weitere 18.200 Kindergarten- und 10.300 Kinderkrippenplätze geschaffen werden (Sindermann, „ND", 6./7. 12. 75). Im Zeitraum 1976 - 80 sind lt. „Entwurf der Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR" 35.000 bis 55.000 Plätze in Kinderkrippen zu schaffen („ND", 15.1.76).

„In der Vorschulerziehung sind im Zeitraum bis 1980 schrittweise für alle Kinder die Möglichkeiten zu schaffen, in Kindergärten erzogen, betreut und auf den Eintritt in die Oberschule vorbereitet zu werden." (Ebenda.) – Eine eindrucksvolle Bilanz für einen „kinderfeindlichen" Staat. ●

DDR-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

Berufsverbote

Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

Linke werden gefeuert...

Weitere Schritte zur Illegalisierung der Linken

In einem Berufsverbotsprozeß gegen Wolfgang Bernhardt, Vorwurf der DKP-Mitgliedschaft, vor dem Hamburger Arbeitsgericht bedauerte der Senatsvertreter Exbürgermeister Peter Schulz, daß durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Verwendung von Verfassungsschutzangaben „eingeengt" werden könnte. Dieser angeblich „fortschrittliche" Aspekt des BVG-Urteils offenbart allerdings sofort seinen Pferdefuß: Peter Schulz kündigte an, daß in Zukunft Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen" Organisation nicht mehr durch den Verfassungsschutz belegt wird, sondern durch die Ladung von Mitgliedern der betreffenden Organisation, die als Zeugen aussagen sollen!

Im konkreten Fall kündigte er die Ladung von Kreissekretären der DKP an, die bezeugen sollen, daß Bernhardt DKP-Mitglied ist. Bei Aussageverweigerung drohen ihnen Strafen (nach „Tat", 29.11.75).

Damit ist ein Schritt getan, über das einzelne Berufsverbot hinaus politische Organisationen zu illegalisieren und in derartigen Prozessen zum eigentlichen „Angeklagten" zu machen.

Mit einem faschistischen Vorschlag meldete sich der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes, Christians, zu Wort. Er forderte „die Zusammenfassung verfassungsfeindlicher Parteien und Vereinigungen in einer öffentlich zugänglichen Liste". Bei einem solchen Verfahren – so Christians – könne jedem Bewerber für den Öffentlichen Dienst, der einer solchen Gruppierung nicht angehöre, ein „selbstverständlicher Vertrauensvorschuß" gegeben werden. („Welt", 13.1.76).

Offensichtlich nicht zufällig berichtet Springers „Welt" am gleichen Tag über zwei der DKP angehörige Bürgermeister in rheinland-pfälzischen Dörfern. An sich – schreibt die „Welt" – würden diese „Wahlbeamten" ja auch unter den „Radikalenerlaß" fallen, aber zur Zeit traue man sich offenbar noch nicht! Auch hier der Wink mit dem Zaunpfahl: Das Verbot muß endlich her!

Die Bourgeoisie stellt sehr konkrete Überlegungen darüber an, wie der Prozeß der Angriffe gegen die Linke weitergeführt werden soll. Gerade solchen kleinen vorbereitenden Schritten, wie oben angegeben, müssen wir verstärkte Aufmerksamkeit widmen. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

„Amnestie" erweist sich als Lüge

Sicherlich ist vielen Lesern die sogenannte Heinemann-Amnestie noch im Gedächtnis. Durch diese von dem damaligen Bundespräsidenten Heinemann ausgesprochene Amnestie sollten diejenigen Teilnehmer an der Studentenbewegung von einer Strafe befreit werden, die wegen Institutsbesetzungen und ähnlichen Protestaktionen von den bürgerlichen Gerichten verurteilt worden waren. Dies wurde damals als „liberaler Akt" verkauft, sollte aber in Wirklichkeit einer Protestwelle gegen die Klassenjustiz vorbeugen.

Wer nun glaubt, durch die damals ausgesprochene „Amnestie" habe sich der bürgerliche Staat verpflichtet, von einer Verfolgung der Verurteilten abzusehen, der hat sich getäuscht. Die Bewerber für den Öffentlichen Dienst in Bremen müssen heute eine Erklärung unterschreiben, in der es heißt: „Ich erkläre ferner, daß auch keine Bestrafungen erfolgt sind, die im Gnadenweg oder aufgrund einer Amnestie erlassen worden sind."

Wer nicht alle Karten offen auf den Tisch legt, wird bei Bekanntwerden seiner Verurteilung entlassen.

Die damalige Amnestie war niemals ernst gemeint. Selbstverständlich existieren auch noch alle Akten, wie eine große Zahl von Berufsverbotefällen beweist, die sich darauf stützen. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

den waren. Dies wurde damals als „liberaler Akt" verkauft, sollte aber in Wirklichkeit einer Protestwelle gegen die Klassenjustiz vorbeugen.

Wer nun glaubt, durch die damals ausgesprochene „Amnestie" habe sich der bürgerliche Staat verpflichtet, von einer Verfolgung der Verurteilten abzusehen, der hat sich getäuscht. Die Bewerber für

Die damalige Amnestie war niemals ernst gemeint. Selbstverständlich existieren auch noch alle Akten, wie eine große Zahl von Berufsverbotefällen beweist, die sich darauf stützen. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

„Zurechnungsfähig": Also Berufsverbot!

Seit einem knappen Jahr betreibt die Hamburger Schulbehörde ein Berufsverbot gegen das DKP-Mitglied Thomas Erdner. Erdner ist GEW-Funktionär und in verschiedenen Personalräten. Bislang hatte die Behörde auch nichts gegen Erdner einzuwenden, obwohl die „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes schon Jahre alt sind. Da jetzt aber seine Verbeamtung auf Lebenszeit anstand, war für die Behörde der Zeitpunkt für ein spektakuläres Berufsverbotsverfahren gekommen – gegen ein DKP-Mitglied, das nach seiner ganzen politischen Praxis tatsächlich „voll" auf dem Boden der westdeutschen Verfassung steht. Dies wird ihm von seinem Schulleiter, von Eltern, Kollegen und Schülern bescheinigt. Unsere eigenen Erfahrungen mit Erdner bestätigen das (leider) auch. Schüler der Hamburger „Aktionseinheit" konnten an seinem Unterricht nicht viel Fortschrittliches entdecken und schätzten ihn eher als autoritär ein. Unter linken GEW-Kollegen gilt er als mehr oder weniger biederer Bürokrat.

Die Reaktion jedoch nutzte Erdners aufrichtige Bekenntnisse seiner Verfassungstreue, um ihm besondere Raffinesse vorzuwerfen. Seine vielen gewerkschaftlichen Funktionen wurden in der bürgerlichen Presse eifrig benutzt, um zu zeigen, wie weit es die „Kommunisten mit ihrer Unterwanderung" gebracht haben und wie linksradikal die GEW ist.

Auf Antrag der Behörde erteilte der Personalrat – in dem Erdner selbst Mitglied ist – mit den zehn Stimmen der Mitglieder des reaktionären Philologenverbandes gegen die sieben der GEW am 12.11. der Entlassung seinen Segen. Fast gleichzeitig begann der Philologenverband die Gymnasien mit zwei Flugblättern zum „Fall Erdner" zu überschwemmen.

Der reaktionäre Deutsche Lehrerverband zweifelte Erdners Glaubwürdigkeit an, weil die DKP nicht die PCI sei (!), sondern von der DDR und der Sowjetunion abhängig.

Diese Kampagne verfing jedoch nicht. Die Personalversammlung aller Gymnasiallehrer rügte bei etwa 2.000 Anwesenden mit rund 90 % der Stimmen die Entlassung Erdners und die Zustimmung „ihres" Personalrats dazu („Hamburger Morgenpost", 11.12.75).

Zu Weihnachten erhielt Erdner seine Entlassungsverfügung – vom Senat der „Freien und Hansestadt" höchstpersönlich beschlossen. Neben den üblichen Floskeln („keine Gewähr bieten" ...) enthält der Brief einige bewerkenswerte Passagen: „Ihr Einsatz in den Mitbestimmungsgremien der Behörde ... sowie in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist nicht geeignet, die Zweifel an Ihrer Verfassungstreue auszuräumen, da die DKP von jedem ihrer Mitglieder aktive gewerkschaftliche Arbeit fordert."

Auch das Bekenntnis Erdners zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" wird von der Behörde unter deutlicher Bezugnahme auf das KPD-Verbotsurteil hinweggewischt:

„Auch Ihre Einlassung, ... , Ihre Tätigkeit orientiere sich immer an der Verfassung ... läßt ... keine andere Beurteilung zu, da die DKP zwar die erstrebte Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung zum Sozialismus ‚auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte' erkämpfen will, unter ‚Sozialismus' aber eine Gesellschaftsordnung versteht, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes nicht vereinbar ist." Hier wird jedem – also auch den Jusos – mit Berufsverbot gedroht, der nur das „Ziel" Sozialismus anstrebt.

Zum Schluß nimmt der Senat auch zu den „Unbedenklichkeitserklärungen" von Eltern, Kollegen etc. Stellung und wendet sie gegen Erdner: „Schließlich ergibt die Würdigung Ihres bisherigen Lebensweges, Ihrer fachlichen Leistungen und Ihrer persönlichen Haltung, wie sie sich nach den über Sie abgegebenen dienstlichen Beurteilungen und Stellungnahmen von Kollegen und Verbänden darstellen, nichts, was den Schluß rechtfertigen würde, daß Ihr Einsatz für eine verfassungswidrige Partei etwa den Charakter eines – vorübergehenden – Irrweges habe."

Weil Erdner nicht auf „Unzurechnungsfähigkeit" plädiert, wird praktisch seine ganze Tätigkeit – ob verfassungskonform oder nicht – gegen ihn verwendet.

Zum 31. März ist die Entlassung Erdners verfügt. Jetzt läuft das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerarbeitslosigkeit und politische Säuberungen

Die Anzahl von Referendaren mit zweitem Staatsexamen, die in Hamburg ein Berufsverbot erhalten, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Viele Fälle werden von der Behörde unter der großen Zahl arbeitsloser Lehrer „versteckt". So werden mindestens 150 ausgebildete Referendare zum 1.2. nicht in den Schuldienst übernommen. Darunter befinden sich 60 Absolventen des Vorbereitungsdienstes, die die Behörde als „Angehörige extremistischer Parteien oder Organisationen" bezeichnet und deren Ausscheiden nach Abschluß ihrer Ausbildung sie bereits angekündigt hatte (siehe AK Nr. 71). Von „offiziellen" Berufsverbotsverfahren ist uns bisher nur ein Fall bekannt. ●

Maulkorb für Referendarvertreter

Am Hamburger Studienseminar mit rund 2.000 Referendaren aller Schularten war im letzten September der langjährige DKP-nahe Referendarvorstand (RV) durch das linke Kollektiv „alternative" abgelöst worden. Der neue RV erreichte durch seine Arbeit eine wesentlich stärkere Mobilisierung der Kollegen (Auflagensteigerung der „Referendarzeitung", lebhafter Besuch auf Referendarsversammlungen).

Das blieb natürlich auch der Behörde nicht verborgen. Ende November erhielt die presserechtlich Verantwortliche der Referendarzeitung von dem Berufsverbotespezialisten der Schulbehörde Rellstab einen Brief „betreff Pflichten des Beamten im Rahmen der Bestimmungen der §§ 55 bis 58 Hamburgisches Beamtengesetz". In diesem Brief kündigt die Behörde an, die Referendarzeitung Nr. 2 zu den Personalakten der Kollegin zu nehmen, da gegen das „Maß gebotener Zurückhaltung und Loyalität, die von einem Beamten im Rahmen seiner Pflichten nach dem Hamburgischen Beamtengesetz zu fordern sind" verstoßen werde. Insbesondere wird angekreidet, daß in einem Bericht von Referendaren einem Hauptseminarleiter „plumpe Formen von Gesinnungsschnüffelei" vorgeworfen wurde, eine in Hamburg sehr populäre Parole zitiert wurde („Apel heißt er, uns bescheißt er") und daß es in einer Überschrift heißt: „Lügen haben kurze Beine, Herr Apel!"

Bei einer Unterwerfung unter diese Maßregelung, die den Referendaren sogar die Pressefreiheit verbieten und eine eindeutige Zensur aufzwingen will, wäre der Referendarvorstand als Interessenvertretung erledigt.

Der Angriff auf die presserechtlich Verantwortliche der Referendarzeitung ist nicht der erste auf gewählte Vertreter der Referendare: Seit Jahren schon werden in Hamburg Semester für Semester Referendarvertreter mit Berufsverbot belegt. Die Referendare solidarisierten sich in einer Resolution (16.12.75) mit der angegriffenen Kollegin. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Bayern: „Sparpolitik" und Gesinnungsterror

In Bayern gibt es zur Zeit 35 Berufsverbote für Lehrer. Dazu ein gezieltes Programm zur Erzeugung von Lehrerarbeitslosigkeit. Demnach werden die Prüfungszensuren, die über die Einstellung entscheiden, je nach Lehrer„bedarf" jedes Jahr neu festgelegt.

Bereits in der neuen Schulordnung (ASCHO) wird die Lehrerbeurteilung zur politischen Bespitzelung umfunktioniert. Mit Kriterien wie „paßt sich sehr gut an" bis zu „etwas rechthaberisch ... unverfroren ... oppositionell" wird über Beförderung und Entlassung (!) von Lehrern entschieden.

Einer der neuesten Einfälle des bayrischen Kultusministeriums ist die verschärfte Praktizierung des sog. Ost-Reise-Erlasses. Dieser bereits seit dem 29.4.74 bestehende Erlaß geht auf die Übereinkunft der Innenminister von Bund und Länder zurück. Danach sollten Fahrten von Staatsbediensteten in den „Osten" angemeldet werden. In einer internen Verschlußsache des bayrischen Ministeriums wird verlangt, daß jede Reise z.B. in die RGW-Länder in der Personalakte des Betroffenen vermerkt wird.

Die neueste Schweinerei des Kultusministeriums: die totale Streichung der Lehrmittelfreiheit. Danach sollen die Eltern an sämtlichen bayrischen Schulen in Zukunft die Schulbücher ihrer Kinder selbst zahlen. Die damit gewonnenen Steuermittel werden wohl dem Ausbau der Polizei zugute kommen.

Mehrere Kollegen haben bereits geschlossen die Unterschrift unter den Ost-Reise-Erlaß verweigert, solange die rechtliche Begründung dieser Maßnahme aussteht. Gegen die Streichung der Lehrmittelfreiheit läuft zur Zeit eine Unterschriftensammlung des bayrischen Familienverbandes. Damit soll die Durchführung eines Volksbegehrens erzwungen werden. ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten

Berufsverbot wegen „Beeinflussung durch Linksextremisten"

In Bayern hat sich eine ausgebildete Juristin als Richterin beworben. Ihre Bewerbung wurde abgelehnt, weil sie Mitglied in der „Vereinigung demokratischer Juristen" (VDJ) ist. Diese Vereinigung wird von den Staatsschützern als DKP-„Hilfsorganisation" angesehen.

Als Begründung für die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der VDJ wird vom bayrischen Innenminister angegeben, der Bundesvorstand dieser Organisation sei „maßgeblich kommunistisch" beeinflußt. Von 23 Mitgliedern seien sechs Mitglieder der DKP.

Der bayrische Innenminister gesteht der VDJ zwar zu, daß die Satzung auch „Ziele und Gedanken (enthält), die mit unserer verfassungsmäßigen Ordnung in Einklang stehen."

Trotzdem sei die „Beeinflussung durch Linksextremisten" aber tonangebend. Schließlich wird der Betroffenen angelastet, daß die VDJ die „kommunistisch initiierten und gesteuerten Kampagnen" gegen die Berufsverbote, gegen die Ausländergesetzgebung und für die Chile-Solidarität unterstützt.

An dieser Argumentation wird deutlich, daß heutzutage ausdrücklich die Zusammenarbeit mit Kommunisten als Grund zum Berufsverbot benutzt wird.

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe) ●

... und rechts geheuert

Steile Karriere eines Faschisten

... und rechts geheuert

Steile Karriere eines Faschisten

Ein Beispiel für die Handhabung des „Extremisten"erlasses im Öffentlichen Dienst gegenüber Faschisten sind die Vorfälle um das NPD-Mitglied Uwe Rheingans in Neustadt. Er kann in den letzten drei Jahren auf eine steile Karriere zurückblicken: Beförderung zum Oberstudienrat, 1974 zum Studiendirektor, kürzlich auf Vorschlag des Direktors der Schule Grewe – übrigens als Befürworter der Prügelstrafe bekannt – und in Abstimmung mit dem örtlichen Personalrat zum stellvertretenden Schulleiter.

Erst „nach sorgfältiger Prüfung", die *„ergeben habe, daß aus den Jahren, die der Ernennung unmittelbar vorausgegangen seien, keine Tatsachen aus dienstlichen Bereichen und auch keine politischen Aktivitäten bekannt geworden seien, die konkrete Zweifel an seiner Bereitschaft begründeten, sich jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen"* (LN, 10. 1. 76), hat die CDU-Landesregierung und ihr Kultusminister mit dem bezeichnenden Namen Braun diese Ernennung vorgenommen. In diesen *„vorausgegangenen Jahren gehörte er zunächst der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei an, trat bereits 1964 in die NPD ein und entwickelte sich dann gewissermaßen zum Chefideologen seiner Partei ..... 1970 kandidierte er für den Landesvorsitz; er unterlag damals jedoch einem ‚gemäßigteren' Kandidaten. Rheingans, so vermuteten damals die landespolitischen Kommentatoren, war selbst den NPD-Delegierten zu radikal"* (NDR, 12. 1.76). Seine Bundestagskandidatur 1972 blieb erfolglos.

„Seinen Antisemitismus machte er beispielweise deutlich, als er sich im Landtag für ein Verbot des Schächtens (Schlachten von Tieren nach den Regeln der jüdischen Religion)ausprach" (NDR, o. a.). Seine nationalsozialistischen Erbtheorien *„zeigte er im Landtag, als er erklärte, minderwertige Erbanlagen wären der Grund dafür, daß Arbeiterkinder seltener die Oberschule und Universität besuchen als Kinder aus der Oberschicht"* (NDR, o. a.). Diese Einstellungen befähigen Rheingans nach Ansicht der Landesregierung durchaus, u. a. auch das Fach Biologie (das auch die Erbkunde beinhaltet!) zu unterrichten.

Daß dies nicht nur einzelne Sprüche sind, machte Rheingans selbst in einer „Gegendarstellung" zu Berichten der bürgerlichen Presse deutlich: *„Es ist falsch, daß ich für eine reaktionäre Bildungspolitik eintrete und deshalb deutlich gefördert werde. Richtig ist ..., daß ich gegen eine Bildungspolitik eintrete, die auf sozialistischen und marxistischen Ideologien und Vorurteilen oder auf schlichter Unkenntnis der modernen wissenschaftlichen Tatsachen* (also z.B. der Rassentheorie?! – d. Red.) *beruht."* („LN", 17.1.76). ●

Genossen aus Neustadt
(Schleswig-Holstein)

SS-Obersturmführer als Schulleiter

Am Dr. Richter-Gymnasium, einer Privatschule in Kelkheim/Taunus, ist

SS-Obersturmführer als Schulleiter

Am Dr. Richter-Gymnasium, einer Privatschule in Kelkheim/Taunus, ist ein 1943 zum SS-Obersturmführer beförderter Faschist Schulleiter. Dr. Josef Müller, der sich heute Müller-Asmus nennt, erwarb seinen Doktor für Gesellschaftslehre und Geschichte mit einer Arbeit, in der der *„Rassenantisemitismus"* zum *„positiven Mitgestalter und Mitträger des Völkischen Gedankens"* erklärt wird und *„endgültige Entscheidungen"* in der *„Judenfrage"* gefordert werden. Diese Tatsachen sind der zuständigen hessischen SPD/FDP-Regierung spätestens seit Oktober 1975 bekannt, da sie mehrfach von Schreiben des Wiener Dokumentationszentrum des Bundes Jüdischer Verfolgter informiert wurde.

SS-Müller ist weiter Schulleiter für 600 Schüler , beim Verfassungsschutz liegt *„nichts gegen ihn vor"*. (Anganben nach „Unsere Zeit", 16. 1. 76). ●

Die Vergangenheit des Dr. Ries ...

Der fortschrittliche Schriftsteller Bernt Engelmann (durch zahlreiche Enthüllungen über kapitalistische Machenschaften bekannt) enthüllte in dem Buch „Das große Verdienstkreuz" die Vergangenheit des jetzigen marokkanischen Generalkonsuls und Chefs der Pegulanwerke, Dr. Ries.

Ries hatte in der Zeit des Faschismus einige Textilfabriken und Arbeitslager in Polen. In diesen Werken hatte er eine „Arisierung" vorgenommen und sowohl Juden als auch polnische Frauen und Kinder zur Zwangsarbeit herangezogen. Diese Arbeiterinnen mußten – in ihren Abteilungen eingeschlossen! – 14-Stunden-Schichten arbeiten; bei Fehlen mußten die Arbeiter mit „außerbetrieblicher Bestrafung", bzw. mit Meldungen an die GeStaPo rechnen. Ries unterhielt in Polen Arbeitslager mit katastrophalsten Arbeitsbedingungen. Besonders schweinisch soll das Arbeitslager Trzebinia gewesen sein.

Dr. Ries klagte gegen die Enthüllungen Engelmanns – allerdings ohne Erfolg. Engelmann konnte die Nazi-Vergangenheit von Ries belegen und durch weitere Enthüllungen ergänzen wie z. B. seine Freundschaft zu CDU-Kohl.

Nur weiter so!
(Angaben nach „FR", vom 15. 1. 76) ●

Beiersdorf/FZ
KB/Gruppe Hamburg

NPD-Lehrerin bleibt im Schuldienst

Noch immer im Öffentlichen Dienst befindet sich die Faschistin Eva David-Happach. Sie ist langjährige NPD-Kreisvorsitzende in Lübeck, ausserdem im Bundes- und Landesvorstand der NPD. 1975 kandidierte sie für den Landtag in Schleswig-Holstein.

Seit langem darf diese Frau an der Volksschule Marli in Lübeck als Oberlehrerin unterrichten. 1974 leitete sie ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beim Kultusminister ein (um amtlich bestätigt zu bekommen, daß sie nicht „verfassungsfeindlich" tätig sei). Ihr Antrag wurde abgelehnt, weil nach Meinung des Innenministers „die Einleitung eines formellen Disziplinarverfahrens nicht gerechtfertigt" sei. Die Überprüfung der Betätigung für die NPD habe „keine Anhaltspunkte für eine individuelle Verletzung der beamtenrechtlichen Treuepflicht" ergeben. Kein Wunder: Auf einer Wahlveranstaltung in Mölln erklärte Ministerpräsident Stoltenberg auf die Frage eines Besuchers, warum im Öffentlichen Dienst Schleswig-Holsteins so viele NPD-Mitglieder seien: *„Diese Leute sind keine Gefahr, die kenne ich alle persönlich."*
Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus ... ! ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Lübeck



lateinamerika aktuell

Chile

Doch Waffen aus den USA

US-Präsident Ford hat im letzten Jahr lautstark verkündet, die Waffenlieferungen an Chile zu sperren. In den USA ist dieses Jahr Wahl; Ford will auch Stimmen unter den Menschen gewinnen, die die offene Unterstützung der US-Regierung für die Pinochet-Junta verurteilen.

Insgeheim geht die US-Bewaffnung der chilenischen Streitkräfte über Brasilien weiter. Aber auch offene Waffenlieferungen fehlen nicht: US-Rüstungskonzerne beabsichtigen die Lieferung von 51 Kampfflugzeugen des Typs F-5 für 85,8 Mio. Dollar an das chilenische Militär („Neues Deutschland", 6.1.76).

* * *

Pascal Allende im Asyl – 5 Genossen des MIR verurteilt

Der führende MIR-Genosse Andrés Pascal Allende und seine Freundin haben von der chilenischen Junta angeblich die offizielle Ausreisegenehmigung erhalten. Die beiden Genossen dürfen nach Costa Rica ausreisen („Neue Zürcher Zeitung", 23.1.76). Sie waren nach einer grösseren Suchaktion der Geheimpolizei DINA Anfang Dezember in Malloco entkommen und hielten sich seitdem in der Botschaft Costa Ricas auf.

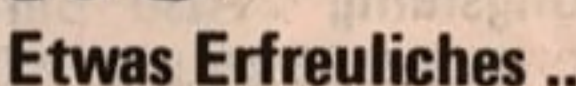
Nach weiteren Meldungen wurden insgesamt fünf Genossen des MIR von einem chilenischen Kriegsgericht verurteilt. Der Genosse Marin Ugaz erhielt 20 Jahre, Ariel Chavez Avante 15 Jahre Haft. Die übrigen drei Genossen müssen drei bis zehn Jahre in die chilenischen Gefängnisse („Frankfurter Rundschau", 20.1. und „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.1.76).

Eine Reihe von Mitgliedern der Regierung Allende, darunter auch der Generalsekretär der „KP" Chiles, Luis Corvalan, sollen demnächst von einem Kriegsgericht verurteilt werden („FR", 19.1.76).

* * *

den („FR", 19.1.76).

* * *



Etwas Erfreuliches ..

Ein Polizeioffizier ist in Santiago von Demonstranten erschossen worden, die Flugblätter von einem Haus aus auf die Straße warfen („SZ", 18.1.76).

* * *

Bolivien erhält chilenisches Territorium

Die chilenische Regierung hat zugestimmt, daß Bolivien durch Nordchile vor der peruanischen Grenze einen Korridor zum Pazifik erhält (siehe Grafik).

Der Zugang zum Meer durch chilenisches Territorium ist für das faschistische Banzer-Regime in Bolivien ein wichtiger außenpolitischer Sieg. Er garantiert der bolivianischen Bourgeoisie und dem Imperialismus den schnellen Abtransport bolivianischer Bodenschätze über einen eigenen Pazifik-Hafen, der bei der chilenischen Stadt Arica errichtet werden soll.

Mit diesem Erfolg hat Banzer seinen Tribut für die Unterstützung Pinochets auf Kosten Chiles eingetrieben.



Innerhalb der chilenischen Bourgeoisie und des Heeres haben sich durch das Abkommen mit Bolivien neue Widersprüche zur Pinochet-Regierung aufgetan. Die verletzten National-Gefühle haben durchaus einen materialistischen Hintergrund: Boliviens Bergbauprodukte konkurrieren auf dem Weltmarkt teilweise mit chilenischen!

viens Bergbauprodukte konkurrieren auf dem Weltmarkt teilweise mit chilenischen!

Außerdem haben sich Chiles Beziehungen zu Peru noch weiter verschlechtert: Der Korridor im Grenzgebiet hätte nach einem Abkommen zwischen Peru, Chile und Bolivien von 1929 der ausdrücklichen Zustimmung Perus bedurft.

* * *

Gladys Diaz wieder aufgetaucht

Nach einer Meldung von „amnesty international" vom 14.1. ist die zwischenzeitlich „verschwundene" MIR-Genossin im KZ-3 in Alamos wieder aufgetaucht.

Gladys war vor dem Putsch Vorsitzende der Journalistengewerkschaft im chilenischen Gewerkschaftsbund CUT. Nach ihrer Verhaftung bemühte sich die DGB-Stiftung „Mitbestimmung" um ein Unterkommen und eine Arbeitsstelle für die Genossin in Westdeutschland, so daß sie bei Vorlage einer westdeutschen Einreisegenehmigung aus der chilenischen Folter entlassen worden wäre. Diese Einreisegenehmigung wurde von Wischnewski (SPD) in letzter Minute widerrufen!

* * *

Westdeutscher Pfarrer mißhandelt

Der westdeutsche katholische Pfarrer Nikolaus Wyrwoll, der sich zu einem privaten Besuch in Chile aufhielt, ist mit einem chilenischen Pfarrer von der Straße weg festgenommen, in Ketten gelegt und mißhandelt worden. Beide bekamen nichts zu essen und durften nicht zur Toilette. Erst nach ausgedehnten Verhören sind sie wieder freigelassen worden („FR", 24.1.76).

* * *

Westdeutschland – Chile Propaganda für die Junta !

Ein chilenischer „Singkreis-Castilla 171 2" plant seine sechste Europatournee. Dieser Chor aus Chile besteht aus Kindern von deutschen Faschisten, die 1945 nach Chile geflüchtet sind. Chorleiter ist ein gewisser Arthur Junge. (Nach „Condor" (!), deutsch-chilenische Zeitschrift, vom 13.12.75, erscheint in Santiago).

U.a. wollen diese Leute Veranstaltungen in Hannover (4.2.), Bielefeld (6.2.), Neumünster (16.2.), Kiel (17.2.) und Hamburg (19.2.) durchführen. Diese Provokation sollte diesen Faschisten nicht reibungslos gelingen!

Singkreis

Das Zeichen des faschistischen Chors

Kolumbien Nach argentinischem Muster

Wie vor einiger Zeit in Argentinien hat sich auch in Kolumbien eine Antikommunistische Allianz gegründet (Accíon Anticomunista de Columbia). Diese faschistische Terrororganisation hat sich offen zu den Bombenanschlägen gegen die Redaktionen der linken Zeitungen „Alternativa" und „El Bogotano" bekannt. Dort waren am Morgen des 5.Dezember gegen das Haus von zwei Mitgliedern des Herausgeberkomitees von „Alternativa" eine Brandbombe geworfen worden – ohne jedoch jemanden zu verletzen. In einem in der Presse veröffentlichten Kommunique erklärte die Terrororganisation, daß diese Aktionen *„erst der Anfang eines Krieges ohne Pardon"* wären (zit. nach Horizont 52/75).

„Wir", schrieb die „Alternativa" am 8. Dezember, *„werden für die Sache des Volkes weiterkämpfen – umso mehr, als daß diese Terrorwelle nur beweist, daß wir recht haben, wenn wir den repressiven Charakter dieses Systems denunzieren, wenn sich auch dessen Präsident Lopez immer wieder als leuchtendes Beispiel für Freiheit und Demokratie verkaufen will"* (nach „Infodienst nichtveröffentlichter Nachrichten" v. 20.12.75).

Inwieweit auch die Ermordung des Genossen Mena, Mitglied der revisionistischen KP, der in der Bauernbewegung tätig war, auf das Konto der der AAC geht, ist unklar. Es ist jedenfalls der vierte Mord an einem aktiven KP-Mitglied im Jahr 1975 (n. „Neues Deutschland" vom 18.12.75).

* * *

Costa Rica Demonstration gegen Fahrpreise

Bei einer Demonstration vor dem Präsidentenpalast gegen die Erhöhung der Buștarife kam es am 9.1.76 zu „Unruhen". Die Polizei löste die Demonstration mit Tränengas auf, 100 Personen wurden verhaftet („Monitordienst", 13.1.).

* * *

El Salvador: Faschistische Mörderbande „Falange" gegründet

In der kleinen „Kaffee-Republik" El Salvador herrscht seit 1973 ein reaktionäres Regime unter Präsident Molina. Molina, früher Oberst der Armee, kam am 25. März 1972 durch einen blutigen Militärputsch an die Regierung. Unter Molina (der interessanter Weise 1957 in Spanien ausgebildet wurde) verschärften sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse drastisch. Kurz die wichtigsten Fakten:

1. Ökonomisch: 10% der Bevölkerung sind ständig arbeitslos. Hinzu kommt die Saisonarbeitslosigkeit von 30%. In der Landwirtschaft kommen auf jeden Arbeitsplatz vier Arbeitslose. Die Löhne kann man nur als Hungerlöhne bezeichnen. Die Lebenshaltungskosten verteuerten sich in den letzten Jahren um über 10% jährlich (offizielle Angaben). Nur 10% der Bevölkerung sind sozialversichert. Die Kindersterblichkeit liegt bei 52,7 je 1000 Lebendgeborenen. Alle 30 Minuten sterben in El Salvador zwei Kinder den Hungertod. Der Analphabetismus beträgt in den Städten 27%, auf dem Lande sogar 64%! Im Jahre 1974 erkrankten über 70.000 Salvadorenus an Malaria, das waren über die Hälfte mehr als 1973. Nur 45,3% aller Wohnungen verfügen über Wasser- und nur 20,9% über Abwasseranschluß („Horizont", 43/75).

2. Politisch: Nach seinem Machtantritt baute Molina die 6000 Mann starke Armee zur stärksten Militärmacht Mittelamerikas aus. In den USA kaufte er Panzer und Flugabwehrraketen, in Israel Düsenjäger. Drei Wochen nach seinem Amtsantritt setzte Molina in einem regelrechten Bürgerkriegsmanöver Panzer und Hubschrauber gegen die Universität ein. Über 400 Professoren, Dozenten, Studenten und Angestellte wurden festgenommen. Gewerkschaftsfunktionäre und Kommunisten werden verfolgt. In zunehmenden Maße werden politisch unliebsame Personen nach Guatemala und Nicaragua abgeschoben.

Seit 1973 gibt es in El Salvador ein Strafgesetzbuch, mit dem politische Gegner ohne Begründung verhaftet werden können. Jeder Streik kann danach als illegal und subversiv zerschlagen werden.

Im Februar 1973 wurden bei einer Verhaftungswelle über 100 linksgerichtete Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre eingesperrt, die zum Teil heute noch einsitzen. Der Gewerkschaftsfunktionär Tito Dimas Alas wurde ermordet. Politische Morde an Gewerkschaftsfunktionären und streikenden Landarbeitern sind seitdem keine Seltenheit mehr. So erschoß die Polizei am 30. Juli 1975 bei einer Demonstration 12 Personen und verletzte 40 schwer („Horizont", 43/75).

Gründung der „Falange"

Am 8.August 1975 wurde die Gründung der faschistischen Gruppe „Falange" bekanntgegeben, der der „AAA" Argentiniens gleicht. Die Presse El Salvadors gab der „Falange" breiten Raum in ihren Spalten. Die Zeitung „Prensa Grafica" veröffentlichte z.B. die gesamte Gründungserklärung, in der es u.a. heißt:

„Wir haben Listen und Adressen und kennen die Orte, wo sie (die Kommunisten) *sich treffen und wo sich die feigen kommunistischen Führer verstecken. Sie sind bereits zum Tode verurteilt wegen Vaterlandsverrat und Volksbetrug. Die Gerichte aber schonen sie, obwohl die Guardia sie gefangen hat. Daran kann man sehen, daß es überall Kommunisten gibt, sogar unter den Richtern. Die Beseitigung aller dieser Heuchler ist eingeleitet, niemand wird verschont. Wir werden alle hinrichten, die mit ihnen zusammenarbeiten, seien es Journalisten, kommunistische Pfarrer, Abgeordnete, gekaufte Rechtsanwälte, kommunistische Mitglieder, die durch die Dummheit der Regierung bis in die Regierung vorgedrungen sind und sogar die Militärs unterwandern konnten. (...) Wir müssen jetzt handeln, da wir es noch können, danach wird es zu spät sein. Das Volk wird begreifen, daß die Falange am Rande der Legalität handeln wird zum Wohle der Bevölkerung und seiner Freiheit, weil die Regierung wie ein lauwarmer Waschlappen ist.*

Wir arbeiten in Zellen, das sind Gruppen mit nicht mehr als sechs Personen. Sie können sich geheim organisieren und den Namen der Falange übernehmen, und im Namen von Gott und Vaterland und dem heiligen Recht auf Freiheit handeln. (...) Man kann Kommuniques an die verschiedenen Zeitungen und Radiostationen schicken mit dem Befehl der Falange, sie zu veröffentlichen. Die Institutionen, die das nicht ausführen, werden als Volksfeinde betrachtet und müssen nach und nach zerstört werden... (...) Wir werden die Richter, Oberschüler und korrupten Rechtsanwälte töten, die die Kommunisten nicht verurteilen wollen. Hoffentlich zwingen unsere Handlungen Molina, ein Regime der Tat einzurichten ..."

Die Falange El Salvadors unterhält gute Kontakte zur argentinischen AAA, zur MANO in Guatemala (vgl. AK 70) und zu den chilenischen Faschisten. Das gegenwärtige Regime El Salvadors gewährt der Falange jede nur erdenkliche Freiheit. Zu den Geheimdiensten, großen Teilen der Militärs und der Polizeiführung unterhält die Falange ausgezeichnete Beziehungen.

Frei verlangt Rücktritt Pinochets

Im Dezember legte der Führer der chilenischen Christdemokratie, Frei, militanter Antikommunist und scharfer Gegner der Allende-Regierung, ein 112 Seiten umfassendes Dokument vor, in dem er mit der dreijährigen Politik Pinochets „abrechnet". U.a. wirft Frei Pinochet die Verletzung der Menschenrechte, Folter und die Ermordung politischer Gefangener vor. Die Junta *„werde angeführt von extremistischen Gruppen, die offen ihren faschistischen (!) Charakter zeigen"* („FAZ", 21.1.76).

Die Hauptkritik Freis richtet sich gegen die miserable Wirtschaftspolitik Pinochets und gegen die außenpolitische Isolierung des Landes. So gibt Frei die Inflationsrate im vergangenen Jahr mit 400% an und sieht den Hauptgrund des wirtschaftlichen Chaos in der außenpolitischen Isolierung. Eine Verbesserung der Beziehungen zum Ausland könne nur über den Fall der Junta wieder hergestellt werden („FAZ", 26.1.76)

Der Vorstoß Freis ist im Zusammenhang mit einem „Ultimatum" von zehn chilenischen Generälen zu sehen, die im wesentlichen die gleiche Kritik an Pinochet führten und seinen Rücktritt verlangten (siehe auch: AK 72, „Lateinamerika aktuell"). Das „Ultimatum" läuft im März aus.

Hintergrund sowohl des Freidokuments als auch des „Ultimatums" der zehn Generäle bilden die sich zuspitzenden Widersprüche innerhalb der chilenischen Bourgeoisie.



Pinochet (mit von Hassel, CDU): Hat sein letztes Stündchen geschlagen?

Die wirtschaftliche Misere hat sich noch verschärft, weil die von Pinochet erhofften Auslandsinvestitionen nicht in der erwarteten Höhe hereinkamen. Dies hängt zusammen mit dem zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Boykott der faschistischen Diktatur (UNO-Resolution, Verschlechterung der Beziehungen zu Großbritannien usw.).

Frei und auch die Generäle kritisieren die Pinochet-Diktatur zwar, nennen aber keine Alternativen, wie z.B. eine von Frei vorgeschlagenen „Wiedererrichtung der Demokratie" aussehen soll.

Der Widerstand ist keineswegs gebrochen, das weiß die chilenische Bourgeoisie, so daß grössere politische Veränderungen z.Zt. nicht anstehen. Eine „Lösung" der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie kann höchstens Korrekturen am schlechten Image bringen, etwa durch das Fallenlassen des in der ganzen Welt verhaßten Pinochet.

Daß dieser Zeitpunkt näher kommt, kann man auch daran sehen, daß Freis Dokument angeblich nach Überprüfung durch eine Zensurkommission in Chile vertrieben werden darf (!) („FR", 25.1.).

Einen konsequenten Bruch mit dem Faschismus und die Erringung demokratischer Freiheiten kann nur die chilenische Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten in einem langen Kampf erreichen.

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Tribunal Russell II" verurteilt US-Imperialismus

In Rom tagte das „Russell-II-Tribunal", das sich der Unterdrückung in den lateinamerikanischen Ländern widmet. Vorsitzender ist der italienische Linkssozialist Lelio Basso. Ferner waren auf dem Tribunal anwesend: Laura Allende, die Schwester des ermordeten Präsidenten; Che Guevaras Schwester Anna Maria; der vom US-Imperialismus gestürzte Präsident der Dominikanischen Republik, Bosch; Andreas Papandreou und der Jugoslawe Dedijer.

In einem abschließenden „Richtspruch" wurden Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Guatemala, Haiti, Nicaragua, Paraguay, Puerto Rico, Uruguay und die Dominikanische Republik „verurteilt". Hauptschuldiger sei der US-Imperialismus, namentlich Kissinger, die US-Gewerkschaft AFL/CIO und der CIA, die diese Diktaturen massiv unterstützten. Auch die katholische Kirche, vor allem deren Führung, wurde scharf verurteilt, weil sie *„zum Bundesgenossen der imperialistischen Bestrebungen der USA"* geworden sei („FR", 17.1. und „NZ", 21.1.). Laura Allende rief zur politischen und wirtschaftlichen Isolierung der chilenischen Junta auf.

Das Tribunal beschloß die Einrichtung einer *„Stiftung für Recht und Befreiung der Völker"*, die die Arbeit in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fortsetzen soll.

Russel-Tribunal verurteilt Repression in Argentinien

Das Russel-Tribunal dokumentierte u.a. die Repression in Argentinien: Im Laufe der letzten 18 Monate wurden in Argentinien über 1.000 Personen durch paramilitärische und -polizeiliche Organisationen ermordet. Nur vier Mörder wurden verurteilt. Polizisten, die fünf Bauern erschossen hatten (vermutlich in Tucuman, AK) wurden freigelassen, weil sie sich angeblich in den Personen getäuscht hatten!

4.000 Menschen werden derzeit in Argentinien willkürlich gefangengehalten, 3.000 hatten noch keinen Prozeß. Nach dem Großangriff der ERP auf eine Kaserne im Dezember (vergl. AK 72) wurden über 100 Einwohner des Stadtteils, in dem der Angriff stattfand, willkürlich festgenommen. Die Familien erhielten bisher nicht die geringste Nachricht über das Schicksal der Verhafteten. Zur gleichen Zeit wurden mehr als 100 Leichen im Leichenhaus auf dem Friedhof Avellaneda aufgebahrt, aber niemand erhielt die Erlaubnis, sie zu identifizieren.



Anna Maria, eine Schwester von Che Guevara, war Zeugin, als einer ihrer anderen Brüder verhaftet wurde. Der uruguayische Gewerkschaftsführer Hugo Corres berichtete, daß *„er auf offener Straße in Buenos Aires verhaftet wurde und anschließend in einem argentinischen Gefängnis von uruguayischen Offizieren (!) verhört und gefoltert wurde"*. („Le Monde", 17.1.).

• • •

nen getäuscht hatten!
4.000 Menschen werden derzeit in Argentinien willkürlich gefangenge-

zieren (!) verhört und gefoltert wurde". („Le Monde", 17.1.).

• • •

Argentinien: Offensive der Rechtsperonisten

Mitte Januar hat Isabel Peron alle als liberal geltenden Minister ihres Kabinetts entlassen und gegen erzkonservative Peronisten, strikte Anhänger des absoluten Führerprinzips in der Partei, ausgewechselt.

Die entlassenen Minister waren Verfechter einer *„liberalen peronistischen Alternative"* und strebten die möglichst schnelle, aber freiwillige und *„reibungslose"* Ablösung Isabels an („Le Monde", 17.1.).

Isabel hat sich mit dieser Regierungsumbildung nach langem Zögern wieder eindeutig festgelegt. Sie setzt erneut und in offener Weise auf den rechtsradikalen Flügel und versucht darüber, ihre Position in der peronistischen Bewegung zu stärken.

Ob es Isabel mit der Regierungsumbildung tatsächlich gelingt, die Militärs in ihrer Vorbereitung des Staatsstreichs zu bremsen, eine *„geschlossene und dynamische Regierung"* („Neue Zürcher Zeitung", 17.1.) zu demonstrieren und ihre Wiederwahl vorzubereiten, ist allerdings mehr als fraglich. Für die Durchsetzung eben dieser Ziele hat Isabel in ihrer 1 1/2-jährigen Amtszeit schon 32 Minister verbraucht („NZZ", 20.1.). Um mehr Zeit zu gewinnen, soll der Wahltermin vom Herbst '76 jetzt doch zurück verschoben werden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.1.).

Die Offiziere haben zu der Regierungsumbildung bisher noch nicht öffentlich Stellung genommen. Es ist aber bekannt, daß sie den Provinzgouverneur von Buenos Aires, der einen ähnlichen Kurs wie die entlassenen Minister verfolgt und vor wenigen Wochen aus der peronistischen Partei und Gewerkschaft ausgeschlossen wurde, öffentlich verteidigt und geehrt haben (AK 72).

Zur Zeit laufen angeblich Verhandlungen zwischen Militärs und Isabel-treuen Gewerkschaften, um die Inflationsrate auf Kosten der Arbeiterklasse einzudämmen, dabei aber gleichzeitig erneute breite Massenkämpfe zu verhindern („Le Monde", 17.1.).

Die Unterdrückung des Volkes nimmt unterdessen weiter zu. In Rosario wurde am 10. Januar eine *„umfangreiche antisubversive Operation"* durchgeführt. Ein Stadtteil wurde vollständig abgeriegelt, alle Fahrzeuge und ihre Insassen wurden *„sorgfältig überprüft"*. Bei dieser Operation wurden neben Raupenfahrzeugen und Trägern zum ersten Mal schwere französische Panzer eingesetzt. Nach Angaben von Offizieren sollen *„solche Operationen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden"* („Monitordienst", 13.1.).

• • •



Demonstration für höhere Löhne in Buenos Aires

Argentinien
Bekanntmachung der Montoneros

Argentinien
Bekanntmachung der Montoneros

anläßlich der Freilassung des entführten Mercedes-Managers Metz



Streikende Arbeiter von der Mercedes Verwaltung in Buenos Aires

Am 23. Dezember 75 wurde der von den Montoneros entführte Produktionsleiter Metz von Mercedes Argentinien freigelassen. Am 24. Dezember mußte die Mercedes-Geschäftsleitung in zehn westeuropäischen und nordamerikanischen Zeitungen die folgende Anzeige der Montoneros veröffentlichen. Dies war eine der Bedingungen für die Freilassung von Metz.

Die Montoneros geben zunächst die Gründe für die Entführung des Mercedes-Managers an: Mercedes hatte 100 Arbeiter entlassen und berechtigte Lohnforderungen abgelehnt.

„Dieser Konflikt vom Oktober 75 war die Ursache für den massiven Kampf von 4.000 Arbeitern gegen die Unterdrückung durch die Regierung, und die offizielle Führung der Metallarbeitergewerkschaft. Angesichts dieser Situation sehen wir, die argentinischen Arbeiter, uns genötigt, einen beständigen Kampf zu führen, der Formen wie die Verhaftung dieses Managers einschließt.

Folgende Bedingungen stellten wir für die Freilassung des Gefangenen:

1. *Die Mercedes-Gesellschaft wird die von den Arbeitern gewählten Führer anerkennen und mit ihnen und nicht mit den Führern der offiziellen Gewerkschaft über alle Fragen zur Beilegung des Konflikts und zur Wiedereinstellung der Entlassenen verhandeln.*
2. *Die Gesellschaft wird keine Repressalien gegen die Arbeiter unternehmen, noch solche unterstützen.*
3. *Die Gesellschaft wird unserer Organisation eine hohe Strafe zahlen, die benutzt werden soll, um die Macht des Volkes im Rahmen der nationalen Befreiung herzustellen ...*
4. *Die Veröffentlichung dieses Textes ...*

Nachdem die beiden ersten Bedingungen angenommen worden waren, wurden die Forderungen der Arbeiter mit ihren wirklichen Vertretern diskutiert. Nach einem Streik von über 20 Tagen und Protestaktionen wurden die Forderung (Wiedereinstellung und Lohnerhöhung, AK) *trotz des Drucks und Boykotts der Bürokraten von der Metallarbeitergewerkschaft erfüllt.*

Aktionen wie die Verhaftung dieses Managers laufen zusammen mit anderen Maßnahmen der Volkskämpfe und zeigen den hohen Organisationsgrad, den unser Kampf für nationale und soziale Befreiung bereits erreicht hat".

Im weiteren gehen die Montoneros darauf ein, daß Isabel und die „reaktionäre Militärspitze" für die bisher schwerste Krise des „Vaterlandes" verantwortlich sind, daß der US-Imperialismus seinen Einfluß in Argentinien stärken konnte und das Volk betrogen wurde. Im weiteren mußte die Geschäftsleitung das fünf-Punkte-Programm der Montoneros vom August 75 abdrucken, mit dem wir uns im nächsten AK auseinandersetzen.

Erklärung der Revolutionären Koordinationsjunta: Ein Militärpakt gegen die Völker Latein-Amerikas

„Am vergangenen 20. Dezember fand in Montevideo, Uruguay (ein Land, das von einer blutigen Militärdiktatur unterdrückt wird) die XI Konferenz der Amerikanischen Armeen (CEA) statt. Rund 15 Länder nahmen daran teil, an erster Stelle die USA, weiter Argentinien, Chile, Bolivien, Paraguay, Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Equador, Peru, Panama, Nikaragua, Honduras, El Salvador und das Gastland.

Das zentrale Thema der Konferenz, das im Mittelpunkt aller Verhandlungen stand, war die Planung der Konterrevolution in Lateinamerika.

So schafften es die USA, den Widerstand von Peru und anderen Ländern zu besiegen, ihr eigenes strategisches Projekt anzunehmen – nämlich: die Formierung regionaler (regional: bezieht sich auf ganz Lateinamerika!) Streitkräfte mit einer höheren Kraft als die nationalen Streitkräfte.

Aufgebaut auf der Grundlage der Armeen der jeweiligen Länder, mit einer strategischen Reserve-Armee, die von der Yankee-Armee gebildet wird, sollen diese regionalen Streitkräfte die fortgeschrittensten Guerilla-Organisationen bekämpfen.

Um zum Beispiel eine Landguerilla-Armee von 1.000 Mann in der Region von Tucuman zu bekämpfen, würde Argentinien seine eigene konterrevolutionäre Armee einsetzen und dazu die Armee aus Chile, Bolivien, Uruguay und Paraguay. Für den Fall, daß die Guerilla über 2.000 Mann haben sollte, würden die nordamerikanischen Streitkräfte intervenieren.

Dadurch ist das „Inneramerikanische Abkommen zur gegenseitigen Hilfe" (TIAR), das 1947 in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde und dazu diente, die Invasion der US-Marine in der Dominikanischen Republik 1965 zu rechtfertigen, noch verschärft worden.

So wollen der US-Imperialismus, die multi-nationalen Monopole und die lateinamerikanische Großbourgeoisie die Probleme der ausgebeuteten und unterdrückten Massen unseres Kontinents lösen: mit der Koordinierung der Repression und des konterrevolutionären Krieges in dieser gesamten Region der Welt! Nach ihrer Niederlage in ihrem Aggressionskrieg gegen das heldenhafte vietnamesische Volk wenden sich die USA nun unserem Amerika zu, dem Hinterhof ihres Kolonialimperiums.

Auf der anderen Seite hat die Konferenz der „Amerikanischen Armeen" die Einberufung einer Sonderkonferenz der Armeen beschlossen. Diese Konferenz wird im Verlauf dieses Jahres in Santiago/Chile stattfinden, und der Gastgeber wird kein anderer sein als Pinochet, Komplize der Mörder. Diese Konferenz soll die Anwendungsmöglichkeiten der Verträge von Montevideo perfektionieren.

Wir rufen die Arbeiterklasse, das Volk und alle antiimperialistischen und demokratischen Kräfte Frankreichs und der gesamten Welt dazu auf, mit aller Energie dieses neue Unterdrückungsobjekt zu entlarven, das vom US-Imperialismus und seinen Agenten aufgebaut worden ist, um gegen alle Völker Lateinamerikas vorzugehen.

HASTA LA VICTORIA SIEMPRE!

Revolutionäre Koordinationsjunta (Revolutionäre Arbeiterpartei und Nationale Befreiungsarmee Boliviens, PRTB-ELN, Revolutionäre Arbeiterpartei und Revolutionäre Volksarmee Argentiniens PRT-ERP, Nationale Befreiungsbewegung-Tupamaros, Uruguay, MLN-T, Bewegung der Revolutionären Linken, Chile, MIR) Paris, Januar 1976".

(Veröffentlicht in „Le Monde", 11. Januar 1976)

Bolivien
Repression

Bolivien
Repression

gegen Bergarbeiter

Im Dezember 75 ließ die faschistische Banzer-Clique das Bergbauzentrum Siglo XX, einschließlich der Rundfunkstation der Bergarbeiter durch Truppen besetzen.

Als Begründung nannte Innenminister Juan Pereda vor der Presse, daß Sicherheitskräfte bei den Bergarbeitern „subversives Material" und Waffen gefunden hätten. Acht Personen wurden verhaftet. Die Bergarbeiter waren diejenigen, die Ende 74/Anfang 75 am entschiedensten der „Neuen Ordnung", einer Reihe repressiver Gesetze, entgegentraten.

Die „Neue Ordnung" wurde nach einem von Banzer gegen sich selbst initierten „Putschversuch" im November 74 eingeführt und hatte folgende Maßnahmen zum Inhalt:

- die angekündigten Nationalwahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben,
- Auflösung der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen,
- Zwangsrekrutierung zum Militärdienst,
- Auflösung sämtlicher politischer Parteien,
- Außerkraftsetzen des allgemeinen Arbeitsgesetzes, das bis zu einem gewissen Grade Arbeitsplätze garantierte und die sozialen Leistungen der Kapitalisten regelte.

Die Bergarbeiter riefen im November 1974 zum Streik gegen die Einführung dieser sogenannten „Neuen Ordnung" auf. Die faschistische Militärregierung ließ daraufhin, Mitte Januar 75, die Bergwerke militärisch besetzen, worauf die Bergarbeiter mit einem neuen Streik antworteten. Mehrere Führer der Bergarbeiter wurden damals verhaftet und abgeurteilt.

• • •

Mexiko
Gelungene Flucht

Aus dem Gefängnis von Guadalajara ist Ende Januar 10 Häftlingen ein erfolgreicher Ausbruch gelungen. Es handelt sich um eine Gruppe „linker Guerillas", die zu langen Haftstrafen verurteilt waren.

In dem Augenblick, als die Flüchtenden über die Gefängnismauer stiegen, erhielten sie von einem bewaffneten Trupp von außen Feuerschutz. Drei Polizisten wurden getötet und es gab zahlreiche Verletzte. Die 10 Häftlinge konnten entkommen („NZZ", 27.1.76).

Lüneburg
Breite Aktionseinheit gegen Nazi-Veranstaltung

Zum Thema „Wiedererrichtung des Deutschen Reiches und Neuaufbau Europas" sollte am 30. 1. in Lüneburg eine Kundgebung mit dem berüchtigten neo-nazistischen Anwalt Roeder stattfinden. Tags zuvor hatte er in Uelzen gesprochen.

Roeder ist einer der radikalsten antisemitischen Schreihälse in der braunen ‚scene', der seit mehreren Jahren fast ständig auf Reisen ist (u. a. sogar in Österreich und Südwestafrika), um „Vorträge" zu halten und neue Verbindungen zu knüpfen.


Nazis im Schein ihrer Fackeln – wie „damals"

In zwei Klassen Lüneburger Schulen, auf der Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule und auf einer Schüler-Eltern-Kundgebung wurden Resolutionen beschlossen, die das Verbot der Roeder-Kundgebung forderten. Der Studentenausschuß der PH nahm mit einer entsprechenden Erklärung Stellung. Schließlich kam eine breite Aktionseinheit zustande, an der sich u. a. das „Aktionskomitee gegen Berufsverbote", der KB, die DKP, die VVN, der KBW und örtliche Gruppen beteiligten. Stadtrat Wasner (SPD) erklärte zwar auf Anfrage zuerst, ihm lägen „keine Erkenntnisse über Roeder" vor und außerdem sei die Kundgebung gut, „damit die Parteien wach werden". Schließlich wurde die Veranstaltung aber doch verboten.

Trotzdem konnten 20 - 30 Faschisten, teilweise in „Kampfanzügen", am Abend unter Polizeischutz einen Fackelzug durch die Innenstadt machen. Zu einer Protestkundgebung der Aktionseinheit waren zeitweise bis zu 200 Menschen gekommen. Später trafen sich etwa 40 der mobilisierten Antifaschisten noch, um über das künftige Vorgehen bei ähnlichen Anlässen zu beraten. •

Faschistische „Kampfgruppe" vor Gericht

Einen Tag, nachdem in Hamburg der Neo-Nazi Eckart – Gründer einer „neuen NSDAP" – „zur Bewährung" laufengelassen wurde (siehe Artikel an anderer Stelle), standen in Düsseldorf neun Gründungsmitglieder einer sogenannten **„Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland"** (NKSG) vor Gericht. Das Verfahren gegen einen zehnten Angeklagten wurde „wegen Krankheit" abgetrennt.

Unter den Angeklagten sind drei Bundeswehr-Unteroffiziere.

Die Anklage lautet u.a. auf Gründung einer kriminellen Vereinigung und Verstoß gegen die Waffengesetze.

Die Angeklagten hatten sich im April 1972 getroffen, um die NSKG zu gründen, mit einer bayrischen Untergruppe „Kampfgruppe Adolf Hitler". Die Bande wollte einen „Führerstaat" errichten und trat für KZ's und Judenverfolgung ein. Sie hatten ein umfangreiches Waffenlager angelegt und führten Nazi-Feiern in Kostümen, mit Hakenkreuz-Armbinden etc., durch. Die Gruppe wurde vom Staatsapparat in den Anfängen zerschlagen, als sie gerade mit Schießübungen etc. beginnen wollte.

Wahrscheinlich ist, daß die Bande jetzt als isolierter Haufen einiger Spinner behandelt werden soll, deren Pläne nie zur Ausführung gelangten und die ohnehin viel zu harmlos waren, um Schaden anzurichten.

So winzig jetzt die Meldungen in der bürgerlichen Presse über den Prozeß sind (in den meisten Zeitungen findet sich praktisch nichts!), so gigantisch waren allerdings die Meldungen, als die Bande im Oktober 1972 aufgedeckt wurde.

Damals hieß es nämlich in knalligen Überschriften: **„Rote (!) Terrorbande gefaßt", „Kommunisten (!) kamen mit drei Koffern voller Maschinenpistolen"**. Die NSKG, so hieß es damals, habe Kontakt zu der *„kommunistischen Terrororganisation ‚Nationale Front' "* gehabt, deren Chef der *„linksradikale Armin K.J."* sei.

Dieser „Armin K.J." heißt in Wirklichkeit Karl Jochheim-Armin. Er war NSDAP-Mitglied seit 1927; 1944-45 Offizier bei der Waffen-SS. 1969 gründete er die rechtsradikale „Nationale Front". Diese wiederum arbeitete eng mit „nationalrevolutionären", d.h. „links"demagogischen faschistischen Gruppen zusammen – den „Nationalrevolutionären Basisgruppen" und der Frankfurter „Aktion Deutscher Sozialismus", die ihrerseits eng mit italienischen Faschisten zusammenarbeitete (vgl. AK 24, S. 21 und AK 40, S. 25/26).

Nachdem die absurde story von der „kommunistischen Tarnorganisation" geplatzt ist, hat die Bourgeoisie offenbar nicht mehr das geringste Interesse, den Verbindungen der NSKG-Bande zu Jochheim-Armin, zu den „Nationalrevolutionären" und zum ganzen sonstigen rechtsradikalen Sumpf nachzugehen. Der Name Jochheim-Armin soll anscheinend im Prozeß gar nicht mehr auftauchen. •

Wende im „RAF"-Prozeß?
„Kronzeuge" auch ohne Gesetz

Im Stammheimer „RAF"-Prozeß präsentierte die Anklage Mitte Januar überraschend ihren „Kronzeugen", den angeblichen Bombenbastler Dierk Hoff.

Die Anklage erhofft sich, durch diesen Zeugen die entscheidende Wende erreichen zu können.

Bislang war es der Anklage nicht möglich gewesen, mehr als Indizien gegen die „RAF" zusammenzutragen. Die „RAF"-Genossen weigern sich weiterhin, zu den ihnen vorgeworfenen Tatbeständen irgendwelche Aussagen zu machen. Hoff ist so als einziger direkt beteiligter Zeuge eine


„Kronzeuge" Hoff

zentrale Figur im Prozeß. Er gibt an, im Auftrag der „RAF" Sprengkörper u.ä. gebaut zu haben und in direktem Kontakt zu Holger Meins, Jan-Carl Raspe, Gerd Müller und Andreas Baader gestanden zu haben. Er identifizierte im Prozeß als Beweisstücke vorgelegte Sprengkörper als von ihm angefertigt.

Fürwahr ein idealer Zeuge! Die Staatsanwaltschaft hatte sich redliche Mühe mit ihm gegeben. Hoff wurde bis Mitte Januar nicht als entscheidender Belastungszeuge benannt. Inzwischen hatte er vor dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes (BGH), Horst Kuhn, ein 350 Seiten umfassendes „Geständnis" abgelegt.

Dieses wurde dann völlig überraschend Mitte Januar hervorgezaubert. Die Verteidigung bezeichnete dieses Vorgehen als „Blitzkriegstrategie".

Hoff wurde auf sein Auftreten im Prozeß intensiv vorbereitet. Während er die technischen Details seiner Arbeit in freier Rede beschrieb, spulte er alle anderen Angaben, so zu den Treffen mit den „RAF"-Mitgliedern, wie auswendig gelernt, ab. Die Bundesanwaltschaft wußte sehr gut, daß ein „zweiter Ruhland", der sich ständig in Widersprüche verstrickt, nicht zu gebrauchen wäre.

Zudem wurde Hoff durch die Prozeßtaktik der Anklage vor allzu genauen Fragen der Verteidigung geschützt. Man hatte ihr nur wenige Tage Einarbeitungszeit gegeben, obwohl sich die Prozeßsituation durch Hoffs Auftreten so erheblich verändert hat, daß die bürgerliche Presse die Pläne der Staatsanwaltschaft und des Gerichts hinausposaunt, der Prozeß könne bereits Ende des Jahres „erfolgreich" beendet werden. Ein Antrag auf Verschiebung des Prozesses um 200 Tage wurde natürlich abgelehnt.

Nach alledem nimmt Hoff faktisch die Rolle eines „Kronzeugen" ein, der als Beteiligter belastende Aussagen macht und selber mit Strafminderung rechnen kann, oder gar ganz ungeschoren bleibt. Nach einer Nachricht der „Neuen Presse" (Frankfurt) vom 13.1.76 gab Bundesstaatsanwalt Wunder an, es stehe noch nicht fest, ob Hoff überhaupt angeklagt werde!

Ein Mithäftling von Hoff, Gerd Jacob, bot dem Gericht an, zu bestätigen, daß Hoff von der Staatsanwaltschaft unter Druck zu den belastenden Aussagen verleitet wurde und ihm dafür Sraferleichterung versprochen wurde.

Zudem lanciert die Justiz vorsorglich eine Kampagne für den „irregeleiteten" und von der „RAF" zu seinen Taten gezwungenen „Bastler". Damit soll eine Praxis legitimiert werden, deren gesetzliche Regelung immer noch nicht durchgeführt wurde. Die Staatsanwaltschaft hat sich ausserhalb der Legalität mit Hoff einen „Kronzeugen" geschaffen, mit dem sie hofft, aus der verfahrenen Prozeßlage herauszukommen und der Verteidigung den entscheidenden Schlag zu versetzen.

Es kann nicht verwundern, daß zur Absicherung eines solchen Vorgehens der Vorsitzende des Gerichts, Prinzing, in rechtswidriger Weise der Verteidigung das Aussageangebot von Gerd Jacob vorenthielt – und den nach Bekanntwerden dieser Tatsache zum x-ten Mal gestellten Befangenheitsantrag ablehnte. Es gibt offensichtlich keine Rechtsbeugung, die die Staatsschutzkammer nicht bereit wäre zu begehen, wenn sie damit nur zu einem „erfolgreichen" Ende des Prozesses kommt. •

IKAH (Arbeiterhilfe Hamburg)

Beten, fasten ... und was dann?

Wie berichtet (AK 69, S. 15) treibt seit Ende letzten Jahres eine rechtsradikale Sekte auch in der BRD ihr Unwesen, die sogenannte „Vereinigungskirche" (UCI).

▶ Oberhaupt dieser Sekte ist der südkoreanische Multimilionär Mun, Besitzer diverser Firmen (u. a. Waffenfabrik), der schon frühzeitig neben religiösen Aktivitäten „Aufklärungsgruppen zur Besiegung des Kommunismus" einrichtete.

▶ Stellvertreter ist Bo Hi Pak. Er baute den südkoreanischen Geheimdienst auf, war Militärattaché in Washington mit ausgezeichneten Verbindungen zum CIA, Vorsitzender der „Korean Cultural and Freedom Foundation" (KCFF).

▶ Rechtsberater der KCFF wiederum ist Robert Amory, ehemaliger stellvertretender Direktor für Nachrichtenbeschaffung im CIA.

▶ Der englische UCI-Vertreter, Denis Orme, hat sich besonders durch „Kopf-ab"-Forderungen für Menschen, die „sich am heiligen Leben eines Polizisten vergreifen" und Agitation gegen die Einwanderung Farbiger in Großbritannien hervorgetan.

▶ Der CIA-Mann William Blatty, Mitglied der „Asian Peoples Anticommunist league", einer Unterorganisation der UCI, ist Autor des Buches zu dem Kinokassenknüller „Der Exorzist" (Teufelsaustreiber).

▶ Offizieller westdeutscher Repräsentant der Londoner Konferenz der „World Anticommunist League" (Vorläufer der UCI) war Altnazi und Ex-Bundesvertriebenenminister Prof. Dr. Theodor Oberländer, ehemaliges CDU-Mitglied, Gründungsmitglied der rechtsradikalen „Gesellschaft für freie Publizistik e. V.". Diese Liste (nach dem Frankfurter Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 103) ließe sich noch verlängern.

Zunächst hatte sich die C.A.R.P., „Studentenorganisation" der UCI, auf Frankfurt beschränkt und dort Flugblätter und Zeitungen verteilt. Inzwischen sind in jeder größeren Stadt der BRD antikommunistische Flugblätter (Auflage nach eigenen Aussagen eine Million) aufgetaucht.

Die Stoßrichtung dieser Flugblätter ist nur spärlich mit ein bißchen religiösem Brimborium verkleistert, danach kommt man gleich zur Sache:

„Betet! Fastet! Handelt! Gegen den Kommunismus. Für die Wiedervereinigung Deutschlands."

An anderer Stelle heißt es z. B.:

▶ Zu den Berufsverboten:

„Kindergärten, Schulen und Universitäten müssen von den kommunistischen Einflüssen gereinigt werden, um eine normal menschliche Erziehung zu ermöglichen."

▶ Zur DKP:

„Der orthodoxe Kommunismus Moskauer Prägung, der durch die DKP verkörpert wird, ist ... die gefährlichste Form des Linksradikalismus."

– Zum Sozialismus:

„Der 'große Befreier' hat in der Sowjetunion von 1917 bis heute wenigstens 60 Millionen Menschen liquidiert. In China liegt die Zahl zwischen 30 und 60 Millionen. Und viele Millionen anderswo." (Alle Zitate aus Flugblättern.)

Wie nicht anders zu erwarten, treten diese „Partisanen Gottes" zum Flugblattverteilen unter Polizeischutz an.

Ein Beispiel aus England macht deutlich, wie wenig Interesse der gesamte Staatsapparat an einer Verfolgung und Untersuchung zeigt:

Der englische Labour-Abgeordnete Paul Rose startete eine parlamentarische Anfrage zur UCI und wurde kurz danach wegen Verleumdung auf Schadensersatz gegenüber der Kirche verklagt. Dabei reichen allein die in den „Randzonen" der „Kirche" bekanntgewordenen Praktiken für ein Verbot aus:

▶ Obwohl öffentlich immer wieder erklärt wird, daß die „Kirche" sich aus eigenen Mitteln (durch Verkauf von Heiligenbildchen, Erdnüssen etc.) finanziere, ist dies angesichts der aufwendig betriebenen Kampagnen sehr fragwürdig.

▶ Die „Vereinigungskirche" vertreibt eine koreanische Ginseng wurzel. Als in England der Umsatz mit angeblich krebsheilender Wirkung gesteigert werden sollte, wurde der Werbefeldzug vom Verbraucherschutz gestoppt (in der BRD wird der Vertrieb dieser „Wunderwurzel" von Reverend Werner, Oberhaupt der Westdeutschen Sektion, über Scheinfirmen organisiert). In Japan, Amerika und England sind außerdem die erpresserischen Sammelpraktiken der „Partisanen Gottes" angezeigt worden.

▶ Außerdem wurde bekannt, daß die gewonnen „Mitglieder", die in Spezial-Camps Seminare zur „Neuen Kritik des Kommunismus" durchlaufen und Schulungskurse in den USA erhalten und als jederzeit verfügbare Stoßtrupps u. a. auch in Karate ausgebildet werden, häufig ihr gesamtes Vermögen, hin und wieder sogar durch Erb-Übereignung, an die Organisation abgeben müssen.

▶ Eltern erstatteten Anzeige wegen Verschleppung ihrer Kinder.

▶ Jugendverbände und Kirchen protestierten gegen die UCI usw. usw. Über diese halb- bis illegalen Praktiken der UCI wird in der BRD von Polizei und Justiz großzügig hinweggesehen.

Zu fordern ist, daß eine Organisation wie C.A.R.P. als faschistischer Stoßtrupp verboten werden muß. Allein aufgrund ihrer Praktiken und Aktivitäten ist offenbar so viel Material vorhanden, daß im Hessischen Innenministerium Ermittlungen angestellt werden, daß z. B. in Österreich diese Organisation zumindest zeitweilig verboten wurde.

Die drei Todsünden...

Um sich gegen „Sittenverfall und maßlose Verherrlichung des Geschlechtlichen" zur Wehr zu setzen, hat der Vatikan ein Dokument herausgebracht, das „guten Katholiken" folgendes Verhalten vorschreibt:

1. *„Der Zweck des Geschlechtsaktes muß nach wie vor die Zeugung von Kindern innerhalb einer vor der Kirche gültig geschlossenen Ehe sein ...".*
2. Homosexualität ist *„krankhaft"* und zu verurteilen, da sie *„dem sittlichen Empfinden des christlichen Volkes"* widerspricht.
3. Selbstbefriedigung ist eine *„schwer ordnungswidrige Handlung"*, ein *„Laster"* und eine der schwersten *„Sünden"*.



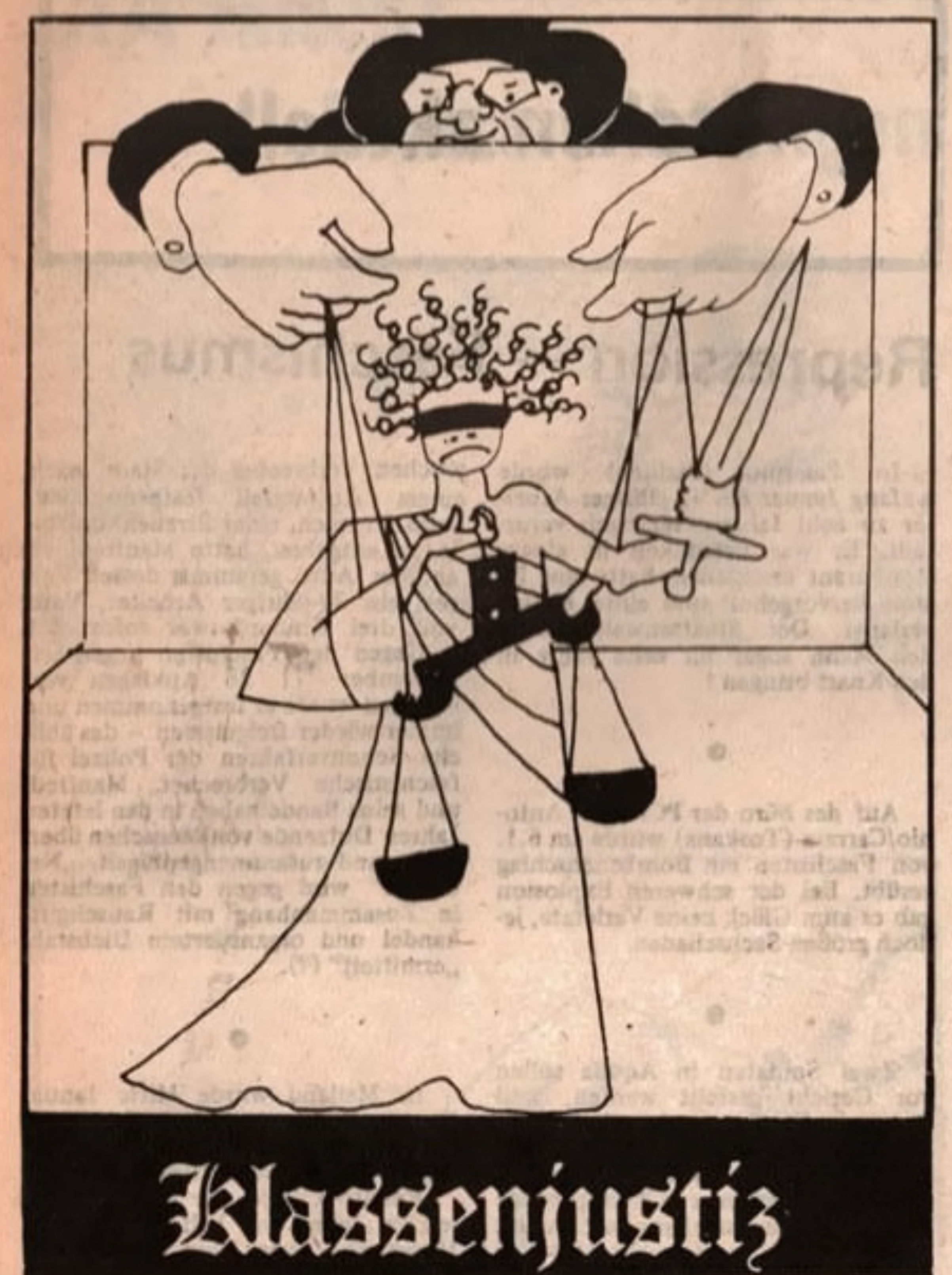
Diese „Drei goldenen Regeln des Lebens" stammen aus dem 4. Jahrhundert „nach Christus" und sind laut Papst Paul folgendermaßen durchzuhalten:

„Disziplin von Sinnen und Geist"; „Wachsamkeit und Klugheit"; „nützliche Beschäftigung und beharrliches Gebet ...".

Oder in einfachen Worten ausgedrückt: Arbeiten, viel arbeiten, wenig schlafen, Bibel studieren, Rosenkranz beten, Sport treiben und kalt schlafen und duschen?!

Zur Hölle mit solchem Gesocks! •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Klassenjustiz

Disziplinarverfahren gegen fortschrittlichen Arbeitsrichter!

Gegen einen fortschrittlichen Hamburger Arbeitsrichter ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Der Grund sind folgende „Vorfälle":

- Der DGB hatte nach der Erschießung von 5 Antifaschisten in Spanien am 2.10.75 zu zwei Schweigeminuten aufgerufen.

Der Richter befolgte diesen Aufruf des DGB, indem er eine Verhandlungspause im Gericht um eine Minute verlängerte. Die Arbeitgeber fühlten sich hierdurch gezwungen, „politische Bekenntnisse" anzuhören bzw. abzugeben und beschwerten sich bei der dienstvorgesetzten Behörde des Richters!

- In einem anderen Prozeß hatte der Arbeitsrichter in engagierter Form gegen die Entlassung einer Psychologin aus einem kirchlichen Heim für schwer erziehbare Kinder Stellung genommen. Die Kirche hatte die Entlassung durchgezogen, obwohl darunter selbst nach Aussage der Heimleiterin die Kinder schweren Schaden erlitten.

Mit diesem Disziplinarverfahren will die Hamburger SPD-Bürokratie alle diejenigen Arbeitsrichter einschüchtern, die sich bislang für die Interessen der Kollegen und nicht die der Kapitalisten eingesetzt haben.

Da die Behörde aber die meisten gegen den Arbeitsrichter erhobenen Vorwürfe unbesehen von den Kapitalisten und der Kirche übernommen hat und die von diesen Stellen gegebenen Schilderungen größtenteils falsch sind, kann man nur hoffen, daß der Schuß der SPD-Bürokratie nach hinten los geht! •

Agitation auf dem Arbeitsamt = „Hausfriedensbruch"

In Stuttgart fand am 26./27.1.1976 ein Prozeß gegen vier arbeitslose Kollegen statt, denen *„gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch"*, *„gewaltsamer Widerstand gegen die Staatsgewalt"* und *„Gefangenenbefreiung auf dem Stuttgarter Arbeitsamt"* vorgeworfen wurden. Die Kollegen gehörten einem Arbeitslosenkomitee an, das arbeitslose Kollegen über ihre Rechte aufklärten und sie gegen die bürokratischen Schikanen des Arbeitsamtes unterstützte. So gibt es in Stuttgart für 12.000 Arbeitslose nur eine einzige Anmeldestelle, wo die Kollegen nicht mal über ihre minimalsten Rechte unterrichtet werden.

Das Arbeitslosenkomitee bekam vom Direktor des Arbeitsamtes Hausverbot, wodurch sich die Kollegen allerdings nicht von der weiteren Agitation und Unterstützung der Arbeitslosen abhalten ließen. Die herbeigerufenen Bullen nahmen die angeklagten Kollegen fest. Vor Gericht verwickelten sich die Polizisten derart in Widersprüche, daß der Vorwurf der „Gefangenenbefreiung" fallengelassen werden mußte. Der „gewaltsame" Widerstand bestand darin, daß die zwei Polizisten durch eine Menge von 60 Kollegen hindurch mußten. Der Staatsanwalt forderte eine harte Bestrafung, damit das Arbeitslosenkomitee nicht mehr auf dem Arbeitsamt agitiert.

Das Urteil lautete dann zweimal DM 250,-, einmal DM 150,- und einmal DM 100,- wegen „gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs". •

Böse Erinnerungen ...

...wurden bei dem polnischen Diplomaten H. Wroblewicz wach, als er sich im November 1975 in München aufhielt. Dort wurde er wegen angeblicher Spionage von dem Hauptkommissar Kundörfer festgenommen, der sich aufführte wie *„ein Epigone* (Nachkomme) *der Hitlerzeit"* (Wroblewicz).

Ähnlich zynisch habe sich der Bundesrichter Buddenberg benommen: Der Diplomat wurde e i n e n Monat festgehalten, die ersten fünf Tage durfte er sich nichts zu Essen kaufen. Sogar die Medikamente, die er wegen seines Herzleidens dringend benötigte, wurden ihm weggenommen („Frankfurter Rundschau", 5.1.1976). Dieses Herzleiden stammt aus dem Konzentrationslager Dachau, wo Wroblewicz vor 1945 längere Zeit gefangengehalten wurde. Um diesen Ort noch einmal zu sehen, war der polnische Diplomat nach München gekommen. Er wird sicher einen nachhaltigen Eindruck nach Polen mitgenommen haben! •

Angriff auf Schülerzeitung

Kassel: Zu DM 500,- Geldstrafe wegen „Hausfriedensbruch" wurden zwei Verkäufer der Schülerzeitung „Auseinandersetzung" verdonnert. Ein Kasseler Schuldirektor glaubte den Schulfrieden gestört, weil am Haupteingang der Schule die Schülerzeitung verkauft wurde. Er behauptete einfach, die Verkäufer seien innerhalb des Schulgeländes gewesen.

Das Oberlandesgericht Frankfurt bestätigte in einem Revisionsverfahren das Urteil, gab aber die Sache wieder ans Amtsgericht zurück, weil es das hohe Strafmaß für unzureichend begründet hielt. Das Amtsgericht scherte sich nicht um die OLG-Entscheidung, sondern wiederholte das Strafmaß des ersten Prozesses. Richter Lengmann wertete strafverschärfend, daß die Schüler weiter verkauft haben, als bereits eine Anzeige gegen sie vorlag. Dies ist in Langmanns Augen *„Störung des Schulfriedens"*, *„bewußte Untergrabung der Autorität des Direktors"* und *„Uneinsichtigkeit der Angeklagten"*.

Die beiden Schüler, für die sich Prozeß-, Anwaltskosten und Geldstrafen bisher schon auf über DM 1.500,- belaufen, haben gegen diesen Urteilsspruch erneut Rechtsmittel eingelegt (nach „Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten", 17.1.1976). •

Politische Zensur im Knast

Die Pressezensur, die durch das neu verabschiedete Maulkorbgesetz §88a jetzt allgemein praktiziert werden kann, ist schon heute im Knast die Regel.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß im Knast die Post der Häftlinge zensiert wird. Das gilt natürlich insbesondere für die politischen Gefangenen. Neu dürfte allerdings sein, daß dafür, wie jetzt in Hamburg, Vordrucke (!) verwendet werden. Das Amtsgericht Hamburg hat ein Formular entworfen, nach dessen Text die totale Abschneidung der Inhaftierten von linker Presse geplant ist. Am 29.12.75 wurde eine für einen politischen Gefangenen bestimmte Sendung der „Kommunistischen Volkszeitung" angehalten und an den Verlag zurückgeschickt. Begründung: *„Die Schrift fordert unverblümt zur Gewalt auf, wobei sich die Tendenz auf Gewalt schlechthin (?) ausrichtet...Damit wird der illegale und gewaltsame Kampf gegen die bestehende Ordnung glorifiziert, ... Die beanstandete Schrift ist daher geeignet, die Ordnung in der Anstalt zu gefährden... Darüber hinaus ist die Sendung deshalb zu beanstanden, weil ihr Inhalt dazu dienlich ist, den Empfänger dazu anzureizen, an den bisher erkennbaren Zielen festzuhalten und daran in der U-Haftanstalt weiterzuarbeiten..."*

Dies alles ist im Formular vorgedruckt! Es werden nur noch der Name des Gefangenen, der Zeitung sowie einige Überschriften von Artikeln eingesetzt und fertig ist die Laube.

Mit dieser Praxis ist die Anwendung des Maulkorbgesetzes schon vorweggenommen. •

Maulkorb für den Schriftsteller A. Andersch

Auf Weisung von Südwestfunk-Programmdirektor Stolte ist im letzten Literaturmagazin, das regelmäßig im Dritten Fernsehprogramm ausgestrahlt wird, ein Gedicht von A. Andersch mit politischer Zensur belegt und aus der Sendung nachträglich herausgestrichen worden. In diesem Gedicht schreibt Andersch: *„ein volk von / ex-nazis / und ihren / mitläufern /betreibt schon wieder / seinen lieblingssport / die hetzjagd auf / kommunisten / sozialisten / humanisten / dissidenten / linke"* und *„eine neue gestapo"*, *„daß man schon wieder / eine lehrerin / gefoltert hat / das neue KZ / ist schon errichtet."*

Stolte (der demnächst als Programmdirektor zum ZDF geht) sieht hier eine *„Verleumdung der Republik und der Lebensumstände, die wir haben"* gegeben und damit die Verletzung der Programmrichtlinien. *„Für eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt (sei) es nicht möglich, diese billigste Polemik und Agitation"* zu verbreiten, denn so Stolte, man könne nicht *„die freieste Republik, die es je auf deutschem Boden gab, mit dem unfreiesten Terrorregime"* vergleichen (FR, 23.1.).

Nun, Stolte demonstriert mit seinen Maßnahmen überzeugend das Gegenteil! •

KPD-Programm wird endgültig eingezogen

Eine vom Bundesverfassungsgericht verbotene Partei ist endgültig aufgelöst. Auch durch eine Änderung der politischen Zielsetzung kann sie sich nicht dem Verbot entziehen. So entschied jetzt der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs und hob damit eine gegenteilige Entscheidung des Landgerichts Flensburg auf. Die Richter ordneten an, daß die im Februar 1968 gedruckten Programmentwürfe der 1956 verbotenen KPD eingezogen und die dazugehörigen Druckplatten vernichtet werden müssen. In der Entscheidung heißt es, jede Lebensäußerung der aufgelösten Partei und jede Unterstützung eines verbotswidrigen Aufrechterhaltens ihres organisatorischen Zusammenhaltes verstoße gegen das Gesetz. Dabei komme es auch nicht darauf an, ob das eingezogene Material selbst verfassungsfeindlichen Inhalt habe (nach „Frankfurter Allgemeine", 29.1.1976).

Die Herren Bundesverfassungsrichter steuern damit offensichtlich den Kurs einer schärferen Auslegung des KPD-Verbots an. •

Nach Prozeßbesuch als „Gewalttäter" abgestempelt

Wir haben schon im letzten ARBEITERKAMPF berichtet, daß in dem Prozeß gegen den „KPD"-Sympathisanten Öllerer in Wendisch-Evern bei Lüneburg sämtliche Besucher des Prozesses ihre Personalausweise abgeben müssen, daß davon Kopien gemacht werden usw.

Inzwischen hat das Landeskriminalamt Niedersachsen fernschriftlich bestätigt, daß die Personalien aller Prozeßbesucher im Zentralcomputer auf einem sogenannten Protokollband gespeichert und ein Jahr lang aufgehoben werden.

Nicht bestätigt wurde allerdings, daß diese Daten auch zur Vervollständigung der „Radikalen-Kartei" verwendet werden... Dies ist allerdings zwischenzeitlich entgegen allen Dementis der Staatsschützer aufgrund folgenden Vorfalls sicher bewiesen: Demnächst findet in Hamburg ein Prozeß gegen eine „Geldräuberbande" statt. Die Angeklagten sitzen in Untersuchungshaft. Einer der Angeklagten hatte für seine Verlobte eine Besuchserlaubnis beim zuständigen Haftrichter beantragt. Diese Erlaubnis wurde der Freundin eines der Angeklagten versagt. Begründung: sie sei eine „Gewalttäterin"! Hinter dieser Einschätzung stand ein kleiner Aktenvermerk, der sich in den Prozeßakten fand: die Verlobte hatte einmal am „Debus-Prozeß" (ein sogenannter Anarchistenprozeß in Hamburg vor einigen Monaten) als Zuhörerin teilgenommen. Auch dort waren die Personalausweise der Zuhörer fotocopiert und auf „Kontrollband" gespeichert worden. Auch dort bestand eine Mißbrauchsmöglichkeit angeblich nicht.
Das Gegenteil ist bewiesen.

Chefarzt spritzt – „Hascher" sitzt

Bis zu zehnmal am Tag spritzte sich der Chefarzt einer westdeutschen Klinik Morphium-Präparate; das war in den Jahren 1965 bis 1971. Er verbrauchte in dieser Zeit rund 8.000 Ampullen („Bild", 21.1.76). Das Rauschgift verschaffte er sich immer auf die gleiche Methode: er stellte Rezepte auf die Namen seiner Patienten aus und holte dann das Morphium selber in der Apotheke ab; schließlich war er Kunde bei 58 Apotheken!

Das Verfahren gegen den Chefarzt – Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz – wurde am 20.1.76 eingestellt. Begründung des Vorsitzenden: „Der Mann hat niemanden geschädigt – nur sich selbst. Daher besteht kein öffentliches Interesse für eine Bestrafung."

Das Ergebnis des Prozesses überrascht um so mehr, da gleichzeitig Tag für Tag „kleine" Fixer oder Hascher zu hohen Geldstrafen oder Haft verurteilt werden. •

Ein Genosse aus dem AK Altona KB/Gruppe Hamburg

Wahlwerbung der „KPD/ML" verboten!

Nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster, vom 30.4.75, die jetzt veröffentlicht wurde, darf während eines Wahlkampfs trotz der angeblichen „Chancengleichheit" aller Wahlbewerber keine Werbung kommunistischer Parteien in Radio und Fernsehen ausgestrahlt werden.

Die „KPD/ML" hatte bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1975 im Rahmen der vor den Wahlen üblicherweise ausgestrahlten Parteipropaganda beim WDR ebenfalls eine Sendung eingereicht. Sie wurde nicht ausgestrahlt, weil sie sich gegen den Parlamentarismus insgesamt richtete. Das Oberverwaltungsgericht ist der Auffassung, daß politische Parteien nur *„im Rahmen des von der Verfassung selbst vorgezeichneten Zwecks der Wahl"* Propaganda machen dürfen.

Das Oberverwaltungsgericht stellt fest, daß der Sinn der Wahl die Entsendung von Abgeordneten in die Parlamente sei. Deshalb ist nur solche Wahlpropaganda legal, die ausschließlich dieses Ziel hat. In dem Wahlaufruf der „KPD/ML" wurde aber dazu aufgerufen, den Bundestag auseinanderzujagen, weil er ohnehin nichts als eine *„korrupte Schwatzbude"* sei. Außerdem hatte die „KPD/ML" propagiert, daß nicht Wahlen, sondern nur die Revolution etwas an der Lage der Arbeiter ändert.

Für die Klassenjustiz war damit klar, daß der Aufruf nicht gesendet wird. Begründung: derWahlaufruf sei kein Wahlaufruf, sondern *„enthält ein Bekenntnis zur gewaltsamen Zerstörung der von der Verfassung vorgezeichneten Volksvertretung"*. •

Als Wegelagerer „beschimpft"

Anfang Januar wurde ein Journalist von einem Hamburger Amtsrichter zu DM 2.000,- verknackt, weil er sich über eine Verkehrskontrolle beschwert hatte („Welt", 17.1.76).

Er war im Februar 1975 in eine Verkehrskontrolle geraten und dann – zwischen MP-bewaffneten Bullen – sich selbst überlassen worden. Als er sich erkundigte, wann er denn „bedient" würde, hatte er schon verspielt: Im Verlauf eines Wortwechsels gebrauchte er den Ausdruck *„Wegelagerei"* oder *„Wegelagerer"*. Davon fühlten sich zwei Bullen beleidigt. Staatsanwalt Gamelin und Richter Siekann gaben den beiden recht.

So kann es kommen, wenn man sich mit derart sensiblen Menschen wie Polizeibeamten einläßt. Nur gut, daß sie sich nicht „bedroht" fühlten und keine „Angst bekommen haben"! •

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Skandalöses Urteil gegen Kriegsdienstverweigerer

Ein richtungsweisendes Urteil fällte im September des letzten Jahres in letzter Instanz das Bundesverwaltungsgericht (Az: VI C 63,75):

Demnach können *„allzu flüssige Antworten"* eines Kriegsdienstverweigerers, *„einstudiert wirkende Promptheit"* oder *„bei einer Kriegsdienstverweigererorganisation eingeübte ‚richtige' Antworten"* Zweifel an der „Gewissenhaftigkeit" der Entscheidung begründen und zur Ablehnung führen.

Mit dieser Erklärung wurde ein Kriegsdienstverweigerer abgelehnt, frecherweise mit dem Zusatz, er habe sich *„mit der Problematik der Kriegsdienstverweigerung nicht genügend auseinandergesetzt."*

Dieses Urteil bedeutet eine weitere Verschärfung der Ablehnungspraktiken gegen das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Entweder wird die Ablehnung damit begründet, daß der Kriegsdienstverweigerer seine Gewissensentscheidung „nicht genügend plausibel" machen konnte. Wenn jedoch das Gegenteil der Fall ist, so stehen angebliche Zweifel an der „Gewissenhaftigkeit" der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer im Weg. •

IKAH Kiel

CIA fälscht Pressemeldungen





Agenten des CIA lancierten Falschmeldungen in die großen amerikanischen und englischen Nachrichtenagenturen! Das ist zwar längst kein Geheimnis mehr, wurde aber jetzt im Zuge der „Untersuchungen" über die Verbrechen des CIA konkret enthüllt.

Die „Washington Post" berichtete:

Schon kurz nach Gründung der CIA wurde ein „Korrespondentennetz" aufgebaut, das schon Anfang der fünfziger Jahre Verbindungen in über 50 Länder umfaßte.

- In Washington soll ein Komitee bestanden haben, eigens zu verhindern, daß *„US-Spitzenpolitiker auf Falschmeldungen des eigenen Geheimdienstes hereinfielen."*
- Sehr ergiebig waren offenbar Enten über die VR China während der sechziger Jahre. Auch Kommentare über die revisionistische Entwicklung in der SU sollen auf diese Weise gefälscht worden sein. (nach „FR", 19. 1. 76)

In einem Bericht des „Untersuchungsausschuß" sollen weitere Angaben enthalten sein.

- Häufiger sind Meldungen der englischen Nachrichtenagentur Reuter manipuliert worden.
- 1975 sollen 15 CIA-Agenten als freie Mitarbeiter für verschiedene Agenturen gearbeitet haben. Fünf Agenten waren bei großen Presse-Unternehmen fest angestellt. (nach „FR", 24. 1. 76)
- Die spanische Nachrichtenagentur „EFE" und die lateinamerikanische Agentur „Latin" sollen laut „Washington Post" in Chile „indirekte" finanzielle Hilfe vom CIA erhalten haben.
- Angaben darüber, wieviele Agenten zur Zeit in den Agenturen AP und UPI in der kapitalistischen Welt manipulieren, wurden vom CIA-Chef Colby verweigert. (nach „FR", 19. 1. 76)

Zumindest die Nachrichtenagenturen Reuter, AP und UPI haben auf die Berichterstattung westdeutscher Zeitungen großen Einfluß. Daß die bürgerliche Presse gern lügt, ist ja schon immer so gewesen. Nun wurde auch „offiziell" bestätigt, daß der CIA mit von der Partie ist. ●

KB/Gruppe Lübeck

US-Multis kaufen Regierungen ein

Die Untersuchungen des amerikanischen Kongresses über „Schmiergeldzahlungen multinationaler Konzerne an Parteien und Politiker" haben wiederholt b e w i e s e n, daß bei allem „demokratischen" Aushängeschild des „freien Westens" nicht die Völker bestimmen, sondern daß die Großkapitalisten, Politiker und Parteien für ihre Zwecke schlicht und ergreifend k a u f e n.

Der Chef der US-Aufsichtsbehörde über Aktiengesellschaften formuliert dies sehr vorsichtig, mit dem Ziel, die peinliche Angelegenheit herunterzuspielen: *„Zahlungen als Vermittler erhielten Regierungsmitglieder und politische Parteien für Hilfe bei der Beschaffung von Aufträgen. Einige Zahlungen gingen an Minister, um den Geschäftsgang zu beschleunigen. Andere Zahlungen erfolgten, um Steuer und Devisenvorschriften zu umgehen."*

Millionen von Dollar zahlten US-Konzerne an Politiker in der ganzen Welt. Der „Ausschuß" spricht von über 30 US-Konzernen, denen bisher nachgewiesen (!!) werden konnte, daß sie mit den Mitteln der Bestechung politische Entscheidungen in zig Ländern kauften. Einige wenige konkrete Fälle sind bisher bekannt geworden und belegt. Danach ergibt sich folgendes - durchaus lückenhaftes - Bild:

In **Südkorea** zahlte Gulf Oil an die faschistische Regierungspartei („Demokratisch - Republikanische Partei") 4 Mio. Dollar für „gute Zusammenarbeit".

Staatspräsident Park erhielt privat noch einmal 200.000 Dollar. Premierminister Tschung Tai Sung sogar 500.000 Dollar. Das Verteidigungsministerium kassierte ebenfalls 2,5 Mio. Dollar.

In **Saudi-Arabien** übergab der Flugzeug-Konzern Northrop an zwei Generäle 450.000 Dollar. Sie waren bei der Vergabe von Aufträgen besonders hilfreich.

In **Bolivien** zahlte Gulf Oil an den inzwischen krepierten Staatspräsidenten Barrientos 2 Mio. Dollar.

In **Gabun** übergab die Ölfirma Ashland an Staatspräsident Bongo 150.000 Dollar.

Um in **Honduras** eine geringere Exportsteuer für Bananen zu erhalten, überwies „United Brands" (ehemals „United Fruit") an Staatspräsident General Lopez 1,25 Mio. Dollar auf ein Schweizer Konto.

In **Kanada** erhielten von den Ölkonzernen Ashland und Gulf politische Parteien 1,5 Mio. Dollar.

Geringere Beträge gingen in die **Türkei**, **Schweden**, **Frankreich** und **Holland**.

In **Italien** erhielten politische Parteien und Politiker besonders hohe Beträge. Allein der Ölkonzern Exxon (Esso) zahlte in den letzten zehn Jahren an die italienische Regierungspartei 50 Mio. Dollar. Aber auch andere Ölkonzerne schmierten die „christliche" (!), „demokratische" (!) Regierungspartei DCI.

In den letzten Wochen tauchte ein „neuer" Name unter den Schmiergeldgebern auf: Lockheed. Lockheed, das Flugzeugunternehmen, das den Starfighter in die BRD verkaufte, gab inzwischen zu, allein ab 1970 mit 22 Mio. Dollar ausländische Politiker bestochen zu haben. Bisher sollen angeblich keine Namen von Empfängern bekannt sein, da sie offenbar noch in Amt und Würden sind. Nur soviel:

2,1 Mio. Dollar gingen an „ein hohes ausländisches Regierungsmitglied", daß bei der „Vergabe großer Verträge" eine „wichtige Rolle" spielte.

5 Mio. Dollar wurden ebenfalls an ein „hohes ausländisches Regierungsmitglied" gezahlt, das „entscheidend" auf die „Vergabe eines Auftrages für Lockheed" eingewirkt hat.

8,7 Mio. Dollar zahlte Lockheed dann noch an „ein hohes ausländisches Regierungsmitglied", das dafür sorgte, daß Lockheed einen Auftrag erhielt, zusätzliche eine weitere Mio. Dollar in bar an ein „anderes Mitglied der gleichen Regierung". Daß diese Schmiergelder von Lockheed über den Kaufpreis der Starfighter allesamt zurückgeholt wurden, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Den geschmierten Politikern stehen die angeschmierten Steuerzahler gegenüber. Das ist ein Stück „Freiheit des Westens". (Zahlenangaben nach „Monitor" vom 19.1.). ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Enthüllungen über den CIA

Wie in AK 72 kurz gemeldet, hat

Wir bringen

inzwischen krepierten Staatspräsidenten Barrientos 2 Mio. Dollar.

In Gabun übergab die Ölfirma Ashland an Staatspräsident Bongo 150.000 Dollar.

Um in Honduras eine geringere Exportsteuer für Bananen zu erhal-

zahler gegenüber. Das ist ein Stück „Freiheit des Westens". (Zahlenangaben nach „Monitor" vom 19.1.). ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Enthüllungen über den CIA

Wie in AK 72 kurz gemeldet, hat der US-Geheimdienst CIA in den letzten Monaten mindestens 6 Mio. Dollar (15 Mio. Mark) für antikommunistische italienische Politiker locker gemacht.

Weitere Enthüllungen brachte die italienische Presse – u.a. der liberale „Espresso" (18.1.76), dem wir die folgenden Informationen entnommen haben.

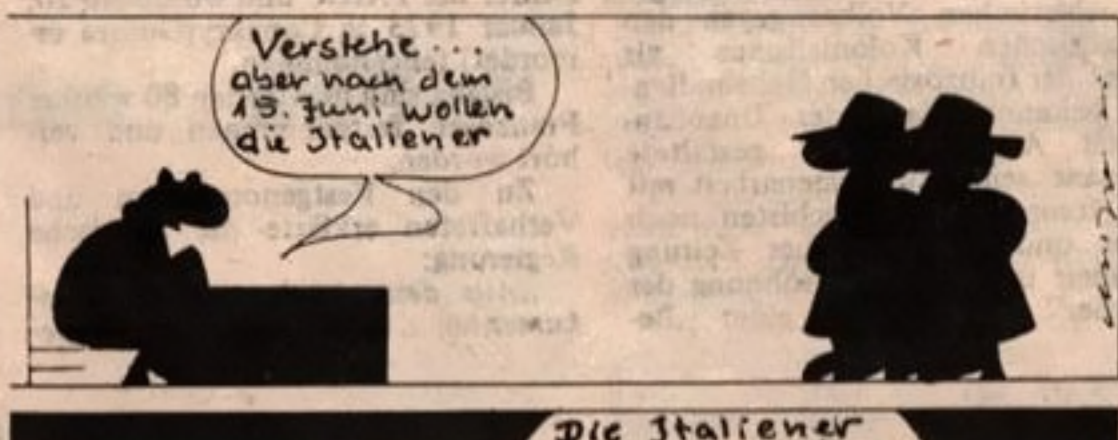
Danach hatten sich zunächst insbesondere Kissinger, sein Europa-Beauftragter Helmut Sonnenfeldt sowie der CIA-Chef William Colby und sein „Vize" Vernon A. Walters für eine stärkere Einmischung in Italien ausgesprochen. Colby und Walters gelten beide als „Italien-Spezialisten": Colby hat seine Agenten-Laufbahn in Italien begonnen; Walters war in den kritischen Jahren 1965 bis 1972 Militärattache in Italien; in diese Jahre fielen die „Strage di stato" und mehrere rechtsradikale Putschpläne. Walters hat sich wiederholt für den Einsatz von US-Truppen eingesetzt, um eine „kommunistische Machtübernahme" in Italien zu verhindern.

Laut „Espresso" ist die CIA-Filiale in Italien die zweitgrößte in Europa, nach der BRD. Der „harte Kern" besteht aus 80 - 90 Agenten, von denen etwa 50 in Rom stationiert sind; andere befinden sich in den US-Konsulaten von Mailand, Genua, Florenz, Neapel und Palermo. Viele der Agenten sind Professoren oder Absolventen der Harvard-Universität. Sie sind als „Diplomaten" getarnt; Zentrale ist die US-Botschaft in Rom. Ein weiteres Agenten-Nest ist der Buchladen „Book International" an der Via Veneto. Chef der italienischen CIA-Filiale ist seit November 75 Hugh Montgomery.

Die CIA-Agenten unterhalten ihrerseits zahlreiche Informanten und Provokateure („Mitarbeiter"). Ein wesentliches Arbeitsgebiet sind Parteien und Organisationen – angeblich befinden sich allein mindestens zwei CIA-„Mitarbeiter" in den bürgerlichen Parteien sowie einer in den Organisationen der „außerparlamentarischen Linken". „Mitarbeiter" befinden sich außerdem in den multinationalen Firmen, die Beziehungen zu italienischen Firmen unterhalten; in Firmen, die elektronische Rechner bauen bzw. instand halten; in Banken, Zeitungen, Gewerkschaften.









In Sardinien unterhält der CIA außerdem „an einem unverletzbaren Platz" (lt. „Espresso" – wahrscheinlich in einem der US- und Nato-Stützpunkte) ein Ausbildungslager für „Spezialagenten", die nach Osteuropa und in den Nahen Osten geschickt werden sollen.

„L'Espresso" berichtet weiter, daß der CIA in den fünf-iger Jahren jährlich 20 - 30 Mio. Dollar nach Italien leitete. Das Geld ging an „kulturelle" Einrichtungen, Zeitschriften, gelbe Gewerkschaften, obskure Vereinigungen und Kirchenleute. U.a. soll ein gewisser Giovan Battista Montini, der inzwischen unter dem Pseudonym Paul VI. weltweit bekannt wurde, zu den Empfängern gehört haben. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

FIAT-Prozeß hat begonnen

Im Januar hat in Neapel der lange verschleppte Prozeß gegen den FIAT-Konzern begonnen.

Zur Vorgeschichte:

Am 5.8.1971 ließ Amtsrichter Raffaele Guariniello die FIAT-Büros in Turin durchsuchen. Zutage gefördert wurde eine Kartei über mindestens 354.000 (!!!) italienische Arbeiter, die Angaben über politische Einstellung, Familienverhältnisse etc. enthielt.

Angelegt hatte diese Kartei ein Heer von Spitzeln und Schnüfflern, die der FIAT-Konzern besoldete. Auch die Schnüffler waren in einer Kartei festgehalten, die gleichfalls – zumindest teilweise – beschlagnahmt wurde.

FIAT hatte aktive Richter, Polizei-Präsidenten, SID (Geheimdienst) – Funktionäre, Polizeibeamte etc. als „Schwarzarbeiter" beschäftigt.

Während sich Polizei und Behörden nach der Durchsuchung in Schweigen hüllten, begann die kommunistische Organisation Lotta Continua am 22.9.1971 mit der Veröffentlichung von Namen prominenter FIAT-Spitzel. Darunter Enrico Stettermaier, Funktionär des SID und Abteilungsleiter für die Region Piemonte (in der Turin liegt). Ferner Marcello Guido, ehemaliger Polizeipräsident von Mailand, direkt Beteiligter an der Ermordung des Anarchisten Pinelli, der in Zusammenhang mit der „strage di stato" (Bombenanschlag am 12.12.69 auf eine Mailänder Bank, 16 Tote) während des Verhörs aus einem Fenster des Mailänder Polizeipräsidiums geworfen wurde.

Am 12. November nannte Lotta Continua die Nahmen weiterer Beteiligter an der Affäre: Gaudenzio Bono, Vizepräsident von FIAT; Niccolò Gioia, Vizegeneraldirektor von FIAT; Giorgio Garino, ehemaliger Personalchef der FIAT-Direktion, u.a.

Am 29.5.1972 wurde bekanntgegeben, daß gegen 77 Personen Anklage erhoben wurde.

Während der Prozeß weiter verschleppt wurde, leistete sich der FIAT-Konzern immer neue Schweinereien:

- Hunderte oder gar Tausende politisch aktive Arbeiter wurden gefeuert, darunter seit 1969 allein mindestens 200 Genossen von Lotta Continua;
- FIAT heuerte Arbeiter über die Büros der neofaschistischen MSI und ihrer braunen „Gewerkschaft" CISNAL an, um wieder „Ruhe" in die Betriebe zu bringen. Im „Plan 5 x 5" brachte die „Fiat-Stiftung" christdemokratische Politiker, Militärs und Faschisten zum „Meinungsaustausch" zusammen;
- Aufgedeckt wurde der „Fall Sogno", eines führenden Mitglieds der rechtsgerichteten „Liberalen" Partei PLI. Sogno unterhielt im Auftrag des FIAT-Konzerns Verbindungen zur DC, zu Militärs und zu reaktionären und proamerikanischen Kreisen des ehemaligen antifaschistischen Widerstands;
- Im „Salon" von Marella Agnelli (den Agnelli gehört der FIAT-Konzern) treffen sich Rechtsradikale, Putschplaner, FIAT-Funktionäre, ausländische Botschafter, Politiker aller bürgerlichen Parteien etc.;
- Aufgedeckt wurde auch der „Fall Cavallo", ein seit 30 Jahren bei FIAT beschäftigter Organisator gelber Gewerkschaften, von Provokationen, Infiltrationen usw. Die Verbindung führte zu einem Leitenden Angestellten des FIAT-Konzerns, der heute „Verantwortlicher für Gewerkschaftsfragen" ist.

Heute haben bei FIAT laut Lotta Continua hunderte von Meistern, flankiert von allerlei „Soziologen", „Experten" und ähnlichen Schmarotzern die Stelle der offenen Faschisten übernommen. Die Schnüffel-Karteien werden dezentralisiert bei Privatagenturen fortgeführt. ●

Drucker-Kämpfe in Frankreich

Wie wir im letzten AK berichteten, stehen die französischen Druckarbeiter im Kampf gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Derzeit sind fünfzehn Druckbetriebe von den Arbeitern besetzt, einige davon schon seit mehreren Monaten. Die Kollegen sind vielfach dazu übergegangen, in eigenen Streikzeitungen die Diskussion um die Probleme ihrer Kämpfe wie der französischen Arbeiterklasse überhaupt öffentlich zu führen.

Im Nachfolgenden drucken wir einen Artikel aus der Streikzeitung „Spécial Licenciements" („Entlassungen-Extra") der Drucker von IMRO, Rouen, nach. Die Kollegen beschreiben darin, daß die Angriffe auf die französischen Drucker Teil des sogenannten „Plan Lecat", eines gigantischen Programms der französischen Bourgeoisie und ihrer Regierung sind, mit dem die Wirtschaftskrise auf die französische Arbeiterklasse abgewälzt und die Konkurrenzfähigkeit der französischen Kapitalisten z.B. gegenüber den BRD-Imperialisten drastisch erhöht werden soll.

Andererseits macht das konzertierte Vorgehen der Kapitalisten in den verschiedenen Ländern gegen die Arbeiter deutlich, daß es mehr denn je notwendig wird, ihnen auch international eine gemeinsame Kampffront entgegenzusetzen.

Deshalb rufen wir alle fortschrittlichen Kräfte des Druck- und Pressebereichs auf zu einer gemeinsamen, öffentlichen Veranstaltung gegen Massenentlassungen, Rationalisierung und Konzentration der Druckindustrie und der Presse. Wir verstehen eine solche Veranstaltung als einen ersten Schritt zu einer engeren Zusammenarbeit aller antikapitalistischen und antiimperialistischen Kräfte im Rahmen nationaler wie internationaler Solidarität. Deshalb begrüßen wir es, daß die Kollegen von IMRO, die inzwischen die Initiative ergriffen und eine Rundreise durch verschiedene Städte gestartet haben, bereit sind, auf der geplanten Veranstaltung über ihre Kämpfe zu berichten.

Gegen die Zerschlagung der Druckereien (Übersetzung aus der Zeitung der IMRO - Kollegen)

Zwei Zahlen reichen aus, um aufzuzeigen, was sich in der französischen Druckindustrie abspielt. Innerhalb von fünf Jahren sind in den französischen Druckerein mehr als 10.000 Arbeitsplätze abgeschafft worden. Allein im letzten Jahr haben Betriebsstillegungen die Entlassung von mehr als 3.000 Druckarbeitern zur Folge gehabt.

Wie im Rahmen des 6. Wirtschaftsplans entschieden und angekündigt, soll die Umstrukturierung des Druck-Sektors im Zuge des 7. Wirtschaftsplans fotgeführt werden. In diesem Zusammenhang war der ehemalige Abgeordnete J.-P. Lecat von der Regierung beauftragt worden, besonders zu untersuchen, wie der kapitalistische Staat der französischen Druckindustrie unter die Arme greifen könnte, um sie in den Stand zu setzen, ihren europäischen Konkurrenten Paroli zu bieten. Der Plan, den J.-P. Lecat vorgelegt hat, besteht darin, die gegenwärtige Tendenz der Umgruppierung der Unternehmen, der Konzentration von Kapital als Schwerpunkt hervorzuheben und zu generalisieren. Das ist in der Optik der Kapitalisten der einzige Weg, Investitionen zu erleichtern und so die Modernisierung der Druckverfahren zu ermöglichen. Für die Arbeiter bedeutet dieser Plan einmal mehr eine enorme Verschärfung der Arbeitshetze und eine beträchtliche Reduzierung der Belegschaften.

Massenentlassungen geplant

Bei dem von Lecat vorgelegten Plan springen vor allem vier wesentliche Punkte ins Auge, aufgrund derer es möglich ist, das Knäuel von Problemen zu entwirren, die auf den Druckbereich zukommen.

Die Konzentration. Darin zeigt sich besonders deutlich das gegenwärtige Stadium kapitalistischer Entwicklung. Täglich ist zu beobachten, wie die Konzentration von Kapital in immer weniger Händen voranschreitet. In Krisen-Perioden läuft dieser Prozeß beschleunigt ab. Lecat, Sprachrohr der Monopolisten, betrachtet ganz offensichtlich die Kapitalkonzentration als einen der Schlüssel zur Lösung der Probleme der Wirtschaft.

Reduzierung der Belegschaften. Wer „Umstrukturierung" eines kapitalistischen Unternehmens sagt, meint in Wirklichkeit Stillegungen, Abschaffung von Arbeitsplätzen und Massenentlassungen. Es bedeutet auch dann nichts anderes, wenn es sich um die „Umstrukturierung" eines ganzen Bereichs kapitalistischer Wirtschaft handelt. Daher sagt Lecat ganz konkret voraus, daß bis 1980 weitere 15-20.000 Druckarbeiter entlassen werden sollen.

Die Dezentralisierung. Ein bekanntes Phänomen ist das Gefälle der Löhne für die gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation in Paris und in der Provinz. Das weiß Lecat natürlich genau, und sein Untersuchungsbericht hebt besonders hervor, daß die Löhne in der Provinz niedrig sind und daß obendrein dort Überstunden viel leichter durchgesetzt werden können als in der Region von Paris. Die Kapitalisten verstehen ihr Geschäft!

Die Modernisierung. Um etlichen veralteten Einrichtungen und Druckverfahren ein Ende zu machen, weil sie die französischen Druckkapitalisten daran hindern, gegen ihre italienischen, deutschen, belgischen usw. Konkurrenten antreten zu können, hat Lecat entschieden, Modernisierungen zu fördern. Sein Plan sieht vor, daß alle Unternehmer Prämien vom Staat erhalten sollen, die modernisieren, unter der Bedingung, daß die Modernisierung einhergeht mit einer Erhöhung der Produktivität und damit mit einer Verringerung der Belegschaft.

Die Arbeiter sagen Nein! zur Arbeitslosigkeit

Was dieser Plaq von Lecat bezweckt, ist also klar und deutlich: Die Bourgeoisie will die Druckarbeiter die Krise, die diesen Bereich ihrer Wirtschaft beutelt, voll bezahlen lassen.

Für die Arbeiter läßt sich die Bedeutung des Plans zur Umstrukturierung der Druckindustrie, den Lecat vorschlägt, in drei Worte zusammenfassen:

- **Massenentlassungen**
- **Dequalifizierung**
- **Arbeitshetze**

Lecat will 15 – 20.000 Arbeiter auf die Straße werfen. Eine große Zahl weiterer Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlieren, werden umgesetzt werden. Und wie immer werden diese Umsetzungen begleitet sein von Lohnsenkung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Modernisierung der Verfahren (Fotosatz, Offset) gestattet es den Unternehmern, Arbeiter ohne besondere Ausbildung zu beschäftigen. Die Folgen von Massenentlassungen und Modernisierung: Verschärfte Abeitshetze.

Kurz, dieser Plan, den sich die Kapitalisten zurechtgeschustert haben und den Lecat präsentiert, zielt darauf ab, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Druckarbeiter noch weiter zu verschlechtern. Das ist der Grund dafür, daß ihr Kampf gegen dieses neuerliche Projekt kapitalistischer Ausbeutung massiv geführt wird. Lecat braucht nicht zu hoffen, daß er die Arbeiter täuschen und mit seinem Plan einer „Umstrukturierung", der uns ein „Licht am Ende des Tunnels" in der Druckindustrie vorgaukeln soll, demobilisieren könnte.

15 Druckbetriebe in Frankreich sind von den Arbeitern besetzt. Die Situation der Druckarbeiter wird sich nur in dem Maße lösen lassen, wie die Arbeiterklasse insgesamt sich klar darüber wird, daß ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ein Hohn sind.

Die Gesellschaft verändern, sie gegen diejenigen kehren, die die Druckereien zerschlagen, das ist der einzige Ausweg für die Arbeiterklasse.



Titelblatt der Streikzeitung der IMRO-Kollegen: „Gegen diejenigen, die die Druckereien zerschlagen!"

Frankreich: Skandalöses pro-faschistisches Gerichtsurteil!

1974 kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen der „Führer" der französischen faschistischen Partei PFN (französische nationale Partei) Jean-Marie Le Pen.

J.-M. Le Pen gehörte mit zur faschistischen Parallelelarmee OAS, die unzählige Verbrechen an den algerischen Freiheitskämpfern auf dem Gewissen hat. J.-M. Le Pen macht aus seiner Sympathie für die chilenische faschistische Militärdiktatur keinen Hehl.

Weil zwei linke Zeitungen, „Rouge" (Zeitung der LCR, frz. Sektion der IV. Internationale) und „Lutte Ouvriere" (Zeitung der gleichnamigen Organisation) dies auch veröffentlichten, wurden sie von Faschist Le Pen vor Gericht zitiert.

Das Gericht erklärte, es sei *„diffamierend"*, zu behaupten, daß wenn Le Pen solidarisch mit Pinochet sei, er dann solidarisch mit einem Henker sei!

Und das Urteil:

10.000 Francs Strafe für „Lutte Ouvriere" und

20.000 France für „Rouge".

Konsequent hieße das, daß jeder Demonstrant, der ruft „Pinochet Faschist!" wegen Beleidigung vor Gericht geladen und verurteilt werden kann.

Antifaschist zu sein, ist in Frankreich gefährlich. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Frankreich: Faschistische Entführer

Am Mittwoch, den 31. Januar, wurde der Chef der französischen Schallplattenfirma „Phonogram", Hazan, gekidnappt. Gegen eine Zahlung von einer Milliarde Franc sollte er wieder freigelassen werden.

Nachdem einer der Kidnapper am 9. Januar mit einer selbstgebastelten Bombe hochging, ist mehr über die Identität der Kidnapper bekannt geworden und gleichzeitig enthüllt worden, wie die französischen Faschisten ihre „Arbeit" finanzieren. Die eine Milliarde Francs war nämlich zu nichts anderem gedacht, als zur Auffüllung der Kassen einer faschistischen Organisation. Von den acht verschiedenen Personen, die in diesem Zusammenhang verhaftet worden sind, gehören mindestens fünf nachweislich einer faschistischen Organisation an.

Der Chef des Kommandos ist schon eine interessante Figur für sich: Daniel Moschini, italienischer Faschist, der in Frankreich lebt, und für die Ordnerdienste verschiedener faschistischer Organisationen schon mal verantwortlich war. Er ist der Führer der „GIN" (Gruppe zur nationalen Intervention, Untergrundorganisation der faschistischen Partei „Nationale französische Partei").

Zwei weitere Figuren, die Gebrüder Pech, wurden vom französischen Staatspräsidenten für seinen Ordnerdienst eingestellt (während seiner Wahlkampagne im Mai '74).

Ein weiterer Verhafteter, ebenfalls namens Pech, war der Finanz-Verantwortliche der militanten faschistischen Organisation „Ordre Nouveau" (die im Juli '73 aufgelöst wurde).

Unter den Verhafteten befindet sich noch ein weiterer Prominenter der faschistischen Szene, nämlich Alain Robert, der Gründer von „Ordre Nouveau". Er war Verantwortlicher für Giscards Ordnerdienst!

(Fakten und Angaben weitgehend nach „Liberation" vom 12.1.76). ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zusammenarbeit zwischen französischen und algerischen Faschisten

Am 3. Januar explodierte in Algier (Hauptstadt Algeriens) eine Bombe vor dem Verlagsgebäude der algerischen Tageszeitung „El moudjahid". Verantwortlich dafür zeichnete einige Tage darauf eine faschistische Organisation namens „SOA" – Soldaten der algerischen Opposition. Die „SOA" hat nicht nur den Anfangsbuchstaben nach viel gemeinsam mit der französischen faschistischen Organisation „OAS" („Organisation der geheimen Armee"), die zu Zeit des Algerienkrieges aufgebaut wurde, sondern arbeitet mit ihr und wahrscheinlich weiteren französischen faschistischen Organisationen eng zusammen. Der Chef und Gründer der „SOA", Mouloud Kaouane, war bereits zur Zeit des Befreiungskrieges des algerischen Volkes gegen den französischen Kolonialismus als Agent der französischen Geheimdienste bekannt. Nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 gestaltete Kaouane seine Zusammenarbeit mit den französischen Faschisten noch enger und rief in seiner Zeitung „Einheit und Wiederversöhnung der Algerier" zum Aufbau einer „Befreiungsarmee" auf. Obwohl er 1970 keine Aufenthaltsgenehmigung mehr für Frankreich bekam, ließen ihn seine Kollegen vom französischen Bullenapparat ungestört Versammlungen und Treffen auf französischem Territorium organisieren. In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen Attentate auf algerische Gebäude in Frankreich zu sehen, die Im Juli 1975 begangen wurden.

Im Zusammenhang mit dem Bombenattentat auf „El Moudjahid" ist auch ein französischer Faschist, Rousseaux, festgenommen worden. Rousseaux ist gleichzeitig Agent des französischen Geheimdienstes (!) und hat an dem Attentat auf den Genossen Amilcar Cabral (Cabral war Führer der PAIGC und wurde am 20. Januar 1973 in Conakry/Guinea ermordet) teilgenommen.

Bislang sind in Algerien 80 weitere Franzosen festgenommen und verhört worden.

Zu den Festgenommenen und Verhafteten erklärte die algerische Regierung:

„Aus den photographischen Dokumenten .. geht hervor, daß diejenigen Personen, die jetzt in Algerien festgenommen worden sind, in Frankreich gesucht werden ... wegen Beteiligung an Attentaten und Überfällen auf baskische Flüchtlinge" („Le Monde", 13.1.76).

Im vergangenen Juli wurde von einer faschistischen Organisation namens „ATE" („Antiterrorismus Eta") eine Serie Attentate auf Basken, die in Frankreich leben, verübt. Als Organisator der Bewegung entpuppte sich der französische Faschist Chabessier. Die Terrorkommandos wurden von einem ehemaligen französischen Fremdenlegionär in Madrid personell aufgestockt.

Als der Chef Chabessier verhaftet wurde – sowas kommt auch vor! – „entdeckte" die französische Polizei Verbindungen mit einem ehemaligen Chef der „OAS," der wiederum mit dem Attentat auf „El Moudjahid" was zu tun haben soll.

Man darf gespannt sein auf die weiteren Enthüllungen über die drekkigen Machenschaften des französischen Faschistenapparats! ●

Frankreich-Kommission
KB/Frankfurt

CIA in Frankreich

In ihrer Ausgabe vom 13. Januar enthüllte die französische linke Tageszeitung „Libération" die Namen von 32 CIA-Agenten, die ihre Wühlarbeit in Paris durchziehen. Nebenstehend die Namensliste, die sicherlich unvollständig ist! Das französische Innenministerium fühlte sich sichtlich gestört durch diese Veröffentlichung und ließ durch den Innenminister Poniatowski erklären:

„1) Der französische Geheimdienst hat mit diesen Informationen überhaupt nichts zu tun. . .

2) Sehr viele Staaten verfügen über Geheimdienste. Das ist leider eine Realität, die nicht neu ist.

3) In den meisten Fällen handelt es sich um schon bekannte und überwachte Personen (?) . . . Wenn diese Geheimdienstagenten sich in die inneren Sachen unseres Landes einmischen, oder wenn sie nachweisbar spionieren, dann werden sie ausgewiesen" (nach „Lutte ouvrière", 17. Januar). Der CIA in Frankreich hat sich bereits seit 1948 einen Namen für seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten gemacht: damals gründete der Pseudo-Gewerkschafter und tatsächlicher CIA-Agent Irving Brown die Streikbrecher-Gewerkschaft „Force Ouvrière" mit!

Schließlich rekrutierte der CIA 1949 Streikbrecher selber, um den Werftarbeiter-Streik in Marseille niederzuschlagen. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

32 fonctionnaires de la CIA en poste à Paris

Voici la première liste de trente-deux noms d'officiers de la CIA, avec le numéro de leurs bureaux et leurs numéros de postes téléphoniques.

Les noms présents sur cette liste sont ceux de membres de la CIA en poste à Paris durant l'anneé 1975. Certains, mais une minorité, ont pu récemment être affectés ailleurs.

Burgstaller Eugen F. Chef de station. A 303. 7371. 47, avenue Georges Mandel. 727 52 93.

Berg John. A 302. 7371. 4, square de l'Alboni (16e). 520 50 54.

Cusik Charles J. B 309. 7445. 89, rue de Monceau (16e). 522 10 02.

Selsky Oleg N. B 405. 7509. 31 bis

Todesstrafe für einen Siebzehnjährigen!

Vor einigen Monaten griff ein arbeitsloser Jugendlicher eine alte Frau an, um ihre paar France zu klauen, genau: 200 Francs (d.h. knapp 140 DM). Sie wehrte sich, er verlor den Kopf und töte sie.

Jetzt haben 20 Richter das Urteil gefällt:

Der 17-jährige Bruno soll mit der Guillotine (Fallbeil) hingerichtet werden.

Mit einem derartigen Terror-Urteil will die französische Justiz wohl den jugendlichen Delinquenten eine einschüchternde Lektion erteilen. Aber wer ist dafür verantwortlich, wenn Jugendliche keinen Arbeitsplatz bekommen und sie dann entweder kleine Diebstähle organisieren oder dem Alkohol verfallen?

Niemand anders als die Bourgeoisie und ihr Staat selbst, die hinter dieser Justiz stehen! ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Wir können uns wehren ...

Das beweist das Beispiel der Mädchen an einer Gesamtschule in Newcastle/England.

Nachdem am 1. Januar in England ein „Gleichberechtigungsgesetz" in Kraft trat, führte der Direktor die Prügelstrafe auch für Mädchen ein; zynische Begründung: *„Mädchen haben jetzt die gleichen Rechte (!) wie Jungen"* („Lübecker Nachrichten", 11.1.). Bisher war in England die Prügelstrafe für Schülerinnen ausdrücklich verboten, während sie für
11.1.). Bisher war in England die Prügelstrafe für Schülerinnen ausdrücklich verboten, während sie für
Schüler üblich ist.

Diese Verarschung ließen sich die Mädchen nicht gefallen. Gemeinsam mit einigen Jungen demonstrierten etwa 200 Schülerinnen dagegen. Laut „LN" sollen sie sogar Scheiben eingeworfen, Autos umgeschmissen, Spottlieder auf ihre Lehrer gesungen und schließlich aus der Schule ausgezogen sein.

Nach massivem Bulleneinsatz und einstweiligem Unterrichts-Ausschluß von fünf Schülerinnen, konnten die Mädchen bisher zwar noch nichts erreichen. Trotzdem können die Frauenfeinde nur durch entschlossene Taten zum Teufel gejagt werden. Wer nach diesem Beispiel noch sagt, daß Mädchen schwächer sind, der spinnt!!! ●

Frauenkommission
KB / Gruppe Lübeck

Athen: 100.000 streiken gegen reaktionäre Gewerkschaftsführer



Tausende Arbeiter und Angestellte demonstrieren gegen den manipulierten „Kongreß"



Aus „Rizospastis" 13.1.76

100.000 Werktätige streikten am 12.1.76 gegen die arbeiterfeindlichen Pläne der Karamanlis-Regierung, die alte, faschistische Syndikats-Organisation beizubehalten und durch Gesetze zu zementieren. Gähnende Leere herrschte auf den Baustellen, in den Tischlereien und den Schuhfabriken wegen der allgemeinen Teilnahme am 24-stündigen Streik, den die „somatía" (etwa: Vertrauens-
in den Tischlereien und den Schuhfabriken wegen der allgemeinen Teilnahme am 24-stündigen Streik, den die „somatía" (etwa: Vertrauens-
körperschaften, gewerkschaftliche Basisorganisationen) der Bauarbeiter, Tischler und Schuharbeiter ausgerufen hatten.

Am Morgen dieses Tages fand in der Athener Innenstadt eine riesige Demonstration statt, danach eine Großversammlung der Arbeiter im Theater „Akropól".

Der Streik und die anderen Aktionen richteten sich gegen den „10. Kongreß des Arbeiterzentrums Athen" (EKA), der an diesem Tag das erste Mal seit der Ablösung des Faschismus abgehalten wurde. An diesem „Kongreß" nahmen nicht die weitaus mitglieder- und kampfstärksten „somatía" der Werktätigen teil, wie z.B. die der Bauarbeiter, Automobilarbeiter, Drucker und Transportarbeiter. Diese „somatía" sind nämlich seit 1960 ausgeschlossen und wurden von der Junta aufgelöst. Inzwischen haben sie sich wieder reorganisiert und ihre Vorstände und Vertreter gewählt. Dennoch sind sie nicht wieder ins „Arbeiterzentrum" und die „GSEE" (griechischer Gewerkschaftsbund) eingeschrieben worden. Dasselbe gilt auch für eine Reihe betrieblicher „somatía", die in den jüngsten Streikkämpfen in der Industrie entstanden sind.

Auf der anderen Seite sind nur die wenigsten der 238 offiziellen „somatía", die dem „Arbeiterzentrum" angehören, wirkliche Körperschaften
Auf der anderen Seite sind nur die wenigsten der 238 offiziellen „somatía", die dem „Arbeiterzentrum" angehören, wirkliche Körperschaften
der Arbeiterklasse. Unter ihnen gibt es „gelbe" von den Kapitalisten gegründete „somatía", wie die von „VIAMAX" und „ETMA". (In diesen Betrieben fanden in letzter Zeit bedeutende Arbeiterkämpfe statt, auf die die gelben „somatía" absolut keinen Einfluß hatten.) Es gibt die sogenannten „Antibünde" („andisíndhesma"), ausschließlich zum Zweck der Spaltung der Branchen geschaffen, in denen es funktionierende Massensomatía gibt, es gibt „Stempelsomatía", d.h. ihre Existenz steht auf dem Papier.

Die reaktionäre Karamanlis-Regierung versuchte auf jede erdenkliche Weise, die Gewerkschaftsbewegung durch Gesetze (bzw. durch Nichtänderung der faschistischen Gesetze), mit ihren Reglementierungen und Interventionen zu kontrollieren, behielt antikommunistische Treueeid und faschistische Artikel in den Satzungen bei, stützte bis hinaus zu den Vorständen die Faschisten, behinderte den Prozeß der Wahlen eineinhalb Jahre lang etc.

Der Gipfel war sowieso, daß bis zu den Wahlen der Vorstand des Gewerkschaftsbundes aus einer von der Regierung eingesetzten Rechtsanwältekommission bestand.

Die griechischen Arbeiter sind nun nicht mehr bereit, sich um ihre elementaren gewerkschaftliche Rechte bescheißen zu lassen.

Auf dem „Kongreß" setzten die demokratischen Delegierten den Rechten so stark zu, daß die Führung zwei Stunden vor dem frühest geplanten Schluß den „Kongreß" abbrechen mußte.

Die geforderte Abstimmung über den „Rechenschaftsbericht" fand nicht mehr statt.

Die Rechten hatten sich gut vorbereitet: Selbst Journalisten konnten die „Gesichtskontrolle" nur mit Mühe und Not passieren; ein massives Polizeiaufgebot sperrte die nicht zugelassenen Delegierten aus, in den umliegenden Straßen wimmelte es von Bullen. Auf ihrem Gegenkongreß bekräftigten die oppositionellen Gewerkschafter:

„Nein zum manipulierten Gewerkschaftskongreß!"

„Nein zum staatlichen Syndikalismus!"

„Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse!"

(nach „Laikji Aghones" und „Rizospastis" vom 13.1.76) ●

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

MEK – auch in Griechenland

„Neue speziell ausgebildete Nahkampfgruppen" schuf die Regierung Karamanlis, um gegen die ansteigende Arbeiterbewegung rechtzeitig gewappnet zu sein.

Anfang Januar wurden die „Spezialsicherheitsgruppen", die aus ausgewählten Scharfschützen der Polizei und der Gendarmerie gebildet wurden und die eine militärische Ausbildung an allen Waffen erhalten, das erste Mal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Man gibt vor, das Ziel dieser Gruppen sei die „organisierte Verbrechensbekämpfung", sowie die Bekämpfung von Luftpiraterie, Mordanschlägen auf Persönlichkeiten, Entführungen, bewaffneten Raubüberfällen usw.

Fast die gesamte Presse, einschließlich der revisionistischen und reformistischen, erwähnten nur diese Einsatzziele. .

Die rechtsextreme Zeitung „Eléftheros Kósmos" („Freie Welt") jedoch beeilt sich hinzuzufügen, daß diese griechischen MEK's auch gegen *„Demonstrationen, die zu Ausschreitungen und Blutvergießen führen"* (!?) eingesetzt werden sollen.

Dieses Juntaorgan und Sprachrohr des amerikanischen CIA hat die Informationen natürlich aus erster Hand und kennt den eigentlichen Zweck solcher Bürgerkriegstruppen nur zu genau.

Diese „Kommandos" werden zu Fuß und mit Kraftfahrzeugen agieren und bilden offensichtlich eine besondere Unterdrückungsabteilung im Rahmen der „Prätorianer" von Karathanásis, die nämlich speziell für die „ávres" (gepanzerte Tränengasfahrzeuge) ausgebildet sind und zu denen auch helm- und schildbewaffnete Knüppelgarden der Polizei gehören.

Viele Polizisten dieses neuen MEK's erhielten in Frankreich und in der BRD eine Spezialausbildung (!).

Die Bewaffnung der „Spezialtruppen" soll absolut *„zeitgemäß sein und sich wesentlich von der sonstigen Bewaffnung unterscheiden"*, was die damit verbundenen Absichten nur deutlich macht („Sozialistikji Allaji", 10.1.76).

80 Folterer wieder frei

Im Dezember 75 befreite der „Rat der Landrichter" (. . .) mit dem Beschluß 4347/75 achtzig (!) Offiziere der berüchtigten „Asfália" (Sicherheitspolizei), die wegen Folterungen angeklagt waren, von jeder weiteren strafrechtlichen Verfolgung.

Von ursprünglich 107 angeklagten Folterknechten kommen jetzt nur noch 27 wegen *„schwerer und gefährlicher Körperverletzung, Amtsmißbrauch und widerrechtlicher Gefangennahme"* vor Gericht.

Rüstungsaufkommen noch nie so hoch

1975 erhöhte die griechische Regierung bereits ihren Rüstungsetat um 46,5%. Für 1976 wird mit einer weiteren Steigerung von 30% gerechnet. Dies ist dreimal soviel als unter den Obristen 1973. Mit einem Etat von 34,3 Mrd.Drachmen – ca. 7% des gesamten Volkseinkommens – rückt Griechenland in die vorderste Reihe der Länder mit den höchsten Pro-Kopf–Ausgaben im Rüstungsbereich.

Verfahren gegen Zeitungen

Verfahren gegen Zeitungen

Anfang Januar wurde gegen vier bürgerliche Zeitungen Gerichtsverfahren eröffnet. Es handelt sich um die Zeitungen „To Vima", „Akropolis", „Kathimerini", Eleftherotypia". Sie hatten trotz Veröffentlichungsverbot über die Erschießung des CIA-Agenten Welch berichtet (vgl. dazu AK 72). Auch solche Veröffentlichungsverbote gehören zum Alltag der griechischen „Demokratie"!

Wegen Verleumdung der Regierung wurde vorübergehend der Chefredakteur des Junta-Organs „Eléftheros Kósmos" am 17./18.1.76 inhaftiert. Das Faschistenblatt hatte ausgerechnet die Karamanlis-Regierung beschuldigt, zusammen mit der „Linksopposition" die Streitkräfte aufzuweichen".

Angesichts der tatsächlichen Aufrüstung der griechischen Armee klingen die Worte des Faschistenblattes geradezu grotesk, zeigen aber auch, wohin sie noch wollen.

„Gegenüber der Agitation des rechtsextremistischen Blattes, das nach der Wiederherstellung der Demokratie den Behörden nicht zugängliche Dokumente aus dem verschwundenen Archiv der gefürchteten Militärpolizei veröffentlichte, in der Absicht, Widerstandskämpfer zu diffamieren, zeigte sich die Regierung Karamanlis lange Zeit tolerant" („Neue Züricher Zeitung", 2o.1.76).

Prozesse gegen Antifaschisten . . .

Am 8.12.75 wurde in Thessaloniki die Antifaschistin Kl. Papajorgio wegen „persönlicher Beleidigung eines Polizisten" angeklagt. Sie verglich die Brutalität des Polizisten mit jener Haltung der Polizei in der Zeit des Faschismus.

Die Anklage wurde sechs Monate nach dem Vorfall eingereicht. Bezeichnend ist, daß der Polizist sich nicht die Personalien notiert hatte und sie dennoch hatte anklagen können.

Sie erhielt zwei (!) Monate Gefängnis.

Am 15.12.75 wurden in Patras zwei Antifaschisten (Fotopulos und Servas) ein Prozeß gemacht, weil sie „ohne Genehmigung" (!) Flugblätter geklebt hatten, die zu einer Studentenversammlung aufriefen. Einer der beiden wird darüberhinaus noch beschuldigt, Flugblätter verteilt (!) zu haben, die den Prozeß gegen die „EKKE" (griechische „ML"-Organisation) verurteilten.

Die Sozialdemokratie formiert sich

Mitte Januar veröffentlichte die „Zentrumsunion – Neue Kräfte" (ZU-NK) unter Mavros einen Entwurf für ein Aktionsprogramm der Partei, in dem eine sozialdemokratische Orientierung festgelegt wird. U.a. werden die „engen und festen Bindungen" zu den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der „Sozialistischen Internationale" betont.

Mavros, der in den letzten Monaten etliche Male in Sachen „Sozialdemokratie" nach Bonn, Mannheim (SPD-Parteitag), Schweden (Treffen der sozialdemokratischen Führer Europas) etc. gereist war, scheint nun endgültig die Formierung einer griechischen Sozialdemokratie anzupeilen. Dabei wird man mit einigen Änderungen am griechischen „Parteienhimmel" rechnen können.

Die griechischen Parteien tragen bisher mehr noch den Charakter von politisch recht breiten Sammlungsbewegungen. Es wird damit gerechnet, daß Teile der ZU-NK sich nicht auf ein sozialdemokratisches Konzept festlegen lassen werden. Andererseits werden mit Sicherheit etliche Kräfte für die angepeilte „SPG" in anderen Parteien, insbesondere in der EDA von Jliou und Theodorakis sowie in der „undogmatischen" KPG/Inland zu finden sein. ●

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschisten gründen „NEUE" Partei

Auf dem letzten Parteitag der faschistischen Partei, „National Front" (NF) im Oktober 75 konnte sich die „populistische" Fraktion um den Ex-Konservativen und Vorsitzenden John Kingsley-Read zwar erneut durchsetzen. Dennoch behielten die Alt-Faschisten um Tyndall und Webster, ehemalige Mitglieder der englischen Nazi-Partei, führende Positionen inne, ein wesentliches Hindernis für die NF, ihre Strategie der „sozialen" Tarnung weiter zu verfolgen (vgl. dl 18).

Nachdem im Dezember ein Gericht den Versuch der Populisten, Tyndall und Webster einfach aus der NF auszuschließen vereitelt hatte („Guardian", 20.12.), landete Kingsley-Read bereits drei Tage später einen einstweilen erfolgreichen Coup. Er legte den Vorsitz der NF nieder und gründete mit Roy Painter und Richard Lawson – beide wie er übrigens ehemalige Mitglieder der Tory-Partei („Socialist Worker, 10.1.) – eine „neue" National Party (NF). Dieser sollen etwa zwei Drittel der alten NF angehören („G.", 31.12.75).

Die politischen Ziele der NP wurden von der NF übernommen:

- *„Humane (? !) Repatriierung oder Rücksiedlung aller farbigen und anderen rassisch unvereinbaren Einwanderer"*, denn *„das britische Volk muß seine besondere rassische Eigenart bewahren"*.
- Verstaatlichung der Banken und aller britischen Bodenschätze;
- Solidarität mit den Ulster Unionists (anti-republikanische rechtsradikale Partei in Nordirland);
- völlige Ablehnung der EG und dezentralisierte Verwaltung für Schottland und Wales (devolution);
- eine nebulöse Verpflichtung auf *„Gewinnbeteiligung und Unternehmensbeteiligung für die Arbeiter"* („G.", 31.12.75).

Auch ohne Tyndall und Webster verfügt die NP über genügend Alt-Nazis; u.a.

- Robin Beauclaire, der in einer Broschüre „Starben wirklich Sechs Millionen" die Nazi-Verbrechen verharmloste.
- Dennis Pierie, der auf Kundgebungen zum Thema „Hitler hatte recht" sprach.
- Gordon Brown, einst Mitglied des antisemitischen „Greater Britain Movement" („SW", 10.1.76). ●

England Kommission

Tarifkämpfe in Italien

Gewerkschaftsführer orientieren auf baldige und niedrige Tarifabschlüsse



In Italien laufen gegenwärtig die Tarifverhandlungen. Betroffen sind davon fast alle Wirtschaftszweige, in erster Linie die Metall- und Chemie-Industrie. Diese Tarifrunde steht im Zeichen einer umfassenden Writschaftskrise und der gegenwärtigen Regierungskrise. Die italienischen Kapitalisten wollen die Tarifrunde dazu nutzen, die Krise voll auf den Rücken der Arbeiterklasse abzuwälzen: Sie orientieren auf Lohnabschlüsse zwischen zwei und vier Prozent, d.h. auf einen gewaltigen Lohnraub. Das bisherige Verhalten der Gewerkschaftsführung läßt erwarten, daß diese den Kapitalisten weitestgehend entgegenkommen wollen.

Am 23.1. hatte der wirtschaftspolitische Berater Nino Andreatta der Regierung Moro in einem Interview mit der Zeitung „Corriere della Sera“ die Gewerkschaften aufgefordert, „die Stunde der Wahrheit zu erkennen“. Die Wirtschaftskrise kön-

dert, „die Stunde der Wahrheit zu erkennen“. Die Wirtschaftskrise kön-

ne nur dann gestoppt werden, wenn sich die Tarifabschlüsse auf zwei bis vier Prozent beschränken würden. Anderenfalls würden sehr schmerzliche Folgen für die Produktion und Arbeitsplätze entstehen. Angesichts der hohen Inflationsrate (immer noch 15 - 20 %!) würden derartige Tarifabschlüsse einen gewaltigen Lohnabbau bedeuten. Dazu kommen umfassende Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen, die im Augenblick die italienische Arbeiterklasse hart treffen. Die jüngsten Beispiele sind die beabsichtigten Schließungen der mit amerikanischem Kapital finanzierten Firma Singer in Turin und des vorwiegend britischen Unternehmens Leyland/Innocenti in Mailand. Bei der Nähmaschinenfabrik Singer sind 2 000, bei der Automobilfabrik Innocenti 4 500 Arbeiter direkt von den Schließungen betroffen. Hinzu kommen noch die Arbeiter und Angestellten der Zuliefererfabriken und des Verkaufsnetzes in ganz Italien, was sich im Fall Innocenti allein auf 15 000 Kollegen beläuft.

Auf diese sehr harten Angriffe der Kapitalisten reagierten die Gewerkschaftsführer ganz auf der Linie des „historischen Kompromisses“, d.h. zu Gunsten der „Gesamtwirtschaft“ (sprich: der Kapitalisten) verzichteten sie auf entsprechende Lohnforderungen und auf die entschlossene Mobilisierung der Arbeiterklasse. Der Sekretär der kommunistisch-sozialistischen Gewerkschaft CGIL, Luciano Lama, warnte (!!) sogar die Arbeiter vor „unüberlegtem Handeln“. Und das in einer Situation, wo die Angriffe der Kapitalisten immer schärfer und härter werden und die Arbeitslosigkeit beständig zunimmt.

Die Streiks in der Chemie- und Metallindustrie

Am 13. Januar traten die Chemiearbeiter, am 15. Januar die Metaller in einen jeweils vierstündigen Generalstreik. Einige kleinere Aktionen der Bauarbeiter waren vorausgegangen. Diese von den Gewerkschaften ausgerufenen Streiks wurden vom allergrößten Teil der betroffenen Arbeiter befolgt, beim Metallerstreik von fast 100 %. Dennoch erreichten diese Kämpfe nicht die Kampfstärke der Streiks Ende letzten Jahres. Vor allem in den großen Industriestädten machte sich die Abwiegelungstaktik der Gewerkschaftsführung und die einseitige Orientierung auf die Tarifabschlüsse bemerkbar. In Turin und in Mailand fanden vergleichsweise kleine Demonstrationen mit einigen tausend Arbeitern statt. In Neapel verlegte die Gewerkschaftsführung ihre Kundgebung in ein Kino.

Ein anderes Bild bot sich in den mittleren und kleineren Städten, wo offensichtlich eine stärkere Mobilisierung vorhanden war. In Bergamo

sierung vorhanden war. In Bergamo ler Streik der Textil-, Chemie- und



kamen über 10 000 Arbeiter zu der zentralen Kundgebung, den Demonstrationszügen der Metallarbeiter hatten sich die Chemie- und Bauarbeiter angeschlossen. Sie zeigten damit die gemeinsame Betroffenheit aller Industriezweige von den Tarifabschlüssen und kritisierten auch die Aufsplitterungstaktik der Gewerkschaftsführer.

In Ancona versammelten sich über 5 000 Arbeiter aller Wirtschaftszweige unter sehr kämpferischen Parolen („Kampf, Kampf, Kampf, wir werden nicht aufhören zu kämpfen für eine rote Volksregierung“). Ähnlich große und kämpferische Kundgebungen und Demonstrationen fanden u.a. auch in Verona, Brescia und Genua statt. In allen diesen Städten wurden die Metallarbeiter von den Arbeitern der anderen Industriezweige und vor allem von den Arbeitslosen unterstützt. In den Parolen wurde immer wieder auf den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Arbeitslosen hingewiesen. Eine der meistgerufenen Parolen dieser Streiks und Kundgebungen lautete: „Il governo Moro abbiamo buttato giù, governi DC non ne vogliamo più“ („Die Regierung Moro haben wir schon geschlagen, DC-Regierungen wollen wir nicht mehr“).

Dem Streik der Metall- und Chemiearbeiter sind weitere Kämpfe, zumeist in einzelnen Fabriken, gefolgt. Ein gewisser Höhepunkt waren dabei die Aktionen in den Turiner Fiat-Werken Mirafiori, Rivalta und Spa am 22. Januar. Dort konnte die Produktion für einige Stunden fast völlig zum Erliegen gebracht werden. Viele Kollegen zogen in mehreren Demonstrationszügen durch die Fiat-Werke und forderten die Arbeiter aus entlegeneren Abteilungen zur Arbeitsniederlegung auf.

Am 27. Januar streikten mehr als 1,5 Millionen Bauarbeiter und Arbeiter der Bauindustrie.

Am 6. Februar soll ein nationaler Streik der Textil-, Chemie- und Metallarbeiter stattfinden. Die Bauarbeiter werden sich mit Sicherheit anschließen. Möglicherweise werden auch die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und die Studenten den nationalen Kampftag unterstützen. Vorgesehen ist allgemein ein vierstündiger Streik, die Textilarbeiter werden 24 Stunden streiken. In Mailand, Florenz, Bari (Süditalien) und Siracus (Sizilien) werden zentrale Demonstrationen stattfinden, und der Streik wird hier auf acht Stunden ausgedehnt.

Diese Tarifkämpfe haben, verglichen mit der BRD, ein sehr hohes Niveau und eine außerordentliche Breite. Dennoch bleibt festzustellen, daß bisher der von manchen linken Organisationen vorausgesagte „kochendheiße Herbst“ ausgeblieben ist, daß die Gewerkschaftszentralen bisher insgesamt die Kontrolle behalten zu haben scheinen und daß die Entwicklung gegenwärtig auf baldige und niedrige Abschlüsse hindeutet. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Italien aktuell

Repression — Faschismus

In Palermo (Sizilien) wurde Anfang Januar ein 45-jähriger Arbeiter zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Er war betrunken in einem Restaurant erschienen, hatte eine Pistole hervorgeholt und einen Kaffee verlangt. Der Staatsanwalt wollte den Mann sogar für zehn Jahre in den Knast bringen!

●

Auf das Büro der PCI in S. Antonio/Carrara (Toskana) wurde am 6.1. von Faschisten ein Bombenanschlag verübt. Bei der schweren Explosion gab es zum Glück keine Verletzte, jedoch großen Sachschaden.

●

Zwei Soldaten in Aquila sollen vor Gericht gestellt werden, weil sie eine Erklärung demokratischer Soldaten unterschrieben hatten. Das Büro der kommunistischen Organisation Lotta Continua in Aquila wurde in diesem Zusammenhang durchsucht.

In Novara wurden am 12.1. elf Soldaten wegen Teilnahme an einer Demonstration festgenommen. Gegen 20 weitere wurde Anklage erhoben.

●

Am 14.1. wurde ein Büro von Lotta Continua und zahlreiche Wohnungen von Genossen dieser Organisation im Rom durchsucht. Insgesamt waren rund 50 Genossen von den Polizei-Maßnahmen betroffen. Die Polizei „beschlagnahmte“ Schreibmaschinen, Flugblätter, Notizbücher etc.

Vorwand für die Durchsuchungen: Suche nach Waffen und Sprengstoff, Verdacht von „Aufforderung zu Straftaten“, Brandstiftung, Sachbeschädigung usw.usf.

Es wurde absolut nichts gefunden, was diesen Vorwand nachträglich auch nur scheinbar gerechtfertigt hätte!

●

25 Studenten des istituto tecnico von Catanzaro (Süditalien) wur-

25 Studenten des istituto tecnico von Catanzaro (Süditalien) wur-

den im Januar von den Vorlesungen suspendiert, weil sie die Befreiung vom Religionsunterricht gefordert hatten.

●

In Mailand wurde Riccardo Manfredi, einer der berüchtigsten faschistischen Verbrecher der Stadt, nach einem Autounfall festgenommen. Beim Versuch, einer Straßenkontrolle zu entgehen, hatte Manfredi ein anderes Auto gerammt; dessen Fahrer, ein 39-jähriger Arbeiter, Vater von drei Kindern, war sofort tot.

Gegen den Faschisten liegen seit November '71 28 Anklagen vor. Fünfmal wurde er festgenommen und immer wieder freigelassen — das übliche Schonverfahren der Polizei für faschistische Verbrecher. Manfredi und seine Bande haben in den letzten Jahren Dutzende von Menschen überfallen und zusammengeprügelt. „Nebenbei“ wird gegen den Faschisten in Zusammenhang mit Rauschgifthandel und organisiertem Diebstahl „ermittelt“ (?).

●

In Mailand wurde Mitte Januar Renato Curcio verhaftet. Er gilt als Führer der „Stadt-Guerilla“-Gruppe Brigate Rosse (Rote Brigaden).

Renato Curcio war am 18.2. des letzten Jahres mit Hilfe seiner Frau Margherita Cagol und anderer Genossen in einer aufsehenerregenden Aktion die Flucht aus dem Gefängnis gelungen. Margherita Cagol wurde später von der Polizei während eines Schußwechsels getötet.

Ein weiteres angebliches Mitglied der Brigate Rosse, Massimo Maraschi, wurde im Januar zu 30 (dreißig) Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde mit der Schießerei in Verbindung gebracht, bei der Margherita Cagol ihr Leben verlor, obwohl er schon 48 Stunden früher festgenommen worden war.

●

In Genua wurde am 20.1. das Büro der fortschrittlichen Partei PdUP („il manifesto“) von der Polizei durchsucht. Angeblich wurde nach Waffen gesucht. Mitgenommen wurden Mitgliederlisten etc.

Weitere Durchsuchungen fanden in Privatwohnungen statt.

Mindestens 30 Durchsuchungs-Aktionen führte die Polizei Mitte Januar in Genua durch. Angeblich wurde nach Waffen gesucht.

in Genua durch. Angeblich wurde nach Waffen gesucht.

Betroffen waren u.a. 5 Genossen von Lotta Continua. Durchsucht wurden die Büros der fortschrittlichen Partei PdUP und der „PCI (ml)“. Die Durchsuchung des PdUP-Büros erfolgte ohne richterliche Anweisung, es wurde nicht — wie vorgeschrieben — ein Rechtsanwalt zugezogen. Beschlagnahmt wurden in erster Linie Karteien und Flugblätter.

★

Italien — Repression

Drei maskierte Männer drangen am 25. Januar während der „Freistunde“ in eine Zelle des Gefängnisses S. Vittore (Mailand) ein und griffen die drei anwesenden Gefangenen mit Messern an.

In der Zelle hielten sich zu dieser Zeit drei Gefangene auf: Ein Genosse von Lotta Continua und zwei Gefangene, denen Mitgliedschaft in den „Roten Brigaden“ vorgeworfen wird. Ein vierter Gefangener, Genosse der PDUP, war gerade zum Duschen gegangen und entging so dem Überfall.

Von den anwesenden Genossen wurde einer schwer durch Messerstiche im Rücken verletzt, die beiden anderen erlitten weniger schwere Verletzungen. Das ganze spielte sich praktisch unmittelbar unter den Augen mehrerer Wachen ab, die nicht eingriffen.

Für den Überfall werden von der Bourgeoisie verschiedene Versionen gegeben. Die wohl zynischste ist: Angreifer seien „gewöhnliche kriminelle Häftlinge“ gewesen, denen die „ständige politische Agitation“ im Gefängnis auf den Wecker gegangen sei.

In S. Vittore werden auch Faschisten gefangen gehalten, und die Angreifer könnten durchaus unter ihnen — mit Komplizenschaft von Teilen der Wachen — zu finden sein. Allerdings ist nicht einmal bewiesen, ob die Angreifer wirklich unter den Gefangenen zu suchen sind, oder beispielsweise unter den Wachen bzw. von außerhalb des Gefängnisses kamen.

Faschistische Mordanschläge gegen politische Gefangene wie dieser waren bisher vor allem aus den USA, aber auch aus Ländern Lateinamerikas bekannt. In Italien ist es sicher der bisher mit Abstand schwerste Fall dieser Art. ●

CIA fälscht Pressemeldungen





Agenten des CIA lancierten Falschmeldungen in die großen amerikanischen und englischen Nachrichtenagenturen! Das ist zwar längst kein Geheimnis mehr, wurde aber jetzt im Zuge der „Untersuchungen" über die Verbrechen des CIA konkret enthüllt.

Die „Washington Post" berichtete:

Schon kurz nach Gründung der CIA wurde ein „Korrespondentennetz" aufgebaut, das schon Anfang der fünfziger Jahre Verbindungen in über 50 Länder umfaßte.

● In Washington soll ein Komitee bestanden haben, eigens zu verhindern, daß „*US-Spitzenpolitiker auf Falschmeldungen des eigenen Geheimdienstes hereinfielen.*"

● Sehr ergiebig waren offenbar Enten über die VR China während der sechziger Jahre. Auch Kommentare über die revisionistische Entwicklung in der SU sollen auf diese Weise gefälscht worden sein. (nach „FR", 19. 1. 76)

In einem Bericht des „Untersuchungsausschuß" sollen weitere Angaben enthalten sein.

● Häufiger sind Meldungen der englischen Nachrichtenagentur Reuter manipuliert worden.

● 1975 sollen 15 CIA-Agenten als freie Mitarbeiter für verschiedene Agenturen gearbeitet haben. Fünf Agenten waren bei großen Presse-Unternehmen fest angestellt. (nach „FR", 24. 1. 76)

● Die spanische Nachrichtenagentur „EFE" und die lateinamerikanische Agentur „Latin" sollen laut „Washington Post" in Chile „indirekte" finanzielle Hilfe vom CIA erhalten haben.

● Angaben darüber, wieviele Agenten zur Zeit in den Agenturen AP und UPI in der kapitalistischen Welt manipulieren, wurden vom CIA-Chef Colby verweigert. (nach „FR", 19. 1. 76)

Zumindest die Nachrichtenagenturen Reuter, AP und UPI haben auf die Berichterstattung westdeutscher Zeitungen großen Einfluß. Daß die bürgerliche Presse gern lügt, ist ja schon immer so gewesen. Nun wurde auch „offiziell" bestätigt, daß der CIA mit von der Partie ist. ●

KB/Gruppe Lübeck

US-Multis kaufen Regierungen ein

Die Untersuchungen des amerikanischen Kongresses über „Schmiergeldzahlungen multinationaler Konzerne an Parteien und Politiker" haben wiederholt b e w i e s e n , daß bei allem „demokratischen" Aushängeschild des „freien Westens" nicht die Völker bestimmen, sondern daß die Großkapitalisten, Politiker und Parteien für ihre Zwecke schlicht und ergreifend k a u f e n.

Der Chef der US-Aufsichtsbehörde über Aktiengesellschaften formuliert dies sehr vorsichtig, mit dem Ziel, die peinliche Angelegenheit herunterzuspielen: „*Zahlungen als Vermittler erhielten Regierungsmitglieder und politische Parteien für Hilfe bei der Beschaffung von Aufträgen. Einige Zahlungen gingen an Minister, um den Geschäftsgang zu beschleunigen. Andere Zahlungen erfolgten, um Steuer und Devisenvorschriften zu umgehen.*"

Millionen von Dollar zahlten US-Konzerne an Politiker in der ganzen Welt. Der „Ausschuß" spricht von über 30 US-Konzernen, denen bisher nachgewiesen (!!) werden konnte, daß sie mit den Mitteln der Bestechung politische Entscheidungen in 29 Ländern kauften. Einige wenige konkrete Fälle sind bisher bekannt geworden und belegt. Danach ergibt sich folgendes - durchaus lückenhaftes - Bild:

In **Südkorea** zahlte Gulf Oil an die faschistische Regierungspartei („Demokratisch - Republikanische Partei") 4 Mio. Dollar für „gute Zusammenarbeit".

Staatspräsident Park erhielt privat noch einmal 200.000 Dollar. Premierminister Tschung Tai Sung sogar 500.000 Dollar. Das Verteidigungsministerium kassierte ebenfalls 2,5 Mio. Dollar.

In **Saudi-Arabien** übergab der Flugzeug-Konzern Northrop an zwei Generäle 450.000 Dollar. Sie waren bei der Vergabe von Aufträgen besonders hilfreich.

In **Bolivien** zahlte Gulf Oil an den inzwischen krepierten Staatspräsidenten Barrientos 2 Mio. Dollar.

In **Gabun** übergab die Ölfirma Ashland an Staatspräsident Bongo 150.000 Dollar.

Um in **Honduras** eine geringere Exportsteuer für Bananen zu erhalten, überwies „United Brands" (ehemals „United Fruit") an Staatspräsident General Lopez 1,25 Mio. Dollar auf ein Schweizer Konto.

In **Kanada** erhielten von den Ölkonzernen Ashland und Gulf politische Parteien 1,5 Mio. Dollar.

Geringere Beträge gingen in die **Türkei, Schweden, Frankreich** und **Holland.**

In **Italien** erhielten politische Parteien und Politiker besonders hohe Beträge. Allein der Ölkonzern Exxon (Esso) zahlte in den letzten zehn Jahren an die italienische Regierungspartei 50 Mio. Dollar. Aber auch andere Ölkonzerne schmierten die „christliche" (!), „demokratische" (!) Regierungspartei DCI.

In den letzten Wochen tauchte ein „neuer" Name unter den Schmiergeldgebern auf: Lockheed. Lockheed, das Flugzeugunternehmen, das den Starfighter in die BRD verkaufte, gab inzwischen zu, allein ab 1970 mit 22 Mio. Dollar ausländische Politiker bestochen zu haben. Bisher sollen angeblich keine Namen von Empfängern bekannt sein, da sie offenbar noch in Amt und Würden sind. Nur soviel:

2,1 Mio. Dollar gingen an „ein hohes ausländisches Regierungsmitglied", daß bei der „Vergabe großer Verträge" eine „wichtige Rolle" spielte.

5 Mio. Dollar wurden ebenfalls an ein „hohes ausländisches Regierungsmitglied" gezahlt, das „entscheidend" auf die „Vergabe eines Auftrages für Lockheed" eingewirkt hat.

8,7 Mio. Dollar zahlte Lockheed dann noch an „ein hohes ausländisches Regierungsmitglied", das dafür sorgte, daß Lockheed einen Auftrag erhielt, zusätzliche eine weitere Mio. Dollar in bar an ein „anderes Mitglied der gleichen Regierung". Daß diese Schmiergelder von Lockheed über den Kaufpreis der Starfighter allesamt zurückgeholt wurden, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Den geschmierten Politikern stehen die angeschmierten Steuerzahler gegenüber. Das ist ein Stück „Freiheit des Westens". (Zahlenangaben nach „Monitor" vom 19.1.). ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Enthüllungen über den CIA
Wie in AK 72 kurz gemeldet, hat
Wir bringen
inzwischen krepierten Staatspräsidenten Barrientos 2 Mio. Dollar.
In Gabun übergab die Ölfirma Ashland an Staatspräsident Bongo 150.000 Dollar.
Um in Honduras eine geringere Exportsteuer für Bananen zu erhal-
stehen die angeschmierten Steuerzahler gegenüber. Das ist ein Stück „Freiheit des Westens". (Zahlenangaben nach „Monitor" vom 19.1.). ●
Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Enthüllungen über den CIA







Wie in AK 72 kurz gemeldet, hat der US-Geheimdienst CIA in den letzten Monaten mindestens 6 Mio. Dollar (15 Mio. Mark) für antikommunistische italienische Politiker locker gemacht.

Weitere Enthüllungen brachte die italienische Presse – u.a. der liberale „Espresso" (18.1.76), dem wir die folgenden Informationen entnommen haben.

Danach hatten sich zunächst insbesondere Kissinger, sein Europa-Beauftragter Helmut Sonnenfeldt sowie der CIA-Chef William Colby und sein „Vize" Vernon A. Walters für eine stärkere Einmischung in Italien ausgesprochen. Colby und Walters gelten beide als „Italien-Spezialisten": Colby hat seine Agenten-Laufbahn in Italien begonnen; Walters war in den kritischen Jahren 1965 bis 1972 Militärattache in Italien; in diese Jahre fielen die „Strage di stato" und mehrere rechtsradikale Putschpläne. Walters hat sich wiederholt für den Einsatz von US-Truppen eingesetzt, um eine „kommunistische Machtübernahme" in Italien zu verhindern.

Laut „Espresso" ist die CIA-Filiale in Italien die zweitgrößte in Europa, nach der BRD. Der „harte Kern" besteht aus 80 - 90 Agenten, von denen etwa 50 in Rom stationiert sind; andere befinden sich in den US-Konsulaten von Mailand, Genua, Florenz, Neapel und Palermo. Viele der Agenten sind Professoren oder Absolventen der Harvard-Universität. Sie sind als „Diplomaten" getarnt; Zentrale ist die US-Botschaft in Rom. Ein weiteres Agenten-Nest ist der Buchladen „Book International" an der Via Veneto. Chef der italienischen CIA-Filiale ist seit November 75 Hugh Montgomery.

Die CIA-Agenten unterhalten ihrerseits zahlreiche Informanten und Provokateure („Mitarbeiter"). Ein wesentliches Arbeitsgebiet sind Parteien und Organisationen – angeblich befinden sich jeweils mindestens zwei CIA-„Mitarbeiter" in den bürgerlichen Parteien sowie einer in den Organisationen der „außerparlamentarischen Linken". „Mitarbeiter" befinden sich außerdem in den multinationalen Firmen, die Beziehungen zu italienischen Firmen unterhalten; in Firmen, die elektronische Rechner bauen bzw. instand halten; in Banken, Zeitungen, Gewerkschaften.

In Sardinien unterhält der CIA außerdem „an einem unverletzbaren Platz" (lt. „Espresso" – wahrscheinlich in einem der US- und Nato-Stützpunkte) ein Ausbildungslager für „Spezialagenten", die nach Osteuropa und in den Nahen Osten geschickt werden sollen.

„L'Espresso" berichtet weiter, daß der CIA in den fünf'iger Jahren jährlich 20 - 30 Mio. Dollar nach Italien leitete. Das Geld ging an „kulturelle" Einrichtungen, Zeitschriften, gelbe Gewerkschaften, obskure Vereinigungen und Kirchenleute. U.a. soll ein gewisser Giovan Battista Montini, der inzwischen unter dem Pseudonym Paul VI. weltweit bekannt wurde, zu den Empfängern gehört haben. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

FIAT-Prozeß hat begonnen

Im Januar hat in Neapel der lange verschleppte Prozeß gegen den FIAT-Konzern begonnen.

Zur Vorgeschichte:

Am 5.8.1971 ließ Amtsrichter Raffaele Guariniello die FIAT-Büros in Turin durchsuchen. Zutage gefördert wurde eine Kartei über mindestens 354.000 (!!!) italienische Arbeiter, die Angaben über politische Einstellung, Familienverhältnisse etc. enthielt.

Angelegt hatte diese Kartei ein Heer von Spitzeln und Schnüfflern, die der FIAT-Konzern besoldete. Auch die Schnüffler waren in einer Kartei festgehalten, die gleichfalls – zumindest teilweise – beschlagnahmt wurde.

FIAT hatte aktive Richter, Polizei-Präsidenten, SID (Geheimdienst) – Funktionäre, Polizeibeamte etc. als „Schwarzarbeiter" beschäftigt.

Während sich Polizei und Behörden nach der Durchsuchung in Schweigen hüllten, begann die kommunistische Organisation Lotta Continua am 22.9.1971 mit der Veröffentlichung von Namen prominenter FIAT-Spitzel. Darunter Enrico Stettermaier, Funktionär des SID und Abteilungsleiter für die Region Piemonte (in der Turin liegt). Ferner Marcello Guido, ehemaliger Polizeipräsident von Mailand, direkt Beteiligter an der Ermordung des Anarchisten Pinelli, der in Zusammenhang mit der „strage di stato" (Bombenanschlag am 12.12.69 auf eine Mailänder Bank, 16 Tote) während des Verhörs aus einem Fenster des Mailänder Polizeipräsidiums geworfen wurde.

Am 12. November nannte Lotta Continua die Nahmen weiterer Beteiligter an der Affäre: Gaudenzio Bono, Vizepräsident von FIAT; Niccolò Gioia, Vizegeneraldirektor von FIAT; Giorgio Garino, ehemaliger Personalchef der FIAT-Direktion, u.a.

Am 29.5.1972 wurde bekanntgegeben, daß gegen 77 Personen Anklage erhoben wurde.

Während der Prozeß weiter verschleppt wurde, leistete sich der FIAT-Konzern immer neue Schweinereien:

- Hunderte oder gar Tausende politisch aktive Arbeiter wurden gefeuert, darunter seit 1969 allein mindestens 200 Genossen von Lotta Continua;
- FIAT heuerte Arbeiter über die Büros der neofaschistischen MSI und ihrer braunen „Gewerkschaft" CISNAL an, um wieder „Ruhe" in die Betriebe zu bringen. Im „Plan 5 x 5" brachte die „Fiat-Stiftung" christdemokratische Politiker, Militärs und Faschisten zum „Meinungsaustausch" zusammen:
- Aufgedeckt wurde der „Fall Sogno", eines führenden Mitglieds der rechtsgerichteten „Liberalen" Partei PLI. Sogno unterhielt im Auftrag des FIAT-Konzerns Verbindungen zur DC, zu Militärs und zu reaktionären und proamerikanischen Kreisen des ehemaligen antifaschistischen Widerstands;
- Im „Salon" von Marella Agnelli (den Agnelli gehört der FIAT-Konzern) treffen sich Rechtsradikale, Putschplaner, FIAT-Funktionäre, ausländische Botschafter, Politiker aller bürgerlichen Parteien etc.;
- Aufgedeckt wurde auch der „Fall Cavallo", ein seit 30 Jahren bei FIAT beschäftigter Organisator gelber Gewerkschafter, von Provokationen, Infiltrationen usw. Die Verbindung führte zu einem Leitenden Angestellten des FIAT-Konzerns, der heute „Verantwortlicher für Gewerkschaftsfragen" ist.

Heute haben bei FIAT laut Lotta Continua hunderte von Meistern, flankiert von allerlei „Soziologen", „Experten" und ähnlichen Schmarotzern die Stelle der offenen Faschisten übernommen. Die Schnüffel-Karteien werden dezentralisiert bei Privatagenturen fortgeführt. ●

Drucker-Kämpfe in Frankreich

Wie wir im letzten AK berichteten, stehen die französischen Druckarbeiter im Kampf gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Derzeit sind fünfzehn Druckbetriebe von den Arbeitern besetzt, einige davon schon seit mehreren Monaten. Die Kollegen sind vielfach dazu übergegangen, in eigenen Streikzeitungen die Diskussion um die Probleme ihrer Kämpfe wie der französischen Arbeiterklasse überhaupt öffentlich zu führen.

Im Nachfolgenden drucken wir einen Artikel aus der Streikzeitung „Spécial Licenciements" („Entlassungen-Extra") der Drucker von IMRO, Rouen, nach. Die Kollegen beschreiben darin, daß die Angriffe auf die französischen Drucker Teil des sogenannten „Plan Lecat", eines gigantischen Programms der französischen Bourgeoisie und ihrer Regierung sind, mit dem die Wirtschaftskrise auf die französische Arbeiterklasse abgewälzt und die Konkurrenzfähigkeit der französischen Kapitalisten z.B. gegenüber den BRD-Imperialisten drastisch erhöht werden soll.

Andererseits macht das konzertierte Vorgehen der Kapitalisten in den verschiedenen Ländern gegen die Arbeiter deutlich, daß es mehr denn je notwendig wird, ihnen auch international eine gemeinsame Kampffront entgegenzusetzen.

Deshalb rufen wir alle fortschrittlichen Kräfte des Druck- und Pressebereichs auf zu einer gemeinsamen, öffentlichen Veranstaltung gegen Massenentlassungen, Rationalisierung und Konzentration der Druckindustrie und der Presse. Wir verstehen eine solche Veranstaltung als einen ersten Schritt zu einer engeren Zusammenarbeit aller antikapitalistischen und antiimperialistischen Kräfte im Rahmen nationaler wie internationaler Solidarität. Deshalb begrüßen wir es, daß die Kollegen von IMRO, die inzwischen die Initiative ergriffen und eine Rundreise durch verschiedene Städte gestartet haben, bereit sind, auf der geplanten Veranstaltung über ihre Kämpfe zu berichten.

Gegen die Zerschlagung der Druckereien (Übersetzung aus der Zeitung der IMRO - Kollegen)

Zwei Zahlen reichen aus, um aufzuzeigen, was sich in der französischen Druckindustrie abspielt. Innerhalb von fünf Jahren sind in den französischen Druckerein mehr als 10.000 Arbeitsplätze abgeschafft worden. Allein im letzten Jahr haben Betriebsstillegungen die Entlassung von mehr als 3.000 Druckarbeitern zur Folge gehabt.

Wie im Rahmen des 6. Wirtschaftsplans entschieden und angekündigt, soll die Umstrukturierung des Druck-Sektors im Zuge des 7. Wirtschaftsplans fortgeführt werden. In diesem Zusammenhang war der ehemalige Abgeordnete J.-P. Lecat von der Regierung beauftragt worden, besonders zu untersuchen, wie der kapitalistische Staat der französischen Druckindustrie unter die Arme greifen könnte, um sie in den Stand zu setzen, ihren europäischen Konkurrenten Paroli zu bieten. Der Plan, den J.-P. Lecat vorgelegt hat, besteht darin, die gegenwärtige Tendenz der Umgruppierung der Unternehmen, der Konzentration von Kapital als Schwerpunkt hervorzuheben und zu generalisieren. Das ist in der Optik der Kapitalisten der einzige Weg, Investitionen zu erleichtern und so die Modernisierung der Druckverfahren zu ermöglichen. Für die Arbeiter bedeutet dieser Plan einmal mehr eine enorme Verschärfung der Arbeitshetze und eine beträchtliche Reduzierung der Belegschaften.

Massenentlassungen geplant

Bei dem von Lecat vorgelegten Plan springen vor allem vier wesentliche Punkte ins Auge, aufgrund derer es möglich ist, das Knäuel von Problemen zu entwirren, die auf den Druckbereich zukommen.

Die Konzentration. Darin zeigt sich besonders deutlich das gegenwärtige Stadium kapitalistischer Entwicklung. Täglich ist zu beobachten, wie die Konzentration von Kapital in immer weniger Händen voranschreitet. In Krisen-Perioden läuft dieser Prozeß beschleunigt ab. Lecat, Sprachrohr der Monopolisten, betrachtet ganz offensichtlich die Kapitalkonzentration als einen der Schlüssel zur Lösung der Probleme der Wirtschaft.

Reduzierung der Belegschaften. Wer „Umstrukturierung" eines kapitalistischen Unternehmens sagt, meint in Wirklichkeit Stillegungen, Abschaffung von Arbeitsplätzen und Massenentlassungen. Es bedeutet auch dann nichts anderes, wenn es sich um die „Umstrukturierung" eines ganzen Bereichs kapitalistischer Wirtschaft handelt. Daher sagt Lecat ganz konkret voraus, daß bis 1980 weitere 15-20.000 Druckarbeiter entlassen werden sollen.

Die Dezentralisierung. Ein bekanntes Phänomen ist das Gefälle der Löhne für die gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation in Paris und in der Provinz. Das weiß Lecat natürlich genau, und sein Untersuchungsbericht hebt besonders hervor, daß die Löhne in der Provinz niedrig sind und daß obendrein dort Überstunden viel leichter durchgesetzt werden können als in der Region von Paris. Die Kapitalisten verstehen ihr Geschäft!

Die Modernisierung. Um etlichen veralteten Einrichtungen und Druckverfahren ein Ende zu machen, weil sie die französischen Druckkapitalisten daran hindern, gegen ihre italienischen, deutschen, belgischen usw. Konkurrenten antreten zu können, hat Lecat entschieden, Modernisierungen zu fördern. Sein Plan sieht vor, daß alle Unternehmer Prämien vom Staat erhalten sollen, die modernisieren, unter der Bedingung, daß die Modernisierung einhergeht mit einer Erhöhung der Produktivität und damit mit einer Verringerung der Belegschaft.

Die Arbeiter sagen Nein! zur Arbeitslosigkeit

Was dieser Plan von Lecat bezweckt, ist also klar und deutlich: Die Bourgeoisie will die Druckarbeiter die Krise, die diesen Bereich ihrer Wirtschaft beutelt, voll bezahlen lassen.

Für die Arbeiter läßt sich die Bedeutung des Plans zur Umstrukturierung der Druckindustrie, den Lecat vorschlägt, in drei Worte zusammenfassen:

- **Massenentlassungen**
- **Dequalifizierung**
- **Arbeitshetze**

Lecat will 15 – 20.000 Arbeiter auf die Straße werfen. Eine große Zahl weiterer Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlieren, werden umgesetzt werden. Und wie immer werden diese Umsetzungen begleitet sein von Lohnsenkung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Modernisierung der Verfahren (Fotosatz, Offset) gestattet es den Unternehmern, Arbeiter ohne besondere Ausbildung zu beschäftigen. Die Folgen von Massenentlassungen und Modernisierung: Verschärfte Abeitshetze.

Kurz, dieser Plan, den sich die Kapitalisten zurechtgeschustert haben und den Lecat präsentiert, zielt darauf ab, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Druckarbeiter noch weiter zu verschlechtern. Das ist der Grund dafür, daß ihr Kampf gegen dieses neuerliche Projekt kapitalistischer Ausbeutung massiv geführt wird. Lecat braucht nicht zu hoffen, daß er die Arbeiter täuschen und mit seinem Plan einer „Umstrukturierung", der uns ein „Licht am Ende des Tunnels" in der Druckindustrie vorgaukeln soll, demobilisieren könnte.

15 Druckbetriebe in Frankreich sind von den Arbeitern besetzt. Die Situation der Druckarbeiter wird sich nur in dem Maße lösen lassen, wie die Arbeiterklasse insgesamt sich klar darüber wird, daß ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ein Hohn sind.

Die Gesellschaft verändern, sie gegen diejenigen kehren, die die Druckereien zerschlagen, das ist der einzige Ausweg für die Arbeiterklasse.

SPÉCIAL LICENCIEMENTS
Livre C.G.T. 24-12-1975



Titelblatt der Streikzeitung der IMRO-Kollegen: „Gegen diejenigen, die die Druckereien zerschlagen!"

Frankreich: Skandalöses pro-faschistisches Gerichtsurteil!

1974 kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen der „Führer" der französischen faschistischen Partei PFN (französische nationale Partei) Jean-Marie Le Pen.

J.-M. Le Pen gehörte mit zur faschistischen Parallelelarmee OAS, die unzählige Verbrechen an den algerischen Freiheitskämpfern auf dem Gewissen hat. J.-M. Le Pen macht aus seiner Sympathie für die chilenische faschistische Militärdiktatur keinen Hehl.

Weil zwei linke Zeitungen, „Rouge" (Zeitung der LCR, frz. Sektion der IV. Internationale) und „Lutte Ouvriere" (Zeitung der gleichnamigen Organisation) dies auch veröffentlichten, wurden sie von Faschist Le Pen vor Gericht zitiert.

Das Gericht erklärte, es sei *„diffamierend"*, zu behaupten, daß wenn Le Pen solidarisch mit Pinochet sei, er dann solidarisch mit einem Henker sei!

Und das Urteil:

10.000 Francs Strafe für „Lutte Ouvriere" und

20.000 France für „Rouge".

Konsequent hieße das, daß jeder Demonstrant, der ruft „Pinochet Faschist!" wegen Beleidigung vor Gericht geladen und verurteilt werden kann.

Antifaschist zu sein, ist in Frankreich gefährlich. ●

Frankreich-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Frankreich: Faschistische Entführer

Am Mittwoch, den 31. Januar, wurde der Chef der französischen Schallplattenfirma „Phonogram", Hazan, gekidnappt. Gegen eine Zahlung von einer Milliarde Franc sollte er wieder freigelassen werden.

Nachdem einer der Kidnapper am 9. Januar mit einer selbstgebastelten Bombe hochging, ist mehr über die Identität der Kidnapper bekannt geworden und gleichzeitig enthüllt worden, wie die französischen Faschisten ihre „Arbeit" finanzieren. Die eine Milliarde Francs war nämlich zu nichts anderem gedacht, als zur Auffüllung der Kassen einer faschistischen Organisation. Von den acht verschiedenen Personen, die in diesem Zusammenhang verhaftet worden sind, gehören mindestens fünf nachweislich einer faschistischen Organisation an.

Der Chef des Kommandos ist schon eine interessante Figur für sich: Daniel Moschini, italienischer Faschist, der in Frankreich lebt, und für die Ordnerdienste verschiedener faschistischer Organisationen schon mal verantwortlich war. Er ist der Führer der „GIN" (Gruppe zur nationalen Intervention, Untergrundorganisation der faschistischen Partei „Nationale französische Partei").

Zwei weitere Figuren, die Gebrüder Pech, wurden vom französischen Staatspräsidenten für seinen Ordnerdienst eingestellt (während seiner Wahlkampagne im Mai '74).

Ein weiterer Verhafteter, ebenfalls namens Pech, war der Finanz-Verantwortliche der militanten faschistischen Organisation „Ordre Nouveau" (die im Juli '73 aufgelöst wurde).

Unter den Verhafteten befindet sich noch ein weiterer Prominenter der faschistischen Szene, nämlich Alain Robert, der Gründer von „Ordre Nouveau". Er war Verantwortlicher für Giscards Ordnerdienst!

(Fakten und Angaben weitgehend nach „Liberation" vom 12.1.76). ●

Frankreich-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Zusammenarbeit zwischen französischen und algerischen Faschisten

Am 3. Januar explodierte in Algier (Hauptstadt Algeriens) eine Bombe vor dem Verlagsgebäude der algerischen Tageszeitung „El moudjahid". Verantwortlich dafür zeichnete einige Tage darauf eine faschistische Organisation namens „SOA" – Soldaten der algerischen Opposition. Die „SOA" hat nicht nur den Anfangsbuchstaben nach viel gemeinsam mit der französischen faschistischen Organisation „OAS" („Organisation der geheimen Armee"), die zu Zeit des Algerienkrieges aufgebaut wurde, sondern arbeitet mit ihr und wahrscheinlich weiteren französischen faschistischen Organisationen eng zusammen. Der Chef und Gründer der „SOA", Mouloud Kaouane, war bereits zur Zeit des Befreiungskrieges des algerischen Volkes gegen den französischen Kolonialismus als Agent der französischen Geheimdienste bekannt. Nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 gestaltete Kaouane seine Zusammenarbeit mit den französischen Faschisten noch enger und rief in seiner Zeitung „Einheit und Wiederversöhnung der Algerier" zum Aufbau einer „Befreiungsarmee" auf. Obwohl er 1970 keine Aufenthaltsgenehmigung mehr für Frankreich bekam, ließen ihn seine Kollegen vom französischen Bullenapparat ungestört Versammlungen und Treffen auf französischem Territorium organisieren. In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen Attentate auf algerische Gebäude in Frankreich zu sehen, die Im Juli 1975 begangen wurden.

Im Zusammenhang mit dem Bombenattentat auf „El Moudjahid" ist auch ein französischer Faschist, Rousseaux, festgenommen worden. Rousseaux ist gleichzeitig Agent des französischen Geheimdienstes (!) und hat an dem Attentat auf den Genossen Amilcar Cabral (Cabral war Führer der PAIGC und wurde am 20. Januar 1973 in Conakry/Guinea ermordet) teilgenommen.

Bislang sind in Algerien 80 weitere Franzosen festgenommen und verhört worden.

Zu den Festgenommenen und Verhafteten erklärte die algerische Regierung:

„Aus den photographischen Dokumenten .. geht hervor, daß diejenigen Personen, die jetzt in Algerien festgenommen worden sind, in Frankreich gesucht werden ... wegen Beteiligung an Attentaten und Überfällen auf baskische Flüchtlinge" („Le Monde", 13.1.76).

Im vergangenen Juli wurde von einer faschistischen Organisation namens „ATE" („Antiterrorismus Eta") eine Serie Attentate auf Basken, die in Frankreich leben, verübt. Als Organisator der Bewegung entpuppte sich der französische Faschist Chabessier. Die Terrorkommandos wurden von einem ehemaligen französischen Fremdenlegionär in Madrid personell aufgestockt.

Als der Chef Chabessier verhaftet wurde – sowas kommt auch vor! – „entdeckte" die französische Polizei Verbindungen mit einem ehemaligen Chef der „OAS," der wiederum mit dem Attentat auf „El Moudjahid" was zu tun haben soll.

Man darf gespannt sein auf die weiteren Enthüllungen über die dreckigen Machenschaften des französischen Faschistenapparats! ●

Frankreich-Kommission KB/Frankfurt

CIA in Frankreich

In ihrer Ausgabe vom 13. Januar enthüllte die französische linke Tageszeitung „Libération" die Namen von 32 CIA-Agenten, die ihre Wühlarbeit in Paris durchziehen. Nebenstehend die Namensliste, die sicherlich unvollständig ist! Das französische Innenministerium fühlte sich sichtlich gestört durch diese Veröffentlichung und ließ durch den Innenminister Poniatowski erklären:

„1) Der französische Geheimdienst hat mit diesen Informationen überhaupt nichts zu tun. . .

2) Sehr viele Staaten verfügen über Geheimdienste. Das ist leider eine Realität, die nicht neu ist.

3) In den meisten Fällen handelt es sich um schon bekannte und überwachte Personen (?) . . . Wenn diese Geheimdienstagenten sich in die inneren Sachen unseres Landes einmischen, oder wenn sie nachweisbar spionieren, dann werden sie ausgewiesen" (nach „Lutte ouvrière", 17. Januar). Der CIA in Frankreich hat sich bereits seit 1948 einen Namen für seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten gemacht: damals gründete der Pseudo-Gewerkschafter und tatsächlicher CIA-Agent Irving Brown die Streikbrecher-Gewerkschaft „Force Ouvrière" mit!

Schließlich rekrutierte der CIA 1949 Streikbrecher selber, um den Werftarbeiter-Streik in Marseille niederzuschlagen. ●

Frankreich-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

32 fonctionnaires de la CIA en poste à Paris

Voici la première liste de trente-deux noms d'officiers de la CIA, avec le numéro de leurs bureaux et leurs numéros de postes téléphoniques.

Les noms présents sur cette liste sont ceux de membres de la CIA en poste à Paris durant l'anneé 1975. Certains, mais une minorité, ont pu récemment être affectés ailleurs.

Burgstaller Eugen F. Chef de station. A 303. 7371. 47, avenue Georges Mandel. 727 52 93.

Berg John. A 302. 7371. 4, square de l'Alboni (16e). 520 50 54.

Cusik Charles J. B 309. 7445. 89, rue de Monceau (16e). 522 10 02.

Selsky Oleg N. B 405. 7509. 31 bis

Todesstrafe für einen Siebzehnjährigen!

Vor einigen Monaten griff ein arbeitsloser Jugendlicher eine alte Frau an, um ihre paar Francs zu klauen, genau: 200 Francs (d.h. knapp 140 DM). Sie wehrte sich, er verlor den Kopf und töte sie.

Jetzt haben 20 Richter das Urteil gefällt:

Der 17-jährige Bruno soll mit der Guillotine (Fallbeil) hingerichtet werden.

Mit einem derartigen Terror-Urteil will die französische Justiz wohl den jugendlichen Delinquenten eine einschüchternde Lektion erteilen. Aber wer ist dafür verantwortlich, wenn Jugendliche keinen Arbeitsplatz bekommen und sie dann entweder kleine Diebstähle organisieren oder dem Alkohol verfallen?

Niemand anders als die Bourgeoisie und ihr Staat selbst, die hinter dieser Justiz stehen! ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Athen: 100.000 streiken gegen reaktionäre Gewerkschaftsführer



Tausende Arbeiter und Angestellte demonstrieren gegen den manipulierten „Kongreß"



Aus „Rizospastis" 13.1.76

MEK – auch in Griechenland

„Neue speziell ausgebildete Nahkampfgruppen" schuf die Regierung Karamanlis, um gegen die ansteigende Arbeiterbewegung rechtzeitig gewappnet zu sein.

Anfang Januar wurden die „Spezialsicherheitsgruppen", die aus auserwählten Scharfschützen der Polizei und der Gendarmerie gebildet wurden und die eine militärische Ausbildung an allen Waffen erhalten, das erste Mal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Man gibt vor, das Ziel dieser Gruppen sei die „organisierte Verbrechensbekämpfung", sowie die Bekämpfung von Luftpiraterie, Mordanschlägen auf Persönlichkeiten, Entführungen, bewaffneten Raubüberfällen usw.

Fast die gesamte Presse, einschließlich der revisionistischen und reformistischen, erwähnten nur diese Einsatzziele. .

Die rechtsextreme Zeitung „Eléftheros Kósmos" („Freie Welt") jedoch beeilt sich hinzuzufügen, daß diese griechischen MEK's auch gegen *„Demonstrationen, die zu Ausschreitungen und Blutvergießen führen"* (!?) eingesetzt werden sollen.

Dieses Juntaorgan und Sprachrohr des amerikanischen CIA hat die Informationen natürlich aus erster Hand und kennt den eigentlichen Zweck solcher Bürgerkriegstruppen nur zu genau.

Diese „Kommandos" werden zu Fuß und mit Kraftfahrzeugen agieren und bilden offensichtlich eine besondere Unterdrückungsabteilung im Rahmen der „Prätorianer" von Karathanásis, die nämlich speziell für die „ávres" (gepanzerte Tränengasfahrzeuge) ausgebildet sind und zu denen auch helm- und schildbewaffnete Knüppelgarden der Polizei gehören.

Viele Polizisten dieses neuen MEK's erhielten in Frankreich und in der BRD eine Spezialausbildung (!).

Die Bewaffnung der „Spezialtruppen" soll absolut *„zeitgemäß sein und sich wesentlich von der sonstigen Bewaffnung unterscheiden"*, was die damit verbundenen Absichten nur deutlich macht („Sozialistikji Allaji", 10.1.76).

80 Folterer wieder frei

Im Dezember 75 befreite der „Rat der Landrichter" (. . .) mit dem Beschluß 4347/75 a c h t z i g (!) Offiziere der berüchtigten „Asfália" (Sicherheitspolizei), die wegen Folterungen angeklagt waren, von jeder weiteren strafrechtlichen Verfolgung.

Von ursprünglich 107 angeklagten Folterknechten kommen jetzt nur noch 27 wegen *„schwerer und gefährlicher Körperverletzung, Amtsmißbrauch und widerrechtlicher Gefangennahme"* vor Gericht.

Rüstungsaufkommen noch nie so hoch

1975 erhöhte die griechische Regierung bereits ihren Rüstungsetat um 46,5%. Für 1976 wird mit einer weiteren Steigerung von 30% gerechnet. Dies ist dreimal soviel als unter den Obristen 1973. Mit einem Etat von 34,3 Mrd.Drachmen – ca. 7% des gesamten Volkseinkommens – rückt Griechenland in die vorderste Reihe der Länder mit den höchsten Pro-Kopf–Ausgaben im Rüstungsbereich.

Verfahren gegen Zeitungen

Anfang Januar wurde gegen vier bürgerliche Zeitungen Gerichtsverfahren eröffnet. Es handelt sich um die Zeitungen „To Vima", „Akropolis", „Kathimerini", Eleftherotypia". Sie hatten trotz Veröffentlichungsverbot über die Erschießung des CIA-Agenten Welch berichtet (vgl. dazu AK 72). Auch solche Veröffentlichungsverbote gehören zum Alltag der griechischen „Demokratie"!

Wegen Verleumdung der Regierung wurde vorübergehend der Chefredakteur des Junta-Organs „Eléftheros Kósmos" am 17./18.1.76 inhaftiert. Das Faschistenblatt hatte aus-

„Linksopposition" die Streitkräfte aufzuweichen".

Angesichts der tatsächlichen Aufrüstung der griechischen Armee klingen die Worte des Faschistenblattes geradezu grotesk, zeigen aber auch, wohin sie noch wollen.

„Gegenüber der Agitation des rechtsextremistischen Blattes, das nach der Wiederherstellung der Demokratie den Behörden nicht zugängliche Dokumente aus dem verschwundenen Archiv der gefürchteten Militärpolizei veröffentlichte, in der Absicht, Widerstandskämpfer zu diffamieren, zeigte sich die Regierung Karamanlis

Wir können uns wehren ...

Das beweist das Beispiel der Mädchen an einer Gesamtschule in Newcastle/England.

Nachdem am 1. Januar in England ein „Gleichberechtigungsgesetz" in Kraft trat, führte der Direktor die Prügelstrafe auch für Mädchen ein; zynische Begründung: *„Mädchen haben jetzt die gleichen Rechte (!) wie Jungen"* („Lübecker Nachrichten", 11.1.). Bisher war in England die Prügelstrafe für Schülerinnen ausdrücklich verboten, während sie für Schüler üblich ist.

Diese Verarschung ließen sich die Mädchen nicht gefallen. Gemeinsam mit einigen Jungen demonstrierten etwa 200 Schülerinnen dagegen. Laut „LN" sollen sie sogar Scheiben eingeworfen, Autos umgeschmissen, Spottlieder auf ihre Lehrer gesungen und schließlich aus der Schule ausgezogen sein.

Nach massivem Bulleneinsatz und einstweiligem Unterrichts-Ausschluß von fünf Schülerinnen, konnten die Mädchen bisher zwar noch nichts erreichen. Trotzdem können die Frauenfeinde nur durch entschlossene Taten zum Teufel gejagt werden. Wer nach diesem Beispiel noch sagt,

100.000 Werktätige streikten am 12.1.76 gegen die arbeiterfeindlichen Pläne der Karamanlis-Regierung, die alte, faschistische Syndikats-Organisation beizubehalten und durch Gesetze zu zementieren. Gähnende Leere herrschte auf den Baustellen, in den Tischlereien und den Schuhfabriken wegen der allgemeinen Teilnahme am 24-stündigen Streik, den die „somatia" (etwa: Vertrauenskörperschaften, gewerkschaftliche Basisorganisationen) der Bauarbeiter, Tischler und Schuharbeiter ausgerufen hatten.

Am Morgen dieses Tages fand in der Athener Innenstadt eine riesige Demonstration statt, danach eine Großversammlung der Arbeiter im Theater „Akropól".

Der Streik und die anderen Aktionen richteten sich gegen den „10. Kongreß des Arbeiterzentrums Athen" (EKA), der an diesem Tag das erste Mal seit der Ablösung des Faschismus abgehalten wurde. An diesem „Kongreß" nahmen nicht die weitaus mitglieder- und kampfstärk-

nicht wieder ins „Arbeiterzentrum" und die „GSEE" (griechischer Gewerkschaftsbund) eingeschrieben worden. Dasselbe gilt auch für eine Reihe betrieblicher „somatía", die in den jüngsten Streikkämpfen in der Industrie entstanden sind.

Auf der anderen Seite sind nur die wenigsten der 238 offiziellen „somatía", die dem „Arbeiterzentrum" angehören, wirkliche Körperschaften der Arbeiterklasse. Unter ihnen gibt es „gelbe" von den Kapitalisten gegründete „somatía", wie die von „VIAMAX" und „ETMA". (In diesen Betrieben fanden in letzter Zeit bedeutende Arbeiterkämpfe statt, auf die die gelben „somatía" absolut keinen Einfluß hatten.) Es gibt die sogenannten „Antibünde" („andisíndhesma"), ausschließlich zum Zweck der Spaltung der Branchen geschaffen, in denen es funktionierende Massensomatía gibt, es gibt „Stempelsomatía", d.h. ihre Existenz steht auf dem Papier.

Die reaktionäre Karamanlis-Regierung versuchte auf jede erdenkliche

Aus „Rizospastis" 13.1.76

Das beweist das Beispiel der Mädchen an einer Gesamtschule in Newcastle/England.

Nachdem am 1. Januar in England ein „Gleichberechtigungsgesetz" in Kraft trat, führte der Direktor die Prügelstrafe auch für Mädchen ein; zynische Begründung: „Mädchen haben jetzt die gleichen Rechte (!) wie Jungen" („Lübecker Nachrichten", 11.1.). Bisher war in England die Prügelstrafe für Schülerinnen ausdrücklich verboten, während sie für Schüler üblich ist.

Diese Verarschung ließen sich die Mädchen nicht gefallen. Gemeinsam mit einigen Jungen demonstrierten etwa 200 Schülerinnen dagegen. Laut „LN" sollen sie sogar Scheiben eingeworfen, Autos umgeschmissen, Spottlieder auf ihre Lehrer gesungen und schließlich aus der Schule ausgezogen sein.

Nach massivem Bulleneinsatz und einstweiligem Unterrichts-Ausschluß von fünf Schülerinnen, konnten die Mädchen bisher zwar noch nichts erreichen. Trotzdem können die Frauenfeinde nur durch entschlossene Taten zum Teufel gejagt werden. Wer nach diesem Beispiel noch sagt,
daß Mädchen schwächer sind, der spinnt!!! ●

Frauenkommission
KB / Gruppe Lübeck

100.000 Werktätige streikten am 12.1.76 gegen die arbeiterfeindlichen Pläne der Karamanlis-Regierung, die alte, faschistische Syndikats-Organisation beizubehalten und durch Gesetze zu zementieren. Gähnende Leere herrschte auf den Baustellen, in den Tischlereien und den Schuhfabriken wegen der allgemeinen Teilnahme am 24-stündigen Streik, den die „somatia" (etwa: Vertrauenskörperschaften, gewerkschaftliche Basisorganisationen) der Bauarbeiter, Tischler und Schuharbeiter ausgerufen hatten.

Am Morgen dieses Tages fand in der Athener Innenstadt eine riesige Demonstration statt, danach eine Großversammlung der Arbeiter im Theater „Akropól".

Der Streik und die anderen Aktionen richteten sich gegen den „10. Kongreß des Arbeiterzentrums Athen" (EKA), der an diesem Tag das erste Mal seit der Ablösung des Faschismus abgehalten wurde. An diesem „Kongreß" nahmen nicht die weitaus mitglieder- und kampfstärk-
sten „somatía" der Werktätigen teil, wie z.B. die der Bauarbeiter, Automobilarbeiter, Drucker und Transportarbeiter. Diese „somatía" sind nämlich seit 1960 ausgeschlossen und wurden von der Junta aufgelöst. Inzwischen haben sie sich wieder reorganisiert und ihre Vorstände und Vertreter gewählt. Dennoch sind sie

nicht wieder ins „Arbeiterzentrum" und die „GSEE" (griechischer Gewerkschaftsbund) eingeschrieben worden. Dasselbe gilt auch für eine Reihe betrieblicher „somatía", die in den jüngsten Streikkämpfen in der Industrie entstanden sind.

Auf der anderen Seite sind nur die wenigsten der 238 offiziellen „somatía", die dem „Arbeiterzentrum" angehören, wirkliche Körperschaften der Arbeiterklasse. Unter ihnen gibt es „gelbe" von den Kapitalisten gegründete „somatía", wie die von „VIAMAX" und „ETMA". (In diesen Betrieben fanden in letzter Zeit bedeutende Arbeiterkämpfe statt, auf die die gelben „somatía" absolut keinen Einfluß hatten.) Es gibt die sogenannten „Antibünde" („andisíndhesma"), ausschließlich zum Zweck der Spaltung der Branchen geschaffen, in denen es funktionierende Massensomatía gibt, es gibt „Stempelsomatía", d.h. ihre Existenz steht auf dem Papier.

Die reaktionäre Karamanlis-Regierung versuchte auf jede erdenkliche
Weise, die Gewerkschaftsbewegung durch Gesetze (bzw. durch Nichtänderung der faschistischen Gesetze), mit ihren Reglementierungen und Interventionen zu kontrollieren, behielt antikommunistische Treueeid und faschistische Artikel in den Satzungen bei, stützte bis hinaus zu den Vorständen die Faschisten, behinderte den Prozeß der Wahlen eineinhalb Jahre lang etc.

Der Gipfel war sowieso, daß bis zu den Wahlen der Vorstand des Gewerkschaftsbundes aus einer von der Regierung eingesetzten Rechtsanwältekommission bestand.

Die griechischen Arbeiter sind nun nicht mehr bereit, sich um ihre elementaren gewerkschaftliche Rechte bescheißen zu lassen.

Auf dem „Kongreß" setzten die demokratischen Delegierten den Rechten so stark zu, daß die Führung zwei Stunden vor dem frühest geplanten Schluß den „Kongreß" abbrechen mußte.

Die geforderte Abstimmung über den „Rechenschaftsbericht" fand nicht mehr statt.

Die Rechten hatten sich gut vorbereitet: Selbst Journalisten konnten die „Gesichtskontrolle" nur mit Mühe und Not passieren; ein massives Polizeiaufgebot sperrte die nicht zugelassenen Delegierten aus, in den umliegenden Straßen wimmelte es von Bullen. Auf ihrem Gegenkongreß bekräftigten die oppositionellen Gewerkschafter:

„Nein zum manipulierten Gewerkschaftskongreß!"

„Nein zum staatlichen Syndikalismus!"

„Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse!"

(nach „Laikji Aghones" und „Rizospastis" vom 13.1.76) ●

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

fália" (Sicherheitspolizei), die wegen Folterungen angeklagt waren, von jeder weiteren strafrechtlichen Verfolgung.

Von ursprünglich 107 angeklagten Folterknechten kommen jetzt nur noch 27 wegen „schwerer und gefährlicher Körperverletzung, Amtsmißbrauch und widerrechtlicher Gefangennahme" vor Gericht.

rung bereits ihren Rüstungsetat um 46,5%. Für 1976 wird mit einer weiteren Steigerung von 30% gerechnet. Dies ist dreimal soviel als unter den Obristen 1973. Mit einem Etat von 34,3 Mrd.Drachmen – ca. 7% des gesamten Volkseinkommens – rückt Griechenland in die vorderste Reihe der Länder mit den höchsten Pro-Kopf–Ausgaben im Rüstungsbereich.

Verfahren gegen Zeitungen

Anfang Januar wurde gegen vier bürgerliche Zeitungen Gerichtsverfahren eröffnet. Es handelt sich um die Zeitungen „To Vima", „Akropolis", „Kathimerini", Eleftherotypia". Sie hatten trotz Veröffentlichungsverbot über die Erschießung des CIA-Agenten Welch berichtet (vgl. dazu AK 72). Auch solche Veröffentlichungsverbote gehören zum Alltag der griechischen „Demokratie"!

Wegen Verleumdung der Regierung wurde vorübergehend der Chefredakteur des Junta-Organs „Eléftheros Kósmos" am 17./18.1.76 inhaftiert. Das Faschistenblatt hatte aus-
gerechnet die Karamanlis-Regierung beschuldigt, zusammen mit der

„Linksopposition" die Streitkräfte aufzuweichen".

Angesichts der tatsächlichen Aufrüstung der griechischen Armee klingen die Worte des Faschistenblattes geradezu grotesk, zeigen aber auch, wohin sie noch wollen.

„Gegenüber der Agitation des rechtsextremistischen Blattes, das nach der Wiederherstellung der Demokratie den Behörden nicht zugängliche Dokumente aus dem verschwundenen Archiv der gefürchteten Militärpolizei veröffentlichte, in der Absicht, Widerstandskämpfer zu diffamieren, zeigte sich die Regierung Karamanlis
lange Zeit tolerant" („Neue Züricher Zeitung", 2o.1.76).

Prozesse gegen Antifaschisten . . .

Am 8.12.75 wurde in Thessaloniki die Antifaschistin Kl. Papajorgio wegen „persönlicher Beleidigung eines Polizisten" angeklagt. Sie verglich die Brutalität des Polizisten mit jener Haltung der Polizei in der Zeit des Faschismus.

Die Anklage wurde sechs Monate nach dem Vorfall eingereicht. Bezeichnend ist, daß der Polizist sich nicht die Personalien notiert hatte und sie dennoch hatte anklagen können.

Sie erhielt zwei (!) Monate Gefängnis.

Am 15.12.75 wurden in Patras zwei Antifaschisten (Fotopulos und Servas) ein Prozeß gemacht, weil sie „ohne Genehmigung" (!) Flugblätter geklebt hatten, die zu einer Studentenversammlung aufriefen. Einer der beiden wird darüberhinaus noch beschuldigt, Flugblätter verteilt (!) zu haben, die den Prozeß gegen die „EKKE" (griechische „ML"-Organisation) verurteilten.

Faschisten gründen „NEUE" Partei

Auf dem letzten Parteitag der faschistischen Partei, „National Front" (NF) im Oktober 75 konnte sich die „populistische" Fraktion um den Ex-Konservativen und Vorsitzenden John Kingsley-Read zwar erneut durchsetzen. Dennoch behielten die Alt-Faschisten um Tyndall und Webster, ehemalige Mitglieder der englischen Nazi-Partei, führende Positionen inne, ein wesentliches Hindernis für die NF, ihre Strategie der „sozialen" Tarnung weiter zu verfolgen (vgl. dI 18).

Nachdem im Dezember ein Gericht den Versuch der Populisten, Tyndall und Webster einfach aus der NF auszuschließen vereitelt hatte („Guardian", 20.12.), landete Kingsley-Read bereits drei Tage später einen einstweilen erfolgreichen Coup. Er legte den Vorsitz der NF nieder und gründete mit Roy Painter und Richard Lawson – beide wie er übrigens ehemalige Mitglieder der Tory-Partei („Socialist Worker, 10.1.) – eine „neue" National Party (NF). Dieser sollen etwa zwei Drittel der alten NF angehören („G.", 31.12.75).

Die politischen Ziele der NP wurden von der NF übernommen:

- *„Humane (? !) Repatriierung oder Rücksiedlung aller farbigen und anderen rassisch unvereinbaren Einwanderer"*, denn *„das britische Volk muß seine besondere rassische Eigenart bewahren"*.
- Verstaatlichung der Banken und aller britischen Bodenschätze;
- Solidarität mit den Ulster Unionists (anti-republikanische rechtsradikale Partei in Nordirland);
- völlige Ablehnung der EG und dezentralisierte Verwaltung für Schottland und Wales (devolution);
- eine nebulöse Verpflichtung auf *„Gewinnbeteiligung und Unternehmensbeteiligung für die Arbeiter"* („G.", 31.12.75).

Auch ohne Tyndall und Webster verfügt die NP über genügend Alt-Nazis; u.a.

- Robin Beauclaire, der in einer Broschüre „Starben wirklich Sechs Millionen" die Nazi-Verbrechen verharmloste.
- Dennis Pierie, der auf Kundgebungen zum Thema „Hitler hatte recht" sprach.
- Gordon Brown, einst Mitglied des antisemitischen „Greater Britain Movement" („SW", 10.1.76). ●

England Kommission

Die Sozialdemokratie formiert sich

Mitte Januar veröffentlichte die „Zentrumsunion – Neue Kräfte" (ZU-NK) unter Mavros einen Entwurf für ein Aktionsprogramm der Partei, in dem eine sozialdemokratische Orientierung festgelegt wird. U.a. werden die „engen und festen Bindungen" zu den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der „Sozialistischen Internationale" betont.

Mavros, der in den letzten Monaten etliche Male in Sachen „Sozialdemokratie" nach Bonn, Mannheim (SPD-Parteitag), Schweden (Treffen der sozialdemokratischen Führer Europas) etc. gereist war, scheint nun endgültig die Formierung einer griechischen Sozialdemokratie anzupeilen. Dabei wird man mit einigen Änderungen am griechischen „Parteienhimmel" rechnen können.

Die griechischen Parteien tragen bisher mehr noch den Charakter von politisch recht breiten Sammlungsbewegungen. Es wird damit gerechnet, daß Teile der ZU-NK sich nicht auf ein sozialdemokratisches Konzept festlegen lassen werden. Andererseits werden mit Sicherheit etliche Kräfte für die angepeilte „SPG" in anderen Parteien, insbesondere in der EDA von Jliou und Theodorakis sowie in der „undogmatischen" KPG/Inland zu finden sein. ●

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

West-Sahara: Solidarität mit der F-Polisario

Am Dienstag, den 27.1.76 überfielen marokkanische Truppeneinheiten einen Versorgungskonvoi der algerischen Armee, der Lebensmittel und Medikamente für die vor der marokkanischen Invasionsarmee flüchtenden Saharauis transportierte.

Marokko, das mit diesem Angriff auf Versorgungseinheiten Algeriens den Ausrottungskrieg gegen die Bevölkerung der West-Sahara fortsetzt, reagierte damit auf die militärischen Erfolge des saharischen Befreiungskampfes unter Führung der Frente POLISARIO.

Inzwischen halten die Kämpfe mit verstärkter Heftigkeit an. Die angelaufenen Vermittlungsversuche arabischer Staaten, die wie Ägyptens Sadat, die real nicht existierende „Einheit" der arabischen Staaten beschwören und die bezeichnenderweise zu der marokkanischen Invasion in die West-Sahara und zu Hassans Völkermordpraktiken geschwiegen haben, werden keinen Erfolg haben können. Es gibt nur eine Lösung der West-Sahara-Frage: Die bedingungslose Anerkennung des legitimen Vertreters des Volkes, der Frente POLISARIO.

Durch das Abkommen von Madrid vom 15.11.75, in dem die Aufteilung der Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien und der Rückzug der spanischen Kolonialtruppen beschlossen wurde und damit das Selbstbestimmungsrecht der saharischen Bevölkerung in verbrecherischer Weise mit Füßen getreten wurde, erhoffte sich der US-Imperialismus eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Nordafrika zu seinen Gunsten. Ein unabhängiges West-Sahara hätte nämlich strategisch und ökonomisch eine Stärkung der antiimperialistischen Kräfte bedeutet.

Marokko, Mauretanien und Spanien, als ausführende Organe des Imperialismus, begannen mit der Realisierung des Teilungsplanes. Wobei insbesonders die Truppen Hassans II. mit der physischen Ausrottung der Bevölkerung begannen, um den Volkswiderstand ein für alle mal zu brechen.

Gleichzeitig meldete Marokko auch Gebietsansprüche auf Teile Algeriens, Mali, Senegal und Mauretanien an. *„Marokkos Politik der Hegemonie entspricht völlig den offenen und versteckten Zielen des Imperialismus in der Region des Mittelmeeres"*, erklärte Algerien nach den marokkanischen Angriffen auf algerische Armee-Einheiten. In der Tat ist Marokko eine Schachfigur der USA und Frankreich, letzteres hat erst kürzlich durch Lieferung von 25 Mirage-Jägern und der Lieferzusage weiterer 50 Flugzeuge dieses Typs (Le Monde, 16.1.76), den Luftkrieg - u.a. mit Napalm-Bomben gegen Flüchtlingslager (El Moudjahid, 21.1.76) - der marokkanischen Armee gegen die saharische Bevölkerung forciert.



Demonstration von Saharauis mit den Fahnen ihrer Befreiungsfront, der Frente POLISARIO

Gerüchte darüber, daß Algerien auf seinem Gebiet sowjetische Stützpunkte gestatten würde, falls Frankreich in der Sahara-Frage seine Haltung nicht ändern würde, sind frei erfunden, und vom algerischen Präsidenten Boumedienne dementiert worden mit den Worten: *„Wir werden niemals ein Stück unserer Unabhängigkeit aufgeben"* (Le Monde, 23.1.). Die Gerüchte waren bezeichnenderweise von einer marokkanischen Zeitung in die Welt gesetzt worden, um die Unterstützung Marokkos durch die Imperialisten zu rechtfertigen.

Dem Imperialismus geht es darum, seinen marokkanischen Brückenkopf weiter auszubauen und zu stärken. Insofern haben die Pläne eines „Groß-Marokko", die in Marokko wieder verstärkt propagiert werden, durchaus einen realen Hintergrund. **Die Annektion der West-Sahara ist nur ein erster Schritt in die beabsichtigte Richtung.**

Kurz vor dem marokkanisch-algerischen Zwischenfall fand am 22.1.76 ein Treffen in Fés (Marokko) statt, an dem neben dem marokkanischen König Hassan und dem marokkanischen „Gouverneur der Provinz Sahara" (gemeint ist das besetzte Gebiet) auch der amerikanische Botschafter in Marokko und der stellvertretende Kommandant der 6. US-Flotte, Vize-Admiral F.Turner, teilnahmen (lt. El Moudjahid, 27.1.76).

Der Zeitpunkt dieses Treffens allein bestätigt die Vermutung, daß die direkte militärische Agression gegen algerische Truppen und damit gegen Algerien selbst, mit Rückendeckung der US-Imperialisten geschah.

Die militärische Präsenz der USA wurde erst kürzlich im Jahresbericht des Pentagon offiziell (und wahrscheinlich noch zu niedrig) bekanntgegeben. Dort wird gesagt, daß 1.000 GIs in Marokko stationiert sind. Daß ferner zwei Stützpunkte bei Nousseur und Benguerir geräumt wurden, dafür aber die drei anderen Stützpunkte behalten und ausgebaut wurden.

Sie liegen alle im Gharb, etwa 60 km nördlich von Rabat.

In Kénitra befindet sich ein Luftwaffenstützpunkt, Depots für Munition und Kriegsmaterial und eine Überwachungsanlage für Satelliten. In Sidi Yahia sind eine Radarstation, Anlagen für Telegrafieverbindungen und ein Waffendepot konzentriert. Sidi Bouknadel beherbergt eine Zentrale für die Nachrichtenverbindungen der amerikanischen Flotte im atlantischen und indischen Ozean.

Marokko bleibt also eins der wenigen arabischen Länder, die die Anwesenheit fremder Militärstützpunkte - obendrein amerikanischer - auf ihrem Gebiet dulden (vgl. auch Afrique-Asie Nr.100).

Sieg im Volkskrieg

Die Frente POLISARIO konnte in den letzten Wochen ihre militärischen Erfolge beträchtlich steigern. So wurden bei den Gefechten u.a. in der Nähe von Ain Bentily 152 Marokkaner getötet, 32 Gefangene konnten gemacht werden und außerdem wurde schweres Kriegsmaterial erbeutet. Ain Bentily, die größte mauretanische Garnison, konnte eingenommen werden. Bei einem anderen Angriff der Volksbefreiungskämpfer auf einen Militärkonvoi der Marokkaner wurden 56 Marokkaner getötet und weitere fünf gefangengenommen (NZZ, 28.1.76).

Auch die Gefangennahme von zwei französischen „Ingenieuren", die in einem marokkanischen Militärkonvoi mitfuhren, sowie der Abschuß mehrerer Flugzeuge des US-Typs F-5 zeigt die Stärke des saharischen Widerstandes (Le Monde, 23.1.76).

Auch die internationale Anerkennung der Frente POLISARIO als einzige legitime Vertretung des saharischen Volkes macht Fortschritte. Nachdem schon die revolutionären Staaten wie VR Vietnam, Nord-Korea, Guinea-Bissao u.a. die POLISARIO anerkannt haben, hat jetzt die Mehrheit des Entkolonialisierungsausschusses der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) die Anerkennung empfohlen. Bloß die reaktionären Ausschußmitglieder Zaire und Senegal stimmten gegen die Empfehlung, Ägypten und Kamerun enthielten sich (El Moudjahid, 26.1.76). Als einzige arabische Länder haben bisher lediglich Algerien und Lybien den saharischen Befreiungskampf unterstützt.

Erfreuliches gibt es aus Mauretanien zu berichten. Dort fanden in der Hauptstadt Nouakchott und in der Wirtschaftsmetropole Nouadibouh Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Anwesenheit marokkanischer Elite-Einheiten in Mauretanien statt (Frankfurter Rundschau, 30.1. und El Moudjahid, 27.1.76).

Auch liegen Meldungen der POLISARIO vor, nach denen es zu Desertationen mauretanischer Soldaten gekommen ist, die sich den Volksbefreiungskräften angeschlossen haben. ●

Afrika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Vor 15 Jahren vom Imperialismus ermordet: Patrice Lumumba

Im Januar 1961, vor 15 Jahren, wurde der große afrikanische Revolutionär und Ministerpräsident des Kongo (heute Zaire), Patrice Lumumba, von den Marionetten des Imperialismus in der Kongo-Provinz Katanga ermordet. Lumumbas Kampf für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Kongo gehörte zu den bedeutsamsten Anfängen des schwarzafrikanischen Freiheitskampfes.

Dieser Kampf, der Ende der 50iger Jahre noch auf relativ niedrigem politischen Niveau stattfand, verglichen etwa mit dem heutigen Befreiungskrieg der MPLA in Angola, stand von Anfang an einer weltweiten imperialistischen Verschwörung mit ihren Zentren in Washington, Brüssel, Paris, London, Salisbury und Pretoria gegenüber.

Der bewaffnete Befreiungskampf, geführt von einer revolutionären Vorhut mit einem massenwirksamen Forderungsprogramm wurde in Schwarzafrika erst nach der Ermordung Lumumbas aufgenommen (MPLA: Februar 1961, Frelimo: September 64). Er war nicht zuletzt eine Lehre der Ereignisse im Kongo, wo der Vernichtungskrieg der Imperialisten gegen die Revolutionäre mit einer Schärfe geführt wurde, wie er in Afrika zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend unbekannt war.

Patrice Lumumba war — und das unterscheidet ihn von den heutigen revolutionären Führern in Afrika — kaum vertraut mit dem wissenschaftlichen Sozialismus.

Die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, die Notwendigkeit der militärischen Zerschlagung der Konterrevolution, die Gefahr, die vom Neo-Kolonialismus der USA (und der damals von ihr dominierten UNO) ausging; all dies fand nur ansatzweise, immer wieder unterbrochen vom idealistischen Glauben an „das Gute im Menschen" Eingang in die antiimperialistische Bewegung des Kongo. Lumumba selbst — und in gewisser Weise mit ihm das kongolesische Volk sind Märtyrer dieser politischen Schwäche geworden.

Trotzdem: Sein unbestechlicher antiimperialistischer Kampf stellt Lumumba in eine Reihe mit den ermordeten Gründern von PAIGC (Guinea Bissao) und FRELIMO (Mosambik), mit Amilcar Cabral und E. Mondlane!

Das Scheitern der „Kontrollierten Ablösung"

Die belgische Kolonie Kongo, mit einem ungeheuren Reichtum an strategisch wichtigen Rohstoffen (Kobalt, Uran), einer riesigen Ausdehnung und hervorragenden landwirtschaftlichen Anbaumöglichkeiten, gehörte zu den wertvollsten Kolonien Schwarzafrikas.

Im *„schlimmsten Zwangslager der Neuzeit"* versuchte die belgische Regierung, den verstärkt anwachsenden Unabhängigkeitsforderungen durch die Schaffung eines kongolesischen Mittelstandes ihre Gefährlichkeit zu nehmen. Vorbild waren die französichen Kolonien in Afrika, die um das Jahr 1960 „unabhängig" wurden. Einheimische Marionettenregierungen garantierten Frankreich die unumschränkte Macht über seine ehemaligen Kolonien, so, als wären sie nie „unabhängig" geworden.

Im Belgisch-Kongo schien die kleine priviligierte Schicht von Kongolesen, die „Evolutionierten", anfänglich die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Auch Lumumba tendierte wohl anfänglich (1955) zu diesen Kreisen, die nicht die vollständige politische und ökonomische Unabhängigkeit, sondern mehr „Gleichberechtigung" („kulturelle Emanzipation") im Rahmen des belgischen Kolonialreiches forderten.

Doch in einigen Punkten begann er sich von den „Liberalen" abzugrenzen. Er sah hinter der Ungleichheit der Rassen vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen. Schärfer als alle anderen „Evolutionierten", prangerte er die besondere Unterdrückung der Frauen in der polygamen kongolesischen Gesell-



Patrice Lumumba nach seiner Gefangennahme durch Marionetten des Imperialismus!

schaft an. Die besondere Bedeutung, die er der Gleichberechtigung der Frau in der kongolesischen Gesellschaft beimaß, führte zu einer zunehmenden Politisierung und Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes durch die Frauen.

Noch in einem weiteren entscheidenden Punkt ging Lumumba über die „Liberalen" hinaus. Er verlangte die k o s t e n l o s e Verteilung des Bodens an die verelendeten Bauern, denen er von Monopolen, Siedlern und Missionsgesellschaften geraubt worden war.

Große Bedeutung für die Radikalisierung des Denkens Lumumbas hatte der Panafrikanische Kongreß 1958 in Accra (Ghana), auf dem auf Einladung Nkrumas 300 Delegierte ganz Afrikas die Situation des Befreiungskampfes diskutierten. In (wollte sie den offenen Bürgerkrieg vermeiden), dem Kongo schon zum 30.6.1960 die formelle Unabhängigkeit zu gewähren. Insgeheim hoffte sie, daß durch ihre massive Unterstützung der Gegner Lumumbas, dieser die anstehenden Wahlen verlieren und eine Regierung mit ihr hörigen Minister gebildet werden würde.

Sie setzte dabei auf

- **Tschombe**, der im Auftrag des belgischen Bergbau-Konzerns „Union Miniere" die Abspaltung Katangas vom Kongo forderte, er war der Sohn des reichsten Kongolesen,
- **Kasa-Vubu**, „gemäßigter" Führer der Bakongo, die ebenfalls einen eigenen Staat gründen wollten (zusammen mit Nordangola und Kongo-Brazzaville), Kasa-Vubu hatte bereits vor der Unabhängigkeit mit Tschombe Kontakt aufgenommen . . .



Söldner-Aktion im Kongo. Söldner, Opfer im Kongo. Wer im Weg steht, wird erledigt

Resolutionen verlangte man die Freiheit der Völker Afrikas bis 1961 und erkannte erstmalig neben den bisher angewandten Methoden des „zivilen Ungehorsams" den bewaffneten Kampf als legitimes Mittel zur Erreichung der Unabhängigkeit an.

Lumumba reiste unermüdlich im ganzen Land umher und propagierte auf Massenveranstaltungen die Ziele des Panafrikanischen Kongresses.

„Unabhängigkeit", rief er immer wieder den Massen zu, *„ist kein Geschenk der Belgier, sondern ein R e c h t , das sie uns vorenthalten."* Seine Reden waren gespickt mit Zitaten aus der französischen Revolution von 1789 - 93. Lumumbas radikal-demokratische Reden fanden großen Widerhall bei der Masse der Arbeiter und armen Bauern. Straßenschlachten und Demonstrationen rissen die Kolonialisten aus ihren Träumen vom „friedlichen Übergang" zum Neo-Kolonialismus.

Im Mai 1959 forderte die Nationale Bewegung des Kongo, MNC, in ihrem Programm:

- *Befreiung vom Kolonialismus*
- *Aufbau einer unabhängigen Demokratie*
- *Garantie der Menschenrechte*
- *Aufhebung jeder rassischen Benachteiligung*
- *Einheit des Landes*

und auf wirtschaftlichen und sozialen Gebiet:

- *Schluß mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen*
- *gleiche Verteilung des Nationaleinkommens*
- *Ausnutzung der Reichtümer des Landes für die Kongolesen*
- *Überprüfung und Revidierung der Rechte der Monopole*
- *Rückgabe des Bodens*
- *staatliches Gesundheitswesen*
- *Verbesserung der Lage der Frauen.*

Mit diesem Programm war die MNC die e i n z i g e Partei m Kongo, die die Einheit des Landes auf demokratischer Grundlage auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Alle anderen Gruppierungen velangten die Zersplitterung des Kongo entsprechend den Stammesgrenzen.

Die radikaldemokratischen Forderungen Lumumbas gingen den „Liberalen" in der MNC zu weit. Sie spalteten sich ab und gründeten die MNC-Kalondij. Bezeichnenderweise wurde diese Abspaltung von Männern getragen, die später fast ausnahmslos zu Marionetten des Imperialismus und Gegner Lumumbas werden sollten.

Mit dem neuen Programm wurde die MNC Lumumbas rasch die einflußreichste Partei im Kongo. Besonders in der Ostprovinz, um Stanleyville, hatte sie eine feste soziale Basis unter den Arbeitern und armen Bauern.

Die belgische Regierung sah sich unter diesen Umständen gezwungen

- **Kalondij**, der die MNC gespalten hatte und im Auftrag des Diamantenkonzerns „Forminiere" die reiche Provinz Kasai abzuspalten gedachte,
- **die PNP**, Zusammenschluß 27 konterrevolutionärer Gruppen unter Obhut der Kolonialverwaltung (wird heute in Zaire mit FNLA verglichen).

Die Konterrevolution, mit Millionen Franc gepolstert, erlitt eine – für die Imperialisten überraschende – Niederlage. Lumumbas MNC erhielt mit Abstand die meisten Stimmen und konnte sich mit Hilfe ihr nahestehender Gruppen die Mehrheit im Parlament sichern. Lumumba wurde der Ministerpräsident. Staatspräsident allerdings wurde der pro-Imperialist Kasa-Vubu – dies war Ausdruck eines unentschiedenen militärischen Kräfteverhältnisses, aber auch einiger Illusionen Lumumbas über eine mögliche „ Einheit".

Lumumbas Unabhängigkeitsrede

Die am 30.6.60 gehaltene Rede Lumumbas zur Unabhängigkeit ist in die Geschichte des afrikanischen Befreiungskampfes eingegangenen.

„Männer und Frauen des Kongo, ihr habt für die Unabhängigkeit gekämpft und gesiegt, ich begrüße Euch im Namen der Regierung des Kongo . . . Kein Kongolese, der dieses Namens würdig ist, wird vergessen, daß wir nur durch Kampf gewonnen haben, einen tagtäglichen Kampf, voller Begeisterung und Idealismus geführt, einen Kampf, in dem wir keine Mühe und Erniedrigung gescheut und für den wir sogar unser Blut gegeben haben.

Dieser Kampf, der Tränen, Feuer und Blut bedeutete, ist etwas, auf das wir stolz sind bis in die Tiefen unseres Herzens, denn er war edel und gerecht. Wir mußten ihn führen, um die menschliche Sklaverei zu beenden, die uns mit Gewalt aufgezwungen wurde.

Wenn wir unseres Schicksals in den achtzig Jahren unter dem Kolonialregime gedenken, so sind unsere Wunden noch zu frisch und zu schmerzhaft, um aus unserem Gedächtnis verbannt zu werden. Wir haben schwerste Arbeit kennengelernt, gefordert im Austausch gegen Löhne, die uns weder erlaubten, unseren Hunger zu stillen, noch uns anständig zu kleiden oder anständig zu wohnen, noch unsere Kinder aufzuziehen, wie unsere Liebe zu ihnen es gebot.

Wir haben Spott, Beleidigungen und Schläge empfangen, die wir morgens, mittags und abends erdulden mußten, nur weil wir ‚Schwarze' waren. Wir werden niemals vergessen, daß man einen Schwarzen mit ‚Du' anredete, nicht weil er ein Freund war, sondern weil das ehrenhafte ‚Sie' den Weißen vorbehalten war.

Wir haben erlebt, daß unser Land im Namen sogenannter Gesetze geplündert wurde, die nichts anderes waren, als die Anerkennung des Rechtes des Stärkeren.

Wir haben erfahren, daß das Gesetz niemals das gleiche war, wenn es sich um einen Weißen oder einen Schwarzen handelte, willfährig den einen, grausam und unmenschlich für die anderen.

Wir haben die furchtbaren Leiden der aus politischen Gründen oder ihrer religiösen Überzeugung wegen Verbannten kennengelernt, im Exil in ihrem eigenen Land, war ihr Schicksal wahrlich schlimmer als selbst der Tod.

Wir haben sehen müssen, daß es in den Städten großartige Häuser für die Weißen und elende, baufällige Strohhütten für die Schwarzen gab, und daß ein Schwarzer weder die Kinos, noch die Restaurants, noch die als europäisch bezeichneten Läden betreten durfte, daß ein Schwarzer im Laderaum unter Deck reisen mußte, unter den Füßen der Weißen in ihren Luxuskabinen.

Und schließlich, wer kann jemals die Schüsse vergessen, unter denen so viele unserer Brüder gestorben sind, oder die Gefängniszellen für die, die nicht länger mit diesem System der Unterdrückungs- und Ausbeutungsjustiz einverstanden waren und sich auflehnten? (. . .)

Wir haben die Republik Kongo ausgerufen und das Land ist nun in der Hand der Kinder dieses Landes. Zusammen, Brüder und Schwestern, werden wir einen neuen Kampf beginnen, einen edlen Kampf, der unserem Land Frieden, Wohlstand und Größe bringen wird. (. . .)

Wir werden der Welt zeigen, was der schwarze Mann zu leisten vermag, wenn man ihn in Frieden arbeiten läßt, wir werden den Kongo zum Brennpunkt Afrikas machen. (. . .)

Die Unabhängigkeit des Kongo kennzeichnet einen entscheidenden Schritt auf dem Weg der Freiheit des gesamten afrikanischen Kontinents." (. . .)

Genau dies befürchteten die imperialisten Mächte; Bundestagspräsident Eugen Gerstenmeier, soeben aus Afrika zurück, rief zur Liquidierung der Regierung Lumumba auf: *„Was die Bolschewisierung China's für Asien gewesen ist, droht Afrika jetzt im Kongo. Es ist deshalb höchste Zeit, die Verhältnisse im Kongo zu bereinigen"* („Kongo", Loth).

Konterrevolution im Kongo

Die „Bereinigung" begann mit massiver Kapitalflucht und dem Diebstahl der Goldreserven durch die belgischen Kolonialisten. Die gesamte Verwaltung wurde planmäßig lahmgelegt. Sämtliche Fachleute verließen innerhalb von Tagen das Land. Dann ging es Schlag auf Schlag.

Vier Tage nach der Unabhängigkeitsrede Lumumbas meuterte die Armee. Lumumba löste sofort die belgischen Offiziere ab und unterstellt die 16.000 Soldaten seinem Oberkommando.

Sechs Tage später landeten 10.000 belgische Soldaten im Kongo und besetzten alle wichtigen Punkte des Landes, kaum daß die Unterschrift unter dem „Freundschaftsabkommen" zwischen Belgien und Kongo trocken geworden ist. Die Invasoren sollten *„die Sicherheit der belgischen Staatsbürger"* gewährleisten, lautete die zynische Begründung aus Brüssel. Nur e i n e n Tag nach der Luftlandeaktion erklärte die Marionette des belgischen Konzerns „Union Miniere", Tschombe, die „Unabhängigkeit" (=Abspaltung) Katangas (aus Katanga kamen 66% der kongolesischen Einnahmen!). Er stellte sich unter den „Schutz" der belgischen Truppen.

UNO – trojanisches Pferd des US-Imperialismus im Kongo

In dieser Situation fällt Lumumba die schwerste Fehlentscheidung seines politischen Lebens. Statt direkt zum Kampf gegen die Belgier und Tschombe zu mobilisieren, wendet er sich vertrauensselig an die UNO und bat um Hilfe.

Die UNO – zu dieser Zeit vollständig in der Hand des US-Imperialismus – reagierte außergewöhnlich rasch.

Wenige Tage später landeten an die 20.000 UN-Soldaten im Kongo. Doch statt verabredungsgemäß Katanga an den Zentralstaat anzugliedern, besetzte die UNO a l l e Provinzen des Kongo a u ß e r Katanga!

Um „Gesetz und Ordnung" herzustellen, wurde die kongolesische Ar-

Forts. Seite 36

Anzahl

○ **Schulkampf** (Aug. 74)
Nachdruck von Artikeln des ARBEITERKAMPF
92 Seiten, 2. erweiterte Auflage — DM 3,50

○ **Polizei in der BRD – keine staatlichen Mörder?**
Justiz legitimiert die Todeskommandos der Neuen Gestapo
Dokumentation zum Prozeß der Hamburger Polizeiführung gegen den Presseverantwortlichen des Kommunistischen Bundes
89 Seiten, Großformat (Sept. 75) — DM 2,50

Neu **Weg mit dem § 218**
○ **Abtreibung – Ja oder Nein – das muß Sache der Frauen sein!**
40 Seiten, Format A 5 — DM 1,50

○ **KBW am Scheideweg**
Sozialismus oder Vaterlandsverteidigung
56 Seiten — 3,- DM
Nachdrucke von AK-Artikeln zur Auseinandersetzung mit den KBW

○ **Eins teilt sich in zwei** (Dez. 71)
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat 3. Auflage — 7,- DM

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging** (Jan. 75)
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 — je 6,- DM

● **Hermann Remmele – Schritt halten!** (April 71)
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden? Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD, 100 Seiten, Buchformat — 3,- DM
Zur Zeit vergriffen, wird n e u aufgelegt

Preise zuzüglich Portokosten

DIE INTERNATIONALE-Sondernummer

○ **Portugal**
Armee und Revolution (Juni 75)
12 Seiten 3. Auflage — 1,- DM
Übersetzung aktueller Texte aus „Esquerda Sozialista" (MES), „Poder Popular" (Massenzeitung des MES), die Plattform des MFA (Bewegung der Streitkräfte) sowie die Proklamation der „1. Großen Delegiertenversammlung der Matrosen der Marine".
12 Seiten mit zweiseitigem Drei-Farb-Poster „Povo-MFA"

○ **Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien**
(Sept. 75) 22 Seiten — 1,-DM
Interview mit der PRT/ERP, Artikel zur Geschichte der PRT/ERP
Nachdruck des ARBEITERKAMPF-Artikels „Krise der Bourgeoisie Vormarsch der Linken"

○ **MPLA – der Sieg ist gewiß** (Sept.75) 30 Seiten
Geschichte und Kampf der MPLA und Dokumente — 1,- DM

ARBEITERKAMPF-Sondernummer

○ **Zur Außenpolitik der VR China**
12 Seiten (Juli 75) — 0,50 DM

○ **ARBEITERKAMPF – EXTRA zur Chilesolidarität**
Zur aktuellen Lage in Chile / Die Auseinandersetzungen im chilenischen Widerstand u.a. (Sept. 75) 8 Seiten — 0,50 DM

○ **ARBEITERKAMPF-EXTRA zur Portugalsolidarität**
„Portugal darf nicht das Chile Europas werden"/Gespräch mit Genossen der SUV / Manifest der Revolutionären Einheitsfront (FUR) / MPLA, Angola: der Sieg ist gewiß / u.a. (Sept.75) 8 Seiten 0,50 DM

○ **Die politischen Parteien in Portugal** (Mai 75)
55 Seiten 5. Auflage — 1,- DM
Behandelt werden die rechten und bürgerlichen Parteien und die revolutionäre Linke.
Im 15seitigen Anhang sind AK-Artikel nachgedruckt; z.B. wird das Wahlergebnis behandelt („Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion"), außerdem die Übersetzung der ersten vom Arbeitern herausgegebenen Nummer der Zeitung „Republica" („Geschichte eines Kampfes").

Schallplatten

Lieder des Hamburger Straßentheaters

○ **Sie haben den Präsident**
Schallplatte 17 cm — 5,- DM

○ **Wir führen den Kampf weltweit**
Schallplatte 17 cm — 5,- DM

○ **Guten Morgen!**
Schallplatte 17 cm — 5,- DM

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint zweiwöchentlich

○ für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 16,80
○ für 24 Ausgaben	ab Nr.	DM 33,60
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 20,-
○ Förderabo für 24 Ausgaben	ab Nr.	DM 40,-

Rebell Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 9,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 6,-
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 12,-

Die Internationale Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 6,-
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM12,-

○ Anschrift: ....

....

....

(Datum) (Unterschrift)

Forts. von S. 35

mee entwaffnet, sie mußte in die Kasernen zurück – unter Bewachung! Die Regierung Lumumba protestierte. Umsonst. Die UN-Truppen führten sich auf wie eine Besatzungsmacht. Kein Wunder, waren doch die engsten „Berater" des UNO-Generalsekretärs Hammerskjöld zwei Beamte des amerikanischen Außenministeriums, Bunche und Wenshoff!

Als dann im August auch die Marionette des belgischen Diamantenkonzerns „Forminiere", Kalondij, die „Unabhängigkeit" der Provinz Kasai ausrief, läßt Lumumba Truppen gegen Kalondij und Tschombe in Marsch setzen.

In der Ostprovinz, wo Lumumba von über 100.000 Menschen auf dem Flughafen von Stanleyville begeistert empfangen wurde, schaffte er das überlieferte Stammessystem ab, organiserte die Dörfer in Landwirtschaftskommunen und verstaatlichte sämtliche Mineralvorkommen.

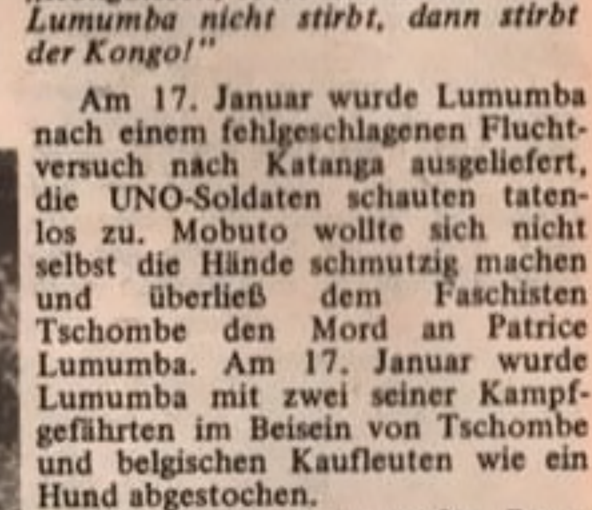
Dies ist (im September 1960) das Signal für die verbündeten Reaktionäre, Kasa Vubu und Mobuto, gegen Lumumba (und wie heute bewiesen, im direkten Auftrag des CIA) zu putschen.

Mobuto ließ Lumumba verhaften, gab Befehl, die Kampfhandlungen gegen die Provinzen Katanga und Kasai einzustellen und ließ die Botschaften der UdSSR und CSSR schließen.

Radio Elisabethville in Katanga forderte den Mord an Lumumba: *„Kongolesen, tötet Lumumba. Wenn Lumumba nicht stirbt, dann stirbt der Kongo!"*







Frisch rekrutierte Söldner im Dienste Tschombes

Am 17. Januar wurde Lumumba nach einem fehlgeschlagenen Fluchtversuch nach Katanga ausgeliefert, die UNO-Soldaten schauten tatenlos zu. Mobuto wollte sich nicht selbst die Hände schmutzig machen und überließ dem Faschisten Tschombe den Mord an Patrice Lumumba. Am 17. Januar wurde Lumumba mit zwei seiner Kampfgefährten im Beisein von Tschombe und belgischen Kaufleuten wie ein Hund abgestochen.

Afrika hatte einen großen Revolutionär verloren!

Der Mord an Lumumba, der zu heftigen anti-imperialistischen Demonstrationen in fast jeder Hauptstadt der Welt führte, (die größte fand übrigens mit 700.000 in Peking statt) war erst der Auftakt zu einem der blutigsten Bürgerkriege, den die Imperialisten bis dahin in Afrika angezettelt hatten ... ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Sambia: Ausnahmezustand ausgerufen

Sambias Präsident, der Reaktionär Kenneth Kaunda hat über das Land – offenbar wegen innerer Unruhen im Zusammenhang des revolutionären Befreiungskampfes im Nachbarland Angola – den Ausnahmezustand verhängt und damit die wenigen demokratischen Rechte des sambesischen Volkes gestrichen.

„Wir befinden uns im Krieg. Wir müssen in kriegsmäßiger Weise reagieren", erklärte Kaunda der Öffentlichkeit („SZ", 30.1.).

Es läßt sich derzeit noch kaum abschätzen, ob der erkärte Ausnahmezustand ein erster Schritt Sambias ist, in den angolanischen Krieg einzutreten. Kaunda, dessen Land in den letzten Jahren in immer stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit zum Rassisten-Regime in Südafrika geraten ist, unterstützt in letzter Zeit auch politisch immer unverhohlener die Positionen des Imperialismus und der südafrikanischen Reaktion. Im Angola-Konflikt unterstützt Kaunda die Unita, im Befreiungskampf um Zimbabwe den schwarzen Kollaborateur Nkomo und läßt gleichzeitig in seinem Land Revolutionäre aus Angola und Zimbabwe verhaften. Bleibt nachzutragen, daß Kaunda nach dem Schnittmuster aller Reaktionäre die Verhängung des Ausnahmezustandes mit einer angeblich drohenden *„ausländischen Intervention"* und *„Umtriebe der Sowjetunion"* (ebenda) zu begründen versuchte.

• • •

BRD/Südafrika
Katholische Kirche auf Seiten der Rassisten

Statt die Boykott-Politik des „Weltkirchenrates" zu unterstützen, hat die katholische Kirche der BRD jetzt in extrem heuchlerischer und zynischer Weise „ganz andere" Vorschläge zu machen und bewies damit einmal mehr ihren Charakter als politische Agentur des westdeutschen Imperialismus:

„Boykotts und Blockaden hätten sich in der Geschichte ... als wirkungslos erwiesen ... (und) die Politik des Weltkirchenrates (den Boykott und den Widerstand zu unterstützen) *läßt im Endeffekt nur militärische Gewalt zu."*

Stattdessen würde *„der Entzug von Unterstützung die Haltung der südafrikanischen Regierung nur verhärten. Die dann notwendige Unterstützung militanter Organisationen sei dann am kostspieligsten..."*

Die katholische Kirche empfiehlt daher eine „assoziative" Zusammenarbeit des BRD-Kapitals mit den Faschisten:

– *„Nicht weniger, sondern mehr Investitionen...*
– *Südafrika die Assozilerung an die EG anbieten...*
– *Hermes - Bürgschaften für industrielle Investitionen geben . . ."* etc.

Mit diesen Vorschlägen hofft die katholische Kirche die Apartheidpolitik der Rassisten abbauen zu können!! Die westdeutschen Kapitalisten sollen in Südafrika *„apartheidfreie Zonen schaffen, in denen gleiche Löhne gezahlt werden"*. (Wo sie doch gerade wegen der extrem niedrigen Löhne der Farbigen dort überhaupt investieren!).

Zu den Kosten der Zoll- und Steuererleichterungen sowie der Hermesbürgschaften befragt, sagten sie schlau, daß *"diese möglichen Einnahmeausfälle* (des BRD-Staates) *durch höhere Steuereinnahmen, die Handel und Industrie durch ihr Südafrika-Geschäft zusätzlich erwirtschaften"*, wieder hereinkommen. (Zitate aus „FAZ", 12.12.75).

Die ohnehin schon jetzt enormen Investionen des BRD-Imperialismus in Südafrika und auch die sonstigen bestens florierenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und RSA haben bisher nicht nur nicht zum Abbau von Rassismus und Faschismus in Südafrika geführt, sondern im Gegenteil: zu einer immer brutaleren Ausbeutung der schwarzen Arbeiter! Die Entwicklung zu verstärken und beschleunigen ist der eigentliche Zweck und Inhalt dieser Äußerungen der westdeutschen Kirchenfürsten. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig: 3300 Braunschweig, Postlagerkarte 081378 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 28 Bremen, Fedelhören 77, Öffnungszeiten: mittw. 16 - 19 Uhr, freitags 15 - 19 Uhr, sbds. 10 - 14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H. Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 25 83

Kreis Pinneberg/Steinburg: 208 Pinneberg, Postlagerkarte A 022926

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr, Samstag 14.30 - 16.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen, Kontakt: R. Kruppa über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch, z.Hd. KB, 3 Hannover, Rahbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestraße 31

Kiel: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund), 83 Landshut, Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: KB/Gruppe Lüneburg, Samstag 11 - 13.00 Uhr in der Bäckerstraße

Lübeck: c/o Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: P. Wurzbacher, 2410 Mölln, Postfach 1362

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: AK-Vertriebsbüro, 29 Oldenburg, Nadorster Str. 190

Westberlin: A. Radtke, 1 Berlin 21, Thomasiusstr. 2, Freitag 16 - 19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91



afrika aktuell

Angola/BRD:

SPD unterstützt UNITA

Bis Ende 1974 pflegte die Bundesregierung offizielle Kontakte zur MPLA, die wohl ähnlich zu werten sind, wie die ehemals „herzlichen Beziehungen" der SPD/FDP-Regierung zur Frelimo bei gleichzeitiger massiver Waffenlieferung an die portugiesischen Faschisten. Bemerkenswert ist, daß seit Anfang 1975 die Bundesregierung sich mehr und mehr offen zu den imperialistischen Söldnerhorden der Unita bekennt.

So empfing im Mai 75 SPD-Wischnewski und Vertreter der „Fridrich-Ebert-Stiftung" (SPD) eine Unita-Delegation in Bonn. Im Juni, als Außenminister Genscher durch Afrika reiste, wurden vier Millionen Mark für die Konterrevolution locker gemacht. Über die „Otto-Benecke-Stiftung" wurde dieser Beitrag für *„Führungskräfte des südlichen Afrikas, die für eine nicht-revolutionäre Entwicklung eintreten"* an Sambia gegeben, das zu den entschiedensten Kumpanen der Unita zählt.

Ebenfalls in Sambia traf eine Delegation der „Fridrich-Ebert-Stiftung" unter Führung des bisherigen SPD-Schatzmeister Nau, mit der Unita zusammen.

Und last not least empfing Staatsminister Wischnewski Mitte Januar 1976 in Bonn einen führenden Unita-Gangster, einen gewissen Kakumba, der sich für einen „Außensekretär" Angolas hält.



Dem MPLA-Präsidenten Neto die kalte Schulter gezeigt, der UNITA das Haus weit geöffnet: SPD-Staatsminister Wischnewski mit (von links) AA-Afrika-Chef, Dr. Müller; Friedrich-Ebert-Stiftung in Sambia, und dem jetzigen UNITA-„Außenminister" Nzau Puna im Mai 1975 in Bonn. Rechts zwei weitere UNITA-Vertreter.

Unita selbst hat schon häufig erklärt, daß sie massive Unterstützung aus West-Europa erhalte. In Anbetracht der Tatsache, daß in mehreren Ländern Westeuropas, wie Frankreich, Belgien und England enthüllt werden konnte, daß neben finanzieller „Hilfe" auch Söldner geworben werden, sind die jetzt bekannt gewordenen Kontakte der Bundesregierung zur Unita noch recht mager. Interessant wäre es, wenn es gelänge, nicht nur die geheimen Zusammenkünfte, sondern auch die realen getroffenen Abmachungen zu enthüllen. Genschers Sprüche von der „absoluten Neutralität" der Bundesregierung und „völliger Gleichbehandlung der drei Bewegungen" würden dann erst recht wie Seifenblasen zerplatzen. ●

Zaire

Aus besseren Tagen der chinesischen Außenpolitik

Angesichts der von den westdeutschen Nachbetern der chinesischen Außenpolitik praktizierten Politik, in Angola die imperialistischen Marionetten FNLA/Unita mit der MPLA auf eine Stufe zu stellen, erscheint es nützlich, diese Position mit einer revolutionären Phase chinesischer Außenpolitik zu konfrontieren.

Kongo 1964: Vier Jahre nach der Ermordung des antiimperialistischen Führers Lumumba rüsteten die Marionetten der USA und der alten Kolonialmacht Belgien, Tschombe und Mobuto zur Zerschlagung der Nachfolgeregierung Lumumbas in Stanleyville, die sich bis dahin mit gutem Erfolg gegen die konterrevolutionäre Übermacht verteidigt hatte. In dieser Situation bekundete die VR China *„dem kongolesischen Volk"* (gemeint sind nur die Revolutionäre in Stanleyville, die die „VR Kongo" ausgerufen hatten) *„entschlossene Unterstützung"* für den *„patriotischen Kampf gegen den US-Imperialismus und für die nationale Befreiung"*. Die Maßnahmen der Konterrevolution, des *„US-Imperialismus und seiner Marionette Tschombe"* werden als *„Aggressionshandlungen und Intervention"* angeprangert (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2.9.64).

Diese solidarische Stellungnahme war Bestandteil einer bedingungslosen propagandistischen und materiellen Unterstützung der revolutionärdemokratischen Kräfte in Stanleyville, die von Peking nur vier Wochen nach dem Tod Lumumbas (Januar 1961) als einzig legitime Vertreter des kongolesischen Volkes anerkannt wurden.

Nur wenige Wochen nach der chinesischen Solidaritätserklärung fand dann die berüchtigte Invasion Stanleyvilles durch belgische Fallschirmjäger und die Maritonettentruppen Tschombes statt, die nach der Eroberung ein Blutbad anrichteten, das selbst von abgebrühten Berichterstattern internationaler Presseagenturen als „Hölle" bezeichnet wurde.

Den Widerstand der Antiimperialisten schilderte die „Peking Rundschau" vom 8. Dezember 64 mit eindeutiger Parteinahme für die kongolesischen Revolutionäre (die Situation wäre in etwa mit der vergleichbar, wenn in diesen Wochen die Konterrevolution Luanda eingenommen hätte): *„Nach dem Fall von Stanleyville fochten die kongolesischen Freiheitskämpfer weiter aktiv als Scharfschützen in der Stadt selbst und im nahen Dschungel, wo sie dem Feind harte Schläge erteilten. Sie haben die Eindringlinge in Schach gehalten. Trotz der feindlichen Besetzung brennt die Fackel*

Forts. Seite 38

Zaire:

Zaire:

Mobutos Schwierigkeiten wachsen

Zaires Präsident Mobuto – Drahtzieher bei der Ermordung des kongolenischen Antiimperialisten Lumumba – kommt nach zehnjähriger Herrschaft in immer größere politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Anzeichen eines sich entwikkelnden Massenkampfes verstärken sich. So berichteten wir bereits im letzten AK über die spontanen Massendemonstrationen in der Hauptstadt Kinshasa für die MPLA und gegen die von Mobutos Schwager Roberto geführte FNLA.

Nach einer jüngsten Meldung der „Welt" vom 24.1. scheinen sich die Proteste der Bevölkerung gegen die Regierung Zaires zu verstärken, so daß die Armee in der Hauptstadt Straßensperren errichten muß und *„nach verdächtigen Zivilisten"* fahndet. H. Germani, „Welt"-Korrespondent, Rassen„theoretiker" und Faschist sowie Intimfreund des berüchtigten Kongo-Müller, wußte als Erklärung darauf allerdings nur zu berichten, daß man einer *„sowjetischen Spionageorganisation auf die Spur gekommen"* sei. Straßensperren gegen eine Spionageorganisation – ganz neue Methoden!

Weiter wurde über eine Zunahme der Aktivitäten von Antiimperialisten in der Provinz Kwilu berichtet sowie über die Aufnahme des verstärkten Widerstandes in Ostzaire, angeblich angeführt durch den antiimperialistischen Nachfolger Lumumbas, Antoine Gizenga.

Neben der politischen Entrechtung spielt die totale Zerrüttung der Wirtschaft Zaires durch die gnadenlosen Ausbeutermethoden der Imperialisten und Kompradoren eine wichtige Rolle bei den zunehmenden Widerstandsaktionen gegen Mobuto.

Besonders die Landwirtschaft ist davon betroffen. Obwohl günstigste Voraussetzungen, reiche landwirtschaftliche Erträge, bestehen, ist Zaire heute nicht mehr in der Lage, auch nur mit Nahrungsmitteln sich selbst zu versorgen. Imperialistischer Raubbau und Monokulturen erzeugen zunehmend Hungersnöte und dies, obwohl 30% der Devisen für Nahrungsmittelimporte (besonders Fleisch aus dem offiziell „boykottierten" Rhodesien) aufgewendet werden.

Doch auch auf anderen wirtschaftlichen Gebieten wachsen Mobutos Probleme.

- So werden ausländische Gläubiger zunehmend unruhiger darüber, daß Zaire Kredite in millionen Dollar Höhe nicht zurückzahlenkann.
- Länder wie z.B. Algerien treten in jüngster Zeit massiver an die Zairer Regierung heran, da allein an Ölrechnungen 20 Mio. US-Dollar zu bezahlen sind.
- Zusätzlich zu den gegenwärtigen Kursschwankungen beim Kupfer – Zaires wichtigstem Exportgut – existieren Schwierigkeiten beim Ölimport (was zum größten Teil aus Südafrika eingeführt wird) und Transport.

Würden die Imperialisten ebenso wie beispielsweise Algerien auf die pünktliche Zahlung der offenstehenden Rechnungen und Kredite bestehen, so wäre Mobuto längst Bankrott. Aber sie scheinen ihrer alten Marionette die Treue zu halten, können sie doch unter ihr das an Bodenschätzen reichste Land Afrikas ungestört ausplündern. Wer wäre da nicht zu einem „Freundschaftdienst" bereit ...?!

- So zahlte Belgien – Zaires größter Handelspartner – Kupferimporte aus Zaire sofort bei Lieferung, obwohl langfristige Zahlungsbedingungen bestanden.
- USA, Frankreich, Belgien etc. und der internationale Währungsfond tun, was sie können, um Kredite zu verländern. In diesem Zusammenhang gaben sie Zaire u.a. einen 23-Mio-Dollar-Kredit.
- Zusätzlich kamen der französische und belgische Ministerpräsident überein, Forderungen an Zaire über einen längeren Zeitraum zu stunden.

Für diese massive Hilfestellung hat Mobuto seinen imperialistischen Ziehvätern gegenüber Dankbarkeit erwiesen: *„Die in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zum Teil nationalisierte und verstaatlichte Wirtschaft des Landes wird ihren ehemaligen ausländischen Besitzern zurückgegeben. Staatschef Mobuto gab bekannt, daß allen ausländischen Eigentümern von nationalisierten Betrieben 40% des seit 1964 investierten Kapitals in Form von Aktien zurückgegeben wird. Die ausländischen Kapitalisten erhalten diese Aktien gratis ... Der Staat werde in keinem der Betriebe mehr die Mehrheit haben ..."* („Westberliner Extradienst", 20.1.76).

Eine Marionette schminkt die letzten Reste ihrer „antiimperialistischen" Creme ab.

(Angaben, die nicht mit Quelle belegt sind, stammen aus „Africa", Januar 76). ●

Die schwarzen Freunde der weißen Rassisten

Die im Angola-Krieg und auf der letzten OAU-Konferenz sichtbar gewordene Verbundenheit der „Republik Südafrika" (RSA), sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet mit den reaktionären Staaten Afrikas signalisiert gewisse Erfolge des bisher relativ isolierten Faschisten-Regimes in Afrika.
Die eigene ökonomische Stärke sowie die Nichtbeachtung der OAU-Boykottbeschlüsse durch die afrikanische Reaktion erlauben den Rassisten subimperialistische Erfolge von denen RSA-Finanzminister Horwood schwärmt: „Wir bauen Freundschaften auf, die ich kaum für möglich gehalten hätte, wenn ich vor zwei oder drei Jahren danach gefragt worden wäre" („SZ", 14.1.75). Eine kleine Auswahl dieser „Freundschaften":

Botswana, Lesotho, Swaziland: Diese „Staaten" liegen alle im direkten Einflußgebiet der RSA.

Sie gelten formell als „selbständig", haben aber keine eigene Verwaltung, die „Regierungen" sind völlig vom Wohlwollen der Faschisten abhängig und wirtschaftlich sind sie völlig in die RSA integriert (gemeinsame Währung, Zollunion etc.).

Der einzige „Reichtum" dieser Länder besteht in einer unterentwickelt gehaltenen Landwirtschaft und im Arbeitskräfteexport nach Südafrika.

Die Mitgliedschaft dieser „Staaten" in der OAU ist somit ansich schon eine Farce! Sie bedeutet, daß das Rassisten-Regime dort mit drei Stimmen direkt vertreten ist.

Malawi: Dieses ist bisher als einziges afrikanisches Land mit einem Botschafter in der RSA vertreten!

Als weitere „Blockadebrecher" der OAU gegenüber der RSA gelten:

Elfenbeinküste: Sie ist eines der afrikanischen Länder, die von sich aus aktiv die Beziehungen zur RSA aufgenommen haben.

Neben Malawi schickte auch die Elfenbeinküste einen Politiker der Regierung in den Rassistenstaat (im Oktober besuchte der Informationsminister zehn Tage Südafrika).

Der Präsident der Elfenbeinküste, Boigny, betrachtet diese Politik bezeichnenderweise als Bemühung, *„den Einfluß der Sowjetunion und Chinas in Afrika einzudämmen"* („NZZ", 4.12.75).

Elfenbeinküste ist der erste afrikanische Staat, der der RSA-Fluggesellschaft SAA eine Landeerlaubnis zum Auftanken erteilt hat („FR", 3.12.75).

Senegal: Der faschistische Präsident Senegals, Senghor, *„teilte dieser Tage mit, daß er den südafrikanischen Premierminister Vorster um Erlaubnis (!) ersucht habe, eine Delegation ... nach Südafrika senden zu können"* („Monitor Dienst", 6.11.75).

Als „Vorleistung" für diese Besuchserlaubnis hat er es auf der letzten OAU-Konferenz als seine Pflicht angesehen, die militärische Intervention der RSA in Angola mit der Unterstützung der MPLA durch die Sowjetunion zu rechtfertigen (AK 72, S.8).

Zaire: Aufgrund der massiven materiellen Unterstützung der faschistischen FNLA in Angola herrscht in Zaire Lebensmittelknappheit und Benzinnot.

Die RSA hat Zusagen über eine diesbezügliche Versorgung Zaires bereits gegeben. Erste Benzin- und Lebensmitteltransporte aus der RSA sind in Zaire eingetroffen.

Da durch die Siege der MPLA für Zaire in Angola keine Häfen mehr zur Verfügung stehen, hat die RSA ihre Häfen für die Kupferexporte zur Verfügung gestellt! (Angaben nach „Extra-Dienst", 4/X, 13.1.76).

Sambia: Dieses Land zählt zu den größten Kupferexporteuren der Welt, ist aber auf anderen Gebieten (Lebensmittel etc.) auf Importe angewiesen. Da Sambia über keinen Meerzugang verfügt, ist es dabei auf die RSA in starkem Maße angewiesen.

Darüberhinaus erhielt Sambia von den Faschisten einen Kredit. *„Die Anleihe, die als massiv beschrieben wird, wird eine 15-jährige tilgungsfreie Zeit haben, bevor die Rückzahlung beginnt."*

Außerdem liefern die Rassisten über Sambia Waffen an die UNITA nach Angola. *„Die Waffentransporte werden von einer Chartergesellschaft namens ‚Pearl Air' über den sambischen internationalen Flughafen durchgeführt."*

Die RSA nutzt Sambia auch dadurch, daß der Präsident Kaunda im Sinne der Rassisten die „Geschicke" der „Verfassungsgespräche" in Zimbabwe mitbestimmt. Während in Sambia die Kämpfer der ZANU inhaftiert werden, unterstützt Kaunda den Kollaborateur Nkomo von der ZAPU. *„Vorster* (Boß der Faschisten der RSA) *liegt daran, Nkomo in Rhodesien an die Macht zu bringen, um einen stabilen und ‚gemäßigten Pufferstaat' für das südafrikanische weiße Minderheitsregime zu sichern"* (Zitate aus „Dritte Welt Magazin", 5/6 '75).

Kenia, Gabun, Liberia: Neben den o.a. Staaten (außer Zaire und Sambia) beteiligten sich diese Länder u.a. an einer „Zivil- und Militärluftfahrtausstellung" der Faschisten in der RSA („FAZ", 24.9.75), was einen deutlichen Bruch der OAU-Beschlüsse darstellt.

Diese elf Beispiele zeigen, daß es den weißen Faschisten der RSA im Zusammenspiel mit den Reaktionären der afrikanischen Länder derzeit mehr und mehr gelingt, die (ehemals) antirassistische und antifaschistische Einheit der OAU zu spalten!

Diese elf Staaten bilden faktisch den „harten Kern", der der MPLA die Anerkennung als einzig legitime Vertreterin des angolanischen Volkes versagt haben. ●

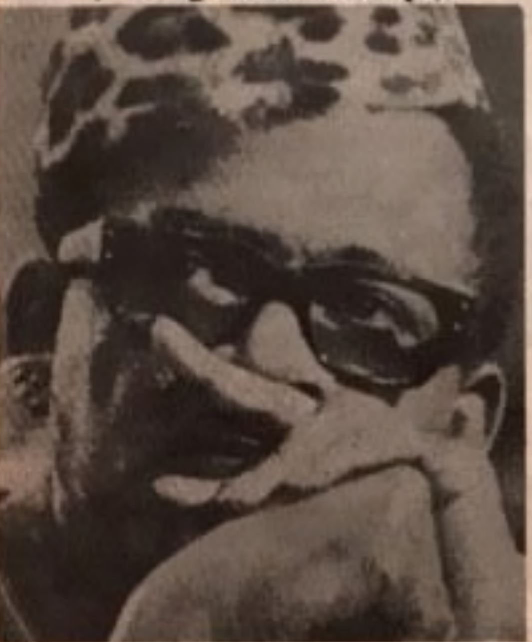
Afrika Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Forts. von S. 37

der Freiheit hell. Die weißen Söldner und Tschombes Marionettentruppen, die hinter amerikanischen und belgischen Gruppen nach Stanleyville kamen, zittern ständig um ihr Leben" (ebenda).

In den revolutionären Stellungnahmen der chinesischen Genossen fehlt jeder Versuch, den kongolesischen Revolutionären eine „Regierung der nationalen Einheit" mit der Konterrevolution aufzuschwatzen, ebenso wird selbstredend davon abgesehen, in den Waffenlieferungen der Sowjetunion für die Antiimperialisten die Ursache für die imperialistischen Massaker zu suchen, im Gegenteil wird die Haltung der Sowjetunion noch als zu halbherzig kritisiert. Statt eines diffusen „Ringens der Supermächte um die Hegemonie" heißt es klar und unmißverständlich: *„Nieder mit dem Yankee-Imperialismus! Dieser Ruf geht um die ganze Welt"* (ebenda).

Noch 1968 (!) beschrieb die „Peking Rundschau" (Nr. 34/1968) Mobuto als *„getreuen Hampelmann des Imperialismus und Söldling des Kolonialismus"*, als einen *„Landesverräter und Henker, den das Volk von Kongo (K) aufs erbittertste haßt": „Joseph Mobuto ist ein berüchtigter und verkommener Reaktionär. Der Weg, auf dem er seine ‚Würde' als Schwindelpräsident erkletterte, ist mit dem Blute des kongolesischen Nationalhelden Patrice Lumumba getränkt. Und Mobuto versucht, mit Hilfe amerikanischer Bajonette seinem despotischen Regime über das Volk von Kongo Dauer zu verleihen"* („PR", 34/68, vergl. Dokumentation in der Broschüre „Zur Außenpolitik der VR China", Verlag Arbeiterkampf).



US-Marionette Mobuto

Dieser Einschätzung ist nichts hinzuzufügen und es ist absolut unerklärlich, durch welche konkreten Handlungen Mobutos diese Einschätzung unter Antiimperialisten heute etwa nicht mehr gelten soll.

Hätten die westdeutschen Nachbeter der heutigen chinesischen Außenpolitik bereits im Kongo ihr üble „Angola-Logik" angewandt (s.o.), sie wären in der antiimperialistischen

„Angola-Logik" angewandt (s.o.), sie wären in der antiimperialistischen

Weltbewegung einsamer als der Mann im Mond gewesen! Heute jedoch ist selbst der zairische Faschist Mobuto nach den Worten der jetzigen chinesischen Außenpolitiker zum „großen Führer seines Volkes" avanciert! ●



naher osten

Saudi-Arabien
Deutsche Panzer in Spannungsgebiete?

Beim Besuch des saudi-arabischen Außenministers in Bonn Ende Januar ging es auch um den Wunsch Saudi-Arabiens, 6-800 Schützenpanzer „Marder" im Wert von 1 Milliarde DM in der BRD zu kaufen. Das trifft sich gut mit den Interessen des Herstellers, der AG Rheinstahl, die gleich verlauten ließ, ihre Kapazitäten seien nicht ausgelastet.

Saudi-Arabien kauft Waffen zusammen, wo es sie nur bekommen kann, bisher vorwiegend in Frankreich und den USA. Seine Luftwaffe soll ihren Bestand an Flugzeugen auf 200 Maschinen verdoppeln; das Panzerkontingent des 40.000-Mann-Heeres soll ebenfalls verdoppelt werden. Laut „DZ" vom 23. Januar wurden 200 Panzer mittleren Typs in Frankreich bereits bestellt, ebenso 50 in den USA. Dazu kommen 200-250 Aufklärungspanzer aus Großbritannien und 300 Schützenpanzer aus Frankreich und den USA.

Rheinstahl könnte die Bestimmungen über das Verbot von Waffenexporten in Spannungsgebiete (dazu gehört der Nahe Osten) wie bisher umgehen, indem sie z.B. das Geschäft über eine belgische Zweigfirma abwickelt oder als Lieferung von Waffenteilen, die nicht dem Verbot unterliegen, deklarieren würde. Aber von einem ungehemmten Waffenexport in den Nahen Osten versprechen sich die BRD-Kapitalisten gewaltige Profite.

So ließ Rheinstahl verlauten, es habe bei der Bundesregierung angefragt, wie es mit einer Aufhebung des Exportverbotes stehe. Leisler-Kiep (CDU) forderte gleichzeitig eine Überprüfung der Waffenexportbestimmungen der BRD angesichts *„der massiven und völlig ungehemmten Intervention der östlichen Seite im Nahen Osten"*. („FR", 26.1.76).

Saudi-Arabien und BRD
Gemeinsame Interessen

Vom 21.-23. Januar stattete der saudi-arabische Außenminister der Bundesregierung einen Besuch ab. Wie nicht anders zu erwarten, stellten Genscher und sein Kollege aus dem reaktionären Königreich, das sich als Wächter am Arabischen Golf gegen revolutionäre Bewegungen „bewährt" hat, weitgehende Übereinstimmung (so Genscher) in außenpolitischen Fragen fest.

Saudi-Arabien hatte von 1965 bis 1973 wie alle anderen arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zur BRD wegen deren israelfreundlichen Politik abgebrochen. Heute kann Bundeswirtschaftsminister Friderichs mit Recht feststellen: *„Zwei Staaten und ein Interesse"* („DZ", 23.1.76).

Grundlage der weitgehenden Einigkeit zwischen Saudi-Arabien und der BRD ist ein ständiger, für beide Seiten profitabler Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, die auch bezeichnenderweise nie unter den außenpolitischen Differenzen gelitten haben. Saudi-Arabien ist mit Abstand der größte Erdöllieferant der BRD. Beim Stahlimport und der Stahlverarbeitung, im Maschinen- und Anlagenbau, in der Zement- und Fertigteilindustrie usw. usf. – überall haben die Industrie und die Großbanken der BRD ihre Finger im Spiel: Philipp Holzmann AG – seit 1964 Großaufträge im Wert von 2 Milliarden DM –, Krupp, Daimler Benz, Deutsche Bank u.a.

1975 besuchte Genscher Saudi-Arabien; eine „Deutsch-Saudi-Arabische Kommission für wirtschaftliche Kooperation" wurde gegründet. Die westdeutschen Kapitalisten beklagen, daß der größte Teil des Erdöls aus Saudi-Arabien über internationale Gesellschaften gehandelt wird. Ihr Wunsch ist es, die westdeutsche „Deminex" an der Erdölexploration zu beteiligen. Die BRD und Saudi-Arabien sind auch beide am Aufbau von verarbeitender Industrie (Gas, Petrochemie, Düngemittel) interessiert.

In der BRD profitsüchtige Kapitalisten und Expansionspolitik – in Saudi-Arabien Erdöl, Öldollars (15 Milliarden Devisenreserven im Januar 1975), Rohstoffe und die grenzenlose Bereitschaft, das Volk auszubeuten: Zwei Länder, deren *„Volkswirtschaften sich weitgehend ergänzen"* (Genscher in „DZ", 23.1.76). ●

Oman
Sultan Qabus erklärt die Revolution für beendet

Seit 10 Jahren kämpft in Oman – insbesondere im Gebiet Dhofar – das Volk unter der Führung der Volksfront für die Befreiung von Oman (PFLO) gegen das faschistische Regime des Sultan Qabus und den dahinterstehenden Imperialismus

Mitte Dezember behauptete Qabus, die „endgültige Vernichtung" der „Aufständischen" sei erreicht. Dies sei der *„erste Sieg eines arabischen Landes über den internationalen Kommunismus auf dem Schlachtfeld"* (Neue Hannoversche Presse (NHP), 16.12.75).

Sultan Qabus ist ein feudalistischer Verschwender, ein Hitler-Verehrer und Besitzer diverser Schlösser in Europa.

In Oman stehen weiterhin britische, jordanische und iranische Truppen und kämpfen mit brutalen Terrormethoden gegen das Volk. Am 15.Dezember teilte das iranische Außenministerium mit, daß die seit drei Jahren ständig verstärkten iranischen Truppen würden nicht aus Oman abgezogen.

Die Kämpfer der PFLO haben zwar schwere militärische Rückschläge erlitten, aber Qabus müßte sein Volk ausrotten lassen, um der Revolution die Basis zu entziehen. Der Sinn seiner Erklärung ist es, der bürgerlichen Presse einen Vorwand zur Nachrichtensperre zu geben. Hinter dem Nebelvorhang der Propagandalügen wird die Unterdrückung des Volkes in Oman verschärft. ●

Israel
Wirtschaftskrise verschärft sich

In Israel sind 1975 die Preise für Verbrauchsgüter um durchschnittlich 40 % gestiegen, Obst und Gemüse wurden sogar 50 % teurer. Die Folge der Preissteigerungen war ein Rückgang im Absatz langlebiger Konsumgüter (Haushaltsmaschinen, Fernseher usw.). 1975 wurden z. B. 54 % weniger Autos verkauft als 1974. Das israelische Pfund mußte erneut abgewertet werden, sein offizieller Kurs ist jetzt 7,3 israelische Pfund pro Dollar. Aber selbst zu diesem Preis will es niemand haben, auf dem schwarzen Markt werden für Dollars bis zu 50 % mehr gezahlt. Scharfe Bestimmungen sollen die Kapitalflucht bremsen. Gleichzeitig sind die Einnahmen von Devisen aus der Touristik um 32 % zurückgegangen, so daß verordnet werden mußte, daß Touristen nur noch in Devisen ihre Hotelrechnungen bezahlen dürfen. Das Defizit in der Zahlungsbilanz Israels beträgt umgerechnet 3,7 Mrd. Dollar, die Auslandsschulden 8,2 Mrd. Dollar, das sind 10.000 Dollar pro israelischer Familie.

Im kommenden Jahr wird es nach allen Voraussagen noch schlimmer kommen und natürlich sollen die Werktätigen dafür zahlen: Die Inflation wird selbst nach den Zahlen der Regierung mehr als 25 % betragen, wobei davon nur 70 % durch Teuerungszulagen ausgeglichen werden sollen. Die staatlichen Subventionen zur Stützung der Preise der Grundnahrungsmittel werden gestrichen (das trifft besonders die Armen), die Ausgaben für Sozial- und Gesundheitswesen wurden drastisch gekürzt. Ministerpräsident Rabin kündigte „dramatische Veränderungen in der Lebenshaltung der Bürger Israels" an. Der Staatshaushalt von 1976/77 soll ausdrücklich den Lebensstandard der Bevölkerung senken und ist zudem von Anfang an nicht gedeckt.

Es ist selbstverständlich, daß diese gezielten Angriffe auf das Lebensniveau der Bevölkerung vor allem diejenigen treffen, die in Israel als Bürger zweiter Klasse zählen (Juden aus den arabischen Ländern und der Sowjetunion) sowie besonders die arabische Bevölkerung in den 1967 besetzten Gebieten. Daß die offiziellen Arbeitslosenziffern bisher noch niedrig waren, lag vor allem daran, daß zuerst 50.000 Palästinenser aus Westjordanland und Gaza ihre Arbeit verloren haben. Sie finden allenfalls noch Gelegenheitsjobs.

Der politische Zündstoff, der sich auf dieser wirtschaftlichen Grundlage entwickeln wird, soll durch eine Verstärkung der reaktionären Innenpolitik unterdrückt werden. ●

Zimbabwe:
Zu Tausenden nach Mozambik

Zu Hunderten und Tausenden gehen Jugendliche – die meisten zwischen 14 und 16 Jahren – aus Zimbabwe über die mozambikanische Grenze in die Ausbildungslager der ZANU. Schon im März 75 blieben Schulbänke und Klassenräume leer. Eine technische Oberschule (250 Schüler)



mußte schließen, aus Schülermangel. Trotz nächtlicher Ausgangssperre reißt der Strom nicht ab, mittlerweile sollen an die 31.000 Kämpfer der ZANU in Mozambik ausgebildet werden (lt. „Frankfurter Rundschau", 7.1.76). ●

Palästina

Palästina

PLO gibt weitere Positionen auf

Die Vollversammlung der UNO hatte am 12. November 1975 zwei Resolutionen bezüglich der Palästinafrage beschlossen: Sie verurteilte den Zionismus als eine Form des Rassismus (vergl. AK 70) und sie lud die PLO zur Teilnahme an allen Versammlungen, Beratungen und Konferenzen unter Leitung der UNO ein, die sich mit dem Nahostproblem beschäftigen. Die PLO solle hierbei zwar Rederecht, aber kein Stimmrecht haben.

Die Sitzung des Weltsicherheitsrates, die am 12.1.76 begann und sich mit der Nahostfrage beschäftigen sollte, war der erste Anlaß für die PLO, dieses neue Recht auszuüben. Israel weigerte sich, ebenfalls an der Sitzung teilzunehmen.

Die PLO-Führung hatte ihren UNO-Auftritt zum Anlaß genommen, ihre Positionen gegenüber einer Verhandlungslösung des Palästinaproblems weiter zurückzunehmen. Es wurde ein „Minimalprogramm" aufgestellt, das sich auf folgende Forderungen beschränkte: Totaler Abzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten, Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates und Anerkennung des Rechts palästinensischer Flüchtlinge, zu unbestimmter künftiger Zeit in ihre Heimat im israelischen Staatsgebiet zurückkehren zu dürfen (nach „Neue Hannoversche Presse", 8.1.76).

Damit wird keine Zusage verlangt, wann und wo ein solcher Staat errichtet werden soll. Auch ist nun stillschweigend bei allen Verhandlungen über das Palästinaproblem nur noch vom Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten die Rede. Ein UNO-Beschluß aufgrund dieses Minimalprogramms bei Teilnahme der PLO hätte eine Teilanerkennung Israels bedeutet, ohne daß die PLO damit irgendein Recht auf die tatsächliche Errichtung des Ministaates erhalten hätte. Es sollte sich zeigen, daß dieses „Minimum" nicht einmal das Minimum war.

In zwei Wochen Beratungen wurde ein Entschlußentwurf ausgehandelt, der die Souveränität, territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen für alle Nahoststaaten (also auch Israel) garantieren sollte („Frankfurter Rundschau", 26.1.76).

Für diesen Entwurf stimmten u.a. Frankreich und die Sowjetunion. China und Libyen waren „abwesend". Die USA legten – wie schon vor Beginn der Sitzung absehbar – ihr Veto ein.

Es ist erst wenige Jahre her, daß die PLO die Parole aufstellte: Palästina, vom Jordan bis zum Meer!" und daß sie die UNO-Resolution 242 – die von den Palästinensern nur als „Flüchtlingen" Notiz nimmt – völlig ablehnte. Wenn die PLO heute ihre politische Rolle spielt, so tut sie das auf der Basis ihrer ehemaligen Bedeutung als Organisation des unzerstörbaren bewaffneten Widerstands des palästinensischen Volkes. Seit aber durch diesen Kampf für alle Seiten klar war, daß eine Regelung des Palästinaproblems nur über die PLO möglich ist, wurde ein Prozeß in Gang gesetzt, die PLO in das System der reaktionären arabischen Regimes einzubeziehen.

Die PLO erklärt heute, daß sie zur Teilnahme an der Genfer Konferenz auf der Basis der Resolution 242 und der Anerkennung Israels nur noch zwei Bedingungen stellt: Es muß eine Einladung an die PLO erfolgen und die Palästinafrage darf nicht als Flüchtlingsfrage behandelt werden. In einem Interview mit „Newsweek" erklärte PLO-Außenminister Khaddumi, die PLO könne die Trumpfkarte der Anerkennung Israels vorerst (!) nicht ausspielen, da sie dann nichts mehr in der Hand habe („Neue Hannoversche Presse", 30.12.75).

Ihre Funktion gegenüber den palästinensischen Massen erfüllt die PLO, indem sie den Ministaat propagiert, der auf dem Gebiet von Westjordanien und dem Gaza-Streifen errichtet werden solle. Von dort aus werde dann angeblich der Kampf bis zur vollständigen Befreiung Palästinas weitergeführt. Es ist aber völlig klar, daß ein solcher Staat nur als Ergebnis der Interessenbereinigung zwischen USA, Sowjetunion, Israel und den arabischen Staaten zustandekommen kann und nur unter der Bedingung, daß damit der Widerstandskampf des palästinensischen Volkes endet.

Das Veto der USA bedeutet also nicht, daß kein Palästinastaat geschaffen werden soll. Der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes, Yarif, erklärte nach einer USA-Reise, „die Gründung eines palästinensischen Staates" sei möglich „im Rahmen einer Nahost-Globallösung" („Süddeutsche Zeitung", 20.1.76). Das bedeutet, daß die diesen Staat tragenden Kräfte die Garantie übernehmen sollen, daß damit das Problem des palästinensischen Widerstands aus der Welt geschafft wird.

Das Veto der USA macht also klar, daß die USA und Israel nur zu verbindlichen Geschäften zu ihrem eigenen Vorteil bereit sind. Sie erklärten deshalb übereinstimmend, der Sicherheitsrat der UNO dürfe keinen Ersatz für die Genfer Nahostkonferenz als Gremium einer Verhandlungslösung darstellen („Süddeutsche Zeitung", 12.1.76). Sie akzeptierten die UNO nicht als Verhandlungsort und sie bezweifeln, daß die PLO über die Ware, die sie verkaufen will, auch verfügt. Der Beweis dafür wäre erst eine Vernichtung der Ablehnungsfront.

Auch die Sowjetunion drängt auf eine Genfer Konferenz, wo das Nahostproblem unter ihrer Beteiligung geregelt werden soll. Sie machte klar, welche weiteren Schritte die PLO da zu gehen muß: Außenminister Gromyko sandte eine Botschaft an PLO-Führer Arafat und erklärte, die Anerkennung Israels sei die Voraussetzung für eine PLO-Teilnahme an der Genfer Konferenz und für die Schaffung eines Palästinenserstaates („Süddeutsche Zeitung", 13.1.76). Gleichzeitig unternahm die Sowjetunion Schritte in Richtung einer Aufnahme von Beziehungen zu Israel. Sie hat es eilig, denn die USA sind währenddessen dabei, im Nahen Osten Tatsachen zu schaffen – z. B. ein Abkommen zwischen Syrien und Israel herbeizuführen –, die eine Teilnahme der Sowjetunion in Genf überflüssig machen könnten.

In dieser Situation spielt die revolutionäre Kraft der Ablehnungsfront eine entscheidende Rolle. Je größer ihre Macht ist, umso weniger kann die PLO im Namen des palästinensischen Volkes Israel anerkennen und mit den Imperialisten verhandeln, umso weniger haben die USA, der Zionismus und die arabische Reaktion in der PLO einen Partner, mit dem sie den Kampf des palästinensischen Volkes begraben können. ●

Zionismus nicht mehr attraktiv



„Israels Außenminister Allon nutzte den SPD-Parteitag im November '75 zu einer Demonstration. Man ließ ihn gern gewähren."

Die Zionisten fürchten um die Attraktivität ihrer Ideologie: Abnehmende Einwanderungszahlen und zunehmende Auswanderung aus Israel veranlassen die Zionisten zu verstärkter Propaganda. Dabei nutzen sie vor allem die Verurteilung des Zionismus als Rassismus durch die UN-Vollversammlung demagogisch aus, in der Hoffnung, sie könnten – wenn sie sich nur ordentlich als die Geprügelten in Szene setzen – Mitleid und Anerkennung finden.

„Israel als die Heimstatt aller Juden", das zu erreichen, war und ist Ziel des Zionismus. Allerdings machen viele Juden nicht mit: Allein in der Sowjetunion leben soviel Juden wie in Israel (knapp 3 Mio.) – in den USA gar doppelt soviel.

Konnten sich die Zionisten 1973 noch auf über 50.000 und 1974 auf (je nach Quelle) 30 – 40.000 Einwanderer berufen, so sank die Zahl im letzten Jahr auf nurmehr 20.000. Die Schuld dafür wird hauptsächlich der „sowjetischen Obstruktion" gegeben, da die Einwanderung aus der SU besonders krass sank: Von je 30.000 in den Jahren '72 und '73 auf 17.000 für '74 und nur 8.000 im letzten Jahr. (In Wirklichkeit haben die sowjetischen Behörden die Ausreisebedingungen erleichtert. Der tatsächliche Grund sind die schlechten Lebensbedingungen in Israel, gerade auch für sowjetische Juden!).

Gleichzeitig stieg die Zahl der Auswanderer aus Israel 1975 auf 17 – 20.000 gegenüber angeblich je 8.000 in den Vorjahren. Als Gründe für die zunehmende Auswanderung werden die wirtschaftliche Lage, die „politische Hoffnungslosigkeit" und ständige Kriegsangst angegeben. Diese Zahlen sind für die Zionisten wirklich Grund, eine neue Werbekampagne zu starten.

So fand Anfang Dezember letzten Jahres in Jerusalem die „Versammlung für jüdische Einheit" statt, an der ca. 150 führende Zionisten teilnahmen. Ziel war die *„Konsolidierung der Reaktion des jüdischen Volkes auf die UN-Resolution"*. Beraten wurde über *„die Zunahme der Einwanderung nach Israel, die Förderung und Stärkung von Siedlungskernen aus dem Ausland, die Konsolidierung der wirtschaftlichen Ressourcen und die Organisation von Möglichkeiten, der Solidarität mit dem Lande Ausdruck zu geben"* (zit. Israelischer Rundfunk, 3.12., nach Monitor Dienst).

Ministerpräsident Rabin rief in diesem Sinne zur Stärkung des Zionismus auf. Er forderte vom „internationalen Judentum" die Stärkung der zionistischen Erziehung, die Vermehrung der Einwanderung, größere öffentliche Solidarität mit dem Staat Israel sowie die Erhöhung der Zahl der Jugendlichen, die zu „freiwilligen" Hilfsdiensten nach Israel kommen. Außerdem forderte er eine *„Mobilisierung der wirtschaftlichen Mittel zugunsten Israels wie nie zuvor"* („SZ", 5.12.75).

Obwohl (und weil) zur selben Zeit der Sudan (nach Libyen und Irak) ausdrücklich ausgewanderte Juden zur Rückkehr aufforderte, wurde mit großem Getöse die Gründung einer „weltweiten Organisation jüdischer Flüchtlinge" angekündigt, die insbesondere von arabischen Staaten Reparationen und Wiedergutmachung fordern soll.

Konkreter Ausdruck dieser verstärkten Propagandaarbeit sind u. a. auch Anzeigenserien in westdeutschen Tageszeitungen, in denen um Geld gebettelt und gleichzeitig für die zionistische Ideologie geworben wird. ●

Dear Ambassadors:



Zionistische Anzeige in NY Times, Nov. '75, in der demagogisch der Antisemitismus der Faschisten mit dem Antizionismus gleichgesetzt wird

Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams bald abgeschlossen

Die Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams soll laut „Nhan Dan" bis zum 30. Juni 1976 abgeschlossen sein. Zu diesem Zeitpunkt sollen die Wahlen zur vereinigten Nationalversammlung abgeschlossen und eine gemeinsame Regierung gebildet sein („NZZ", 29.12.75).

Konkrete Schritte sind bereits eingeleitet worden: so wird die Politische Konsultativkonferenz von Delegierten beider Landesteile durchgeführt. Die Ziele dieser Konferenz sind *„die Vereinheitlichung der Auffassungen über die Anforderungen und den Inhalt der Wiedervereinigung des Landes ... Die wichtigste Maßnahme ist die Organisierung der allgemeinen Wahlen"*. Aufgrund der ungenauen Einwohnerzahlen in Südvietnam ist geplant, eine Volkszählung durchzuführen.

(Nach Bericht des Leiters der Delegation der DRV auf der Konsultativ-Konferenz, zitiert aus „Horizont", 1/76)

Republik Südvietnam (RSV): Mobilisierung gegen Anhänger des alten Regimes

Offiziell bekanntgegeben wurde, daß durch Razzien in 21 Bezirken von Ho-Tschi-Minh-Stadt ca. 1000 – teilweise bewaffnete – Anhänger des alten Regimes verhaftet wurden. Die Razzien wurden begleitet von einer Mobilisierung der Bevölkerung. „Landsleute in mehreren Gebieten haben Versammlungen abgehalten, um die Fahndungs- und Durchsuchungsaktionen der revolutionären Verwaltung gutzuheißen und über Pläne beraten, wie man den Sicherheitsorganen ... aktiv helfen kann." (Radio Saigon, nach „Monitor-Dienst", „MD", 19.1.76)

Sonderschule für ehemalige Prostituierte

„Eine Sonderschule zur „Wiedererlangung weiblicher Würde" ist für ehemalige Prostituierte in Saigon eröffnet worden. In einem Bericht der vietnamesischen Nachrichtenagentur VNA heißt es, die Prostituierten sollten zu „gesunden, gebildeten und nützlichen Frauen" umerzogen werden, damit sie dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft dienen könnten. Die ersten 306 Schülerinnen seien größtenteils Analphabeten. Der Schultag beginne mit Gymnastik und Turnen, dann folge Unterricht in Politik und Kultur. Am Nachmittag unterweise man die Frauen im Nähen, Stricken, Korbflechten und Teppichknüpfen zur Vorbereitung auf spätere Berufe. Der Abend sei kulturellen Veranstaltungen vorbehalten". (aus „FAZ", 29.1.76)

Stricken, Korbflechten und Teppichknüpfen zur Vorbereitung auf spätere Berufe. Der Abend sei kulturellen Veranstaltungen vorbehalten". (aus „FAZ", 29.1.76)

„Holzfäller" versuchten, nach Kambodscha einzudringen

Wiederum ist es an der Grenze nach Thailand zu schweren Schießereien gekommen. Unter Duldung der thailändischen Behörden versuchten ca. 200 „Flüchtlinge", nach Kambodscha zurückzugehen – unter Führung des ehemaligen Gouverneurs Sek Samid. Offiziell gaben sich diese 200 „Flüchtlinge" als „Holzfäller" aus und beschossen die kambodschanischen Soldaten. Das Gefecht fand bemerkenswerterweise in dem Gebiet statt, in das sich der ehemalige kambodschanische Regierungschef In Tam „mit seiner Privattruppe" verzogen hat!! „Holzfäller" und Privattruppe – es liegt auf der Hand, daß es sich hier um Reaktionäre unter Führung ehemaliger Lon-Nol-Anhänger handelt. (Nach „NZZ", 16.12 und 2.1.)

Thailand: Premierminister löste das Parlament auf

Nach der Regierungsumbildung zu Beginn des Jahres hat Premierminister Kukrit Pramjoi jetzt das Parlament auflösen lassen. Erst am 4. April sollen Neuwahlen stattfinden. Offensichtlich dient dies in erster Linie dazu, die fortschrittliche Opposition im Parlament loszuwerden. Über die repressiven Ausnahmegesetze besteht die Möglichkeit – ohne irgendeine parlamentarische Kontrolle – fortschrittliche Oppositionspolitiker mindestens bis zu den Wahlen kaltzustellen. Gleichzeitig fällt die Parlamentsauflösung genau in die letzte Phase des US-Abzugs aus Thailand. Und immerhin ist bekannt, daß die USA keineswegs vorhaben, vollständig abzuziehen. Es liegt nahe, daß sich die thailändischen Behörden mit der Parlamentsauflösung freie Hand auch gegen eventuelle Proteste aufgrund der weiteren US-Anwesenheit verschaffen wollen.

Es ist nicht das erste Mal, daß bei inneren Auseinandersetzungen in Thailand und stärkerer Opposition gegen die Regierungspolitik das Parlament aufgelöst wurde. Bereits zweimal wurde so eine Militärdiktatur eingeleitet (1958 und 1971). Ohne weiteres geben bürgerliche Zeitungen die Möglichkeit eines erneuten Putsches auch zu (wie die „SZ" vom 17./18.1.76).

Philippinen: Neue Nationalversammlung, aber alles bleibt beim Alten

Präsident Marcos hat eine neue Nationalversammlung einberufen,

Neue Nationalversammlung, aber alles bleibt beim Alten
Präsident Marcos hat eine neue Nationalversammlung einberufen,

Damit wird keineswegs eine Demokratisierung des seit 1972 unter Kriegsrecht stehenden Staates vorgenommen. Die Nationalversammlung wird nämlich nicht gewählt, sondern von Marcos selbst eingesetzt!! („SZ", 13.1.76) Ebenfalls gab Marcos bekannt, daß *„bei Kämpfen gegen aufständische Moslems auf den Südphilippinen ... die Regierungstruppen ... rund 2000 Gefallene und etwa 4000 Verwundete"* hatten. („SZ", 22.1.76)

Die Regierungstruppen führen seit mehreren Jahren einen äußerst brutalen Krieg gegen die nach Unabhängigkeit strebenden 3,5 Millionen Moslems der Süd-Philippinen. 1973 zerstörten die Regierungstruppen beispielsweise die Stadt Jolo zu mindestens zwei Drittel und töteten durch Bombenabwürfe rund 10.000 Menschen!!

Sowjetunion hetzt gegen burmesische Freiheitskämpfer

In Burma ist seit Jahren ein Guerilla-Krieg von revolutionären Organisationen und nationalen Minderheiten gegen die Regierung im Gange. Diese Bewegungen sind von Zeit zu Zeit Gegenstand wüster Hetzkampagnen in der sowjetischen Presse. Der Hauptgrund dafür liegt offenbar in der Tatsache, daß die VR China immer noch diese Bewegungen unterstützt.

So hieß es kürzlich in der „Iswestija", die Kämpfe in Burma zeigten *„die Haltung der Maoisten gegenüber allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts"*. *„Die birmanische Öffentlichkeit weiß sehr gut, wer hinter den Saboteuren und Terroristen steht"*. Gleichzeitig wurden die Klassenkämpfe in Burma allgemein diffamiert: **„Parallel zur Verstärkung der Aktivität der Rebellen an der Grenze häufen sich im ganzen Lande (!) Sabotageakte und Unruhen jeder Art und die Propaganda gegen die Regierung wird intensiver"!** Die „Saboteurbanden" würden in China ausgebildet und von dort nach Burma „eingeschleust". (TASS, 12.1., nach „Iswestija" – lt. „Monitor-Dienst").

Dies ist zweifellos noch um einiges übler als alles, was sich die chinesischen Außenpolitiker bisher zu Angola abgekniffen haben, und die Revisionisten sind scheinheilige Heuchler, wenn sie mit Fingern auf die chinesische Außenpolitik zeigen! ●

> Laut burmesischen Regierungsquellen wurden im Dezember 1975 in Nordburma 210 „Rebellen" getötet und zehn gefangengenommen.
> Die Regierung meldete 60 Tote und 160 Verletzte unter den eigenen Truppen.

len" getötet und zehn gefangengenommen.
Die Regierung meldete 60 Tote und 160 Verletzte unter den eigenen Truppen.

Spenden für den Aufbau eines freien, unabhängigen und wiedervereinigten Vietnam

Wenn der KB und die mit ihm verbundenen Organisationen in den letzten Monaten Spendenkampagnen schwerpunktmäßig für die chilenischen, angolanischen und portugiesischen Revolutionäre durchgeführt (und dabei insgesamt im zurückliegenden Jahr rund eine halbe Million DM zusammengebracht) haben, so heißt das natürlich keineswegs, daß wir mit den Befreiungsbewegungen und revolutionären Organisationen in anderen Ländern weniger solidarisch sind.

Das gilt insbesondere in Bezug auf das heldenhafte vietnamesische Volk und seine revolutionäre Führung: Wir haben im Frühjahr des vergangenen Jahres, als das vietnamesische Volk im Süden des Landes den Imperialismus und seine Marionetten in einer großen strategischen Offensive vernichtend schlug, die Solidaritätsarbeit verstärkt und dabei auch einen größeren Geldbetrag (37.000 DM) für die vietnamesischen Genossen sammeln können.

Seither sind – aus den oben genannten Gründen – nur kleinere Beträge für den Aufbau des befreiten Vietnam eingegangen (insgesamt 5.530 DM), die wir dem „Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD)" überwiesen und jetzt bestätigt bekommen haben (siehe nebenstehendes Faksimile). Das Geld wird einem vom „Initiativkomitee" organisierten Aufbauprojekt (Gesundheitsstation) zugute kommen.

Wir möchten an dieser Stelle unseren Aufruf an Genossen und Freunde unserer Organisation wiederholen, auch weiterhin für den Aufbau eines freien, unabhängigen und wiedervereinigten Vietnam politische und materielle Solidarität zu organisieren.

Das „Initiativkomitee", dem wir auch in Zukunft die von uns gesammelten Spendengelder überweisen werden, hat seine Hilfe bei der Durchführung von Solidaritätsveranstaltungen in großem und kleinem Rahmen angeboten (Filme, Referenten etc.). ●

Spenden auf das Konto:
Postscheck Hamburg 240 595
J. Reents,
Kennwort: Vietnam
überweisen.

Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD)

5 Köln 41 · Berrenrather Straße 190 · Telefon 0221/441547

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Datum
		Mi/han.	23.1.1976

Kommunistischer Bund
Leitendes Gremium
c/o J. Reents
Rutschbahn 35
2 Hamburg 13

Liebe Freunde,

wir bedanken uns herzlich für Eure kürzliche Geldüberweisung auf unsere Konten und bestätigen hiermit den Eingang von 5.530.-DM (in Worten: fünftausendfünfhundertunddreißig Deutsche Mark), die wir dem Aufbauprojekt "Eine Gesundheitsstation in Südvietnam" gutgeschrieben haben.

Wir möchten Euch versichern, daß dieses Geld ohne Abzug der Errichtung der Poliklinik zur Verfügung gestellt wird, worüber wir in der auch von Euch bezogenen Zeitschrift "Viet Nam" regelmäßig berichten. Erwartet bitte gegen Ende Februar den Zeitpunkt der Transportzusammenstellung und Verschickung der Station.

Wir grüßen auch derweilen mit solidarischen Wünschen für Eure Arbeit

HANS RÜDIGER MINOW



Über 3.000 kamen zur Portugal-Veranstaltung







Am 23. Januar führte der KB in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung mit der revolutionären Linken Portugals durch.

Anlaß waren die blutigen Ereignisse vom 1. Januar in Porto, wo vier Menschen, darunter der Hamburger Genosse Günther Bruns, von faschistischen GNR-Bullen erschossen worden waren.

Um Günther Bruns zu ehren und Lehren aus der schweren Niederlage, die die portugiesische Linke am 25./26. November 1975 durch den Rechtsputsch hat hinnehmen müssen, zu ziehen, hatten wir zu dieser Solidaritätsveranstaltung aufgerufen.

Über 3.000 Menschen waren in das Audi-Max der Hamburger Universität gekommen, um einen Sprecher des MES, Vertreter des KB, einen Arbeiter von Setenave (Großwerft in Setubal), einen portugiesischen Soldaten und Jose Afonso (den besten und populärsten portugiesischen Volkssänger) zu hören.

Eine Spendensammlung, deren Ergebnis zu gleichen Teilen an den MES und zwei landwirtschaftliche Kooperativen ging, erbrachte rund 32.000 DM (womit sich die Spendensumme in der von uns gestarteten Kampagne auf 152.000 DM erhöhte).

Die Versammlung war nicht nur eine der größten, die jemals von Organisationen der Hamburger Linken durchgeführt wurde, sondern sie brachte zugleich zum Ausdruck, daß die konsequenten Antiimperialisten Hamburgs auch in schlechten Zeiten auf Seiten der portugiesischen Linken stehen und mit dem Kampf des portugiesischen Volkes solidarisch sind.



Veranstaltung mit der SUV in Bremen

Auf einer Veranstaltung des Portugal-Komitees am 27. 1. im Rahmen der SUV-Rundreise erschienen 75 Interessierte, die mit den portugiesischen Genossen diskutierten.

Ein Erfolg dieser Veranstaltung ist das Sammlungsergebnis von 421 DM für ein Projekt in Lissabon. ●



Chinesische Außenpolitik Immer reaktionärer



Wer da meint, die chinesische Außenpolitik müßte allmählich ihren Tiefpunkt erreicht haben, sieht sich immer wieder auf's Neue getäuscht. So findet sich in der „Peking Rundschau" 2/1976 folgende „Perle" politischer Verkommenheit: *„Von Portugal bis zum Balkan und Mittleren Osten liegt eine Reihe von Brennpunkten des Ringens zwischen der Sowjetunion und den USA. Heftige Kämpfe gab es im vergangenen Jahr in Portugal und Zypern.* In Spanien und Italien braut sich neue Unruhe zusammen, denn die Sowjetunion ist bestrebt, eine Bresche in die südliche Flanke der Nato zu schlagen" (Seite 18).

Die „Unruhe", die sich da in Spanien „zusammenbraut", besteht darin, daß sich das arbeitende Volk in stürmischen Massenkämpfen darauf vorbereitet, der faschistischen Diktatur den Todesstoß zu versetzen! Die „Unruhe", die sich in Italien „zusammenbraut" besteht darin, daß die christdemokratische Partei immer weniger in der Lage ist, das Land zu regieren. Hier spielt die „PR" anscheinend direkt auf die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der revisionistischen PCI an.

Die chinesischen Außenpolitiker halten nur noch als Phrase daran fest, daß die „Haupttendenz in der Welt Revolution" sei. In der P r a x i s handeln sie jedoch so, als sei das „Ringen der Supermächte" die Haupttendenz, und als seien die Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern nur ein Teil dieses „Ringens". Die Kämpfe der Arbeiterklasse, vor allem soweit sie unter Führung revisionistischer Parteien stehen, werden dementsprechend als „sozialimperialistische Infiltration und Wühlarbeit" diffamiert.

Vor allem die „schwache Südflanke" der Nato scheint den chinesischen Außenpolitikern unter diesem Aspekt schlaflose Nächte zu bereiten.

Die Sorge der chinesischen Aussenpolitiker um die „Unruhe" in Spanien, d.h. praktisch um das Schicksal des spanischen Faschismus, stellt einen neuen Höhepunkt dieses Kurses dar.

Es ist natürlich auch kein Zufall, daß nach dem Rechtsputsch vom 25. November in Portugal die VR China dieses Land anscheinend mit weit freundlicheren Augen als zuvor sieht: M. Ferreira, Staatssekretär im portugiesischen Außenministerium, meinte im Januar auf einer Pressekonferenz, jetzt sei die Annäherung Portugal – China „auf dem richtigen Weg" („A Capital", 10.1.76).

Die VR China hatte sich nach dem Sturz des Faschismus geweigert, diplomatische Beziehungen zu Portugal aufzunehmen – während es sie z.B. nicht stört, diplomatische und darüber hinausgehende freundschaftliche Beziehungen zum faschistischen Chile zu unterhalten. ●

„Streitgespräch" DKP kneift!

Die DKP hat in den letzten Monaten in zahlreichen Städten sogenannte „Streitgespräche" durchgeführt. Fast überall war der KBW willig zu Diensten, um sich von den DKP-Demagogen abbürsten zu lassen.

Monaten in zahlreichen Städten sogenannte „Streitgespräche" durchgeführt. Fast überall war der KBW willig zu Diensten, um sich von den DKP-Demagogen abbürsten zu lassen.

Am 8. Januar sollte, wie in AK 72, S. 39, berichtet, in Hamburg der KB verhackstückt werden. Die DKP hatte es sich so gedacht, daß sie insgesamt bei dem „Streitgespräch" viermal so viel Redezeit gehabt hätte, wie sie uns zugestehen wollte. Diese Unverschämtheit lehnten wir ab. Stattdessen schlugen wir der DKP vor, gemeinsam ein echtes Streitgespräch mit genau gleicher Redezeit für beide Seiten durchzuführen. Wie nicht anders zu erwarten, ist die DKP auf diesen Vorschlag nicht eingegangen! Die „großen" Demagogen kneifen!

Wenn man diese Demagogen auf ihrem Solo-„Streitgespräch" am 8. Januar erlebt hat, was war das für ein Gestöhne und Geheuchel: Leider ist der KB nicht da, leider haben die KB-Führer gekniffen, aber die DKP wird weiterhin das Gespräch mit den ehrlichen Antiimperialisten unter den irregeleiteten KB-Anhängern suchen usw. usf.

Man mußte wirklich meinen, daß diesen Schauspielern gottwerweißwieviel an einem Streitgespräch mit dem KB liegen würde. Aber offenbar haben sie tatsächlich Schiß, wenn sie sich nicht hinter einer vierfachen Redezeit verschanzen können! Nun, wir schenken ihnen nichts und wiederholen öffentlich unsern Vorschlag: Gemeinsame Durchführung einer Diskussion mit genau gleicher Redezeit in einer Halle, die groß genug ist, um auch wirklich wirklich a l l e n „irregeleiteten KB-Anhängern" Platz zu bieten (die von der DKP am 8. Januar gemietete Halle war viel zu klein!).

Wie der „Roten Fahne" vom 21.1. zu entnehmen ist, hat die DKP inzwischen auch mit einem geplanten „Streitgespräch" in Bochum Pech gehabt. Dort hatte sie die Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter (GOG) aufgefordert, als Watschenmännchen mit 20 Minuten Redezeit an dem „Streitgespräch" teilzunehmen. Die Kollegen und Genossen von der GOG taten aber, wie wir in Hamburg, das einzig richtige – sie stellten sich nicht für die geplante Farce zur Verfügung, sondern ließen Gerns, Steigerwald & Co. eine Solo-Nummer abziehn! Dafür übernahm ein „KPD"ler die Rolle, die in Hamburg der KBW dankbar wahrgenommen hatte – sich mit einem irren Redebeitrag im Namen des Kommunismus lächerlich zu machen.

Hamburg und das Verhalten der Kollegen und Genossen von der GOG in Bochum sind Beispiele, daß es richtig ist, sich von der DKP nicht erpressen zu lassen, wie es der KBW empfiehlt. Wenn die DKP ein gleichberechtigtes Streitgespräch mit uns will, kann sie es sofort bekommen. Darunter läuft mit uns n i c h t s ! Und vor einem solchen gleichberechtigten Streitgespräch haben die DKP-Demagogen offensichtlich Manschetten. ●

Zu den Konferenzen von

Zu den Konferenzen von Helsingör und Paris

Ringen um weiteren Rechtsruck in der „Sozialistischen Internationale"

In jüngster Zeit machten sozialdemokratische und ‚sozialistische' Parteien durch verschiedene Treffen von sich reden. Im Kern ging und geht es dabei um eine noch schärfer ausgerichtete Formierung der Sozialdemokratie. Insbesondere den SPD-Führern kommt dabei die Rolle eines reaktionären Schrittmachers und Einpeitschers zu.

Die internationale Sozialdemokratie will sich offensichtlich auch in Hinblick auf die Europawahlen 1978 dem Kapital als einzige Alternative anbieten, die in der Lage ist, den starken Einfluß der revisionistischen Parteien, wesentlich in Italien und Frankreich, zu brechen, das klassenbewußte Gedankengut in der Arbeiterschaft politisch-ideologisch zu zerstören und auf reformistische, sozialdemokratische Bahnen zu lenken. Das ist ihr Beitrag zur „Anti-Krisen-Politik"!

Die Vorstellungen der sozialdemokratischen und sozialistischen Führer unterscheiden sich dabei danach, inwieweit sie selbst die Regierungsgeschäfte für die Imperialisten führen bzw. andererseits mit einer starken Arbeiterbewegung und starken revisionistischen Parteien konfrontiert sind.

In der dänischen Stadt Helsingör, wo sich am 18. und 19. Januar bei 71 Teilnehmern allein 7 Regierungschefs und 18 Minister trafen, ging es im ersten Punkt um die Wirtschaftskrise in Europa.

Während der italienische Sozialist de Martino in dieser Debatte immerhin noch erklärte, es sei *„nicht die Aufgabe der sozialistischen Bewegung, die Marktwirtschaft zu restaurieren, die die Ursache der tiefen Krise des Kapitalismus ist"* („Deutsche Volkszeitung", 29.1.76), legte Bundeskanzler Schmidt sofort ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft ab, verteidigte die „unternehmerischen Freiheiten" gegen planwirtschaftliche Tendenzen und stellte klar, daß für die SPD „marxistische Gesichtspunkte nicht maßgebend" sein könnten.

Beschlossen wurde die Bildung von vier Arbeitsgruppen, die innerhalb von drei Monaten eine gemeinsame sozialdemokratische Wahlplattform für die direkten Wahlen zum europäischen Parlament erstellen sollen.

Schon jetzt ist klar, daß diese Wahlplattform sehr stark die Handschrift der SPD-Führer mit entsprechend rechtssozialdemokratischen Positionen tragen wird.

Die revisionistischen Parteien schwächen, um die Sozialdemokratie zu stärken

Im zweiten Punkt ging es um ein „Zusammengehen mit den Kommunisten".

Insbesondere der Chef der französischen Sozialisten, Mitterand, befürwortete die „Zusammenarbeit mit den Kommunisten" in Süd- und West-Europa, „wo sie notwendig sei", also dort, wo es starke revisionistische Parteien gibt und, wie in Italien die Sozialisten sogar Gefahr laufen, von links her an die Wand gedrückt zu werden. Mitterand begründete seine Haltung sogar theoretisch und erklärte, *„gleichzeitig im Namen anderer sozialdemokratischer Parteien, die Einheit der Arbeiterklasse sei für die Durchsetzung der eigenen Ziele unabdingbar ..."* („Die Tat, 23.1.76).

Das ist natürlich ein schlechter Witz, denn der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, um die „Organisation der Proletarier zur Klasse", ist notwendigerweise der entschiedenste Kampf gegen die Kapitalistenklasse und setzt den Bruch mit allem, was die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie bindet, voraus. Der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse ist also gerade auch ein Kampf gegen die reformistischen Führer.

Auf dem Gipfeltreffen in Helsingör waren sich alle einig, daß Aktionsbündnisse mit „Kommunisten" (Revisionisten) nur zu dem Zweck eingegangen werden, um diese Parteien und entsprechend größere Teile der Arbeiterklasse politisch-ideologisch zu zersetzen. Mitterand selbst nannte die Vorbedingungen für ein „Zusammengehen": 1. Nur dort, wo diese Parteien über einen Masseneinfluß verfügen; 2. nur mit den Parteien, die ohnehin schon rechts von der KPdSU stehen. Also gegebenenfalls mit Berlinguer, der allerdings den „historischen Kompromiß" mit der italienischen Christdemokratie sucht, oder mit der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF), die erst vor kurzem ausdrücklich das Ziel der Diktatur des Proletariats aus ihrem Parteiprogramm gestrichen hat.

Diesen „Rechtstrend" der Revisionisten zu unterstützen und fördern, sehen alle reformistischen Führer als Aufgabe an.

In einem Interview mit dem „Spiegel" sagte Brandt das so: *„Es gibt interessante Entwicklungen in der kommunistischen Welt. ... Es wäre ja auch falsch, wenn wir durch unser Verhalten dazu beitragen würden, daß die Entwicklungen, die zu einer Auflockerung des früheren monolithischen Blocks des Kommunismus geführt haben, wieder zum Stillstand kämen"* (26.1.76).

Auf der Tagung der südeuropäischen sozialistischen Parteien am 24. und 25. Januar wurde u.a. die seit mehreren Jahren bestehende französiche „Linksunion" betrachtet. *„Dabei konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich die Prophezeiungen der Konservativen und die Hoffnungen der Kommunisten, die Neuauflage der Volksfront werde den Sozialisten Verderben und der KPF Auftrieb bringen, nicht erfüllten. Ganz im Gegenteil: Die SPF wurde stärker, die KPF schwächer. ... Dabei hat die SPF keine ideologischen Konzessionen gemacht, wohl aber sah sich die KPF gezwungen, auf ihre bolschewistischen Dogmen zu verzichten"* („Vorwärts, 29.1.76).

Solche Aktionsbündnisse mit den Revisionisten, die eine Stärkung des reformistischen Einflusses erbringen, wollten auch die SPD-Führer auf dem Treffen in Helsingör nicht ganz ausschließen. *„Für begrenzte Zusammenarbeit auf begrenzte Zeit könnten in diesen Ländern also Gründe langfristig angelegter Wachsstumsstrategie! sprechen"* („Vorwärts", 22.1.).

Trotz dieser faktischen Überlegungen versuchten die SPD-Führer auf dem Treffen in Helsingör ein klares Nein in der Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten durchzusetzen. Sie traten für *„einen Vorrang der NATO-Politik ein, die innenpolitisch durch Frontstellung gegen die Kommunisten abgedeckt werden müsse"* („Die Tat", 23.1.76).

Brandt und Schmidt befanden sich natürlich auch in vollster Übereinstimmung mit US-Außenminister Kissinger, der extra im Anschluß an das Gipfeltreffen nach Helsingör reiste, um dort zu drohen, daß *„die Beteiligung von Kommunisten an europäischen Regierungen Konsequenzen in der internationalen Politik, vor allem aber für die NATO haben werde"* („DVZ", 29.1.76).

Die SPD-Führer haben sich mit ihren Standpunkten in Helsingör (noch?) nicht durchsetzen können. Aber genausowenig konnte sich Mitterand auf dem Treffen in Paris mit seiner taktischen Variante durchsetzen. Ein gemeinsamer Kurs wurde auch gar nicht erwartet („Süddeutsche Zeitung", 17./18.1.76). *„Man entschloß sich zu einer gespaltenen Taktik"* („Vorwärts",22.1.76).

Dennoch konnten Brandt und Schmidt gewisse „Einbrüche" erzielen. Österreichs Bundeskanzler und Sozialdemokrat Kreisky steht einer Zusammenarbeit mit den Revisionisten *„ungleich ablehnender gegenüber als sein deutscher Parteikollege und persönlicher Freund Brandt. Er ist auch weit skeptischer gegenüber Demokratisierungstendenzen im Ostblock ..."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung",29.1.76).

Der portugiesische „Sozialist" Soares blieb der von Mitterand einberufenen Konferenz aller südeuropäischen sozialistischen Parteien „demonstrativ" fern – wie es heißt, aus Solidarität mit Brandt und Schmidt. Er reiste statt dessen lieber nach Amerika, um sich mit Kissinger (und dem CIA?) abzusprechen.

Die „Auseinandersetzungen" der Sozialdemokratie um einen gemeinsamen Kurs in der Europa-Politik und gegenüber den revisionistischen Parteien sind damit nicht abgeschlossen. Mitterand wurde von Brandt persönlich für März in die BRD eingeladen und weitere Treffen der internationalen Sozialdemokratie sind beabsichtigt. Um einen weiteren Rechtsruck wird noch gerungen. ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

GIM zu Portugal

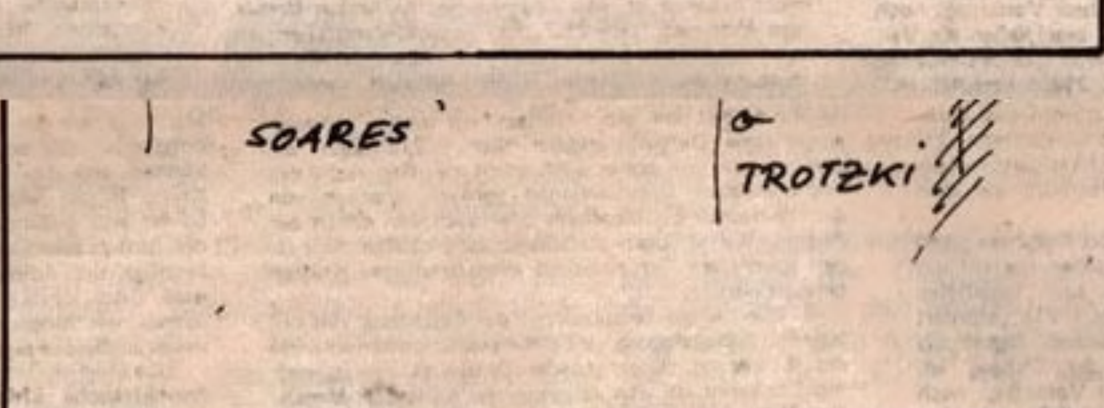
Fehlgeburt zwischen revolutionärem Sozialismus und Sozialdemokratismus

Die Ereignisse vom 25./26. November in Portugal sind nicht nur von der portugiesischen Linken, sondern auch von den linken Organisationen im Ausland recht unterschiedlich interpretiert und kommentiert worden. Teilweise wurde die bürgerliche Lüge vom „Linksputsch" auch von Teilen der Linken aufgenommen – sei es, daß sogar diese Bezeichnung selbst verwandt wurde, oder, daß von einer „Provokation", einem „unverantwortlichen Abenteuer" usw. gesprochen wurde; wobei die „Putschisten" wahlweise die PCP, Teile der FUR oder die Regimenter waren, die mit der Besetzung von Stützpunkten gegen ihre Auflösung und gegen die Abservierung von Carvalho protestierten. Ein Beispiel für diese schändliche Methode, die Erfindungen der Reaktion nachzuplappern, ist die GIM (Gruppe Internationaler Marxisten, westdeutsche Sektion der trotzkistischen „IV. Internationale").

In ihrem Kommentar „Die Revolution im Ausnahmezustand" schreibt die GIM-Zeitung „Was tun" (Nr. 91 vom 11.12.75): *„Bei der Erklärung der Initiative der Fallschirmjäger von Tancos ist es schwer, einen genauen Trennungsstrich zu ziehen zwischen der Provokation* (!), *dem ‚verrückten Abenteuer' und einem geplanten Vorgehen".* Die Besetzung mehrerer Stützpunkte, der Radiostation Emissora Nacional und des Fernsehens am 25.11. habe gezeigt, *„daß an diesem Tag Teile eines ‚militärischen Plans' für einen Putsch* (!) *ausgeführt werden, auch wenn die Fallschirmjäger von Tancos seinen Ablauf überstürzt und desorganisiert haben. Ein solches Abenteuer fällt nicht vom Himmel* (sondern ist natürlich ein Werk von „Drahtziehern" – AK-Red.). *Verschiedene zentristische Organisationen (vor allem MES und PRP-BR) ebenso wie radikalisierte Teile der Armee hegen seit zwei bis drei Monaten abenteuerliche Pläne, die sich unter dem Vorwand* (!!!), *einem ‚reaktionären Putsch' zuvorzukommen* (reaktionärer Putsch bei „Was tun" in Anführungszeichen! – AK-Red.), *in putschistische Pläne verwandeln."*

Das ist schon ungeheuerlich, die Vorbereitungen eines reaktionären Putsches seitens der Konterrevolution, für die es in den Wochen vor





Armee hegen seit zwei bis drei Monaten abenteuerliche Pläne, die sich unter dem Vorwand (!!!), *einem ‚reaktionären Putsch' zuvorzukommen* (reaktionärer Putsch bei „Was tun" in Anführungszeichen! – AK-Red.), *in putschistische Pläne verwandeln."*

Das ist schon ungeheuerlich, die Vorbereitungen eines reaktionären Putsches seitens der Konterrevolution, für die es in den Wochen vor

dem 25. November wahrlich genug Beweise gegeben hat, – diese tatsächlichen, unbestreitbaren Vorbereitungen für einen reaktionären Putsch als „V o r w a n d", d.h. als hergeholt, als unecht, als Trick, zu bezeichnen – sich andererseits aber nicht zu scheuen, d i e L i n k e n eines solchen „Putsches" (dort dann ohne Anführungszeichen!) zu bezichtigen. Als „Beweis" für diese „putschistischen Pläne" der Linken nimmt „Was tun" u.a. das Manifest der 18 fortschrittlichen Offiziere, in dem davon die Rede ist, daß *„gegenwärtig eine verzweifelte reaktionäre Eskalation der Bourgeoisie"* zu erleben sei – und dieses Manifest wurde, was die „WT" nicht erwähnt, am 21.11. veröffentlicht, als die Azevedo-Regierung schon am zweiten Tag im „Streik" stand, d.h. als der Plan der Konterrevolution für die wenige Tage später vollzogene reaktionäre Wende schon u n m i t t e l b a r a n g e l a u f e n war. Das läßt sich heute nämlich mit absoluter Sicherheit sagen, daß der R e c h t s p u t s c h vom 25./26. November nicht nur „allgemein" und „längerfristig" vorbereitet war, sondern daß die k o n k r e t e I n s z e n i e r u n g dafür am 20. November b e g a n n: dem Tag, als der Faschist Neves dem Staatspräsident Costa Gomes die Bereitschaft seiner Kommandos zur Durchführung von *„Operationen"* meldete, die *„die sofortige Ersetzung aller Militärs"* erreichen sollten, die sich nicht *„unparteiisch"* verhalten würden – d.h. die auf der Seite des Volkes stehen (der Wortlaut dieses militärischen Rapports ist in den „Portugal-Nachrichten" Nr. 13 vom 1.12.75 wiedergegeben). Und an genau diesem Tag leitete die Regierung diese „Operationen" dann mit ihrem „Streik" ein.

Diese T a t s a c h e n interessieren die GIM aber offenkundig nicht. Stattdessen phantasiert sie über das erwähnte Manifest der 18 linken Offiziere, in dem die „verzweifelte reaktionäre Eskalation der Bourgeoisie" angeklagt wurde: *„Hier findet man die Position zentristischer Organisationen wieder, die den Willen verschiedener Teile der Militärhierarchie, einen reaktionären Staatsstreich durchzuführen, sogar ihre Vorbereitungen dazu, verwechseln mit einer Situation, in der alle Bedingungen beisammen sind, daß die Durchführung eines solchen Staatsstreichs auch ernsthafte Erfolgsaussichten hat".*

Dem Leser ist bekannt, daß auch der ARBEITERKAMPF die Auffassungen von PRP-BR und MES kritisch kommentiert hat, weil sie die M ö g l i c h k e i t zur Durchführung eines bewaffneten V o l k s a u f s t a n d s in ihren Publikationen überschätzt hatten. Aber in „Was tun" geht es um etwas ganz anderes: Die GIM bezeichnet die zu diesem Zeitpunkt zunehmenden Anzeichen einer bevorstehenden reaktionären Wende zunächst als bloßen „Vorwand" für die Linken, macht sich in der Pose des bürgerlichen Journalismus lächerlich über deren Warnungen und rät dann anschließend, daß Kampfaktionen dagegen so lange hätten rausgeschoben werden sollen, bis *„die Durchführung eines solchen* (reaktionären) *Staatsstreiches auch ernsthafte Erfolgsaussichten hat".*

Man muß doch fragen, welche Beweise die GIM eigentlich n a c h dem 25. November noch braucht, daß ein solcher Staatsstreich nicht bloß vorbereitet wurde, sondern daß er offensichtlich auch „Erfolgsaussichten" hatte – da ja in der Tat am 25.11. „erfolgreich" ein reaktionärer Staatsstreich stattfand, der das gesamte Kräfteverhältnis grundlegend veränderte ...?

Oder ist die GIM vielleicht der Meinung, es habe am 25. November gar keinen reaktionären Staatsstreich gegeben?

Es gibt noch andere Dinge, deretwegen wir der GIM vorwerfen müssen, daß sie die PS-Führung faktisch in Schutz nimmt, daß sie die PS-Führung von ihrer Verantwortung für die wachsende f a s c h i s t i s c h e Gefahr reinzuwaschen versucht, während sie gleichzeitig ungehemmt gegen die revolutionäre Linke pöbelt. Der MES wird in der „Was tun" einer „ultralinken Haltung" gegenüber der Sozialdemokratie bezichtigt, w e i l er die Auffassung vertreten hat, daß die PS den faschistischen Kräften d e n W e g e b n e t und weil er gesagt hat: *„Die Sozialdemokratie ist eine Übergangsphase zum Faschismus"* (in „WT" zit. nach „Poder Popular", 5. - 11.11.75). Nebenbei sei erwähnt, daß auch in einem Dokument der FUR vom September, das von der LCI, der portugiesischen „Bruder-Sektion" der GIM, mit unterzeichnet wurde, davon die Rede war, *„daß die sozialdemokratische Offensive objektiv dazu beigetragen hat, daß die faschistische Rechte sich wieder organisieren und ihre Positionen wieder erlangen konnte".* Und sogar hieß es in diesem FUR-Dokument, daß *„eine sozialdemokratische ‚Lösung' der derzeitigen Krise unvermeidbar in einen faschistischen Putsch münden"* wird (siehe die damalige Portugal-Sondernummer des AK).

„Was tun" schreibt auch durchaus Richtiges über die PS: *„Unter dem Deckmantel der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie zielt diese* (die PS – AK-Red.), *wie in der Vergangenheit, darauf ab, die Arbeiter zu entwaffnen, die Soldatenräte abzuschaffen, die Rolle der Arbeiterkommissionen so weit wie möglich einzuschränken, ohne jedoch die demokratischen Rechte für die reformistischen Organisationen aufzuheben oder das Bestehen der Organe der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Frage zu stellen".*

Ist das, was die GIM selbst beschreibt, etwa keine Politik, die den faschistischen Kräften den Weg ebnet, die ihnen wieder größeren Handlungsspielraum gibt, die das Land insgesamt für eine Wiedererrichtung der faschistischen Diktatur sturmreif machen, wenn diese Offensive nicht aufgehalten wird? Soll man in der Benennung der T a t s a c h e n solange warten, bis von jedem einzelnen PS-Führer auch subjektiv nachweisbar ist, daß er sich wie die SPD-Führung 1933 verhält: *„Lieber mit den Nazis, als mit den Kommunisten"*?

Die GIM behauptet, daß insbesondere die (zitierte) Haltung des MES gegenüber der PS-Führung *„bisher jede sinnvolle Einheitsfrontpolitik unmöglich gemacht"* habe – bringt aber natürlich nicht den Schatten eines konkreten Beweises dafür. Wir würden im Gegenteil eher der Einschätzung zuneigen, daß die Politik und das Verhängnis des Reformismus (und hier meinen wir mal sowohl die PCP-Politik als auch gewisse Aspekte der PS-Politk) gar nicht scharf genug und klar genug im politisch-ideologischen Kampf attackiert wurde. Es ist eine schon „geschichtsträchtig" gewordene trotzkistische Albernheit, daß die kompromißlose Entlarvung der politischen Gefahren des Sozialdemokratismus u n d des Reformismus allgemein ein Widerspruch dazu sei, sich um eine Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen und anderen parteigebundenen Arbeitern gegen den Faschismus zu bemühen. Eher liegt hier bei der GIM ein anderes, illusorisches und opportunistisches Herangehen an diese Frage vor: Nämlich eine Blockbildung mit der sozialdemokratischen Führung anzupeilen, wie es Trotzki Anfang der 30-er Jahre der KPD „vorschlug" – und zwar ausdrücklich auch mit dem Bluthund Noske.

Letztlich läuft es sowieso darauf hinaus, daß die GIM nicht nur die vorbereitende Rolle der PS-Führung für eine Wiedererrichtung der faschistischen Diktatur abstreitet, sondern daß sie überhaupt die Gefahr eines neuen Faschismus in Portugal absolut nicht für aktuell hält. Ist das in der „Was tun" auch noch nicht so eindeutig formuliert, so äußerten sich führende GIM-Vertreter so aber schon auf einer Portugal-Diskussionsveranstaltung Mitte Januar in Frankfurt. In „Was tun" wird vorläufig „nur" dagegen polemisiert, daß es keinen *„graduellen Übergang zum Faschismus"* geben wird, weil dies prinzipiell für trotzkistisches Verständnis nicht einsichtig ist. Allerdings muß dazu auch gleich gesagt werden, daß zumindest wir bislang auch keine Wahrsagung über eine feststehende F o r m einer möglichen Wiedererrichtung des Faschismus in Portugal gemacht haben. Die Geschichte zeigt nämlich auch sehr deutlich, daß der Faschismus sich durchaus auf verschiedenen Wegen, in verschiedenen Formen und unter mehr oder weniger starken Kämpfen innerhalb des bürgerlichen Lagers an die Macht setzen kann – inbegriffen eines sogenannten „graduellen Übergangs".

Die GIM hat mit ihren Interpretationsversuchen die Entwicklung in Portugal jedenfalls erneut demonstriert, daß der Trotzkismus eine Fehlgeburt zwischen revolutionärem Sozialismus und Sozialdemokratismus ist.

••••

Übrigens hat auch die „Rouge", Zeitung der LCR, französische Sektion der „IV. Internationale", einen mindestens ebenso schweinischen Artikel wie die „Was tun" über die Ereignisse des 25./26. November veröffentlicht („Rouge" Nr. 324). In diesem ersten Artikel nach dem 25.11. findet sich kein einziges Wort, um die Bourgeoisie anzugreifen, kein einziges Wort über die konterrevolutionäre Rolle der PS-Führung, kein einziges Wort der Solidarität mit den portugiesischen Revolutionären (mit Ausnahme der LCI natürlich). Stattdessen stimmt „Rouge" offen in den Triumph der Konterrevolution mit ein, wenn sie schreibt: *„Das Vorhaben, Otelo* (Carvalho – AK-Red.) *abzuschieben, der Ausgangspunkt der Krise, reicht nicht aus, die Arbeiterklasse der Vororte und aus Lissabon zu mobilisieren. Und man ist geneigt zu sagen: Gott sei Dank"* !!

Der PS, die ohne weiteren Zusatz als „Arbeiterpartei" tituliert wird, hält „Rouge" lediglich vor, daß sie *„geschwiegen"* hat und *„Costa Gomes reden ließ"*! Zu MES und PRP-BR heißt es: Sie *„jammerten angesichts des Scheiterns ihres Projekts"*! Und die UDP, die man sicher auch in vielerlei Hinsicht kritisieren kann, wird angepöbelt, daß sie die Sondernummer ihrer Zeitung von der faschistischen Polizeitruppe GNR beschlagnahmen *„ließ"*! Die LCI sei die einzige „Arbeiterorganisation" gewesen, *„die eine Sondernummer ihrer Zeitung ‚Luta proletaria' rausbringen wollte und konnte".*

Ist das nun arrogant oder reaktionär – oder beides? ●

KB/Gruppe Frankfurt

„Schlimmer als bei Salazar" ... „KPD" zu Portugal

Im Zusammenhang mit Portugal haben wir die Haltung der „KPD" als

Sie ist besorgt! Aber natürlich nicht um die Demokratie in Portugal! Ihre Sorgen sind vielmehr:

„Schlimmer als bei Salazar" ... „KPD" zu Portugal

Im Zusammenhang mit Portugal haben wir die Haltung der „KPD" als f a s c h i s t i s c h gekennzeichnet. Wie goldrichtig diese Einschätzung war, beweist sich immer wieder.

In der „Roten Fahne" vom 28.1. ist ein Interview mit einem portugiesischen Offizier der FMU, Frente Militar Unida (Vereinigte militärische Front) abgedruckt. Die FMU wird in der „Roten Fahne" als eine *„antifaschistische und antisozialfaschistische Einheitsfront von Angehörigen der portugiesischen Streitkräfte"* vorgestellt.

Tatsächlich handelt es sich um eine konterrevolutionäre Verschwörerorganisation der militärischen Rechten, die vor dem 25. November 75 Geheimtreffen reaktionärer Offiziere organisierte und wesentlichen Anteil an dem Rechtsputsch hatte.

Was hat dieser konterrevolutionäre Hetzer nun zu sagen? Z.B. dies: Die Methoden der revisionistischen PCP *„waren teilweise schlimmer als die Diktaturen von Salazar und Caetano, sie führten zu einer fast vollständigen Auflösung der Armee und der zivilen Organisationen. Die PCP hat ein Klima von Haß in unserem Land erzeugt, das es nicht einmal vor dem 25. April gab"* (am 25. April 1974 wurde der Faschismus gestürzt).

Zynisch führt er fort: *„Die PCP versucht jetzt vor den nächsten Wahlen die Militärs zu provozieren, Unterdrückungsmaßnahmen zu ergreifen."* Was dieser Faschist unter „Provokationen" versteht, macht er auch gleich klar: *„Gegenwärtig unterstützt die PCP versteckt alle möglichen Provokationen gegen die Militärs, durch Bildung von Kommissionen zur Freilassung von Inhaftierten ...".* - Mit anderen Worten: Der Kampf für die Freilassung der seit dem 25. November unter absurden Vorwürfen inhaftierten antifaschistischen Militärs ist eine „Provokation", die weitere Unterdrückungsmaßnahmen „rechtfertigt"!

Und was sagt die „Rote Fahne" zu diesen entlarvenden Äußerungen? Sie ist besorgt! Aber natürlich nicht um die Demokratie in Portugal! Ihre Sorgen sind vielmehr:

- Warum ist die PCP noch in der Regierung? Warum sind die PCP-Führer noch nicht verhaftet?
- Kann die PCP es nicht „ausschlachten", daß jetzt zahlreiche führende alte Faschisten freigelassen werden?
- Schwächt die geplante Verringerung der portugiesischen Streitkräfte um 40% nicht Portugals „Verteidigungsbereitschaft"? Wird Portugal wenigstens in der NATO bleiben?

In allen diesen Punkten kann der portugiesische Faschist seine westdeutschen Freunde beruhigen:

- Die PCP wird nur aus taktischen Gründen v o r e r s t in der Regierung geduldet. Die „Abrechnung" wird schon noch kommen, aber sie muß durch entsprechende Hetze gut vorbereitet werden.
- Die PCP könne die Freilassung der alten Faschisten schwerlich ausschlachten, da sie in dieser Frage aus ihrer eigenen Politik nach dem 25. April selbst Dreck am Stecken hat.
- Portugal wird in der NATO bleiben, da es diese als „notwendiges Übel" betrachtet. Die Verkleinerung der Armee solle *„eine grössere Einheit"* (sprich: reaktionäre Ausrichtung) und *„eine viel bessere Ausbildung und Vorbereitung"* (auf den Bürgerkrieg und gegen das arbeitende Volk!) garantieren, da die bisherige Armee *„völlig zerrüttet"* gewesen sei *„durch 15 Jahre Kolonialkrieg und 20 Monate Anarchopopulismus".*

Da wird den Vaterlandverteidigern von der „KPD" aber ein Stein vom Herzen gefallen sein, daß ihre „Sorgen" über die Entwicklung in Portugal unbegründet sind! Wenn ihnen nur die portugiesische Arbeiterklasse keinen Strich durch die Rechnung macht! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Warnung vor Betrügern und Spaltern !

Der KBW schadet der Bewegung gegen den § 218

Im ARBEITERKAMPF Nr. 72, S. 8, war eine Meldung zu lesen, daß sich die „Aktion gegen den § 218" (in der wir mitarbeiten) mit den vom KBW gegründeten und kontrollierten „Komitees gegen den § 218" darauf geeinigt habe, am 25. Februar – dem ersten Jahrestag des BVG-Urteils gegen die Fristenregelung – überall in der BRD gemeinsame Demonstrationen druchzuführen.

Diese Meldung s t i m m t n i c h t ! Richtig ist vielmehr, daß zwischen den „Komitees" und der „Aktion" k e i n e Einigung über gemeinsame Aktionen erzielt wurde und daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden.

Wie konnte es zu der Falschmeldung im ARBEITERKAMPF kommen? Weil wir einen Fehler gemacht haben, der Kommunisten eigentlich nicht passieren sollte: Wir haben uns blind auf Behauptungen des KBW verlassen, ohne sie zu überprüfen. Wir hatten, datiert vom 12.1., einen Brief des Hamburger „Komitees gegen den § 218" erhalten. In diesem Brief heißt es über die Verhandlungen zwischen der „Aktion" und den „Komitees" u.a. wörtlich: **„Es wurde sich zentral g e e i n i g t, wie die beiden Organisationen die geplanten Demonstrationen zeitlich und örtlich koordinieren".** – Es wurden ferner eine Reihe angeblicher Abmachungen zwischen der „Aktion" und den „Komitees" über die Durchführung der Demonstrationen genannt.

Da wir zu diesem Zeitpunkt keine widersprechenden Berichte von der „Aktion" vorliegen hatten, gingen wir naiverweise davon aus, daß dies alles der Wahrheit entsprechen würde. Wir sind Leuten auf den Leim gegangen, von denen wir im Grunde x-mal bewiesen bekommen haben, daß es sich um politische Gauner handelt.

Es sei am Rande auf den denkwürdigen Umstand hingewiesen, daß der Brief des Hamburger „Komitees" mit den Lügen über angebliche Abmachungen zwischen der „Aktion" und den „Komitees" vom 12.1. datiert ist, während die Verhandlungen überhaupt erst am 13.1. stattfanden (wie u.a. auch anhand der „Kommunistischen Volkszeitung" überprüft werden kann). Dieser bemerkenswerte Umstand läßt Rückschlüsse darauf zu, wie der Brief des Hamburger „Komitees" an uns zustande gekommen ist ...

Offensichtlich war es die Absicht des „Komitees", uns mit der Lüge von einer zentralen Vereinbarung zwischen den „Komitees" und der „Aktion" – in der wir, wie erwähnt, mitarbeiten – zu bluffen und sich selbst als Gesprächspartner für örtliche Verhandlungen aufzuwerten.

In den zentralen Verhandlungen mit der „Aktion" haben die „Komitees" insbesondere folgende Abmachungen durchzusetzen versucht:

– Die Demonstrationen sollten nicht am 25.2. (Jahrestag des BVG-Urteils), sondern am 21.2. (Sonnabend) stattfinden, da dann die Mobilisierungsmöglichkeiten besser seien. Unklar ist uns allerdings, warum im Brief des Hamburger „Komitees", der v o r den zentralen Verhandlungen geschrieben wurde, der 25.2. als angeblich vereinbartes Datum angegeben ist ...

– „Aktion" und „Komitees" sollten auf den gemeinsamen Demonstrationen je eine Rede halten, wobei „gegenseitige Angriffe" unterbleiben müßten. D.h.: Die „Komitees" wollten u n w i d e r s p r o c h e n auf allen gemeinsamen Demonstrationen ihren „Volksentscheid" propagieren können.

– Zusätzliche Reden sollten auf den gemeinsamen Demonstrationen nur mit Zustimmung b e i d e r Seiten gehalten werden. D.h.: Die „Komitees" – und damit der KBW – wollten auf allen gemeinsamen Demonstrationen über das Rederecht für Frauengruppen, Organisationen usw. entscheiden. Dies sehen wir auch im Zusammenhang mit der bekannten Frauenfeindlichkeit des KBW, der bestreitet, daß es beim § 218 um die b e s o n d e r e Unterdrückung, Demütigung und Entrechtung der F r a u geht.

– Die gemeinsamen Demonstrationen sollten unter die Parole „Ersatzlose Streichung des § 218" gestellt werden, um eine Beteiligung von Befürwortern der F r i s t e n r e g e l u n g unbedingt auszuschliessen. Mögliche Rückschlüsse auf die Taktik des KBW für die zentralen Verhandlungen läßt folgende Tatsache zu: a) Dem Bericht des Sekretariats der „Aktion" zufolge brachten die „Komitees" erst n a c h t r ä g l i c h, w ä h r e n d der zentralen Verhandlungen die „ersatzlose Streichung" als Zusatz in ihren ursprünglichen Vereinbarungsentwurf ein. b) Im Brief des Hamburger „Komitees", der v o r den Verhandlungen geschrieben wurde, heißt es jedoch über die angeblich schon erreichte zentrale Vereinbarung: „ ... *Zur Bedingung wurde dabei vom Komitee gemacht, daß die Forderung nach Fristenlösung weder mitgetragen, noch sonst propagiert werden darf*"!

Vor allem an den letzten beiden Punkten (Frage des Rederechts, Ausschluß von Befürwortern der Fristenregelung) scheiterten die zentralen Verhandlungen zwischen der „Aktion" und den „Komitees". Der KBW kündigte daraufhin an, sich einzeln an die örtlichen Gruppen zu wenden.

Zugleich wurde für die Komitees der 21.2. – anstelle des 25.2. – verbindlich als nationaler Demonstrationstag festgelegt. Die örtlichen Verhandlungen mit den Gruppen der „Aktion" wollen die „Komitees" auf der Grundlage i h r e s schon national festgelegten Termins und i h r e r allgemeinen Vorstellungen (keine Beteiligung von Befürwortern der Fristenregelung etc.) führen.

Offenbar war es von Anfang an die Absicht der „Komitees", die z e n -

Forts. Seite 45



Aktion gegen das Abtreibungsverbot

Sekretariat
Christa Widmaier
6 Frankfurt 1
Stalburgstr. 14

Rundschreiben vom 17.1.1976

Wie Ihr durch unseren letzten Rundbrief schon erfahren habt, gab es Gespräche zwischen dem Zentralen Ausschuß der Komitees gegen den § 218 und dem Sekretariat der „Aktion", um eine gemeinsame Stellungnahme zu den Aktionsperspektiven zur 3. Lesung im Bundestag zu erarbeiten. Am Dienstag, den 13. Januar fand nun eine Sitzung in Mannheim statt. Sie mußte ergebnislos abgebrochen werden, weil keine Gemeinsamkeit in wesentlichen Fragen hergestellt werden konnte.

Von den Komitees gegen den § 218 als auch von unserer Seite lag jeweils ein Entwurf für die angestrebte Stellungnahme vor, eine Abschrift der beiden Entwürfe haben wir Euch in diesem Rundschreiben beigefügt. Worin bestanden die Differenzen, die eine Einigung verhinderten?

1. Wir waren der Meinung, daß zu Demonstrationen zur 3. Lesung **alle Gegner des § 218** aufgerufen werden sollten, unabhängig davon, welche Forderungen sie gegen den § 218 nun aufstellen (also etwa, ob „Fristenlösung" oder „ersatzlose Streichung" gefordert wird). Wir haben dies vorgeschlagen, weil sowohl das Karlsruher Urteil als auch die vorliegenden Gesetzesentwürfe den Forderungen aller Gegner des § 218 widersprechen. Dies ist schließlich ja auch die Position, die dem „Aufruf" der Aktion zugrundeliegt.

Demgegenüber war der Vorschlag der Komitees gegen den § 218, gemeinsame Demonstrationen nur auf der Grundlage durchzuführen, daß von allen beteiligten Kräften die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird. Um ihre Position zu verdeutlichen, fügten die Vertreter der Komitees während der Sitzung am Dienstag am Ende des Punkt 1 ihres Vorschlags noch folgende Änderung ein: „Deshalb beschließen die Vertreter... in allen Städten gemeinsame Demonstrationen **für die ersatzlose Streichung des § 218** durchzuführen." (Das Unterstrichene wurde neu eingefügt.) Diese Neuformulierung ihres Vorschlags ist in einer Pressemitteilung des „Ausschusses der Komitees und Initiativen gegen den § 218" enthalten, die in der KVZ vom 15. Januar veröffentlicht ist. Dort ist auch eine Begründung ihrer Position formuliert, die in der Behauptung gipfelt: „Die Linie der Aktion ist schädlich. Die Gegner des § 218 müssen diese Linie bekämpfen."

2. Der Vorschlag der Komitees enthielt unter 2d) die Klausel, daß „andere zur Demonstration aufrufende Organisationen nur dann Rederecht erhalten, wenn dies von beiden Organisationen (gemeint sind „Aktion" und „Komitees") gewünscht wird."

Wir waren damit nicht einverstanden, denn es geht nicht, daß nur diejenigen reden dürfen, denen es von den Komitees erlaubt wird. Wir wollen keine exklusive Aktionseinheit mit den Komitees, wir streben vielmehr gemeinsame Demonstrationen aller § 218-Gegner an und können von daher auch nicht das Rederecht der teilnehmenden Organisationen abhängig machen von den Wünschen der Komitees oder auch von denen der Aktion. Wir schlugen stattdessen vor, daß solche Fragen jeweils am Ort zwischen allen beteiligten Kräften geregelt werden.

3. Wir hielten entsprechend der Beschlüsse von der letzten Arbeitstagung als Demonstrationstermin vor der 3. Lesung, deren genauer Zeitpunkt immer noch nicht bekannt ist, den Jahrestag des Karlsruher Urteils, also Mittwoch, den 25.2. für sinnvoll, denn allen, die sich unter Umständen beteiligen wollen, kann die Bedeutung dieses Termins leicht vermittelt werden und deshalb auch leichter eine Einigung für diesen Zeitpunkt erreicht werden.

Die Komitees beharrten auf dem Samstag, den 21.2. als Demonstrationstermin, weil sich für diesen Termin ihrer Meinung nach mehr Leute mobilisieren lassen.

Die Verhandlungen wurden aufgrund dieser Differenzen abgebrochen. Die Vertreter der Komitees erklärten, daß sie auf lokaler Ebene noch einmal an die Aktion herantreten wollen, um diese für ihren Vorschlag zu gewinnen. Wir haben gesagt, daß die Sache bei uns noch einmal besprochen wird und wir ihnen dann Bescheid geben.

Worum es jetzt geht, ist, daß in den lokalen Koalitionen diese Frage so schnell wie möglich diskutiert und eine Meinung gebildet wird. Es ist vollkommen klar, daß wir im Sekretariat die endgültige Entscheidung über eine so wichtige Frage nicht selbst fällen können und dies auch nicht wollen. Alle politischen Kräfte in der Aktion sollten dazu Stellung beziehen. Es ist also besonders wichtig, daß an Orten, wo in der Aktion sehr viele (und z.T. sehr heterogene) Kräfte beteiligt sind, diskutiert wird und Position bezogen wird. Bitte schickt dann Eure Stellungnahmen uns so schnell wir möglich, damit wir wissen, wie wir uns weiter in dieser Frage verhalten sollen.

Eine Möglichkeit, die wir diskutiert haben, um eine demokratische Entscheidung in der Aktion zu gewährleisten, ist, die für den 8. Februar vorgesehene Arbeitstagung um eine Woche vorzuverlegen, denn wir sollten so schnell wie möglich zu einer Entscheidung kommen. Wir haben in dieser Frage jedoch noch nichts entschieden, weil wir nicht genau einschätzen konnten, ob die Vorbereitungszeit dann noch ausreicht. Alle für den 8. Februar vorgesehenen Tagesordnungspunkte müßten nämlich dann schon auf dieser Sitzung diskutiert und entschieden werden, denn viel Zeit zur 3. Lesung bleibt uns nicht. Diskutiert also bitte auch diesen Punkt.

Bis zu einer Entscheidung auf der Arbeitstagung werden wir auf jeden Fall von der von uns in Mannheim vertretenen Position keine wesentlichen Abstriche machen (die Terminfrage halten wir allerdings nicht für ganz so wichtig wie die anderen Punkte), weil das auch die Position ist, die von der Aktion bisher immer eingenommen wurde, und die auch dem entspricht, was im Aufruf steht.

Trauernde Hinterbliebene



Es ist kaum zu übersehen: Die pro-imperialistischen Terrorbanden von FNLA und UNITA, mitsamt ihren Hilfstruppen aus Südafrika und Zaire und den faschistischen „weissen" Söldnern, sind geschlagen. Die MPLA ist im Vormarsch, der Bürgerkrieg in Angola geht seinem Ende entgegen.

Es trauern die Hinterbliebenen der „beiden Befreiungsbewegungen" FNLA/UNITA - die Imperialisten, die reaktionäre Presse, Deng Hsiao-ping & Co., die „ML"er und der KBW ...

Zuerst hatte der KBW sich darauf berufen, daß eine Mehrheit in der OAU (Organisation afrikanischer Staaten) offen die FNLA/UNITA unterstützten oder eine neutralistische Haltung („Koalitionsregierung") einnahmen. Inzwischen hat kürzlich der 24. von 46 Staaten der OAU die MPLA-Regierung anerkannt, und sicher war das noch nicht der letzte.

Dann hat der KBW sich als Prophet versucht und vorausgesagt, die MPLA könnte keinen militärischen Sieg über die „beiden anderen Befreiungsbewegungen" erringen. Pech für den KBW: Die MPLA k o n n t e !

Verbittert geben die gescheiterten Propheten des KBW der siegreichen MPLA nunmehr die wildesten Flüche und Verwünschungen mit auf den Weg: Wenn die MPLA schon gesiegt hat (was leider nicht zu verhindern war), so werde sie jedenfalls nicht in der Lage sein, das Land zu regieren: *„Die geschlagenen Organisationen werden den Kampf nicht einstellen"*, die Anhänger von FNLA/UNITA würden *„verbittert"* sein; der Einfluß der Imperialisten würde wachsen; die MPLA werde nicht die Kraft haben, die ausländischen Monopole zu enteignen ... usw. usf., wird in der „KVZ" gezetert (29.1.76).

Scheinheilig sorgt die „KVZ" sich, ob die MPLA wohl verhindern könnte, daß die Sowjetunion in Angola Stützpunkte errichten könnte und Angola in völlige Abhängigkeit bringen könnte.

Welche Arroganz wildgewordener Kleinbürger gegenüber einer national-revolutionären Befreiungsbewegung, die seit mehr als zwei Jahrzehnten den Befreiungskampf führt!!

Jedenfalls hätte es die MPLA leichter, sich von jedem Versuch ausländischen Einflusses freizuhalten, wenn beispielsweise die VR China sich zu einer großzügigen Hilfe für die MPLA entschlossen hätte, statt zuerst die pro-imperialistische FNLA und UNITA zu unterstützen und später eine Hetzkampagne gegen die für die MPLA lebenswichtige sowjetische und kubanische Waffenhilfe zu führen. Wenn es in der MPLA heute Kämpfer geben sollte, die falsche Vorstellungen von der Sowjetunion haben, dann fällt die Hauptverantwortung auf die VR China, die die MPLA in der Stunde größter Not nicht nur allein gelassen hat, sondern ihr direkt in den Rücken fiel!

Die „KVZ" sagt es mit zynischer Offenheit: *„Es wird jetzt in Westdeutschland viele Kräfte geben, die einen anscheinend bevorstehenden militärischen Sieg der MPLA in der jetzigen Phase des Bürgerkriegs als Triumph feiern werden. Wir sind hier anderer Ansicht."*

Um allem die Spitze aufzusetzen, behauptet die „KVZ" gar, *„daß dieser Sieg für das angolanische Volk kein Problem gelöst, sondern neue geschaffen haben wird."*

Mit dieser entlarvenden Behauptung haben die verantwortlichen KBW-Funktionäre offenbar einen neuen Tiefpunkt politischer und moralischer Verkommenheit erreicht. Jetzt hocken diese Leute da und hoffen inständig, daß die pro-imperialistischen Terrorbanden „den Kampf nicht einstellen" mögen und daß die MPLA in einem Meer von Schwierigkeiten untergehen möge.

Wir sagen klar: Daraus wird nichts werden. Die falschen Propheten des KBW werden sich bald erneut durch die Tatsachen widerlegt sehen. Wir Kommunisten wissen, daß das angolanische Volk unter der Führung der MPLA noch vor großen Schwierigkeiten stehen wird, aber wir stimmen darüber kein schadenfrohes Gequake an, sondern werden mit materieller und politischer Solidarität an der Seite der angolanischen Genossen stehen! •

Forts. von S. 45

tralen Verhandlungen mit der „Aktion" an irgendeinem Punkt scheitern zu lassen, um dann auf örtlicher Ebene nach Möglichkeit Verwirrung zu stiften und Spaltung in die Reihen der „Aktion" zu tragen.

Daß „Komitees" und KBW dabei nicht eben wählerisch waren, zeigt anschaulich der Brief des Hamburger „Komitees" an den KB. Diese Methode wurde vom Hamburger „Komitee" fortgesetzt, indem es in einem „Offenen Brief an die Mitglieder des KB" die Behauptung verbreitete: *„Verhandlungen* (zwischen dem Hamburger „Komitee" und dem KB/Gruppe Hamburg) *werden noch stattfinden".* – Tatsache ist, daß wir Verhandlungen mit dem „Komitee" weder angekündigt noch beabsichtigt haben. Auch hier also wieder der Versuch, mit den Methoden des politischen Betrugs Verwirrung zu stiften, Gerüchte in die Welt zu setzen und sich selbst ins Gespräch zu bringen!

Wir sind sicher, daß anderenorts mit den von KBW kontrollierten Komitees vielfach ähnliche Erfahrungen gemacht wurden. Wir warnen alle Gegner des § 218 vor der Illusion, solche Handlungsweisen für zufällig oder für das Werk einzelner Leute zu halten. Der KB hat ständig und massiv anhand von Dutzenden von Beispielen nachgewiesen, daß der politische Betrug zum normalen Handwerkszeug des KBW gehört.

Was die Frage der „ersatzlosen Streichung" und der Fristenregelung angeht, sind wir folgender Meinung:

1. „Ersatzlose Streichung" ist unserer Meinung nach unabhängig von unterschiedlichen Interpretationen eine falsche Forderung. Bei ersatzloser Streichung des § 218 würden nach bürgerlichem Recht wahrscheinlich automatisch die sonstigen Mord- und Tötungsparagraphen Anwendung finden, da nach allgemeiner bürgerlicher Anschauung es sich beim Fötus um „werdendes Leben" handelt, dessen „Tötung" (Abtreibung) auch bei ersatzloser Streichung des § 218 noch strafbar bleiben könnte.

Richtig ist daher unserer Meinung nach, anstelle der Forderung nach ersatzloser Streichung die Forderung nach **vollständiger Legalisierung der Abtreibung**, die durch ein neues Gesetz erfolgen müßte. Zugleich müssen eine Reihe Forderungen durchgesetzt werden, die die Umstände der Abtreibung gesetzlich verbindlich regeln, z.B. Bezahlung durch die Krankenkasse usw.

Die Polizei-Überfälle auf Frauen-Zentren in Frankfurt und jünst in Bremen haben bewiesen, daß die Aktionseinheit aller vom Abtreibungsverbot Betroffenen notwendiger dden je ist. Es muß eine breite Abwehrfront gegen den § 218 und seine gewaltsame Durchsetzung aufgebaut werden.

Wir halten in der gegenwärtigen Situation eine Aktionseinheit auch mit den Befürwortern einer Fristenregelung für möglich und erstrebenswert. Der Hauptwiderspruch verläuft heute nicht zwischen den Befürwortern einer Fristenregelung und den Befürwortern einer vollständigen Legalisierung der Abtreibung. Den Hauptwiderspruch hat vielmehr der bürgerliche Staat selbst gesetzt, indem er sowohl die vollständige wie auch die teilweise Legalisierung der Abtreibung (Fristenregelung) für verfassungswidrig erklärt und kriminalisiert hat.

Daher gibt es im Kampf gegen den bürgerlichen Staat objektiv ein gemeinsames Fundament zwischen den Befürwortern einer vollständigen Legalisierung und den Befürwortern einer Fristenregelung.

Wir sind der Meinung, daß das BVG-Urteil den Befürwortern einer Fristenregelung praktisch den Boden entzogen hat und daß die ehrlichen Befürworter der Fristenregelung dies auch in den kommenden Auseinandersetzungen erkennen werden. Diese Bewußtseinsbildung erleichtert man aber nicht, wenn man heute künstliche Trennungslinien zieht und die Befürworter einer Fristenregelung von gemeinsamen Aktionen ausschließt.

Im erwähnten Brief des „Hamburger Komitees" vom 12.1. heißt es: *„Es ist richtig, am Tag der 3. Lesung dem Staat die gesamte Breite der Gegner dieses verhaßten Paragraphen gegenüberzustellen."* Warum halten sich die „Komitees" und der KBW nicht an diesen richtigen Grundsatz?

Der Verdacht liegt nahe, daß es den „Komitees" um Spaltung „aus Prinzip" geht, da der KBW beispielsweise sonst keine Skrupel kennt, eng mit den „Vaterlandsverteidigern" von der „KPD/ML" und mit der offen faschistoiden „KPD" zusammenzuarbeiten.

Wir meinen, daß es notwendig ist, am 25. Februar möglichst breit den Protest gegen den alten und den neuen § 218 zum Ausdruck zu bringen und alle Gegner des § 218 so umfassend wie möglich zu sammeln.

Es dürfte weitgehende Klarheit und Einigkeit darüber bestehen, daß dieser Paragraph im Moment nicht beseitigt werden kann und daß der Kampf dagegen folglich einen langfristigen Charakter haben muß. Notwendig wird es sein, verstärkt politische Enthüllungsarbeit zu leisten über die Rolle der bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD, der Justiz, der Kirche, des gesamten bürgerlichen Staates, der Ärzte usw. Jede sozialistische und demokratische Gruppe sollte ihre Zeitung, Flugblätter etc. dazu nutzen, umfassend über die Erfahrungen mit dem § 218 zu informieren und den Kampf gegen das Abtreibungsverbot wachzuhalten.

Es kommt darauf an, in Betrieben, Schulen und Universitäten weiterhin in der Diskussion um den § 218 zu bleiben, weiterhin Veranstaltungen, Filmabende etc. zu organisieren.

Für die vom § 218 betroffenen Frauen, Männer und fortschrittlichen Ärzte müssen breite Solidaritätskampagnen organisiert werden. Wir halten diesen Punkt für besonders wichtig, da unserer Meinung nach die juristische Verfolgung zukünftig zunehmen wird.

Wir müssen uns bemühen, Formen von Selbsthilfe, Hilfe beim Vermitteln guter Adressen von Ärzten, Sprechstunden für Frauen usw. zu entwikkeln. Was diesen Punkt angeht, müssen wir für uns selbst zugeben, erst am Anfang zu stehen. Wir halten diese Aufgabe aber für sehr wichtig.

Alle Gegner des § 218 müssen darüber beraten, wie dem Kampf gegen das Abtreibungsverbot in Zukunft Dauerhaftigkeit verliehen werden kann – durch überörtliche Koordinationsgremien, Arbeitstagungen und Meinungsaustausch, Festigung der „Aktion", Verbindung des § 218 mit anderen Themen, insbesondere mit der gesamten besonderen Unterdrückung und Ausbeutung der Frau, Durchführung jährlicher Kampftage gegen den § 218, Wiederbelebung und Entwicklung neuer Formen (Frauenfeste etc.), des internationalen Frauentags (8. März), Auftreten am 1. Mai usw.

Mit solidarischen Grüßen
Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Vaterlandsverteidiger überholen SPD weit rechts

Die sogenannte „Europäische Sozialistenkonferenz" der Sozialdemokraten wird in der „Roten Fahne" der „KPD" vom 28.1. kommentiert.

Die Sozialdemokraten kommen in dem Kommentar nicht sehr gut weg. Jedoch nicht etwa deshalb, weil sie

Die Sozialdemokraten kommen in dem Kommentar nicht sehr gut weg. Jedoch nicht etwa deshalb, weil sie im Dienst des Großkapitals eine Politik der Unterdrückung und der wirtschaftlichen Angriffe nach innen sowie der Kriegsvorbereitungen nach außen betreiben. Im Gegenteil! Ihnen wird von der „KPD" vorgeworfen, hierbei noch allzu „halbherzig" vorzugehen!

Am schlimmsten wird dabei der französische Sozialdemokrat Mitterand gebeutelt, wegen seiner Zusammenarbeit mit der PCF: *„Die Illusionsmacherei und das Versöhnlertum dieser Leute vor den sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Bestrebungen kann nicht vollständiger sein."*

Kaum besser kommt der Portugiese Mario Soares weg. Daß er der Konterrevolution in Portugal den Weg bereitet hat, hilft ihm vor den gestrengen Richtern der „KPD" wenig. Ihm wird unverblümt **„politischer Schwachsinn"** vorgeworfen, weil er erklärte, die Gefahr eines „kommunistischen Staatsstreiches" (der PCP) sei in Portugal gebannt. Die *„Umarmungsstrategie"* (!) von Soares gegenüber den Revisionisten *„dient dem sowjetischen Sozialimperialismus"*, meint die „Rote Fahne". *„Sie zeigt erneut, daß der ideologische Einfluß des modernen Revisionismus und der politische Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus weit über die Reihen ihrer direkten Agenturen hinaus wirksam sind."*

Eine Ohrfeige im Vorbeigehen kriegt Willy Brandt als **„Prediger des Versöhnlertums vor dem sowjetischen Sozialimperialismus"** verpaßt, bevor die „Rote Fahne" zu dem Mann kommt, der immerhin noch die beste Note abkriegt: Bundeskanzler Helmut Schmidt! Er hat vor allem scharf **„gegen jedes Volksfront-Experiment"** Stellung genommen.

Jedoch: *„Illusionen über die Ziele des sowjetischen Sozialimperialismus und politische und wirtschaftliche Zugeständnisse an Moskau schließt diese Haltung – wie Schmidts Politik zeigt – nicht aus."*

Die SPD kriegt auch an anderer

tik zeigt – nicht aus."

Die SPD kriegt auch an anderer Stelle der „Roten Fahne" noch kräftig ihr Fett: So erhält Lebers kriegshetzerisches „Verteidigungsweißbuch" zwar einige lobende Zustimmung, wenn Leber zur verstärkten Aufrüstung aufruft und die anderen NATO-Staaten gleichfalls auf diese Linie einschwören will. Herben Tadel erntet Leber jedoch, weil selbst er nach Meinung der „Roten Fahne" die vom „Sozialimperialismus" angeblich ausgehende Kriegsgefahr unterschätzt.

Und wenn die „Rote Fahne" auf einen Prozeß gegen DDR-„Spione" zu sprechen kommt, ist sie von einem Kommentar der „Bild"-Zeitung erst recht nicht mehr zu unterscheiden: *„Zu Recht hoffen sie auf eine besondere Tölpelhaftigkeit und Gutgläubigkeit sozialdemokratischer Kreise. Prosozialimperialistische Spionage in der BRD gilt als besonders risikolos. Wer gefaßt wird – und das sind wenige – kann mit Milde und baldiger Auslieferung rechnen. ... Gegenüber der verstärkten Wühl- und Unterwanderungsarbeit der Sozialimperialisten gilt es, die Aufmerksamkeit zu erhöhen."* So steht es in der „Roten Fahne" vom 28.1. Faschistische Hetze à la Springer und Löwenthal!

Offenbar will die „KPD" das Großkapital mit aller Macht davon überzeugen, daß die SPD als Partei des „Sozial"chauvinismus und „Sozial"imperialismus (des wirklichen!!) ausgedient hat und daß die „KPD" diese Aufgabe viel besser übernehmen könnte. Aber das Großkapital, seit über 60 Jahren von der SPD gut bedient, bleibt gegenüber dem sich anbiedernden neuen Helfer vorerst skeptisch. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Vaterlandsverteidiger sind keine „Wehrkraftzersetzer"!

Zur Zeit steht der frühere Bundeswehrgefreite Klaus Öllerer wegen antimilitaristischer Tätigkeit vor Gericht.

Als *„bisherigen Höhepunkt"* des Prozesses bezeichnete die „Rote Fahne" der „KPD" vom 28.1. den Auftritt von U.Lenze, *„Mitglied des ZK unserer Partei"*, vor Gericht. Er belastete zunächst den Angeklagten schwer: *„Er wies in seiner 2 1/2 stündigen* (!) *Aussage nach* (!!), *daß sich der Genosse Öllerer in der Hannoveraner Kaserne ... fest auf die KPD ... stützte, und Genosse Öllerer direkt* (!) *von der Partei angeleitet wurde."*

Dies „nachzuweisen" (!!) wäre an sich Sache des Gerichts gewesen, denn es ist klar, daß seine solche Aussage sowohl dem Angeklagten Öllerer wie auch der „KPD" sehr schaden könnte.

Man muß sich fragen, welche Mentalität dahinter steckt, wenn Lenze anscheinend im Auftrag des „ZK der KPD", derart offen provokatorisch belastende Aussagen vor Gericht macht.

Dies wird aus Lenzes weiterer Argumentation dann offensichtlich: Man rechnet, trotz (bzw. wegen!) Bekenntnis zur „KPD" mit der Milde des Staatsapparats, indem man beteuert, Öllerer habe den Staatsapparat beileibe nicht schwächen, vielmehr ihn eigentlich stärken wollen - nämlich gegen den „Sozialimperialismus": *„Die ‚Zersetzer' und Unterwühler der Verteidigungskraft unseres Landes, so hielt er* (Lenze) *dem Gericht entgegen - solle man gefälligst auf der anderen Seite der Barrikade suchen, aber nicht in der Kommunistischen Partei. Die Verteidigung unseres Landes zu zersetzen und es wehrlos zu machen, sei ja gerade die Absicht der Agenturen des sowjetischen Sozialimperialismus, der DKP/SEW".*

Der Prozeßbericht in der „Roten Fahne" endet mit der Zuversicht: *„Sollte es das Gericht wagen, den Genossen zu verurteilen, ... wird dies einen Sturm des Protestes erzeugen".* Veranschlagt die „KPD" tatsächlich ihre eigene Mobilisierungskraft so hoch, oder rechnet sie damit, daß CDU und NPD empört für Öllerer auf die Barrikade gehen werden?

Wir sind ohne Abstriche mit den antimilitaristischen Genossen solidarisch. Öllerer steht wegen einer politischen Arbeit vor Gericht, die im totalen Gegensatz zu der heutigen „sozial"chauvinistischen Linie der „KPD" steht. Von der „KPD" aber wird - anscheinend mit Zustimmung Öllerers - der Prozeß in einer Weise geführt, die ihn einerseits durch schwatzhafte Selbstbezichtigungen („von der KPD direkt angeleitet") schwer belastet, und die andererseits seine Arbeit nachträglich in den Schmutz zieht, indem sie sie mit der heutigen Linie der „KPD" identifiziert. Diese Prozeßführung, die zudem jeden Demokraten und Antimilitaristen abstoßen muß, liefert Öllerer der Gnade (oder Ungnade) des bürgerlichen Staates aus. Solidarität ist da nicht mehr möglich, höchstens Mitleid. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Letzte Meldung: Öllerer freigesprochen!

Wie wir erst nach Redaktionsschluß erfuhren, hat das Gericht Klaus Öllerer am 30.1.76 mit der Begründung freigesprochen, daß er als „KPD"-Mitglied unter das „Parteienprivileg" falle: Nach dieser gesetzlichen Bestimmung darf niemand wegen seiner Tätigkeit für eine politische Partei verurteilt werden, solange diese selbst nicht verboten ist.

Da dieses „Parteienprivileg" die Klassenjustiz freilich noch nie daran gehindert hat, Mitglieder und Sympatisanten revolutionärer Parteien wegen angeblich „krimineller Taten" (wie „Landfriedensbruch", „Wehrkraftzersetzung" oder anderer Verdachtsmomente) zu verurteilen und einzusperren, liegt die Frage auf der Hand, ob die Bourgeoisie und ihr Staatsapparat die Politik der Vaterlandsverteidigung zu honorieren beginnen?

An Angeboten und Beiträgen von „KPD" und Co. zur Stärkung des imperialistischen Staatsapparates mangelt es ja bekanntlich nicht ...

Frischer Wind beim KAB"D"?

Mit guten Vorsätzen scheint der vor allem in Schwaben beheimatete KAB„D" ins neue Jahr gegangen zu sein:

„Die „Rote Fahne" (Zentralorgan des KAB„D" – Anm. AK) *bricht damit, daß aus falschverstandenen Gründen der Verständlichkeit grundlegende Fragen der Arbeiterbewegung ausgeklammert werden."* Die „Rote Fahne" habe, so heißt es, die Leser *„eher gelangweilt als gefesselt".* Jeder, der die Zeitung mal in der Hand hatte, wird das bestätigen können. Eine politisch-ideologische Auseinandersetzung spielte sich da praktisch überhaupt nicht ab.

Das soll nun anders werden. Die RF *„bricht mit dem Bild der wohlgeordneten Zustände"*, wird versprochen. Die inneren Auseinandersetzungen im KAB„D" und die Differenzen zu anderen linken Organisationen sollen sich künftig in der RF widerspiegeln.

Wir hoffen, daß der KAB„D" ernst macht, damit er aus einer am Rande der linken Bewegung dahindämmernden Organisation ohne klar umrissene Linie zu einer politisch definierten Organisation wird, die die öffentliche Auseinandersetzung nicht scheut, sondern sucht. Das kann den Klärungs- und Vereinheitlichungsprozeß innerhalb der Linken nur fördern! ●

Sozialimperialisten auf Spitzbergen immer dreister!

In der „Bild" vom 17.1. fanden wir die nebenstehende Notiz, die erneut ein Licht auf das schamlose Treiben der russischen Sozialimperialisten auf Spitzbergen wirft.

Bereits im August vergangenen Jahres hatte der patriotische „Rote Morgen" in einem Artikel „Gierige Blikke (!) der neuen Kremlzaren" warnend auf diese Entwicklung hingewiesen. Nun sind den gierigen Blicken anscheinend Taten gefolgt. „Sozialimperialisten werden auf Spitzbergen immer dreister", wie damals die „Rote Fahne" richtig voraussah.

Vielleicht noch zum Verständnis: Nach einem Vertrag von 1920 steht die Insel Spitzbergen unter norwegischer Souveränität. Über 40 andere Staaten – darunter die Sowjetunion sowie außer der BRD (!) die größten kapitalistischen Staaten – haben nach dem Vertrag das Recht, Bodenschätze auf Spitzbergen auszubeuten und dort Personal zu unterhalten. Von diesem Recht macht aber z.Zt. nur der russische Sozialimperialismus Gebrauch, was wieder einmal zeigt, daß es den Kapitalisten an der nötigen Wachsamkeit gegenüber dieser aggressiven und gefräßigen Supermacht fehlt.

Unsere Forderung muß daher lauten:
Russische Sozialimperialisten runter von ihren Frauen!
Spitzbergen den Spitzbergenern!
Europa erwache! ●

Kommission zum Schutz der europäischen Landschaften

Sexnot am Nordpol

rtr. **Spitzbergen, 17. 1.**

Streit um Russenfrauen auf der norwegischen Arktisinsel Spitzbergen. Sowjetbürger, die darüber wachen, daß der Flughafen nur für zivile Zwecke benutzt wird, holten ohne Genehmigung der Norweger ihre Frauen in die Quartiere. Oslos Außenminister hat protestiert.

Den Mund wieder zu voll genommen: KBW zu § 88 a (130 a)

Der Bundestag hat am 16.1. das „14. Strafrechtsänderungsgesetz" verabschiedet, dessen Kernstück das Verbot der „Propagierung und Befürwortung von Gewalt" ist. Der Begriff „Gewalt" ist hierbei bewußt weit gefaßt, kann also z.B. „wilde" Streiks, Häuserbesetzungen, Aktionen wie gegen den Kraftwerkbau in Wyhl usw. einschließen.

Hierzu hatte der KBW eine seiner bekannten großmäuligen Kampagnen geführt, unter dem Motto: **„Das Volk wird sich seine unverzichtbaren Rechte niemals nehmen lassen".**

Der KBW hatte in üblicher Manier angekündigt, gegen das geplante Gesetz die „breite Aktionseinheit der Massen" herstellen zu wollen. In den Aufrufen hieß es, die Bourgeoisie wolle ihre Waffen schmieden; diese seien jedoch „erbärmlich", „die Massen" würden sich ihre Rechte schon nicht nehmen lassen usw.

Die vom KBW selbst angegebenen Demonstrationszahlen (die zumindest in einigen Fällen offenbar zu hoch angesetzt sind) zeigen, daß es mit den „Massen" nicht gar so weit her war: **Heidelberg 600, Bremen 600, Westberlin 800, Frankfurt 350, Hamburg 400, Freiburg 500, Göttingen 160, Hannover 80 usw.** (lt. „Kommunistische Volkszeitung" vom 22.1.).

Diese Zahlen sind ziemlich niedrig, gerade auch in den alten „Hochburgen" des KBW, wie Heidelberg, Bremen, Göttingen (!) und Freiburg.

Zur Erklärung dieser Tatsache bringt KBW-Chef J.S. in der „KVZ" vom 22.1. unter der hochintelligenten Überschrift *„Kampf gegen die Reaktion ist notwendig"* viele Worte auf. Kurz gesagt lautet seine These: Die „Massen" hätten schon gern gegen den § 88 a gekämpft, wenn sie nur ausreichend über ihn informiert gewesen wären. Leider waren aber die „Massen" nicht ausreichend informiert, weil die bürgerliche Presse den § 88 a totgeschwiegen hat und der KBW zu spät und nicht in ausreichendem Maße die „Massen" informiert hat. Also, so J.S., muß der KBW zukünftig mehr politische Enthüllungsarbeit leisten.

Gewiß sind politische Enthüllungen notwendig, auch wenn sie der KBW bisher (und wahrscheinlich auch zukünftig) gern arrogant als „Kommentatorentum" abtat.

Absurd ist es jedoch, das Fernbleiben der „Massen" vom Kampf gegen den § 88 a und anderen demokratischen Kämpfen in erster Linie als ein Informationsproblem zu behandeln.

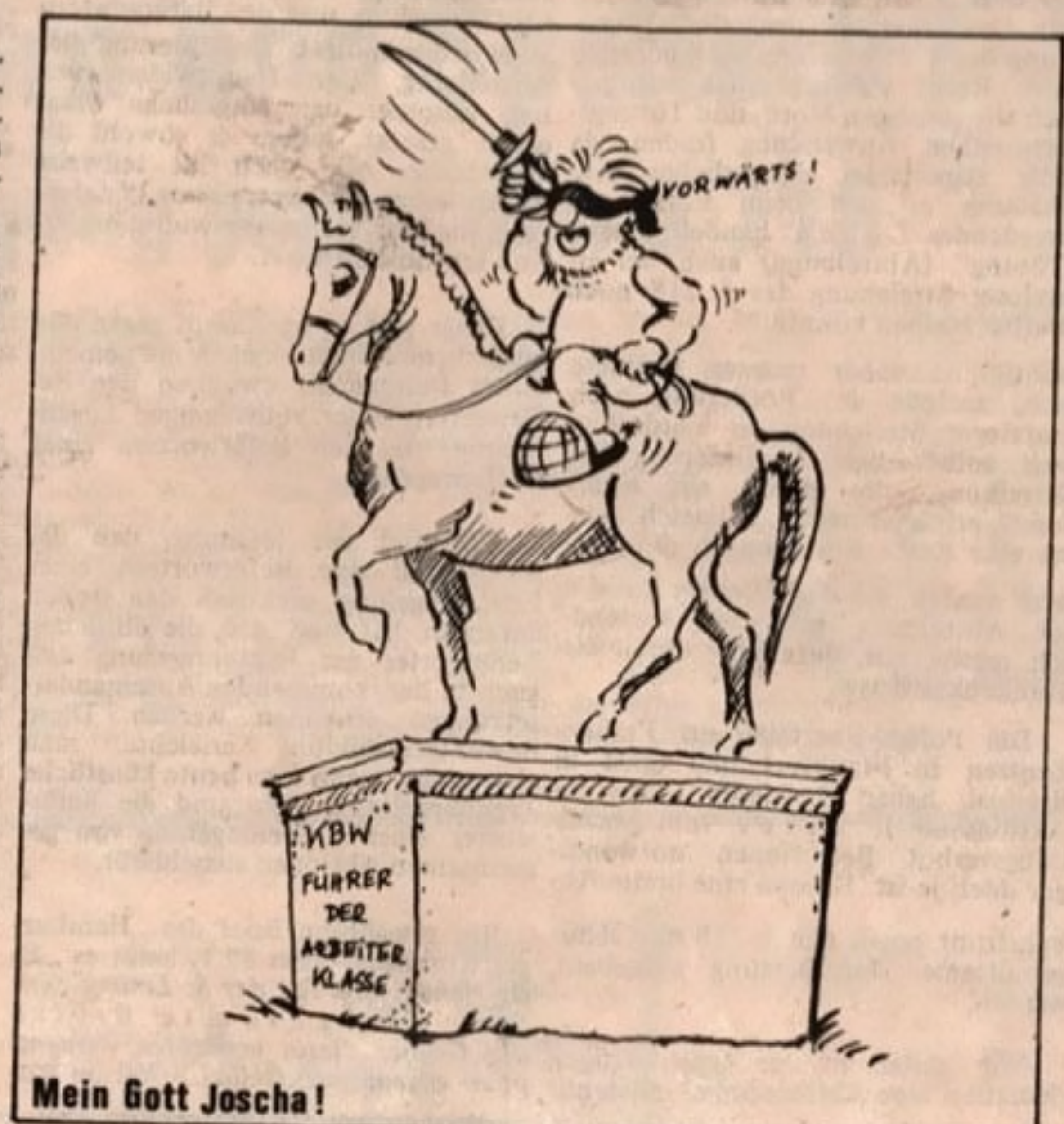
Diese These von J.S. sollte man vor dem Hintergrund von J.S.s Artikel **„Eine neue Phase des Klassenkampf hat begonnen"** sehen, der in der „Kommunismus und Klassenkampf" vom Dezember 1975 („theoretische" Zeitschrift des KBW) veröffentlicht wurde. J.S. entwickelt nämlich in der „KuK" die These von einem **„Neuaufschwung der Massenbewegung, der alle Klassen und Schichten des Volkes zu erfassen beginnt".**

Leider verschweigt die bürgerliche Presse aber den „Massen", daß sich ihre Bewegung gerade in einem neuen Aufschwung befindet. Und: *„Gäbe es nicht die revolutionären Organisationen und die revolutionäre Presse, man könnte sich kein Bild von der Breite und dem Umfang dieses Neuaufschwungs der Massenbewegung machen"* (J.S.).

Richtiger gesagt: Der „Neuaufschwung" findet ausschließlich auf den Seiten der „KVZ", des „Roten Morgen" u.ä. statt!

J.S. vollführt in der „KuK" die wahnsinnigsten Sprünge, um den „Neuaufschwung" irgendwie glaubwürdig zu machen: Mal ist er bei den Anti-Notstands-Demonstrationen von 1968, mal bei den Septemberstreiks 1969, womit er im Grunde nur beweisen kann, daß die Kämpfe heute erheblich unter dem damaligen Niveau liegen. Er führt dann die zentrale § 218-Demonstration des KBW in Bonn als *„die seit langem größte revolutionäre Massendemonstration direkt gegen den bürgerlichen Staatsapparat"* an, was auch nur ein Trick ist, da der KBW früher schon größere zentrale Demonstrationen organisieren konnte.

Als Hauptbeweis, über eine Seite hin liebevoll breitgetreten, dient J.S. der Fahrpreiskampf in Heidelberg, der tatsächlich 1975 einen neuen Aufschwung genommen hat. J.S. selbst gibt zu: *„Natürlich hat diese Untersuchung* (?) *... nur eine sehr begrenzte Beweiskraft für die Entwicklung der Massenbewegung im allgemeinen. Es gibt Beispiele, die scheinbar das Gegenteil beweisen ..."*. Aber wurschtig fügt J.S. gleich hinzu: *„Diese kurze Untersuchung der Entwicklung der Widerstandsaktionen in Heidelberg über einen längeren Zeitraum hinweg soll nur die Aufmerksamkeit wecken für die Veränderungen in der Massenbewegung, die man heute feststellen kann".*



Mein Gott Joscha!

Mit anderen Worten: J.S. kann, so sehr er sich auch abstrampelt, keine Beweise oder Anhaltspunkte für einen a l l g e m e i n e n „Neuaufschwung der Massenbewegung" bringen. Stattdessen lenkt er die „Aufmerksamkeit" seiner Anhänger auf den Heidelberger Fahrpreiskampf.

In der „KVZ" vom 22.1. bekräftigte J.S. noch einmal seine These: *„Die gegenwärtige politische Situation ist durch einen Zusammenstoß* (!!!) *der Reaktion mit einem noch weitgehend spontanen Neuaufschwung der demokratischen Massenbewegung gekennzeichnet".*

Das eigenwillige Jonglieren mit „Massen", „Massenbewegung" und „Aufschwung" hat von Anfang an die Linie des KBW gekennzeichnet. Der KBW behauptete und behauptet stets, im Unterschied zu a l l e n anderen Organisationen strebe e r die „Aktionseinheit der M a s s e n" an. Und er behauptete und behauptet stets, im Unterschied zu a l l e n anderen Organisationen habe e r die „richtigen Parolen, unter denen sich die Massen zusammenschließen können".

Mit dieser Behauptung begann er bei der „Ölkrisen"-Kampagne 1973/74 und hat sie seither in j e d e r seiner kaum noch zählbaren „Kampagnen" erneut vorgebracht.

So behauptete J.S. noch anläßlich der Bemühungen des KBW um eine Aktionseinheit mit den Vaterlandsverteidigern („KPD" und „KPD/ML") gegen den § 88 a (130 a): *„Nicht ging es uns um eine ‚Aktionseinheit der Marxisten-Leninisten'* (??), *um anstelle der Massen zu kämpfen, sondern um die Vorbereitung der Aktionseinheit der Massen* (!), *der das gemeinsame Hervortreten der Marxisten-Leninisten dienen sollte"* („KVZ", 11.12.75). Im selben Artikel schrieb J.S.: *„Jede* (!) *reaktionäre Maßnahme der Bourgeoisie stellt den Marxisten-Leninisten die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, damit sie sich an die Spitze der Volksmassen stellt im Kampf gegen Reaktion und Unterdrückung".*

In der Praxis sieht das so aus, daß sich der KBW jedes Mal in Feldherrn-Pose wirft und bloß von der Armee rein gar nichts zu sehen ist. Heute ist es absolut lächerlich, davon zu reden, wir müßten und könnten gegen irgendeine Maßnahme der Bourgeoisie „die Arbeiterklasse mobilisieren". So können nur Leute reden und denken, die ein völlig unernstes Verhältnis zur Sache des Kommunismus haben!

Eine demokratische Massenbewegung gibt es heute in Wirklichkeit noch gar nicht. Die r e a l e n Volksmassen (also nicht ihr heroisches Zerrbild in „KVZ" und „Roter Morgen" usw.) führen den politischen Kampf um ihre demokratischen Rechte noch nicht. Die gesamte Faschisierung, der Aufbau des Repressions-Apparats, die reaktionären Gesetze rufen bei den Massen noch keinen Widerstand hervor. Und zwar nicht deshalb, weil den Massen entgangen ist, wie beispielsweise der Staat aufrüstet. Sondern weil sie darin noch keinen Angriff auf ihre Rechte und ihre Lebensbedingungen sehen, gegen den der Kampf aufgenommen werden müßte. Und auch deshalb, weil die Bereitschaft der Massen zum eigenen aktiven „Engagement" selbst dann bisher noch sehr gering ist, wenn sie den Angriff auf ihre Interessen wahrnehmen (z.B. § 218).

Wo – wie beim KBW – diese handgreiflichen Tatsachen einfach nicht gesehen werden, da fehlen die elementarsten Voraussetzungen für die Entwicklung einer kommunistischen Massenpolitik! ●

KBW umwirbt Vaterlandsverteidiger

Wie bereits im letzten AK berichtet, hat die „KPD/ML" so nebenbei eine kleine „Kurskorrektur" vorgenommen: Sie hat erklärt, daß nicht etwa – wie bisher behauptet – der „russische Sozialimperialismus" für die Arbeiterklasse der BRD der Hauptfeind sei, sondern daß dies die westdeutsche Monopolbourgeoisie sei.

Sofort angebissen hat KBW-Chef Schmierer. Er hatte ja schon im vorigen Jahr herausgefunden, daß die „KPD/ML" **„an der Revolution festhalten"** wolle und feiert jetzt die neue **„wichtige Korrektur von seiten des ‚Roten Morgen'"** („Kommunistische Volkszeitung", 29.1.76). **„Mit dieser Korrektur hat sie der Linie der Vaterlandsverteidigung eine eindeutige Absage erteilt"**, behauptet Schmierer. Schmierer fühlt sich sogar veranlaßt, seine Leser zu beruhigen, die vielleicht fürchten könnten, es werde jetzt *„ein Nachlassen* (der „KPD/ML"!!) *im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte und im Kampf gegen die Kriegsgefahr, die hauptsächlich von den beiden Supermächten ausgeht"*, geben.

Beruhigend zitiert Schmierer aus dem „Roten Morgen" der „KPD/ML", daß die Kriegsgefahr *„natürlich in erster Linie"* von den *„beiden Supermächten"* ausgehe. *„Unserer Ansicht nach ist das richtig"*, sagt Schmierer, fügt jedoch gleich noch hinzu, daß sich seiner Meinung nach der Kampf gegen die Kriegsgefahr *„b e s o n d e r s gegen die Sowjetunion als aufstrebende und auf Umverteilung der Welt dringende Supermacht"* richten müsse. Schmierer schießt hier offenbar noch über den „Roten Morgen" hinaus, der geschrieben hatte, der *„russische Sozialimperialismus"* sei *„n e b e n dem US-Imperialismus gegenwärtig der Hauptkriegstreiber"* (3.1.76).

Schmierers Artikel widerspiegelt deutlich das Bestreben der KBW-Führer, mit der „KPD/ML" ins Geschäft zu kommen. Wir hatten schon im letzten AK eingeschätzt, daß es bei dieser formalen „Kurskorrektur" der „KPD/ML" wohl auch wesentlich darum gegangen ist, ein Hindernis für eine engere Zusammenarbeit mit dem KBW aus dem Weg zu räumen.

Der KBW hat in den letzten Monaten und Wochen vielerorts zu verschiedenen Anlässen mit der „KPD/ML" zusammengearbeitet; ohne Übertreibung kann man sagen, daß die „KPD/ML" der wichtigste Bündnispartner des KBW geworden ist. Sicher ist es auch kein Zufall, daß die „KPD/ML" den KBW jetzt merklich schont, keine Polemik gegen dessen rechtsopportunistische Politik auf vielen Gebieten (z.B. 135-DM-Forderung in der ÖTV, siehe AK 72) führt. Laut „Rote Fahne" (28.1.) lehnte die „KPD/ML" gar in Nürnberg eine öffentliche Diskussion mit der „KPD" ab – mit der Begründung, das könnte **„zur Blockbildung gegenüber dem KBW führen"** ...

Dem KBW wird sein Flirt mit der „KPD/ML" allerdings kaum Glück bringen. Vielmehr wird dieser Flirt zwangsläufig die in der Politik des KBW enthaltenen Widersprüche – einerseits radikalistische und abenteuerliche Phrasen, andererseits eine durch und durch opportunistische Praxis z.B. in der Gewerkschaftsarbeit, gegenüber der DKP usw. – enorm verschärfen. Das Bündnis des KBW mit den Vaterlandsverteidigern von der „KPD/ML" ist das deutlichste Zeichen, daß es mit dem KBW rasant bergab geht. ●

KBWitzig – immer zu Späßchen aufgelegt

Im „Arbeiterkampf" Nr. 71, S. 25/26, hatten wir uns mit der Politik der revolutionären portugiesischen Organisationen MES und PRP auseinandergesetzt, die vor dem Rechtsputsch vom 25. November auf den bewaffneten Aufstand als kurzfristige Perspektive orientiert hatten.

Das hat die als Spaßvögel sattsam bekannten Hamburger Vertreter des KBW nicht ruhen lassen: In einem im Januar verteilten Flugblatt behaupteten sie, auch der „Arbeiterkampf" habe vor dem 25. November den bewaffneten Aufstand in Portugal propagiert!

Da sie dieses Märchen natürlich nicht mit einem einzigen Zitat aus dem „Arbeiterkampf" belegen können, sind sie auf einen anderen Ausweg verfallen: Der „Arbeiterkampf" hat die Parole **„...Die Volksmacht bewaffnen"** unterstützt, und er ist am 2.10. mit der Titelzeile *„Portugal am Rande des Bürgerkriegs"* erschienen und am 11.11. gar mit der Titelzeile *„Portugal – Angola : Vor der Entscheidung."*

Daß wir von einer bevorstehenden „Entscheidung" in Portugal sprachen, soll also Beweis für eine angebliche Aufstands-Propaganda des „Arbeiterkampf" sein. Tatsache ist allerdings, daß es gerade die R e a k t i o n war, die im November mit Putschplänen auf eine „Entscheidung" drängte. Das wurde im „Arbeiterkampf" klar ausgesprochen. Von Aufstandspropaganda findet sich jedoch kein Stäubchen!

Die Parole der Bewaffnung der Volksmacht mit der Parole des bewaffneten Aufstands zu verwechseln, kann nur solchen Komikern wie den Hamburger KBW-Führern einfallen. Immerhin ist ihnen aufgefallen, daß sie ja in ihrem eigenen Programm die „allgemeine Volksbewaffnung" als Forderung enthalten haben. Verwerflich sei aber, so meinen sie, daß wir die Forderung nach Bewaffnung der Volkmacht in Verbindung mit den reaktionären Putsch- und Bürgerkriegsplänen gebracht haben: *„Im Zusammenhang der Einschätzung, daß die Entscheidung unmittelbar bevorstünde, kann diese richtige (!) Losung der Bewaffnung der Volksmacht nur als aktuelle Losung der Vorbereitung auf den Aufstand begriffen werden."* (KBW-Flugblatt).

War die Einschätzung, daß die „Entscheidung" unmittelbar bevorstand, richtig? Ja, sie war richtig, denn kurz darauf hat der Rechtsputsch vom 25. November die Kräfteverhältnisse entscheidend zuungunsten der revolutionären und demokratischen Kräfte verändert. Worauf also will der KBW hinaus? Die einzige Schlußfolgerung aus seinem Salat kann nur sein, daß die Losung der Bewaffnung der Volksmacht allgemein richtig war (und ist?), aber nicht in Verbindung mit der Warnung vor reaktionären Putsch- und Bürgerkriegsplänen.

Anscheinend ist diesen Spaßvögeln nicht einmal der Unterschied klar zwischen der Parole der bewaffneten A b w e h r konterrevolutionärer Angriffe (wie am 28. September '74 und am 11. März '75) und der Parole des bewaffneten Aufstands...! Sachen gibts!... ●

Was will der „Arbeiterbund" eigentlich ?

Wie in AK 71, S. 47 berichtet, hat sich der Münchner „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" am 11.12.75 mit einem Schreiben an den KAB„D", KB und KBW gewandt. Er schlug darin vor, sich mit einer gemeinsamen Erklärung von den Vaterlandsverteidigern der „KPD" und „KPD/ML" abzugrenzen.

Wir antworteten darauf mit einem Offenen Brief (siehe AK 71), in dem wir die Initiative der Münchner Genossen grundsätzlich begrüßten, aber darauf hinwiesen, daß wir insbesondere mit dem selbst zur Vaterlandsverteidigung tendierenden KBW in dieser Frage keine Einheit sehen. Außerdem hoben wir als gemeinsame Wurzel dieser Fehlströmung die bisher auch vom „Arbeiterbund" nicht in Frage gestellten Thesen der chinesischen Außenpolitik hervor.

Hierauf bekamen wir bisher keine Antwort, weder im Zentralorgan des „Arbeiterbunds", KAZ, noch direkt schriftlich. Eine Antwort von KAB„D" und KBW auf den Vorschlag des „Arbeiterbunds" ist uns nicht bekannt. Inzwischen haben Münchener Genossen am Rande der großen Hamburger Betriebsräteveranstaltung Gespräche mit einzelnen Genossinnen und Genossen von uns geführt. Der „Arbeiterbund" ist auch auf einigen anderen „unteren Ebenen" an die entsprechenden Bereiche des KB mit Angeboten zur Zusammenarbeit herangetreten. Offenbar verfolgt der „Arbeiterbund" zur Zeit mal wieder seine alte Taktik der Kontaktfühler unterhalb der eigentlichen „Führungsebene".

Den Genossen können wir nur raten: Karten auf den Tisch! Wenn der „Arbeiterbund" mit dem KB zusammenarbeiten will, was wir prinzipiell begrüßen würden, dann kennt Ihr unsere Adresse! Und vor allem: Wenn Ihr schon Briefe verschickt, dann reagiert bitte auch auf die Antworten! Stellt Euch der Auseinandersetzung, am besten auch auf der Ebene Eures Zentralorgans! Dafür ist es schließlich – natürlich neben anderen Aufgaben – doch wohl da. Es reicht nicht, die Lippen zu spitzen – man muß auch pfeifen! ●

Nachrichten aus Schule und Universität



Streik in der PH Westberlin

Mit Geldstrafen und Studienverboten soll das neue Hochschulrahmengesetz, d.h. die Entrechtung der studentischen Vertretungsorgane und das Ordnungsrecht gegen linke Studenten, durchgesetzt werden.

Heidelberg

Gegen drei Studenten sind Relegationsverfahren eingeleitet, d.h. sie sollen ein bis zwei Semester von der Universität ausgeschlossen werden, weil sie sich für sieben andere Kommilitonen eingesetzt haben, gegen die ein Ordnungsverfahren wegen Propaganda gegen den § 218 in Seminaren lief. Einer der drei hat ein Hausverbot für eine Vorlesung bekommen wegen „Störung des Vorlesungsbetriebes". Er hatte dort Einspruch gegen die Einführung einer Klausur erhoben.

Nordrhein-Westfalen

An den Fachhochschulen NRWs wird vom Wissenschaftsministerium versucht, mit Hilfe einer Notverordnung Not-ASten einzusetzen und die gewählten ASten zu liquidieren.

Marburg

Nordrhein-Westfalen

An den Fachhochschulen NRWs wird vom Wissenschaftsministerium versucht, mit Hilfe einer Notverordnung Not-ASten einzusetzen und die gewählten ASten zu liquidieren.

Marburg

Ein Jurastudent ist aus der Vorlesung des reaktionären Prof. Wolf verwiesen und wegen „Hausfriedensbruch" angezeigt worden, weil er sich gegen das Abschließen des Hörsaals während einer Vorlesung „aus feuerpolizeilichen Gründen" ausgesprochen hatte.

„Aus den 6.000, die sich für einen Streik (gegen die Amtsenthebung des AStA) ausgesprochen und ihn durchgesetzt haben, sind 15 herausgegriffen und wegen Hausfriedensbruch angezeigt worden" („asta-info" der Philipps-Universität).

Wieder ist der AStA wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats zu 4.000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Damit ist eine erstinstanzliche Entscheidung teilweise bestätigt, nach der der AStA zu insgesamt 24.000 DM verurteilt worden war.

Göttingen

Der Rektor beanstandet jetzt nachträglich 47 Posten des AStA-Haushalts aus den Jahren 1971 bis 1973 – im wesentlichen Flugblätter, die zu internationalen Fragen Stellung nehmen, aber auch Info's wie z.B.: *„Göttinger Professoren betreiben zionistische Propaganda"* u.ä.

Braunschweig

Nach dem Streik an der Technischen Universität vom 9. bis 12.12.75 beantragte der Rektor gegen 14 Studenten, die „den Vorlesungsbetrieb gestört" haben, Strafbefehle von je 1000 DM.

Hamburg

Während des Streiks an der Hamburger Uni am 15./16.1. kam folgende Anweisung von der Rechtsabteilung der Uni an den Lehrkörper:

1. Kann ein Dozent in seinen Lehrveranstaltungen eine Diskussion über das Politische Mandat verbieten? Antwort: JA.
2. Ist er an die Abstimmungsergebnisse seiner Seminarteilnehmer gebunden? NEIN.
3. Kann er die gesamte Zeit der Lehrveranstaltung für eine solche Diskussion zur Verfügung stellen, wenn dies von der Mehrheit der Seminarteilnehmer gewünscht wird? Antwort: NEIN.
4. Muß er in solchen Fällen einen Ersatztermin vereinbaren, um die ausgefallene Zeit für die Lehre nachzuholen? JA.
5. Kann er eine begrenzte Zeit (ca. 15 Min.) der Veranstaltung zur Verfügung stellen, wenn dies von der Mehrheit der Teilnehmer gewünscht und vom Dozenten akzeptiert wird, ohne dann einen Ersatztermin zu vereinbaren? Antwort: JA".

(Zitiert nach: „Demokratischer Kampf", Zeitung des Fachschaftsrats PI).

und vom Dozenten akzeptiert wird, ohne dann einen Ersatztermin zu vereinbaren? Antwort: JA".
(Zitiert nach: „Demokratischer Kampf", Zeitung des Fachschaftsrats PI).

Mainz

Nachdem die Wahlen zum Studentenparlament (SP) nicht in der vom Kultusministerium verfügten Wahlordnung stattgefunden hatten und 75 % Linke gegenüber nur 25 % RCDS'ler gewählt worden waren, versuchte der Kultusminister, das Ergebnis nachträglich zu verändern, indem er zehn Linke und einen (!) RCDS'ler aus dem SP schmeißen wollte. Als die Linken sich dieses Manöver des Ministers, die Rechten zu stärken, nicht gefallen ließen und im SP einen AStA wählten, sperrte das Kultusministerium dem AStA die Mittel und verbot ihm das Ausüben seiner Amtsgeschäfte.

Gießen

Auf Klage des RCDS muß der AStA der Uni 7.800 DM Ordnungsstrafe bezahlen wegen der Wahrnehmung des Politischen Mandats.

Hamburg: Den AStA zur Aktionseinheit zwingen!

Am 21.1. fand nach dem Warnstreik an der Uni (siehe AK 72) eine weitere Uni-Vollversammlung statt, die allerdings nicht so gut besucht war wie die Streik-VV eine Woche zuvor (auf der die linken FSRe und der SSB eine Mehrheit erreicht hatten) und wegen der geschwätzigen MSB-Beiträge auch abbröckelte. Dadurch erreichte der MSB/SHB-AStA wieder eine Mehrheit und konnte mit ca. 1.300 zu 1.000 Stimmen seinen Vorschlag einer Urabstimmung für das politische Mandat durchsetzen.

Allerdings hielt es der AStA für günstiger, auf der VV den Vorschlag der Linken auf Durchführung einer Demonstration aller Auszubildenden gegen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrerarbeitslosigkeit, Verknappung der Ausbildungsplätze und politische Unterdrückung zu übernehmen. Um die Forderung nach gleichberechtigter und solidarischer Organisierung einer solchen Demo durch alle fortschrittlichen Kräfte drückte sich der AStA jedoch herum.

So beanspruchte der ASta auf einem ersten Gespräch über die Demo, zu dem er (erstmals) auch den KB sowie die SSBs, die „Aktionseinheit" und den BDj eingeladen hatte, in der üblichen spalterischen und arroganten Manier die Organisierung der Demonstration für sich allein. Dies, obwohl weder die Revisionisten noch der SHB oder die Jusos auch nur den geringsten Handschlag für das Zustandekommen dieser Aktion unter Studenten, Referendaren, Lehrlingen und Schülern getan haben. Stattdessen sind bisher s ä m t l i c h e Initiativen von den Linken ausgegangen (die „Aktionseinheit" hatte zu diesem Vorgehen bereits Ende letzten Jahres aufgeru-

sos auch nur den geringsten Handschlag für das Zustandekommen dieser Aktion unter Studenten, Referendaren, Lehrlingen und Schülern getan haben. Stattdessen sind bisher s ä m t l i c h e Initiativen von den Linken ausgegangen (die „Aktionseinheit" hatte zu diesem Vorgehen bereits Ende letzten Jahres aufgeru-

fen). Daher ist es notwendig, verstärkt für das Prinzip der Aktionseinheit zu agitieren, um den AStA zur Aufgabe seiner Unvereinbarkeitspolitik zu zwingen.

Arbeitsgruppe Studenten des KB / Gruppe Hamburg

Hamburg: Drastischer Abbau von Studienplätzen

Die „angespannte Haushaltslage" und die seit Jahren schon beschworenen zurückgehenden Schülerzahlen („Pillenknick") sind – laut dem Hamburger Wissenschaftssenator Biallas – Grund genug, die Studienplätze für Lehrerstudenten in den kommenden Semestern um ein Fünftel – ca. 800 – 1.000 Ausbildungsplätze! – einzuschränken („FAZ", 26.1.76). Eine weitere Verschärfung des Numerus clausus für Studienbewerber und eine noch nicht absehbare Zuspitzung der Schulmisere an Haupt-, Real- und Berufsschulen werden damit von den Planungsspezialisten an der Sperrfront bewußt in Kauf genommen.

Erfreuliche Tendenz bei studentischen Wahlen

Bei Hochschulwahlen in Göttingen und Bremen erzielten die „Listen Demokratischer Kampf" (LDK), in denen mit dem KB sympathisierende Studentengruppen mitarbeiten, den größten Wahlerfolg. Der KSB (KBW-Studenten) rutschte dagegen deutlich nach unten.

Göttingen: LDK steigert Stimmenanteil um 10 %

Bei den diesjährigen Wahlen zum Studentenrat (SR) an der Universität Göttingen konnte die LDK deutliche Gewinne auf Kosten der bisher dominierenden Jusos und des KBW erzielen. Die Ergebnisse (in Klammern die Ergebnisse des Vorjahres) bei einer Wahlbeteiligung von 37 %:
Jusos: 28,4 % (37,8 %);
RCDS (CDU): 26,1 % (26,9 %);
Liste Demokratischer Kampf (auf dieser Liste kandidierte auch der KHB, die mit dem KB sympathisierende Studentenorganisation): 14,2 % (4,0 %);
Rote Liste (KBW): 9,9 % (14,8 %);
LHV (FDP): 8,6 % (9,5 %);
MSB (DKP): 5,2 % (6,1 %);
SLH (Rechtssozialdemokraten, Bündnispartner des RCDS): 5,5 % (––);
SHB (von der SPD verstoßener Studentenverband, Bündnispartner des MSB): 1,8 % (––);
KSV: 0,3 %.

Damit verlor die bisherige AStA-Koalition aus Jusos, MSB und LHV (in Göttingen linksliberal) die absolute Mehrheit im SR. Die Jusos bekamen von einem großen Teil der fortschrittlichen Studenten die Quittung für eine Politik, die zwar das Wort „Massenaktionen" im Munde führt, die aber im entscheidenden Moment immer wieder vor der SPD gekniffen hat.

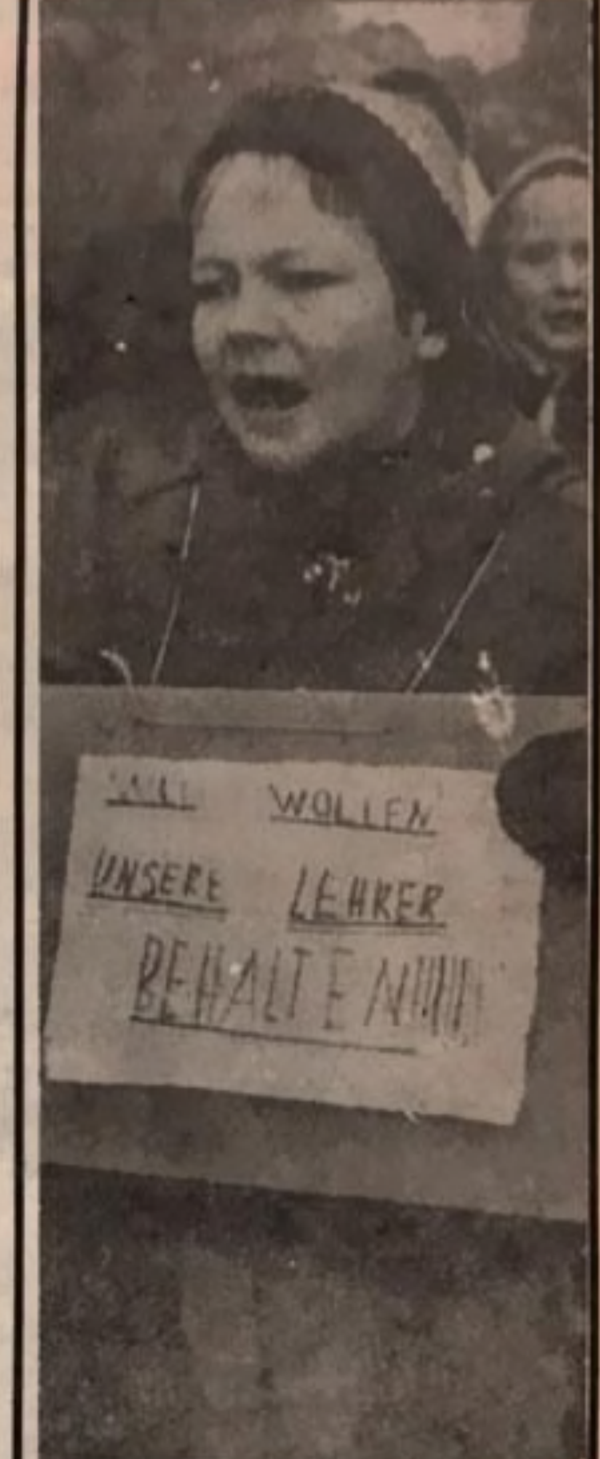
Ein weiterer Verlierer ist der KBW, dem in einer weiteren ehemaligen „Hochburg" die Felle immer mehr davonschwimmen.

Einen relativ starken Block bilden nach wie vor die Rechten (RCDS, SLH), wobei es allerdings gelang, ihren Vormarsch der letzten Jahre aufzuhalten.



HfSS Bremen: LDK hoch – KSB runter

An der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie (HfSS) schnitt die LDK mit der größten Steigerung (von vorher 3,6 % auf 16,4 %) ab. Einen „Erdrutsch" gab es für den KSB (KBW): von ehemals 43,2 % runter auf 19,9 %. Jusos (25,1 %) und SHB (14,2 %) konnten leichte Gewinne von 2 bzw. 3 % verbuchen, während der MSB (19,5 %) ein knappes Prozent verlor.●



Die 383 an Hamburger Gymnasien unterrichtenden Volks- und Realschullehrer sollen wieder zurückversetzt werden, 70 davon bereits jetzt. Dadurch verlieren Klassen teilweise mitten in den Abiturvorbereitungen oder in der Beobachtungsstufe ihre Klassenlehrer oder wichtige Fachlehrer, einmal abgesehen davon, welche Belastung diese Verschiebungen für die betroffenen Lehrer mit sich bringt. Gegen diese Maßnahme der Behörde wie auch gegen die Nichteinstellung von mindestens 150 fertigen Referendaren zum 1.2. demonstrierten am 29.1. ca. 700 Schülerinnen und Schüler zur Schulbehörde, um ihren Protest kundzutun.



Bremen:
Spontane Demonstration von 450 Schülern

Am Gymnasium Waller Ring in Bremen soll der englische Lehrer Oliver Gray entlassen werden. Sein Anstellungsvertrag läuft demnächst ab.

Diese Entlassung stieß auf den fast einhelligen Protest von Eltern, Schülern und Lehrern. Die Lehrer setzten sich in einem Schreiben für Gray ein, der „Gemeinsame Ausschuß" (je sechs Eltern, Schüler und Lehrer) schloß sich dem an. Am 27.1. versammelten sich in der großen Pause 300 Schüler zu einer Vollversammlung und diskutierten, wie sie Gray unterstützen können. Eine Schülerin schreibt dazu:

„Gray nahm zu den Vorfällen Stellung und schilderte, daß zehn ausländische Lehrer entlassen werden und gleichzeitig 15 neue angestellt werden sollen. Im Saal war heiße Stimmung. Eine Reihe von Schülern machte Vorschläge für Aktionen. Der Vorschlag kam, an Thape (Bremens Schulsenator) einen Brief zu schicken und eine Woche zu warten und eine Warndemonstration zu machen. Bei negativer Antwort soll gestreikt werden. Dieser Vorschlag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

In der Diskussion fielen Aussagen wie: wir haben lange genug geredet, wir sollten nun endlich kämpfen. Daraufhin trat der Direktor auf und drohte mit Disziplinierungen. Die Antwort: schallendes Gelächter.

Ein Schüler: in der Behörde passieren noch viel mehr unerlaubte Sachen, damit muß nun endlich aufgehört werden.

Bevor die Schüler zur Demonstration gingen, wurde eine Resolution gegen den bedarfsdeckenden Unterricht für Referendare beschlossen und der Beschluß gefaßt, sich an der Demonstration der Referendare am 28.1. zu beteiligen.

Dann formierte sich die Vollversammlung der 300 Schüler zu einer Demonstration. Wir redeten noch mit den Schülern der Mittelstufe und Unterstufe, die an der VV nicht beteiligt waren. Mehrheitlich und klassenweise reihten sie sich spontan ein. Wir waren dann fast 500 Leute stark. Wir gingen dann durch Walle, zum Markt und durch die Obernstraße. Zwischendurch machten wir immer wieder halt und lasen die verabschiedete Resolution vor. Unsere Parolen und Forderungen waren:

– Weiterbeschäftigung von Oliver Gray und allen anderen angestellten Lehrern!
– Kein bedarfsdeckender Unterricht für Referendare!
– Alle unsere Lehrer müssen bleiben dazu werden wir Thape treiben!
– Haut die Senatoren aus den Sitzen sonst geht unsere Ausbildung flitzen! ●

Eine Schülerin vom Gymnasium Waller Ring, Bremen

Wohnungsnot heute



Wohnungsnot in der BRD – Allein in den Obdachlosenunterkünften wohnen 500 000 Menschen

Bankrott des „sozialen" Wohnungsbaus, Rückgang sämtlicher Wohnbautätigkeit, Ausweichen der Baukapitalisten und Eigentümer auf die Modernisierung, Umnutzung, bzw. den Bürobau, statt Vorantreiben des Wohnungsbaus, auf der Straße liegende Bauarbeiter und Techniker – das sind die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die Bauwirtschaft.

Von Seiten der Herrschenden wird das mit der angeblichen „Sättigung" des Wohnungsmarktes erklärt. Da die Anzahl der Wohnungen (Ende 1974 rd. 23 Mio. Wohnungen) die Anzahl der Haushalte erreicht habe, gäbe es keinen Wohnungsbedarf mehr, sondern nur noch einen „qualitativen" Bedarf nach besser ausgestatteten und größeren Wohnungen (Städtebaubericht 1975 der Bundesregierung).

Regierung und Kapitalisten werden jedoch durch ihre eigenen Statistiken widerlegt. Die jüngsten Erhebungen der Bundesregierung – die 'Wohnungsstichprobe 1972' – ergab: Von den damals insgesamt rd. 21 Mio. Wohnungen ('72) in der BRD waren

- 7,6 Mio. Wohnungen (= 36 %) ohne Zentral- bzw. Sammelheizung,
- 1,5 Mio. (= 7 %) mit WC in der Wohnung, aber ohne Bad,
- 1,3 Mio. (= 6 %) ohne Bad und mit WC außerhalb der Wohnung.
- 1,9 Mio (= 9 %) mit WC außerhalb der Wohnung, bzw. Toiletten ohne Wasserspülung.

(vergleiche Städtebaubericht '75, 13).

Das bedeutet, daß 12,3 Mio. Wohnungen – das sind mehr als die Hälfte aller vorhandenen Wohnungen keine ausreichende Grundausstattung aufweisen.

Die „Wohnungsstichprobe '72" ergab weiter, daß

- rd. 16 % aller Haushalte noch in überbelegten Wohnungen (d.h. nicht einmal ein Zimmer pro Person) leben müssen;
- 35,1 % der Familien mit einem Kind keinen ausreichenden Wohnraum haben;
- 57,7 % der Familien mit drei Kindern und sogar mehr als 75 % der kinderreichen Familien mit sechs und mehr Kindern über keine auch nur annähernd ausreichend großen Wohnungen verfügen (die letzten drei Angaben nach der „Sachverständigenkommission zum Einstellen des 2. Familienberichtes der Bundesregierung").

Das tatsächliche Ausmaß der Wohnungs n o t wird natürlich in den schönfärberischen Reden der Regierungsmitglieder heruntergespielt.

Noch heute leben (sofern man das so nennen kann) hunderttausende Menschen im Elend. 500.000 Menschen hausten 1973 in „Notunterkünften", das sind nur die von den Obdachlosenämtern erfaßten Notunterkünfte. Dazu sind über 100.000 „Unterkünfte" zu rechnen (ständig bewohnte Behelfsheime, Baracken, Bretterbuden, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen u.ä.).

Welch ein menschenverachtender Zynismus verbirgt sich dahinter, wenn Vertreter dieses Staates oder des Kapitals von „Sättigung" des Wohnungsmarktes sprechen! ●

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Das Ende des „Sozialen Wohnungsbaus"?

In den letzten Jahren waren die Mieterhöhungen im „sozialen" Wohnungsbau höher als bei Altbauten („Handelsblatt", 6.1.76). In der Antwort auf eine „Kleine Anfrage" im Bundestag schloß Staatssekretär Abreß sogar nicht aus, daß die Sozialmieten zu Beginn der 80-er Jahre bei über zehn Mark pro Quadratmeter liegen!! (Eine normale drei-Zimmerwohnung kostete dann ca. 800 DM, ohne Heizung!). Bereits heute müßten – so Abreß – Mieter „in Einzelfällen" (?) aus neueren Sozialwohnungen wieder in Altbauwohnungen umziehen, da die Mieten zu stark steigen.

Die Begründung für diese Entwicklung liegt darin, daß neben dem Ansteigen der Umlagen und der Betriebs-, Verwaltungs- und Instandhaltungsbeiträge im „sozialen" Wohnungsbau die degressive Förderung dazukommt. Anfängliche Mietverbilligungen durch staatliche Kredite werden Jahr für Jahr weiter abgebaut, bis in der Regel nach zwölf Jahren die volle Kostenmiete bezahlt werden muß.

Der Direktor des „Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen", Helmut Tepper, erklärte, daß durch die Finanzplanung des Bundes der „soziale Wohnungsbau" über kurz oder lang zusammenbrechen werde („HB", 3.12.75). Er selbst ist daran nicht unbeteiligt: Er rät seinen Mitgliedern (das sind alle gemeinnützigen Wohnungsunternehmen), *„sich trotz Steuerprivileg in dieser abenteuerlichen Branche nicht mehr zu engagieren"* („HB", 10.12.75). Auf diesem Hintergrund ist es mehr als fraglich, ob 1976 die geplanten 120.000 „Sozialwohnungen" überhaupt gebaut werden. Angetreten war die SPD-Regierung mit dem Versprechen, jährlich über 250.000 Sozialwohnungen zu bauen ....

So arbeiten „Gemeinnützige" zusammen mit der Regierung an der Verschärfung der Wohnungsnot! ●

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Inhalt